Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Verwaltungs- und Rechenschafts-Bericht

(1932) Jahrgang

urn:nbn:de:bsz:31-221128

Visual Library

Gro. 8.

Verwaltungsbericht
der Landeshauptstadt Karlsruhe

für das

Wirtschaftsjahr
1 9 3 2

(1. April 1932 bis 31. März 1933)

Stadtarchiv Karlsruhe
Abt.: 8/Ds F I
Nr.: 204,5

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verwaltungsbericht

der Landeshauptstadt Karlsruhe

für das

Wirtschaftsjahr

1 9 3 2

(1. April 1932 bis 31. März 1933)

Stadtarchiv Karlsruhe
8/DS FI
Abt. Nr. 204,5

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Inhaltsangabe.

Seite

I. Allgemeines 5
1. Stadtgebiet 5
2. Bevölkerungsbewegung 5

II. Allgemeine Verwaltung 7
A. Stadtverwaltung 7
1. Hauptverwaltung 7
2. Personal 7
a. Beamte und Angestellte 8
b. Arbeiter 10
c. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung 11
d. Sonstiges 12
e. Betriebskrankenkasse 13
3. Verkehr, Feierlichkeiten, Tagungen . 14
a. Kraftverkehr 14
b. Luftverkehr 14
c. Fremdenverkehr 14
d. Tagungen, Ausstellungen, Feierlichkeiten 15
B. Auftragsverwaltungen . . . 16
1. Gebäudeversicherungsstelle 16
2. Gerichtsbarkeit 16
a. Gemeindegericht 16
b. Schiedsmann 17
c. Mieteinigungsamt 17
d. Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten 17
3. Standesamt 18
4. Statistisches Amt 18
5. Ortsgericht 21
6. Innungswesen 21

III. Polizei 22
1. Ordnungspolizei 22
2. Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei . . 22
3. Feldpolizei 24

IV. Bauverwaltung 25
1. Hochbauamt 25
a. Bauabteilung 25
b. Bauberatung 25
c. Bauwirtschaftsabteilung 26
d. Bauverwaltungsabteilung 26
2. Tiefbauamt 26
a. Vorstandsabteilung 26
b. Abteilung Stadterweiterung 26
c. Abteilung Entwurf und Neubau . . 27
d. Abteilung Straßen, Verkehr, Gewässer, Baustoff- und Geräteverwaltung . . 29
e. Abteilung Entwässerung, Städtereinigung und Fuhrwesen 41
f. Vermessungsabteilung 46

V. Betriebe, Unternehmungen, Anstalten . . 51
1. Gaswerk 51
2. Wasserwerk 56
3. Elektrizitätswerk 59
4. Straßenbahn und Autobusbetrieb . . 62
5. Kleinbahn Karlsruhe—Durmersheim . 67
6. Rheinhafen 69
7. Schlacht- und Viehhof 72
8. Märkte und Messen 80
a. Märkte und Straßenhandel 80
b. Messen, Kirchweihen und dergl. . . 81
9. Milchzentrale 81
10. Gartenverwaltung 82
a. Gartenamt 82
b. Stadtgärtnerei 82
c. Stadtgarten 83
d. Öffentliche Anlagen 84
e. Kleingärten 84
11. Festhalle 85
12. Konzerthaus 85
13. Ausstellungshalle 85
14. Badeanstalten 86
a. Vierordtbad 86
b. Friedrichsbad 87
c. Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen 88
d. Rheinstrandbad Rappenwört . . . 89
e. Volksbad Beiertheim 89
15. Feuerlösch- und Rettungswesen . . . 89
a. Berufsfeuerwehr 89
b. Freiwillige Feuerwehr 93
16. Bestattungswesen und Friedhöfe . . 94
17. Rebgut Istein 95
18. Forstwirtschaft 95
19. Jagd und Fischerei 96

VI. Schulen 97
A. Volksschulen 97
1. Schulbetrieb 97
2. Schulgesundheitspflege 100
a. Stadtschularztstelle 100
b. Schulzahnklinik 102

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Seite

B. Höhere Lehranstalten 102
1. Goetheschule 102
2. Humboldtschule 102
3. Helmholtzschule 103
4. Kantschule 103
5. Lessingschule 103
6. Fichteschule 104
7. Freiligrathschule 104

C. Fachschulen 104
1. Gewerbeschulen 104
2. Handelsschulen 105

VII. Kunst, Wissenschaft, Stadtgeschichte, Volksbildung 107
1. Verwaltungsbücherei und Archiv . . . 107
2. Volksbücherei und Lesehalle 107
3. Badisches Staatstheater 108
4. Badische Hochschule und Konservatorium für Musik 109

VIII. Wohlfahrtspflege 112
1. Fürsorgeamt einschl. Altersheim, Kriegsfolgenfürsorge, Jugendfürsorge (Jugendamt), Kinder- und Säuglingsheim . . 112
a. Allgemeines 112
b. Zentralaufgaben 115
c. Allgemeine Fürsorge (Fürsorgeamt A) 122
d. Kriegsfolgenfürsorge (Fürsorgeamt K) 123
e. Jugendfürsorge (Jugendamt) . . . 126
f. Kinder- und Säuglingsheim 128
2. Tuberkulosefürsorgestelle 129
3. Krankenhaus einschl. Desinfektionsanstalt 132
4. Erholungsheim Baden-Baden 136
5. Förderung der Leibesübungen und Jugendpflege 137
6. Gesundheitsbehörde 137
7. Wohnungswesen 137
a. Förderung des Wohnungsbaues . . 137
b. Wohnungsmangelbekämpfung . . . 141

IX. Finanzverwaltung 142
1. Finanzwesen 142
a. Voranschlag und Rechnung 142
b. Steuern 143
c. Vermögen und Schulden 149
2. Rechnungsamt 150
3. Stadthauptkasse 151
4. Steueramt 153
5. Rechnungsabhörbehörde der Stadtverordneten (Revision) 154

X. Sparkasse 155

I. Allgemeines.

1. Stadtgebiet.

Eine wesentliche Änderung in der Gemarkungsfläche ist im Berichtsjahre nicht eingetreten. Das Gemarkungsgebiet umfaßte am 31. Dezember 1931 6505 ha 10 a 51 qm, am 31. Dezember 1932 6505 ha 39 a 11 qm. Die Flächenzunahme um 28 a 60 qm ist bedingt durch die Neuberechnung der Grundstücke der ehemaligen Gemarkung Grünwinkel anläßlich des Abschlusses der Neumessung.

Von dem Flächeninhalt entfielen auf überbaute Grundstücke 679 ha 31 a 43 qm, Hausgärten, Park- und Gartenanlagen 284 ha 27 a 16 qm, Gartenland 86 ha 82 a 50 qm, Ackerland 1494 ha 76 a 24 qm, Wiesen, Grasland, Grasraine 445 ha 71 a 78 qm, Weidfeld 15 ha 16 a 78 qm, Bauplätze 240 ha 93 a, Fischweier und Teiche 7 a 44 qm, Kies- und Sandgruben 4 ha 39 a 99 qm, Waldungen 2189 ha 52 a 99 qm, ertraglose Flächen 78 ha 78 a 17 qm, öffentliche Plätze, Straßen, Wege, Eisenbahnen, Friedhöfe 800 ha 36 a 75 qm, Seen, Flüsse, Bäche mit ertraglosem Vorland 185 ha 24 a 88 qm.

Die Gemarkungsausdehnung beträgt von Ost nach West 13 km, von Nord nach Süd 11 km. Mit einer Länge von 3,9 km grenzt das Stadtgebiet an den Rheinstrom.

2. Bevölkerungsbewegung.

Das Kalenderjahr 1932 brachte der Stadt Karlsruhe dieselbe Bevölkerungszunahme wie das Kalenderjahr 1931 mit 100 Personen = 0,06 v. H. Am 1. Januar 1932 zählte Karlsruhe 156 900, am 31. Dezember 1932 157 000 Einwohner. Die Bevölkerungsvermehrung erklärt sich aus einem Geburtenüberschuß von 484 (1931: 823) Personen abzüglich eines Wanderungsverlustes von 384 (1931: 723) Personen. Insgesamt sind im Jahre 1932 14 878 (1931: 15 854) Personen zugezogen und 15 262 (1931: 16 577) Personen weggezogen. Der Rückgang des Wanderungsverlustes in hiesiger Stadt deckt sich mit der gleichen Erscheinung in den meisten der übrigen Großstädte des Reichs.

Geboren wurden im Kalenderjahr 1932 2368 (1931: 2639) Kinder, davon lebend geboren 2286 (1931: 2577). Gestorben sind 1802 (1931: 1754) Personen. Auf 1000 Einwohner entfielen 14,6 (1931: 16,48) Lebendgeborene und 11,51 (1931: 11,22) Gestorbene. Die Geburtenzahl auf 1000 Einwohner ging im Jahr 1932 um 1,88 (1931: 2,08) zurück, die Sterblichkeit stieg um 0,29 (1931: sank um 0,29). In diesen Ziffern inbegriffen sind sämtliche hier Geborenen und Verstorbenen einschließlich der von auswärts in Entbindungsanstalten und Krankenhäusern eingelieferten Personen. Hinsichtlich der Ortsansässigen hatte Karlsruhe eine Geburtenziffer von 10,4 (1931: 11,6) und eine Sterbeziffer von 10,0 (1931: 9,3) je 1000 Einwohner aufzuweisen. Die Zahl der Lebendgeborenen ortsansässiger Mütter ist in Karlsruhe um 0,4 je 1000 Einwohner geringer als im Durchschnitt der Großstädte, die Gestorbenenziffer der Ortsansässigen entspricht genau dem Durchschnitt der Großstädte. Die Säuglingssterblichkeit, d. s. die Sterbefälle der Kinder bis zu 1 Jahr, umfaßte 149 (1931: 206) Kinder oder von je 100 Lebendgeborenen 6,17 (1931: 7,53). Unter den Lebendgeborenen befanden sich 428 uneheliche Kinder, unter den Gestorbenen unter 1 Jahr 42. Der Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner betrug in hiesiger Stadt 3,09 (1931: 5,26).

Vor den Karlsruher Standesämtern wurden im Kalenderjahr 1932 1159 (1931: 1218) Ehen geschlossen. Auf 1000 Einwohner entfielen 7,40 (1931: 7,79) Eheschließungen.

Die Todesursache war bei 267 = 14,82 (1931: 227 = 12,94) v. H. der Verstorbenen in Krebs, bei 116 = 6,44 (1931: 76 = 4,33) in Lungenentzündung, bei 116 = 6,44 (1931: 133 = 7,58) v. H. in Arterienverkalkung, bei 113 = 6,27 (1931: 84 = 4,79) v. H. in sonstigen Krankheiten der Kreislauforgane, bei 100 = 5,55 (1931: 114 = 6,50) v. H. in Tuberkulose der Lungen zu suchen. Die Tuberkulose insgesamt erforderte 127 (1931: 148) Opfer = 7,05 (1931: 8,43) v. H. sämtlicher Verstorbenen. Durch Gehirnschlag fanden 100 = 5,55 (1931: 75 = 4,28) v. H. der Verstorbenen den Tod, durch Herzschlag, Herzlähmung und Herzschwäche 95 = 5,27 (1931: 65 = 3,71) v. H., durch

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

angeborene Lebensschwäche 91 = 5,05 (1931: 115 = 6,56) v. H., durch Verunglückung und andere gewaltsame Einwirkungen 65 = 3,61 (1931: 51 = 2,91) v. H. Übrige Krankheiten, deren Anteil im einzelnen unter 5,00 v. H. aller Gestorbenen verblieb, führten in 739 Fällen = 41,00 v. H. den Tod herbei. Gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere das weitere Ansteigen der Krebserkrankung als Todesursache beachtlich. Die Tuberkulose dagegen ging zurück. Auch die gewaltsamen Einwirkungen erforderten wieder erhöhte Opfer als im Jahre 1931.

II. Allgemeine Verwaltung.

A. Stadtverwaltung.

1. Hauptverwaltung.

Auch im Wirtschaftsjahr 1932 wurde dieStadtverwaltung geleitet von Oberbürgermeister Dr. Julius Finter, dem ersten Bürgermeister Heinrich Sauer, Bürgermeister Dr. Erich Kleinschmidt und Bürgermeister Hermann Schneider. Stadtrat und Bürgerausschuß bestanden daneben in der Zusammensetzung nach den Wahlen vom November 1930. Auf Ende des Berichtsjahres schieden die Stadträte Ludwig Künkel und Heinz Kappes infolge Austritts aus der deutschen Volkspartei bzw. der sozialdemokratischen Partei aus dem Stadtratskollegium aus. Da auf Grund gesetzlicher Bestimmungen eine Umbildung der Kollegien zu erwarten war, wurde von der Ernennung von Nachfolgern abgesehen. Ebenso schieden aus dem Bürgerausschuß eine größere Zahl von Stadtverordneten, teils wegen Todes, Wegzugs von hier oder Austritts aus der Partei, von der sie gewählt worden waren, aus. Ersatzleute rückten für die im Laufe des Wirtschaftsjahres frei gewordenen Sitze nach, auf Ende des Berichtsjahres fand, aus dem gleichen Grunde wie beim Stadtrat, eine Ergänzung des Bürgerausschusses nicht mehr statt.

Die durch den Ausgang der Reichstagswahlen vom 5. März 1933 eingetretene politische Kräfteverschiebung führte unterm 20. März 1933 zu einem Übereinkommen zwischen Oberbürgermeister Dr. Finter, den Bürgermeistern Sauer, Dr. Kleinschmidt und Schneider einerseits und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei andererseits, wonach letzterer Einfluß auf die Geschäftsführung der Stadtverwaltung durch die Einsetzung von Kommissaren gewährt wurde. Als Kommissare wurden ernannt:

Für den Bereich des Oberbürgermeisters (Abt. I) Stadtrat und Stadtkassendirektor Fritz Jäger, für den Bereich des Bürgermeisters Sauer (Abt. II) Stadtrat Peter Riedner und Oberregierungsrat Dr. Arthur Zierau, für den Bereich des Bürgermeisters Dr. Kleinschmidt (Abt. III) Stadtrat und Stadtkassendirektor Jäger und Oberregierungsrat Dr. Zierau. Für Bürgermeister Schneider (Abt. IV) blieb die Bestellung eines Kommissars zunächst vorbehalten, erst unterm 30. März wurde in Ergänzung der Vereinbarung vom 20. März 1933 Diplomingenieur Franz Wolf von der Firma Dyckerhoff & Widmann zum Kommissar für die Abteilung des Bürgermeisters Schneider bestellt.

Im Wirtschaftsjahr 1932 fanden 55 Stadtratssitzungen mit insgesamt 5297 Beratungsgegenständen statt, von denen 365 durch Vortrag, 4932 durch Offenlage erledigt wurden. Die verschiedenen stadträtlichen Ausschüsse hielten 237 Sitzungen mit 3811 Beratungsgegenständen ab. Der Bürgerausschuß trat zweimal zusammen, wobei zu 16 Vorlagen die Zustimmung erteilt wurde. Trotz der geringen Zahl von Bürgerausschußsitzungen und von beratenen Vorlagen befanden sich unter letzteren mehrere von außerordentlicher Bedeutung. Zu nennen sind: Die Erweiterung des Operationsgebäudes im städt. Krankenhaus mit einem Aufwand von 153300 *RM*, Arbeitsbeschaffung im Straßenbau im Gesamtbetrag von 167300 *RM*, der Ausbau des Marktes am alten Bahnhof mit einem Kostenaufwand von 350000 *RM*, die Stillegung der städtischen Milchzentrale, Bau einer festen Rheinbrücke bei Maxau, zu dem die Stadt einen Beitrag von 1225000 *RM* zu leisten sich bereit erklärte, und Verbreiterung des Stichkanals zum städtischen Rheinhafen mit einem Aufwand von 1625000 *RM*.

Bei der Hauptverwaltung waren am 31. März 1933 58 Beamte, 10 Anwärter und Lehrlinge, 1 Angestellter und 3 Arbeiter beschäftigt.

2. Personal.

Die Bearbeitung des Personalwesens der Stadt Karlsruhe oblag auch im Berichtsjahr der Abteilung II der Hauptverwaltung. Die mit dem Personalwesen im Zusammenhang stehenden Geschäfte wurden wie bisher vom Personalamt ausgeführt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In der Organisation und den Dienstaufgaben des Personalamts hat sich im Wirtschaftsjahr 1932 nichts geändert.

Der Personalstand des Amtes einschließlich der angegliederten Bezirkskrankenkasse betrug am Ende des Berichtsjahres 31 Beamte, 2 Satzungsangestellte, 4 Anwärter und 2 Lehrlinge, zusammen 39 (1931: 41) Beschäftigte; er hat sich somit um 2 Arbeitskräfte vermindert.

a. Beamte und Angestellte.

Am 31. März 1933 waren bei der Stadtverwaltung Karlsruhe ausschließlich der Sparkasse und Hochschule für Musik*) beschäftigt: 1262 (31. März 1932: 1276) planmäßige Beamte, 50 (31. März 1932: 62) außerplanmäßige Beamte, zusammen 1312 (31. März 1932: 1338) Beamte, 48 (31. März 1932: 60) Beamtenanwärter und -Lehrlinge, 13 (31. März 1932: 24) probeweise Beschäftigte, 64 (31. März 1932: 66) vorübergehend im Fahrdienst Beschäftigte, 107 (31. März 1932: 64) Angestellte im Sinne der Angestelltensatzung, 65 (31. März 1932: 46) Aushilfsangestellte und 30 (31. März 1932: 46) sonstige (vertraglich) Beschäftigte, insgesamt 1639 (31. März 1932: 1644; 31. März 1931: 1769; 31. März 1930: 1796) Personen. Hiervon entfielen auf die allgemeine Verwaltung 151 (31. März 1930: 167), Polizei 10 (31. März 1930: 11), Bauverwaltung 87 (31. März 1930: 119), Betriebe und Unternehmungen 943 (31. März 1930: 1086), Schulen 83 (31. März 1930: 90), Kunst, Wissenschaft, Stadtgeschichte, Volksbildung 11 (31. März 1930: 9), Wohlfahrtspflege 225 (31. März 1930: 199), Finanzverwaltung 129 (31. März 1930: 115). Der gesamte Besoldungsaufwand betrug 5 347 820 *RM* (1931: 6 043 627, 1930: 7 262 347, 1929: 7 337 694 *RM*). Der Personalstand verminderte sich gegenüber dem Vorjahre um 5 Personen = 0,30 v. H., der Besoldungsaufwand um 695 807 *RM* = 11,51 v. H. Die trotz strenger Durchführung der Personal-Einstellungssperre an sich geringe Personalverminderung von nur 5 Personen erklärt sich aus den schon in den Vorjahren bis an die äußerste Grenze vorgenommenen Einschränkungen.

Abgegangen sind im Berichtsjahre 11 Beamte und Angestellte infolge Ablebens, 23 Beamte und Angestellte durch Versetzung in den Ruhestand, 26 Beamte und Angestellte infolge Kündigung des Dienstverhältnisses, 1 Angestellter durch Überführung in das Arbeiterverhältnis, zusammen 61 Beamte und Angestellte. Zugegangen sind 13 Beamtenanwärter und Volontäre, 14 Angestellte als Ersatz für ausgeschiedene Beamte und Angestellte, 25 Aushilfsangestellte, die nach einiger Zeit wieder ausscheiden, und 4 Leute aus dem Arbeiterverhältnis, zusammen 56 Personen.

Was die Minderung des Besoldungs-Aufwandes anlangt, so ist diese in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die wesentlichen Gehaltskürzungen des Vorjahres erstmals im Wirtschaftsjahr 1932 zur vollen Auswirkung gelangt sind. Auch hat die auf 1. November 1931 durchgeführte Neueingruppierung nach der Bad. Gemeindebesoldungsordnung vom 9. Oktober 1931 im Wirtschaftsjahr 1932 stärkere Einsparungen gebracht, und zwar nicht nur durch die unmittelbar wirksam gewordene Kürzung der Bezüge, sondern auch durch Veringerung in der Zahl der fällig werdenden Dienstalterszulagen.

Der Stellenplan der Stadt Karlsruhe für planmäßige Beamte wurde von ursprünglich 1452 Stellen auf 1320 Stellen gekürzt. Nicht in Anspruch genommen waren am 31. März 1933 48 Stellen.

Kinderzuschläge wurden im Berichtsjahr für 1359 (1931: 1390) Kinder mit einem Aufwand von 239 520 *RM* (1931: 272 310 *RM*) bezahlt. Hiervon entfielen 1215 (1931: 1246) Kinder auf planmäßige und außerplanmäßige Beamte, 144 Kinder auf Angestellte. Der Aufwand für Kinderzuschläge, der in der oben erwähnten Hauptsumme des Besoldungsaufwandes enthalten ist, weist ebenfalls eine rückläufige Bewegung auf. Zum Teil ist diese durch eine geringe Verminderung der Zahl der zuschlagsberechtigten Kinder bedingt, in der Hauptsache jedoch durch die ab 1. Juli 1931 eingetretene Veränderung der Kinderzuschlagssätze, die in ihrer Auswirkung Einsparungen brachte. Wie die Gehaltskürzungen konnte auch die Neufestsetzung der Kinderzuschläge sich erstmals im Wirtschaftsjahr 1932 voll bemerkbar machen.

Von der Gesamtzahl der Beamten mit 1312 waren, wie bereits erwähnt, 1262 (= 96,2 v. H.) planmäßig, 50 (= 3,8 v. H.) außerplanmäßig angestellt; 1070 Beamten war die Unwiderruflich-

*) Über die Personalverhältnisse der Städt. Sparkasse gibt der besondere Teil „Sparkasse" des Verwaltungsberichts Aufschluß. Gleiches gilt für die Hochschule und das Konservatorium für Musik.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

keit ihres Dienstverhältnisses gemäß § 3 der städtischen Beamtensatzung gewährleistet. Der Kündigungsschutz gemäß § 71 Ziffer 6 der Gemeindeordnung und § 4 Absatz 2 der Beamtensatzung kam 237 Beamten, Anwärtern und Lehrlingen zu. Nur bei einem kleinen Rest von 53 Personen war das Dienstverhältnis unbeschränkt kündbar.

Die Zahl der beschäftigten Angestellten betrug am Ende des Berichtsjahres 279, davon fielen 107 = 38,35 v. H. unter die Angestelltensatzung. 44 Angestellte = 15,77 v. H. hatten Anspruch auf ergänzende Versorgung bei Eintritt des Versorgungsfalles; der Kündigungsschutz gemäß § 73 Ziffer 3 der Gemeindeordnung stand 100 Satzungs- und sonstigen Angestellten = 35,84 v. H. zu, unbeschränkt kündbar waren 135 = 48,39 v. H. Unter den letzteren befinden sich auch solche Dienstverpflichtete (Ärzte, nicht voll Beschäftigte usw.), mit denen in Anpassung an die Eigenart des Dienstverhältnisses besondere Verträge abgeschlossen sind.

Die plan- und außerplanmäßigen Beamten verteilen sich auf die einzelnen Besoldungsgruppen:

Besoldungsgruppe 1: 4 = 0,3 v. H., Besoldungsgruppe 2 a: 11 = 0,8 v. H., Besoldungsgruppe 2b: 5 = 0,4 v. H., Besoldungsgruppe 2 c: 23 = 1,8 v. H., Besoldungsgruppe 2 d: 26 = 2,0 v. H., Besoldungsgruppe 3 b: 11 = 0,8 v. H., Besoldungsgruppe 4 a: 59 = 4,5 v. H., Besoldungsgruppe 4 b: 166 = 12,7 v. H., Besoldungsgruppe 4 c: 78 = 5,9 v. H., Besoldungsgruppe 5 a: 10 = 0,8 v. H., Besoldungsgruppe 7 a: 139 = 10,6 v. H., Besoldungsgruppe 8: 139 = 10,6 v. H., Besoldungsgruppe 9: 312 = 23,8 v. H., Besoldungsgruppe 10 a: 314 = 23,9 v.H., Besoldungsgruppe 11 a: 15 = 1,1 v.H., zusammen 1312 = 100 v. H.

Die Arbeit des Wirtschaftsjahres 1932 war noch stark beeinflußt durch den Vollzug der schon erwähnten Bad. Gemeindebesoldungsordnung vom 9. Oktober 1931. Sie hat eine vollständige Umgruppierung aller Beamten und Angestellten mit sich gebracht, sodaß die Anstellungsverhältnisse jedes einzelnen Beamten und Angestellten auf neue Grundlage gestellt werden mußten. Das Ergebnis ist jedem Beamten und Angestellten in Form einer Urkunde über die ab 1. November 1931 geltende Neuregelung seiner Bezüge schriftlich mitgeteilt worden. Die Zustellung dieser Urkunden konnte im Wirtschaftsjahr 1932 zu Ende geführt werden.

Im Wirtschaftsjahr 1932 feierten insgesamt 36 Beamte ihr 25jähriges und 2 Beamte ihr 40jähriges Dienstjubiläum. Nur 12 Jubilare erhielten in Anerkennung 25jähriger treu geleisteter Dienste die kleine Radierung vom Marktplatz des Kunstmalers Kupferschmid gewidmet. Im Laufe des Berichtsjahres wurde aus Ersparnisgründen von der Ehrengabe an verdiente Beamte abgesehen. Dem Bericht des Jahres 1933 sei jedoch hier vorweg genommen, daß sich die neue Stadtverwaltung die Ehrung ihrer verdienten Beamten nicht nehmen ließ und auch die Mittel für die Ehrengaben an die 1932 nicht mehr geehrten Beamten im Voranschlag 1933 bereit stellte.

Die durchschnittliche Dienstzeit der Beamten und Angestellten hat sich gegenüber dem Vorjahre um rund 1 Jahr erhöht. Sie betrug, nach 5jährigen Intervallen berechnet, für Beamte 17,955 (1931: 16,655) Jahre, für Angestellte 6,555 (1931: 5,575) Jahre und für Beamte und Angestellte zusammen 15,79 (1931: 14,76) Jahre.

Das durchschnittliche Lebensalter hat sich ebenfalls um etwa 1 Jahr gehoben. Es betrug für Beamte 44,730 (31. März 1932: 43,00) Jahre, für Angestellte 34,055 (31. März 1932: 33,175) Jahre, für Beamte und Angestellte zusammen 42,700 (31. März 1932: 41,320) Jahre. Der an sich dringend gebotenen Verjüngung des Beamtenkörpers stand die streng durchgeführte Personal-Einstellungssperre entgegen.

Von den insgesamt 1639 beschäftigten Personen waren 1346 = 82,12 v. H. verheiratet, 27 = 1,65 v. H. verwitwet und 3 = 0,18 v. H. geschieden; 263 Personen = 16,05 v. H. waren ledig. (Der relative Anteil der Verheirateten hat gegenüber dem vergangenen Jahr um weitere 0,58 v. H. zugenommen.)

Im Februar/März 1933 wurde nach vorangegangenen Vorbereitungskursen eine Obersekretärprüfung gemäß den Bestimmungen der Prüfungsordnung für die Bad. Gemeindebeamten abgehalten. Von 46 hiesigen Teilnehmern haben 4 mit dem Prüfungsergebnis „gut" und 27 mit „genügend" bestanden; 15 Prüflinge nahmen an der Prüfung ohne Erfolg teil.

Da in den letzten Jahren keine Beamtenanwärter und Beamtenlehrlinge eingestellt wurden, fand in diesem Jahre keine städtische Stenographie-Prüfung statt. Dagegen wurden auf Grund einer in einem Kurzschriftverein abgelegten Prüfung 4 städtische Bedienstete von der städt. Prüfung befreit.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Berichtsjahr wurden im gesamten 1639 Beamten, Angestellten und Aushelfern 39 013 Tage Urlaub gewährt; das ergibt — wie in den beiden Vorjahren — einen Durchschnittsurlaub von rund 23 Tagen. Krankheits- und außerordentlichen Urlaub erhielten 53 Beamte und Angestellte.

Im Wirtschaftsjahr 1932 waren 701 Beamte und 78 Angestellte zusammen 20 659 Tage krank und dienstunfähig; bei 1639 Beschäftigten ergaben sich 12,6 Krankheitstage je Person gegen 13,0 im Vorjahr. Es ist somit erfreulicherweise eine weitere Hebung der Gesundheit der städtischen Beamten und Angestellten zu verzeichnen.

28 Beamte und 2 Angestellte haben während des Berichtsjahres Dienstunfälle erlitten; davon waren 2 auf Verschulden Dritter zurückzuführen, von denen in einem Falle ein Schadensersatzanspruch mit Erfolg geltend gemacht werden konnte. 2 weitere Fälle hatten den Tod zur Folge. Ein Beamter ist außerhalb des Dienstes durch eigenes Verschulden verunglückt.

Am Ende des Wirtschaftsjahres 1932 waren 183 Versorgungsanwärter auf Grund der reichsrechtlichen Anstellungsgrundsätze für die Inhaber des Versorgungsscheines in der hiesigen Bewerberliste vorgemerkt. Die Vormerkungen haben sich gegenüber dem Vorjahre um weitere 14 vermehrt. Beschäftigt wurden am 31. März 1933 bei der Stadtverwaltung insgesamt 121 Versorgungsanwärter.

b. Arbeiter.

Im Berichtsjahre wurden von den zuständigen Verbänden sämtliche Tarifverträge für die Gemeindearbeiter neu abgeschlossen und zwar: der Reichs-Mantel-Tarif-Vertrag IX unterm 6./15. August 1932, der Bad. Ergänzungs-Vertrag zum Reichs-Mantel-Tarif-Vertrag IX unterm 4. Januar 1933 und der Bezirks-Lohntarifvertrag unterm 6. Juni 1932. Außerdem erfuhr auch das Lohnabkommen für die Gemeindearbeiter unterm 9. Juni 1932 eine Änderung, insbesondere zur Durchführung der in § 7 Abs. 4 des zweiten Teils, Kapitel I der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 vorgeschriebenen Angleichung der Gemeindearbeiterlöhne an die Löhne vergleichsbarer Reichsarbeiter.

Die Änderungen in den Tarifverträgen waren sowohl formeller als auch materieller Art, ohne jedoch von einschneidender Bedeutung zu sein. Die wesentlichste Änderung des Bezirkslohn-Tarifvertrages ist in der Verteilung der Handwerker und der ungelernten Arbeiter, die seither je in einer Gruppe zusammengefaßt waren, auf je zwei Gruppen und in der Zusammenfassung der auf 3 Gruppen verteilten Arbeiterinnen in eine Gruppe mit den entsprechenden Unterabteilungen zu sehen. Ferner ist für die dem Arbeitgeber-Verband angeschlossenen Städte nicht mehr das Ortsklassenverzeichnis des Reichs maßgebend, sondern eine der wirtschaftlichen Struktur des Landes angepaßte Ortsklassen-Einteilung.

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Stadtverwaltung 1518 (1931: 1593) Arbeiter mit 452 661 (1931: 471 137) Arbeitstagen beschäftigt und zwar bei der allgemeinen Verwaltung 4 (1931: 3) Arbeiter mit 1229 (1931: 823) Arbeitstagen, bei der Bauverwaltung 364 (1931: 371) Arbeiter mit 109 590 (1931: 113 149) Arbeitstagen, bei den Betrieben und Unternehmungen 1046 (1931: 1114) Arbeiter mit 305 989 (1931: 323 526) Arbeitstagen, bei den Schulen 1 (1931: 1) Arbeiter mit 313 (1931: 105) Arbeitstagen und bei der Wohlfahrtspflege 103 (1931: 104) Arbeiter mit 35 540 (1931: 33 534) Arbeitstagen. Diese 1518 Arbeiter waren insgesamt an 19 174 Tagen krank und hatten 16 843 Tage Urlaub. Auf einen Arbeiter ergaben sich wie bei den Beamten 12,6 (1931: 13,0) Krankheitstage und 11 (1931: 11) Urlaubstage. In der Durchschnittgesundheit war gegenüber dem Vorjahr eine kleine Besserung zu vermerken.

Die Durchschnitts-Beschäftigten-Zahl der Arbeiter verminderte sich gegenüber dem Vorjahre um 75 Köpfe = 4,71 v. H., die Zahl der Arbeitstage um 18 476 Tage = 3,92 v. H. Der gesamte Lohnaufwand betrug 3 411 071 (1931: 4 173 155) *RM*; er hat sich gegenüber dem Vorjahre um 762 084 *RM* = 18,26 v. H. ermäßigt.

Dieser Minderaufwand beruht auf der bereits eingangs erwähnten Lohnsenkung, der Verringerung der Arbeiterzahl, der Abgeltung der Überstunden durch Freizeit und der Stillegung der städtischen Milchzentrale mit dem 31. Januar 1933, wodurch 18 Arbeiter in den Dienst der Milchzentrale Karlsruhe, G. m. b. H., übergingen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am 31. März 1933 standen 1431 (1932: 1480) Arbeiter im Dienst der Stadt; im Laufe des Berichtsjahres trat eine Verminderung in der Zahl der Arbeiter um 49 (1931: 55) ein. 664 Arbeiter = 46,40 v. H. waren ruhegehaltsberechtigt, 553 Arbeitern = 38,65 v. H. kam der Kündigungsschutz gemäß § 73 Abs. 3 der Gemeindeordnung zu, 214 Arbeiter = 14,95 v. H. waren jederzeit kündbar.

Die am Ende des Berichtsjahres bei der Stadtverwaltung beschäftigten Arbeiter verteilen sich auf die einzelnen Lohngruppen wie folgt:

100 Vorarbeiter und 364 sonstige männliche gelernte Handwerker mit besonderer selbständiger Tätigkeit auf Lohngruppe I a, 3 Vorarbeiter und 166 sonstige männliche gelernte Handwerker und Facharbeiter auf Lohngruppe I b, 58 Vorarbeiter und 533 sonstige männliche angelernte Arbeiter und Arbeiter mit schwerer oder schwieriger Arbeit auf Lohngruppe II, 2 Vorarbeiter und 82 sonstige männliche ungelernte Arbeiter mit verantwortlicher Dienstleistung auf Lohngruppe III a, 4 männliche ungelernte Arbeiter auf Lohngruppe III b, 2 gelernte Arbeiterinnen auf Lohngruppe IV a, 1 Vorarbeiterin und 7 sonstige angelernte Arbeiterinnen auf Lohngruppe IV b, 1 Vorarbeiterin und 38 sonstige ungelernte Arbeiterinnen auf Lohngruppe IV c; außerdem wurden 1 Vorarbeiter, 5 männliche und 64 weibliche Arbeiter nach Sondertarifen entlohnt (Hauspersonal in den Anstalten). Es befanden sich demnach in Lohngruppe I a 32,42 v. H., in Lohngruppe I b 11,81 v. H., in Lohngruppe II 41,30 v. H., in Lohngruppe III a 5,87 v. H., in Lohngruppe III b 0,28 v. H., in Lohngruppe IV a 0,14 v. H., in Lohngruppe IV b 0,56 v. H., in Lohngruppe IV c 2,73 v. H.; nach Sondertarifen wurden 4,89 v. H. behandelt.

Das Durchschnittsalter der Arbeiter hat sich im Berichtsjahr ebenfalls wie das der Beamten um rund 1 Jahr erhöht; es betrug, nach 5jährigen Intervallen berechnet, 41,728 (1931: 40,965) Jahre. Es zeigt sich auch hier eine immer weiter fortschreitende Überalterung. Die durchschnittliche Dienstzeit betrug 13,078 (1931: 12,07) Jahre.

12 Arbeiter erhielten als Anerkennung für 25jährige Dienstzeit die Marktplatzradierung von Kunstmaler Kupferschmid; 18 Arbeitern wurde aus Sparsamkeitsgründen (siehe hierwegen auch die Bemerkung unter 2 a) aus Anlaß ihres 25jährigen Arbeitsjubiläums lediglich ein Anerkennungsschreiben ausgehändigt.

Von den am 31. März 1933 bei der Stadtverwaltung beschäftigten 1431 Arbeitern waren 1266 = 88,47 v. H. verheiratet, verwitwet oder geschieden; 165 Arbeiter und Arbeiterinnen = 11,53 v. H. waren ledig. Die Zahl der Verheirateten, Verwitweten und Geschiedenen hat gegenüber dem Vorjahr um 1,58 v. H., gegen 1930 um 6,84 v. H. zugenommen.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden für insgesamt 1497 (1931: 1511) Kinder Kinderzuschläge an städt. Arbeiter bezahlt. Die Zahl der zuschlagsberechtigten Kinder nimmt trotz Zunahme der Zahl der verheirateten Arbeiter von Jahr zu Jahr merklich ab, waren es doch am Ende des Wirtschaftsjahres 1931 insgesamt 1511, 1930: 1546 und 1929 sogar 1608 Kinder.

c. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung.

Am Ende des Berichtsjahres belief sich die Zahl der Versorgungsfälle auf insgesamt 759 (1931: 746) mit einem Gesamtaufwand von 1 211 477 (1931: 1 144 473) *RM*; davon betrafen 230 (1931: 222) Fälle satzungsmäßige Ruhegehalte von Beamten mit 619 699 (1931: 544 332) *RM*, 200 (1931: 190) Fälle satzungsmäßige Witwen- und Waisengelder für Beamtenhinterbliebene mit 284 423 (1931: 305 140) *RM*, 9 (1931: 8) Fälle, darunter 1 Witwe, Ergänzungsrenten gemäß § 6 der städt. Angestelltensatzung mit 13 176 (1931: 3572) *RM*, 154 (1931: 160) Fälle satzungsmäßige Ruhelöhne von Arbeitern mit 189 772 (1931: 179 434) *RM* und 137 (1931: 136) Fälle satzungsmäßige Witwen- und Waisengelder für Arbeiterhinterbliebene mit 84 707 (1931: 89 830) *RM*. 13 ehemalige Beamte und 2 Arbeiter erhielten guttatsweise Unterstützungsgehalte in Höhe von 10 914 *RM* und 1265 *RM*, 12 Beamten- und 2 Arbeiterhinterbliebene guttatsweise Witwen- oder Waisengelder in Höhe von 7190 *RM* und 331 *RM* (1931: zus. 30 Fälle mit 22 165 *RM*). Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1931 hat sich die Zahl der Versorgungsfälle um 13 vermehrt, der Versorgungsaufwand ist um 67 004 *RM* gestiegen.

Neu hinzugekommen sind im Berichtsjahr 22 Versorgungsfälle von Beamten und 1 Versorgungsfall eines Angestellten infolge Versetzung in den Ruhestand, 9 Versorgungsfälle von Beam-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ten infolge Todesfalls, 6 Versorgungsfälle von Arbeitern infolge Versetzung in den Ruhestand, 4 Versorgungsfälle von Arbeitern infolge Todes.

Dem Alter nach wurden in den Ruhestand versetzt: 1 Beamter unter 40 Jahren, 4 Beamte zwischen dem 41. und 50. Lebensjahr, 1 Beamter und 3 Arbeiter zwischen 51 und 55 Jahren, 3 Beamte und 3 Arbeiter zwischen 56 und 60 Jahren, 13 Beamte und 1 Angestellter zwischen 61 und 65 Jahren. Von den im Dienst befindlichen verstorbenen Beamten und Arbeitern mit Versorgungsberechtigung war 1 Beamter unter 40 Jahren, 3 Beamte zwischen 41 und 50 Jahren, 5 Beamte und 4 Arbeiter im Alter zwischen 51 und 60 Jahren.

14 Beamte, 1 Angestellter und 12 Arbeiter im Ruhestand, 2 Beamten- und 6 Arbeiterwitwen sind im Laufe des Berichtsjahres verstorben.

d. Sonstiges.

Schwerbeschädigte.

Die Stadtverwaltung hat nach dem Stand vom 1. Januar 1933 bei insgesamt 3098 (1. Januar 1932: 3127) Arbeitsplätzen 86 (1. Januar 1932: 86) Schwerbeschädigte beschäftigt; es ist demgemäß gegenüber dem Vorjahre keine Änderung eingetreten. Die Stadt beschäftigt nach wie vor mehr Schwerbeschädigte als sie nach dem Reichsgesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter verpflichtet wäre.

Abfindungen.

Unterm 2. Juni 1932 legte der Stadtrat in Anlehnung an die Bestimmungen in Art. 3 Ziff. 2 der 2. Bad. Haushaltsnotverordnung vom 19. März 1932 (GVBl. 1932 S. 76) allgemeine Richtlinien fest über die Gewährung von Abfindungssummen an weibliche Beamte. Hiernach können verheiratete Beamtinnen, die einen Rechtsanspruch auf Ruhegehalt erdient haben und auf ihren Antrag aus dem städtischen Dienst ausscheiden, eine Abfindungssumme in Höhe eines Jahresdiensteinkommens erhalten. Das gleiche gilt für nicht verheiratete weibliche Beamte, die vor ihrem Ausscheiden einen dahingehenden Antrag stellen und sich spätestens 3 Monate nach ihrer Entlassung verheiraten. Auf Grund des erwähnten Stadtratsbeschlusses sind 2 Beamtinnen ausgeschieden, die zusammen Abfindungsbeträge von 6911,52 *RM* erhielten. Infolge Stillegung der städtischen Milchzentrale und Verkauf des Geschäfts an den badischen Molkereiverband Karlsruhe, e. V., (siehe auch den Beitrag der städtischen Milchzentrale) wurden u. a. 3 Satzungsangestellte, die bei Eintritt eines Versorgungsfalles Anspruch auf eine Ergänzungsrente durch die Stadtverwaltung hatten, von diesem Verbande übernommen. Als Abfindung für den vorbezeichneten Versorgungsanspruch wurden den 3 Angestellten insgesamt 10833,44 *RM* gezahlt. Außerdem haben noch eine Angestellte 300 *RM* und 12 Arbeiter bei ihrem Ausscheiden aus dem städtischen Dienst zur Vermeidung ganz besonderer Härten Abfindungen im Gesamtbetrag von 5350 *M* erhalten. Für Abfindungen entstand somit im ganzen ein Aufwand von 23394,96 (1931: 2600) *RM*.

Beihilfen in Notfällen.

Im Wirtschaftsjahr 1932 suchten insgesamt 58 Beamte und 48 Arbeiter um Gewährung einer Beihilfe nach; hiervon wurde bei den Beamten 40 = 68,96 v. H. und bei den Arbeitern 34 = 70,83 v. H. Gesuchen entsprochen. 11 Gesuche von Beamten = 18,97 v. H. und 8 Gesuche von Arbeitern = 16,67 v. H. mußten abgelehnt werden, da die vom Stadtrat geforderten Voraussetzungen nicht gegeben waren. 7 Beamte = 12,07 v. H. und 6 Arbeiter = 12,50 v. H. haben ihr Gesuch zurückgezogen. Die Beihilfe-Empfänger setzten sich wie folgt zusammen: 29 im Dienst befindliche Beamte, 5 Beamte im Ruhestand und 6 Beamtenhinterbliebene; 29 im Dienstbefindliche Arbeiter, 3 zu Ruhe gesetzte Arbeiter und 2 Arbeiterhinterbliebene.

Die Beihilfen wurden verwendet zur Durchführung einer Heil- oder Erholungskur bei 8 Beamten und 8 Arbeitern, für die Beschaffung eines Zahnersatzes bei 3 Beamten und 5 Arbeitern; 29 Beamten und 21 Arbeitern wurde wegen außerordentlicher wirtschaftlicher Notlage infolge eines Todesfalles, einer Erkrankung oder Geburt oder eines sonstigen Ereignisses in der Familie eine Beihilfe gewährt. Der Gesamtaufwand für bewilligte Beihilfen betrug im Berichtsjahr für die Beamten 3267 *RM* und für die Arbeiter 1504,24 *RM*, zus. 4771,24 (1931: 5820,80) *RM*.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gesamtaufwand an Besoldung, Arbeiterlöhnen und Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung.

Im Wirtschaftsjahr 1932 belief sich der Besoldungsaufwand (ohne Sparkasse und Hochschule für Musik) für die Beamten, Beamtenanwärter und -Lehrlinge, Angestellten und Aushilfen auf 5 347 820 (1931: 6 043 627) RM, der Lohnaufwand für die Arbeiter auf 3 411 071 (1931: 4 173 155) RM, zusammen bei einer Beschäftigtenzahl von 3070 (1931: 3124) Personen = 8 758 891 (1931: 10 216 782) RM. Es verminderte sich im Berichtsjahr die Zahl der im städtischen Dienst stehenden Personen um 54 (1930: 180) = 1,72 (1931: 5,45) v. H., der Aufwand an Besoldung und Löhnen um 1 457 891 RM = 14,27 v. H. (1931: 1 821 118 RM = 15,13 v. H.). Die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung für Beamte verursachte einen Aufwand von 922 226 (1931: 869 893) RM, für Angestellte von 13 176 (1931: 3572) RM und für Arbeiter von 276 075 (1931: 271 008) RM, zusammen für 759 (1931: 746) Versorgungs-Empfänger 1 211 477 (1931: 1 144 473) RM; gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1931 vermehrte sich die Zahl der Versorgungsfälle um 13 = 1,74 v. H., der Versorgungsaufwand erhöhte sich um 67 004 RM = 5,86 v. H. Die Gesamtsumme der Personalaufwendungen der Stadt Karlsruhe beträgt für das Berichtsjahr 9 970 368 (1931: 11 361 255) RM, somit gegenüber dem Vorjahr 1 390 887 RM = 12,24 v. H. weniger. Da der Versorgungsaufwand für die ehemaligen Beamten und Angestellten anstieg, der Gehaltsaufwand für die aktiven Beamten und Angestellten aber zurück ging, steigerte sich der Anteil des Versorgungsaufwandes am Gehaltsaufwand auf 17,49 (1931: 14,45; 1930: 12,53; 1929: 12,22; 1928: 12,01) v. H. Ebenso verhält es sich bei dem Ruhelohn- und Hinterbliebenenaufwand der Arbeiter. Hier kostete die Versorgung im Wirtschaftsjahr 1932 8,09 (1931: 6,49; 1930: 6,38; 1929: 6,18) v. H. des für die Arbeiter im Dienst erforderlichen Lohnaufwandes. Die gesamten Versorgungsaufwendungen beliefen sich im Wirtschaftsjahr 1932 auf 13,83 (1931: 11,20; 1930: 10,09; 1929: 9,79; 1928: 9,63) v. H. des Aufwands an Gehältern und Löhnen. Seit 1928 hat sich das Anteilsverhältnis um 4,20 v. H. gesteigert. Bei dem gegenwärtigen Altersaufbau des Beamtenkörpers muß mit einer weiteren Zunahme in den nächsten Jahren gerechnet werden.

e. Betriebskrankenkasse.

(Geschäftsjahr: 1. Januar bis 31. Dezember.)

Die städtische Betriebskrankenkasse hat im Kalenderjahr 1932 die Beiträge um ½ v. H. gesenkt. Die Beiträge betrugen ab 1. Februar 1932 4½ v. H. des Grundlohns, für diejenigen Mitglieder, die im Erkrankungsfalle ihr Gehalt weiter beziehen und somit kein Krankengeld erhalten, werden ab 1. Februar 1932 3½ v. H. des Grundlohns erhoben.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug im Berichtsjahr 1792 (1931: 2034) männliche und 462 (1931: 528) weibliche, zusammen 2254 (1931: 2562) Versicherungspflichtige und 1251 (1931: 1169) männliche und 226 (1931: 145) weibliche, zusammen 1477 (1931: 1314) freiwillig Versicherte, insgesamt 3731 (1931: 3876) Versicherte. Es ist demnach gegenüber dem Vorjahr eine Minderung der Mitgliederzahl um 145 eingetreten.

Krankheitsfälle ereigneten sich 6288 (1931: 6741) bei männlichen und weiblichen Versicherten und 5255 (1931: 6676) bei Familienangehörigen, insgesamt 11 543 (1931: 13 417).

Die Zahl der Krankheitstage betrug 31 275 (1931: 36 692) bei den männlichen, 7759 (1931: 7702) bei den weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern, 18 066 (1931: 18 037) bei den männlichen und 5302 (1931: 2633) bei den weiblichen freiwilligen Mitgliedern, insgesamt 62 402 (1931: 65 064). Darunter sind auch die Verpflegungstage der Versicherten in Krankenhäusern, Kur- und Erholungsheimen enthalten.

Die Verpflegungstage von Familienangehörigen in Krankenhäusern betrugen bei den versicherungspflichtigen und freiwilligen Mitgliedern insgesamt 10 814 (1931: 11 999).

Die Kasse gewährte Wochenhilfe an 4 (1931: 4) Mitglieder und 104 (1931: 120) Angehörige von Mitgliedern; Sterbegeld wurde an 32 (1931: 24) Mitglieder und 36 (1931: 32) Familienangehörige mit einem Aufwand von 4 578 (1931: 3892) RM bezahlt.

Die Gesamteinnahmen der Kasse betrugen 653 514 (1931: 797 063) RM; hierunter sind 251 240 (1931: 327 746) RM Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und 29 466 RM Beiträge

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zur Arbeitslosenhilfe enthalten, die für Rechnung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung eingezogen und an diese abgeliefert wurden.

Die Gesamtausgaben betrugen 645 413 (1931: 793 621) RM. Hiervon wurden 90 092 (1931: 112 269) RM für ärztliche Behandlung, 40 981 (1931: 58 298) RM für Arznei und Heilmittel, 95 480 (1931: 106 975) RM für Krankenhausverpflegung, 85 181 (1931: 119 892) RM für Krankengeld, 5892 (1931: 12 828) RM für Haus- und Taschengeld, 7157 (1931: 8642) RM für Fürsorge und Genesende, 9983 (1931: 13 688) RM für Wochenhilfe, 6566 (1931: 6406) RM zur Fürsorge im Allgemeinen, 4838 (1931: 4174) RM für Sterbegeld (davon 260 RM durch Berufsgenossenschaften ersetzt), 6260 (1931: 4226) RM für Verwaltungskosten, 78 (1931: 492) RM für sonstige Ausgaben, Rückerstattung von Beiträgen, 12 199 (1931: 17 985) RM für Vermögensanlage und 280 706 (1931: 327 746) RM für abgelieferte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verwendet.

Das Gesamtvermögen betrug am 31. Dezember 1932 269 620 (1931: 290 796) RM.

Die Kassengeschäfte wurden von 3 Beamten und 2 Angestellten im Sinne der Angestelltensatzung besorgt.

3. Verkehr, Feierlichkeiten, Tagungen.

a. Kraftverkehr.

Neben der Eisenbahn, die den Verkehr von und nach auswärts bewältigt, sofern er nicht auf die Landstraße abgewandert ist, und neben der Straßenbahn, die dem örtlichen und dem Vorortsverkehr dient, gibt heute der Kraftverkehr dem Bilde der Großstadt sein Gepräge. Die Stärke des Kraftverkehrs innerhalb einer Großstadt ist in erster Linie bedingt durch die Zahl der örtlichen Kraftfahrzeuge.

Karlsruhe hatte am 1. Juli 1932 einen Bestand von 1972 Personenkraftwagen, 30 Kraftomnibussen, 634 Lastkraftwagen, 1120 Krafträdern, 779 Kleinkrafträdern und 60 sonstigen Fahrzeugen, zusammen von 4595 (1. Juli 1931: 4629) Kraftfahrzeugen. Auf 34 Einwohner entfiel wie im Vorjahr ein Kraftfahrzeug, während z. B. in München bereits 24 Einwohner, in großen Industriestädten dagegen z. T. erst über 100 Einwohner über ein Kraftfahrzeug verfügen.

b. Luftverkehr.

Der Luftverkehr, der auch im Jahre 1932 wieder am 1. Mai aufgenommen wurde, hat gegenüber dem Vorjahr wesentliche Einschränkungen in der Linienführung erfahren. Die Strecke Baden-Baden—Karlsruhe—Stuttgart, die im Jahre 1931 doppelt beflogen worden war, wurde im Berichtsjahr nur einfach geführt. Außerdem kam die Bäderlinie Baden - Baden—Karlsruhe—Mannheim—Wiesbaden—Köln—Düsseldorf — Krefeld in Wegfall, da sie im Vorjahr so schlecht benützt war, daß man von ihrem weiteren Befliegen Abstand nahm.

Über Karlsruhe führten mithin im Wirtschaftsjahr 1932 nur noch 2 Linien und zwar die Strecke 49: Konstanz — Freiburg — Baden-Baden — Karlsruhe — Mannheim mit Anschluß nach Darmstadt, Frankfurt und Köln und von diesen Städten wieder nach den norddeutschen Flughäfen, und die Strecke 255: Baden-Baden — Karlsruhe — Stuttgart. In Stuttgart hatte diese Strecke Anschluß an die Strecke 52, die von Mannheim über Stuttgart nach München geführt wurde; von München aus wurde Anschlußmöglichkeit weiter nach Osten vermittelt. Die Strecke 49 wurde bis 30. September, die Strecke 255 bis 31. Oktober 1932 beflogen.

Die Benützung der beiden Strecken ließ viel zu wünschen übrig. Gegenüber dem Jahre 1931 ist sie als Folge der unvermindert anhaltenden Wirtschaftskrise erheblich zurückgegangen.

Zum Luftverkehr mußte die Stadt im Wirtschaftsjahr 1932 einen Zuschuß von 17 697 (1931: 26 352) RM leisten.

c. Fremdenverkehr.

Trotz der eifrigen mit Unterstützung des Verkehrsvereins durchgeführten Bemühungen der Stadtverwaltung, den Verkehr und das Wirtschaftsleben nach besten Kräften zu fördern, war ein weiterer Rückgang im Fremdenbesuch nicht zu umgehen. Während das Jahr 1930 140 507 und das Jahr 1931 noch 116 729 Fremde nach Karlsruhe gebracht hatte, ging deren Zahl im

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Jahre 1932 auf 109263 zurück. Der Fremdenverkehr im Jahre 1932 entsprach in seiner Höhe etwa demjenigen von 1927; gegenüber 1926 war er sogar noch um 2500 Personen besser, obwohl jene Jahre von der Wirtschaftskrise noch nicht betroffen waren. Der Rückgang im Fremdenverkehr ging fast ausschließlich auf Rechnung der Hotelfremden, deren Zahl sich von 79200 im Jahre 1931 auf 71300 im Jahre 1932 verminderte. In Herbergen und einfachsten Gasthöfen übernachteten 36400 (1931: 37000), in Fremdenpensionen 1500 (1931: 500) Personen.

Das seit dem Jahre 1928 beobachtete Zurückgehen des Anteils der Hotelfremden und das Ansteigen der Herbergsfremden setzte sich, wie bereits erwähnt, im Berichtsjahr fort; nur noch 65,3 v. H. aller Fremden stiegen in Hotels, 33,3 v. H. in Herbergen und 1,4 v. H. in Privatpensionen ab. Man nähert sich hier wieder den Verhältnissen der Vorkriegszeit (1913), wo 64 v. H. aller Gäste auf Hotels und 36 v. H. auf Herbergen entfielen. Nicht unwesentlich beteiligt sind an dieser Umschichtung die Jugendherbergen. Die Karlsruher Jugendherberge hatte im Jahre 1932 einen Verkehr von 4900 Personen, der sich gegenüber dem Vorjahr auf gleicher Höhe hielt.

Den stärksten Fremdenverkehr brachte wie in den Vorjahren wieder der Monat August mit 11,8 (1931: 11,2) v. H. aller Fremden. Die nächstbesten Monate waren der Juli und der September mit je 10,3 v. H., sodann der Juni und Oktober mit 9,6 und 9 v. H. Die Sommermonate Mai bis September brachten insgesamt 50,6 (1931: 48,9) v. H. aller Fremden des Jahres 1932.

Von dem Gesamtfremdenverkehr entfielen 101600 (1931: 106095) Personen = 93 (1931: 90,9) v. H. auf reichsdeutsche Gäste, 7700 (1931: 10634) = 7 (1931: 9,1) v. H. auf Ausländer. Der relativ geringere Anteil der Ausländer am Gesamtverkehr gegenüber dem Vorjahr zeigt, daß der Ausländerverkehr noch wesentlich stärker zurückgegangen ist als der inländische Reiseverkehr. Letzterer nahm um 4,2 v. H. ab, ersterer sogar um 27,6 v. H., der Gesamtverkehr um 6,3 v. H.

Die größten Verluste im ausländischen Fremdenverkehr weisen Oesterreich mit 600, England mit 580 und Holland mit 470 Fremden auf. Am ausländischen Fremdenverkehr waren beteiligt: Die Schweiz mit 1800, Oesterreich mit 1363, Holland mit 1047, Frankreich mit 656, die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 576 und England mit 401 Personen.

Stärker noch als die Zahl der Fremden ging im Jahre 1932 die Anzahl der Übernachtungen zurück, und zwar von 188648 auf 174454 = um 7,5 v. H. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 1,61 (1931: 1,62) Tage je Fremdem, und zwar in den Hotels 1,58 (1931: 1,62) Tage, in den Herbergen 1,63 (1931: 1,62) Tage.

Für verkehrswerbende Zwecke zahlte die Stadt Karlsruhe an den Verkehrsverein einen Beitrag von 13075,76 (1931: 16026) *RM*, an den Badischen Verkehrsverband von 250 (1931: 500) *RM* und an den Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hamburg—Frankfurt—Basel von 358,89 (1931: 663) *RM*.

d. Tagungen, Ausstellungen, Feierlichkeiten.

Im Berichtsjahr fanden in Karlsruhe 40 Tagungen und Kongresse namhafter Reichs- und Landesorganisationen, 7 größere Ausstellungen, davon 2 in der städtischen Ausstellungshalle und 5 in der badischen Landesgewerbehalle, 17 große sportliche Veranstaltungen auf dem Gebiete des Turnens, des Schwimmens, des Ringtennis, des Tennisspiels, der Leibesübungen, des Fußballsports, des Freiballonwettbewerbs usw., ferner eine Reihe bedeutender musikalischer und kultureller Veranstaltungen statt. An der Spitze stand der in der Zeit vom 5. bis 8. August unter der Schutzherrschaft des Reichspräsidenten von Hindenburg abgehaltene 21. Deutsche Feuerwehrtag. Aus diesem Anlaß wurde am Sonntag, dem 7. August, ein Festzug veranstaltet, der eine Beteiligung von 17000 Feuerwehrleuten aus allen Teilen Deutschlands und von Vertretungen aus dem Ausland aufwies. In Verbindung mit dem Deutschen Feuerwehrtag fand in der Ausstellungshalle und auf dem angrenzenden Freigelände eine aus ganz Deutschland beschickte Feuerwehr-Fachausstellung statt, die von 30000 Personen besucht wurde.

Die weitere Ausstellung in der städtischen Ausstellungshalle war vom Karlsruher Hausfrauenbund unter der Bezeichnung „Deutsche Woche" veranstaltet. In der Landesgewerbehalle wurde eine Gesellenstückausstellung, eine ständige Ausstellung technischer Sammlungen „Bilder der Technik und technischer Neuerungen" in den Sommermonaten, eine Verlagsausstellung einer Augsburger Firma, die Ausstellung „Karlsruhe im Bild" und eine Wintersportausstellung des Badischen Landesgewerbeamt gezeigt. Sämtliche Ausstellungen des Jahres 1932 hatten zusammen 100000 Besucher zu verzeichnen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am 8. Mai führte der Verkehrsverein Karlsruhe, e. V., mit Unterstützung der Stadtverwaltung den „Karlsruher Sommertagszug" durch. Im September und Oktober wurden wie alljährlich die „Karlsruher Herbsttage" mit wissenschaftlichen, kulturellen, sportlichen, musikalischen und anderen verkehrsbelebenden Veranstaltungen abgehalten. Aus Anlaß des Jahrestages der Verkündung der Verfassung des Deutschen Reichs wurde der 11. August 1932 durch eine von der Stadtverwaltung in Verbindung mit dem Badischen Staatsministerium veranstaltete Verfassungsfeier begangen; am 12. März 1933 fand die Feier des Volkstrauertages statt.

Der Bürgersaal des Rathauses wurde im Berichtsjahr zu 2 Vorträgen, 4 Versammlungen, 10 Sitzungen, Tagungen und Besprechungen sowie 17 Konzerten zur Verfügung gestellt, die insgesamt von 8210 Personen besucht wurden.

B. Auftragsverwaltungen.

1. Gebäudeversicherungsstelle.

Die Gebäudeversicherungsstelle führte im Wirtschaftsjahr 1932 192 (1931: 240) Schätzungen mit augenblicklicher Wirkung und 952 (1931: 705) Schätzungen im regelmäßigen Umgang durch. Das Veränderungsverzeichnis für das städtische Tiefbauamt umfaßte 587 (1931: 569) Einträge über bauliche Veränderungen usw. Einsichtnahme in das Feuerversicherungsbuch wurde in 108 (1931: 71) Fällen gebührenpflichtig und in 2575 (1931: 3444) Fällen gebührenfrei für Staatsbehörden, städtische Stellen usw. gewährt. Abschriften von Einschätzungsverzeichnissen wurden 79 (1931: 82), Auszüge aus dem Feuerversicherungsbuch bei Brandfällen 80 (1931: 73) und Bescheinigungen über den Versicherungswert eines Gebäudes bei Sturmschäden 49 (1931: 67) gefertigt.

Das Beitragsverzeichnis zur Gebäudeversicherungsumlage umfaßte für 1932 11656 Einträge. Die Versicherungssumme belief sich auf 554057750 (1931: 552410500) *RM*, die Umlage auf 551516 (1931: 662795) *RM*.

Der Gebäudeversicherungsstelle oliegt auch die Versicherung der städtischen Fahrnisse. Versichert waren im Berichtsjahr Fahrnisse im Werte von 26799104 (1931: 33560827) *RM* in 52 Versicherungsscheinen. Die Versicherungsprämie betrug 25486 (1931: 31099) *RM*.

Die Gebäudeversicherungsstelle, die bis zum Jahre 1931 dem Grundbuchamt angegliedert war, wurde mit der Verstaatlichung des Grundbuchamts zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1932 dem Oberbaurat Dr. Johannes Dommer unterstellt. Beschäftigt waren am Ende des Berichtsjahres noch 2 Beamte. Ein Beamter konnte eingespart werden. Die Gebühreneinnahmen der Gebäudeversicherungsstelle betrugen 318,90 (1931: 269) *RM*, die Ausgaben 13451,93 (1931: 15719) *RM*.

2. Gerichtsbarkeit.*)

a. Gemeindegericht.

Die Zuständigkeit des Gemeindegerichts war auch im Berichtsjahr in vermögensrechtlichen Streitigkeiten, deren Gegenstand den Wert von 100 *RM* nicht übersteigt, gegeben, wenn beide Parteien hier wohnten, hier eine Niederlassung oder den Aufenthalt hatten.

Die am 27. Mai 1931 getroffene Bestimmung, daß die Gemeindegerichte nicht mehr in Sachen entscheiden dürfen, an denen Gemeinden beteiligt sind, wurde durch eine Verordnung des Justizministers vom 26. Auguß 1932 wieder aufgehoben. Vom gleichen Tag an wurde für das Verfahren vor dem Gemeindegericht eine Mindestgebühr von einer Reichsmark festgesetzt.

Im Kalenderjahr 1932 wurden in 70 (1931: 62) Sitzungen 2565 (1931: 2653) Klagen erledigt. Von diesen wurden 209 durch abweisende und 1474 durch verurteilende Erkenntnisse

*) Da die allgemeine Justizstatistik für das Kalenderjahr geführt wird, betreffen auch die hier angegebenen Zahlen das Kalenderjahr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

entschieden; 774 Klagen blieben beruhen, wurden verglichen oder zurückgenommen. In das Jahr 1933 wurden 108 Fälle übertragen.

Gegen 352 Entscheidungen des Gemeindegerichts wurde Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg eingelegt. Das Amtsgericht hat 80 Entscheidungen des Gemeindegerichts bestätigt und 43 abgeändert. In 199 Fällen blieb die Sache beruhen, meistens, weil wohl Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg eingelegt, aber der vom Amtsgericht geforderte Kostenvorschuß nicht bezahlt wurde.

Zahlungsbefehle wurden 6395 (1931: 7507) erlassen; in 1616 Fällen wurde Widerspruch erhoben; Vollstreckungsbefehle ergingen 3081 (931: 3848).

An Gebühren und Strafen wurden 17330,05 (1931: 18029) *RM* vereinnahmt.

b. Schiedsmann.

Der Schiedsmann hielt in 46 (1931: 46) Sitzungen 427 (1931: 540) Sühnetermine ab. Von den Sühneversuchen sind 120 gelungen, 307 waren erfolglos.

c. Mieteinigungsamt.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 ermäßigte die Miete für die dem Reichsmietengesetz unterliegenden Wohnungen mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab um 10 v. H. der Friedensmiete. Bei der Durchführung dieser Verordnung entstanden Zweifel, die von Mietern und Vermietern durch Vorsprache beim Mieteinigungsamt zu beheben versucht wurden.

Da die Mietsenkung nach der Friedensmiete zu berechnen war, erfuhren zahlreiche Mieter zum erstenmal die tatsächliche Friedensmiete. Das hatte zur Folge, daß die Mieter bei Überforderungen die Festsetzung der gesetzlichen Miete nach dem Reichsmietengesetz beim Mieteinigungsamt beantragten. In den ersten Monaten des Berichtsjahres mußten täglich 80 bis 100 Auskünfte erteilt werden. Die Anträge an das Amt nahmen stark zu. Erst vom Mai 1932 an sank die Inanspruchnahme des Amtes.

Am 1. Oktober 1932 wurde das städtische Mieteinigungsamt aufgehoben. Die Geschäfte gingen vom gleichen Zeitpunkt an auf das Amtsgericht über.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. September 1932 fanden 19 (1931: 24) Sitzungen des Mieteinigungsamtes statt. Aus dem Vorjahr wurden 18 Fälle übernommen, 181 (1931: 203) kamen neu hinzu. Von den zusammen 199 Fällen wurden 45 zurückgezogen, 150 in Sitzungen behandelt und 4 an das Bad. Amtsgericht abgegeben.

Über die in Sitzungen behandelten Mietsachen wurden 91 Entscheidungen getroffen und 41 Vergleiche erzielt; 18 Fälle blieben beruhen.

Gegen 5 Entscheidungen des Mieteinigungsamtes wurde Rechtsbeschwerde eingelegt. In einem Fall hat das Amt der Beschwerde selbst abgeholfen, 3 Entscheidungen wurden vom Landgericht bestätigt, eine Entscheidung abgeändert.

Die Jahreseinnahmen betrugen 2541,34 *RM*.

d. Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten.

Der Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten (§§ 81, Ziffer 4, 91b Gew.O.) hat im Berichtsjahr 22 Streitigkeiten erledigt, davon 13 durch gütliche Beilegung und 9 durch Spruch. Von den Sprüchen wurden 4 innerhalb einer Woche von beiden Seiten anerkannt. In 4 Fällen erhielt der Ausschuß Kenntnis von einer Klageerhebung beim Amtsgericht.

Die städtische Gerichtsstelle war am 31. März 1933 wie im Vorjahre mit 2 Beamten und 3 Anwärtern besetzt. Der Aufwand der Gerichtsstelle betrug 24483,65 (1931: 25808) *RM*.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Standesamt.

Vom 1. April 1932 an kam der Standesamtsbezirk Grünwinkel infolge Aufhebung des Gemeindesekretariats für den Stadtteil Grünwinkel in Wegfall. Er wurde mit dem Standesamtsbezirk Alt-Karlsruhe vereinigt. Die Stadt war daher im Berichtsjahr nur noch in drei Standesamtsbezirke, nämlich Alt-Karlsruhe, Rüppurr und Daxlanden eingeteilt. Vor den Karlsruher Standesämtern wurden im Wirtschaftsjahr 1932 insgesamt 1 132 (1931: 1 193) Ehen geschlossen. 1 055 (1931: 1 097) Ehen entfielen auf Alt-Karlsruhe, 30 (1931: 44) auf Rüppurr, 47 (1931: 52) auf Daxlanden. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 2 225 (1931: 2 550), von denen 2 115 (1931: 2 456) im Standesamtsbezirk Alt-Karlsruhe, 39 (1931: 33) in Rüppurr und 71 (1931: 61) in Daxlanden zur Welt kamen. Totgeboren wurden 62 (1931: 71) Kinder, davon 58 in Alt-Karlsruhe, 2 in Rüppurr und 2 in Daxlanden. Gestorben sind in der Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1933 1825 (1931: 1777) Personen und zwar 1749 in Alt-Karlsruhe, 39 in Rüppurr und 37 in Daxlanden.

Neben den Registerbeurkundungen bestand die hauptsächliche Tätigkeit der Standesämter in der Bearbeitung von 320 Vaterschaftsanerkennungen zu unehelichen Kindern, 228 Legitimationen unehelicher Kinder, 49 Namenserteilungen an uneheliche Kinder, 7 Ehelichkeitserklärungen unehelicher Kinder, 32 Annahmen an Kindesstatt (Adoptionen), 4 Vornamensänderungen durch obrigkeitliche Verfügung, 12 Aberkennungen der Vaterschaft durch gerichtliches Urteil, 7 Familiennamensänderungen durch obrigkeitliche Verfügung, 24 Wiederannahmen des früheren Familiennamens geschiedener Ehefrauen, je 400 Anzeigen an das Vormundschaftsgericht und das Jugendamt über uneheliche oder ehelich nachgeborene Kinder, je 41 Anzeigen an das Vormundschaftsgericht und Jugendamt über die Wiederverheiratung von Witwen und geschiedenen Ehefrauen. Zur Erlangung der Wochenhilfe durch Krankenkassen wurden 1 364 und durch das Reich 285 Geburtsbescheinigungen ausgestellt. 1 057 Aufgebote wurden behandelt, 433 Familienstammbücher, 145 Vermerke über Ehescheidungen im Heiratsregister gefertigt und 65 Ehefähigkeitszeugnisse ausgestellt.

Die Zahl der beschäftigten Beamten betrug 7 und 1 Angestellter. Die Einnahmen des Standesamts erbrachten 18 822,52 (1931: 21 526) *RM*. Die Ausgaben beliefen sich auf 40 707,76 (1931: 48 150) *RM*.

4. Statistisches Amt.

Dem Statistischen Amt oblagen wie im Vorjahr die statistische Erfassung der Bevölkerungsbewegung sowie sonstiger wirtschaftlicher und sozialer Merkmale, deren Beobachtung im Interesse der Stadt liegt, die Durchführung größerer statistischer Erhebungen und Zählungen, die Ausstellung, Berichtigung und Ergänzung der Lohnsteuerkarten, die Arbeiten der Wahlgeschäftsstelle und die Arbeiten, die den Gemeinden auf dem Gebiete der Sozialversicherung übertragen sind.

Am 1. Dezember 1932 fand die jährliche für das ganze Reich angeordnete allgemeine Viehzählung statt. Sie ergab für die Gesamtstadt einen Bestand von 723 (287)*) Pferden, 1 (1) Esel, 1279 (885) Stück Rindvieh, 1486 (1211) Schweinen, 107 (90) Schafen, 1114 (865) Ziegen, 41 625 (26 355) Stück Federvieh, 1091 (573) Bienenvölkern und 3052 (426) Hunden. Kaninchen waren nicht zu zählen. Vom Gesamtbestand gehörten der Stadt 11 Pferde, 7 Farren, 36 Schweine, 1 Schaf, 13 Ziegen, 120 Stück Federvieh und 6 Hunde.

Von den für Juni 1932, September 1932 und März 1933 vorgeschriebenen Schweinezählungen wurde die für Großstädte zugelassene Befreiung beantragt, weil das Ergebnis dieser Zwischenzählungen für Karlsruhe im Verhältnis zu den Zählungskosten nicht lohnend schien.

Aus den Erhebungsbogen der Viehzählung vom 1. Dezember wurden zur Feststellung und Erhebung der Beiträge der Tierbesitzer für die Entschädigung bei Seuchenverlusten die Einzugslisten für die Stadthauptkasse gefertigt.

Ende Mai 1932 war eine für das ganze Reich vorgeschriebene Anbauflächenerhebung durchzuführen. Eine Ernteschätzung war im Jahre 1932 nicht vorzunehmen. Dagegen fand im März 1933 eine Schätzung des Bestandes an Obstbäumen statt nach den vom statistischen Landesamt

*) Die in Klammern angegebenen Ziffern betreffen den Stand in den 6 eingemeindeten Vororten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

vorgeschriebenen Erhebungsbogen; die vorletzte Obstbaumzählung hatte im Mai 1929 stattgefunden. Das Ergebnis der Erhebung war: 10595 (7095)*) Apfelbäume, 15685 (8485) Birnbäume, 12440 (9380) Zwetschgenbäume, 3650 (2330) Pflaumenbäume, 2035 (1155) Mirabellenbäume, 686 (266) Reineclaudenbäume, 1872 (1022) Süßkirschenbäume, 895 (645) Sauerkirschenbäume, 216 (76) Aprikosenbäume, 6840 (3340) Pfirsichbäume, 5 (—) Mandelbäume, 834 (474) Nußbäume, 17 (5) Edelkastanienbäume, 723 (473) sonstige Obstbäume, zusammen 56493 (34746) Obstbäume.

Im März 1932 waren die Verhandlungen bezüglich der Tabakanbaufläche beendet, so daß Ende März die Karlsruhe zustehende Tabakanbaufläche von 59,5 a unter 4 zugelassenen Karlsruher Anbauern verteilt werden konnte. Im Juli 1932 war auf vorgeschriebenem Vordruck Bericht an das Hauptzollamt über den von Karlsruher Einwohnern angebauten Tabak zu erstatten.

Hagelmeldungen an das Bezirksamt waren in 2 Fällen nötig; nennenswerter Schaden durch Hagelschlag ist nicht entstanden, sodaß eine Abschätzung nicht einzutreten hatte.

Der Bezug von billigem Hühnerfutter, das die Reichsregierung den Hühnerhaltern zur Verfügung stellte, war nach vorgeschriebenem Verfahren zum erstenmal im Mai/Juni 1932 durchzuführen, zum zweitenmal im September/Oktober 1932.

Die jährliche Personenstandsaufnahme, die nicht nur der Ausfertigung der Lohnsteuerkarten, sondern auch als Grundlage für sämtliche Steuern dient, da durch sie Zahl und Namen der Steuerpflichtigen, ihre persönlichen Verhältnisse und die Lohn oder Gehalt zahlenden Kassen ermittelt werden, fand am 10. Oktober 1932 statt. Sie ist unentbehrlich für die Veranlagung der Einkommen-, Vermögens-, Körperschafts- und Kirchensteuern. Außerdem werden aus ihr sämtliche Überwachungslisten für alle Arten von Steuerpflichtigen ergänzt. Die bei der Personenstandsaufnahme sich ergebenden Erhebungspapiere müssen deshalb von der Gemeinde eingehend geprüft werden. Sie werden dem Finanzamt zeitweise überlassen, damit es seine Karteien usw. ergänzen kann. Die Personenstandsaufnahme wurde diesmal, der Kostenersparnis halber nicht von der Polizei, sondern durch städt. Personal durchgeführt.

Auf Grund der Personalstandsaufnahme wurden ab Ende Oktober mit städtischen Angestellten und mit einigen zu diesem Zwecke beschäftigten Erwerbslosen die Lohnsteuerkarten ausgestellt. Die Arbeit wurde derart beschleunigt, daß am 15. Dezember 1932 mit der Verteilung der Steuerkarten an die Arbeitnehmer begonnen werden konnte, nachdem vorher das Finanzamt Karlsruhe-Stadt und die Bürgersteuer-Abteilung der Stadthauptkasse ihre Karteien usw. ergänzt und die Bürgersteuer auf der Lohnsteuerkarte veranlagt hatten. Auf diese Weise wurde eine reibungslose Erledigung aller Arbeiten bei der städtischen Lohnsteuerkartenstelle, bei der städtischen Bürgersteuerstelle und beim Finanzamt erzielt, als Ende Dezember der nach Verteilung der Steuerkarten übliche Massenandrang des Publikums einsetzte.

Insgesamt wurden für das Steuerjahr 1933 bei der Massenausstellung 64967 Lohnsteuerkarten ausgestellt. Dazu kamen noch die bis Ende März 1933 nachträglich ausgestellten 7412 Karten, so daß im Berichtsjahr 1932 für das Steuerjahr 1933 insgesamt 72379 Steuerkarten auszufertigen waren. Außerdem wurden für das Steuerjahr 1932 oder vorhergehende Steuerjahre 2538 Steuerkarten ausgestellt. Unter den überhaupt im Berichtsjahr ausgestellten Steuerkarten befanden sich 209 Doppelfertigungen. Insgesamt wurden für sämtliche Steuerjahre rund 24700 Personen mündlich oder schriftlich abgefertigt. Die Zusammenarbeit mit dem Finanzamt in Lohnsteuersachen gestaltete sich auch im Berichtsjahr reibungslos.

Für die Stadtschularztstelle wurden die von ihr im Laufe des Schuljahres ausgefüllten Zählblättchen, die sich bei der Reihenuntersuchung der Schüler ergaben, verarbeitet, um Größe und Gewicht der Schüler nach Altersklassen und die Abweichungen vom Vorjahr festzustellen. Es handelte sich um 14563 (1931: 14088) Zählblättchen für die Volksschulen und um 476 (1931: 522) für Fortbildungsschüler. Die Ergebnisse sind im Bericht der Stadtschularztstelle veröffentlicht.

Die vom Unterrichtsministerium jährlich angeforderte Statistik über den Schulaufwand, der für die Volks- und Fortbildungsschule, die städtischen höheren Schulen, die städtischen Gewerbeschulen und die städtischen Handelsschulen nach umfangreichen Fragebogen anzugeben ist, wurde auch im Berichtsjahr erstattet.

Für die städtische Tuberkulose-Fürsorgestelle wurden wie bisher die Todesfälle an Tuberkulose nach verschiedenen Gesichtspunkten tabellarisch bearbeitet.

*) Davon in den früheren Vororten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Stadt Karlsruhe beteiligte sich auch im Wirtschaftsjahr 1932 an der Fortsetzung der vom Statistischen Reichsamt veranstalteten Erhebung von Wirtschaftsrechnungen. Auf Karlsruhe waren für das Wirtschaftsjahr 1932 3 Wirtschaftsrechnungen entfallen. Die Austeilung und Einsammlung sowie die Vorprüfung der Wirtschaftsbücher wurde vom Statistischen Amt besorgt. Die Buchführer erhielten von der Stadt die für gute und pünktliche Buchführung versprochene Prämie von je 20 *RM*.

Für die Herausgabe des 28. Jahrgangs des Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte bearbeitete das Statistische Amt 20 Fragebogen, ferner Fragebogen für die vom Deutschen Gemeindetag herausgegebenen Statistischen Vierteljahresberichte. Über die Bevölkerungsvorgänge, die Preise auf dem Wochenmarkt und sonstige statistisch auszuwertende Erscheinungen wurde regelmäßig Bericht an das Statistische Reichsamt, das Badische Statistische Landesamt, das Institut für Konjunkturforschung und sonstige Interessenten erstattet. In den hiesigen Tageszeitungen wurde eine Reihe von Artikeln über Bevölkerungsbewegung, Fremdenverkehr, Bautätigkeit, Grundbesitzwechsel, Hypothekenverkehr und die Wahlergebnisse veröffentlicht.

In das Berichtsjahr fielen der zweite Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl und drei Reichstagswahlen. Am 10. April 1932 fand der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl und am 31. Juli, 6. November 1932 und am 5. März 1933 je eine Reichstagswahl statt. Die Wahlkartei enthielt am 10. April 1932 119396, am 31. Juli 1932 119199, am 6. November 1932 117088 und am 5. März 1933 115708*) Wahlberechtigte. Einschließlich der Abstimmungen auf Stimmschein (nach Abzug der hiesigen Wahlberechtigten, die Stimmscheine erhielten) betrug die amtliche Ziffer der Wahlberechtigten am 10. April 1932 118760, am 31. Juli 1932 116058, am 6. November 1932 116768, am 5. März 1933 115320. Gewählt haben am 10. April 1932 92621 = 77,99 v. H., am 31. Juli 1932 91743 = 79,05 v. H., am 6. November 1932 90213 = 77,26 v. H. und am 5. März 1933 101152 Personen = 87,71 v. H. aller Wahlberechtigten. Beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl erhielt Paul von Hindenburg 51662 Stimmen = 56,14 v. H., Adolf Hitler 33280 Stimmen = 36,17 v. H., Ernst Thälmann 7070 Stimmen = 7,68 v. H. aller gültigen abgegebenen Stimmen. Zersplittert waren 6 Stimmen = 0,01 v. H. Ungültig waren 603 Stimmen. Bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 wurden 36624 Stimmen = 40,26 v. H. für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, 3794 Stimmen = 4,17 v. H. für die Deutschnationale Volkspartei, 1507 Stimmen = 1,66 v. H. für den Evangelischen Volksdienst, 628 Stimmen = 0,69 v. H. für die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), 153 Stimmen = 0,17 v. H. für die Volksrechtspartei, 1542 Stimmen = 1,70 v. H. für die Deutsche (liberale) Volkspartei, 2018 Stimmen = 2,22 v. H. für die Deutsche Demokratische Partei (Staatspartei), 16017 Stimmen = 17,61 v. H. für die Zentrumspartei, 19015 Stimmen = 20,91 v. H. für die Sozialdemokratische Partei, 9351 Stimmen = 10,28 v. H. für die Kommunistische Partei abgegeben. 306 Stimmen = 0,33 v. H. entfielen auf 10 weitere Splitterparteien, 788 abgegebene Stimmen waren ungültig. Anläßlich der Reichstagswahl vom 6. November 1932 stimmten 33666 Personen = 37,66 v. H. für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, 5047 = 5,64 v. H. für die Deutschnationale Volkspartei, 1616 = 1,81 v. H. für den Evangelischen Volksdienst, 377 = 0,42 v. H. für die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes, 115 = 0,13 v. H. für die Volksrechtspartei, 3209 = 3,59 v. H. für die Deutsche (liberale) Volkspartei, 2081 = 2,33 v. H. für die Deutsche Demokratische Partei (Staatspartei), 14794 = 16,55 v. H. für die Zentrumspartei, 16514 = 18,47 v. H. für die Sozialdemokratische Partei, 11611 = 12,99 v. H. für die Kommunistische Partei. Für 11 weitere Splitterparteien wurden 363 Stimmen = 0,41 v. H. abgegeben. Ungültig waren 820 Stimmen. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 brachte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei 45251 Stimmen = 45,04 v. H., der Kampffront Schwarz-weiß-rot 5409 = 5,38 v. H., dem Evangelischen Volksdienst 1550 = 1,54 v. H., der Deutschen (liberalen) Volkspartei 1738 = 1,73 v. H., der Deutschen Demokratischen Partei (Staatspartei) 1771 = 1,76 v. H., der Zentrumspartei 17106 = 17,03 v. H., der Sozialdemokratischen Partei 17955 = 17,87 v. H., der Kommunistischen Partei 9643 = 9,60 v. H., 3 weiteren Splitterparteien 47 = 0,05 v. H. Ungültige Stimmen wurden 682 abgegeben.

Bei den 3 Reichstagswahlen war für Reisende und sonstige Wähler mit Stimmscheinen im Hauptbahnhof ein Abstimmungslokal eingerichtet (jeweils innerhalb der Sperre), das im Juli

*) Der Rückgang in der Zahl der Wahlberechtigten im Laufe des Berichtsjahres ist nicht auf einen Bevölkerungsrückgang oder eine wesentliche Änderung im Altersaufbau, sondern lediglich auf eine Berichtigung der Wahlkartei zurückzuführen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

geöffnet war von 2 bis 24 Uhr und an den beiden anderen Wahlen von 2 bis 21 Uhr 30 Min. Abgestimmt haben dort 894 bezw. 313 und 415 Wähler.

Der Publikumsverkehr aus Gründen der Wahl umfaßte bei der zweiten Reichspräsidentenwahl rund 6000 Personen, bei den drei anderen Wahlen 11 500, 4550 bzw. 4600 Personen.

Die Wahlkartei dient gleichzeitig als Schöffen- und Geschworenenliste. Für diese Zwecke war sie im September 11 Arbeitstage zur Einsicht aufzulegen; Einsicht nahmen 5 Personen. Sodann waren die Namen der dem Amtsgericht für das Amt eines Schöffen oder Geschworenen als geeignet vorgeschlagenen 495 Personen in der Kartei daraufhin nachzusehen, ob die Betreffenden auf Grund ihrer Personalien für den Schöffen- und Geschworenendienst in Frage kommen können.

Die Wahlkartei dient auch zur Auskunftserteilung für andere städtische Stellen. Regelmäßig macht davon das Fürsorgeamt Gebrauch, das dem Statistischen Amt u. a. die bei ihm eingehenden Anträge auf Gewährung von Vorzugsrente zwecks Prüfung der Personalien der Antragsteller übergab.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden für die Invalidenversicherung 1 154 Quittungskarten Nr. 1 ausgestellt, 26112 Quittungskarten umgetauscht, 107 Karten erneuert, 384 sonstige Karten aufgerechnet bzw. ausgestellt, zusammen 27 757 Karten bearbeitet. Für die Angestelltenversicherung wurden 960 Versicherungskarten Nr. 1 ausgefertigt, 7466 Versicherungskarten umgetauscht, 47 Karten erneuert, 185 sonstige Karten aufgerechnet bzw umgetauscht, zusammen für 8658 Karten Amtshandlungen vorgenommen.

Wegen verspäteter Beitragsentrichtung mußten 310 Anzeigen an die Kontrollämter, wegen Feststellung der Versicherungspflicht bzw. Beitragsnacherhebung 77 Anzeigen an das Versicherungsamt erstattet werden. 7 Anträge auf Einleitung von Heilverfahren wurden entgegengenommen und 6 Anträge auf Aufhebung der Befreiung von der eigenen Beitragsleistung zur Angestelltenversicherung bearbeitet.

Zur land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung wurden in den Stadtteilen Beiertheim 97 Betriebe mit 9400 Arbeitstagen, Bulach 134 Betriebe mit 11 800 Arbeitstagen, Daxlanden 377 Betriebe mit 25 300 Arbeitstagen, Grünwinkel 72 Betriebe mit 7200 Arbeitstagen, Rintheim 267 Betriebe mit 16 250 Arbeitstagen, Rüppurr 296 Betriebe mit 29 150 Arbeitstagen und in der übrigen Stadt 492 Betriebe mit 70 200 Arbeitstagen, insgesamt 1735 Betriebe mit 169 300 Arbeitstagen eingeschätzt.

In der gesamten Abteilung Sozial-Versicherung waren 33 000 Personen abzufertigen und 1930 Poststücke zu erledigen.

Das Amt war am Schlusse des Wirtschaftsjahres besetzt mit 11 Beamten, 5 Angestellten und bei Wahlen, größeren Erhebungen usw. mit besonderen Aushilfen. Der gesamte Verwaltungsaufwand betrug 125 404,20 (1931: 105 811) *RM*, die Einnahmen 26 431,56 (1931: 5599) *RM*.

5. Ortsgericht.

Das Ortsgericht für den Bezirk Karlsruhe, Beiertheim, Mühlburg und Grünwinkel wurde im Wirtschaftsjahr 1932 in 1987 Geschäftsfällen tätig, das Ortsgericht für Bulach in 20 Fällen, das Ortsgericht für Daxlanden in 26 Fällen, das Ortsgericht für Rintheim in 17 Fällen und das Ortsgericht für Rüppurr in 45 Fällen. Der Aufwand für das Ortsgericht betrug 6084,05 (1931: 5953) *RM*; an Gebühren gingen 2977,85 (1931: 3012) *RM* ein.

6. Innungswesen.

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 1932 löste sich die Bildhauer-Zwangsinnung unter Liquidation auf. Am Ende des Berichtsjahres unterstanden somit 25 Innungen der Aufsicht des Oberbürgermeisters, die wie in den Vorjahren durchgeführt wurde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

III. Polizei.

1. Ordnungspolizei.

Der Beitrag der Stadt Karlsruhe zu den Kosten der lebenslänglich angestellten Polizei betrug im Wirtschaftsjahr 1932 aus einer Iststärke von 223 (1931: 222) Beamten gemäß § 7 des Polizeigesetzes 482 630 (1931: 483 685) *RM*. Für die auf Zeit angestellten 45 (1931: 45) Polizeibeamten, die regelmäßig zur Erhöhung der allgemein bestimmten Polizeistärke im Rahmen des ortspolizeilichen Bedarfs herangezogen wurden, mußte die Stadt einen Beitrag von 62 240 (1931: 61 881) *RM* leisten.

2. Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die bereits in ständig wachsendem Maße das Wirtschaftsjahr 1931 beherrschten, hielten auch während des Wirtschaftsjahres 1932 an und beeinflußten in ganz besonderer Weise das Gebiet der Bautätigkeit. Lediglich dem Umstande, daß vom 1. Oktober 1932 ab seitens des Reiches Zuschüsse für Bauarbeiten gewährt wurden, ist es zuzuschreiben, daß die Zahl der Baugesuche mit 656 gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1931 mit 654 annähernd gleich geblieben ist. Hiervon entfielen jedoch 330 Gesuche (also die Hälfte) auf größere und kleinere Umbauten sowie Bauveränderungen (insbesondere Wohnungsteilungen). Weitere 146 Gesuche umfaßten Bauvorhaben über die Erstellung von Schuppen, Gartenhütten, Ställen und Werkstätten. Nur ein ganz geringer Hundertsatz der Baugesuche entfiel auf die Errichtung größerer Bauten; hierzu gehören: die Errichtung der Stadtrandsiedlung beim Vorort Bulach mit 100 Siedlerstellen, die Vollendung der Baugruppe auf dem ehemaligen Gottesauer Exerzierplatz durch den Mieter- und Bauverein mit 9 Wohnhäusern an der Bunte- und Gottesauer Straße, die Errichtung eines Gemeindehauses an der Schillerstraße durch die Gemeindehaus-Baugenossenschaft St. Bonifatius und die Errichtung einer Kinderschule in der Pfauenstraße durch den Evang. Kinderschulverein Rüppurr.

Erwähnenswert ist ferner noch die Errichtung eines Gedenksteins durch den Verein ehemaliger Angehöriger der Nachrichtentruppen an der Ecke Hardt- und Gneisenaustraße und des Kriegerdenkmals durch den Bürgerverein Grünwinkel an der Konradin Kreutzerstraße.

Von den eingekommenen 656 Baugesuchen betrafen 40 Wohnhausneubauten, 331 Wohnhausumbauten (17 Ladenumbauten, 86 sonstige Umbauten, 228 kleinere Bauveränderungen), 4 den Neubau von Schulen, Geschäftshäusern, Krankenhäusern, Kinos, Vereinslokalen, 1 Fabrikneubau, 3 Fabrikumbauten, 147 den Neubau von Schuppen, Werkstätten, Ställen, Gartenhütten, 4 den Neubau von Magazinen, Lagerhallen usw., 39 die Erstellung von Garagen, 12 die Errichtung von Tankstellen, 18 die Erstellung von Einfriedigungen, 15 sonstige Bauten, 19 Abbrüche aller Art; 23 Gesuche waren von Reichs- und Staatsbehörden eingereicht worden. 567 Gesuche wurden genehmigt, 30 abgelehnt, 17 zurückgezogen, 42 waren am 31. März 1933 noch nicht verbeschieden.

Von den 40 Wohnhausbaugesuchen wurden 32 genehmigt, 1 abgelehnt, 4 zurückgezogen; 3 waren am Ende des Berichtsjahres noch nicht verbeschieden. 18 der genehmigten Wohnungsbaugesuche waren von einzelnen Bauherren, 3 von gemeinnützigen Bauvereinigungen eingereicht. 11 Gesuche betrafen Siedlerstellen, darunter befanden sich die beiden Baugesuche der Stadt Karlsruhe über die Errichtung der Stadtrandsiedlung mit insgesamt 100 Häuschen.

Von der Ortsbaukommission wurden in 16 Sitzungen insgesamt 521 Fälle behandelt, d. s. durchschnittlich 32,6 Fälle je Sitzung.

Die Wohnungskontrolle hatte insgesamt 159 Anträge auf Besichtigung schadhafter und gesundheitschädlicher Wohnungen zu erledigen. Hierbei gelang es nur bei einem geringen Teil, an Ort und Stelle eine Beseitigung der vorgefundenen Mißstände zu erzielen; in 122 Fällen war es notwendig, durch polizeiliche Maßnahmen Abhilfe zu schaffen. Die herrschende Wirtschaftsnot stand auch während des Wirtschaftsjahres 1932 der Beseitigung der festgestellten Mißstände erschwerend im Wege, wodurch die Wohnungskontrolle fast in jedem Einzelfalle gezwungen war, mehrere Kontrollgänge bis zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit vorzunehmen. Insgesamt wurden 800 bis 900 Kontrollen notwendig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ähnlich lagen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Feuerschau. Auch hier mußten neben den Fällen, die sich auf Anordnungen an Ort und Stelle erledigen ließen, in 94 Fällen polizeiliche Maßnahmen getroffen werden. Ebenso waren wiederholte Anordnungen notwendig, die rund 500 bis 600 Kontrollgänge verursachten.

Die vorgenommenen Besichtigungen der Lichtspieltheater gaben keinen Anlaß zu besonderen Beanstandungen, was auf die in den letzten Jahren durchgeführten Verbesserungen der Theater, insbesondere der Vorführungsräume, zurückzuführen ist.

Die Reklametätigkeit der Geschäftswelt, hauptsächlich der großen und größten Geschäfte in den Hauptstraßen, hat in den letzten Jahren ein Ausmaß angenommen, daß sie weder vom städtebaulichen Standpunkt noch mit Rücksicht auf die kleineren und mittleren Geschäfte des Mittelstandes, die hier zurückstehen mußten, weiterhin tragbar war. Die Stadtverwaltung erließ daher im August 1932, und zwar unter Billigung der amtlichen Vertretungen des hiesigen Einzelhandels, neue Vorschriften über die das Stadt- und Straßenbild am meisten schädigende sogenannte wechselnde oder behelfsmäßige Reklame. Ganz offensichtlich ist seither eine wesentliche Besserung des Aussehens der Straßen und Plätze eingetreten. Die Neuordnung brachte der Baupolizei selbstverständlich eine wesentliche Zunahme ihrer Tätigkeit gegenüber dem Vorjahre. Die Beachtung der Vorschriften wurde allerdings in den meisten Fällen auf Grund eines entsprechenden Hinweises erzielt; nur zu einem geringen Teil war die Anordnung polizeilicher Zwangsmaßnahmen notwendig.

Außer dieser Überwachungstätigkeit standen insgesamt 687 Gesuche um Anbringung von Reklameschildern, Transparenten, Aufschriften, Schaukästen und dergl. zur Behandlung. Hiervon konnten 633 genehmigt werden; die restlichen 54 Anträge wurden teils zurückgezogen, teils abgelehnt.

Auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes mußten 341 Gerüste kontrolliert werden, von denen in das letzte Quartal allein 118 fallen. Wegen Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften mußte in 18 Fällen durch Erlaß schriftlicher Verfügungen eingeschritten werden.

Wegen Verletzung der Bauarbeiterschutzbestimmungen, unerlaubter Bauausführung und Nichtbeachtung der feuerpolizeilichen Vorschriften wurden in 6 Fällen Geldstrafen ausgesprochen. Gegen eine Strafverfügung wurde Beschwerde an die höhere Polizeibehörde beantragt, die bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres noch nicht verbeschieden war.

Die staatlichen Verwaltungsbehörden haben innerhalb ihres Aufgabenkreises auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr die Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei zur Beratung herangezogen. So wurde die Baupolizei bei 23 Bauvorhaben der Reichs- und Landesbehörden, bei denen die Zuständigkeit der Stadt nicht gegeben ist, gehört; in zahlreichen Fällen auf dem Gebiete der Gesundheitspolizei, die immer noch vom Polizeipräsidium verwaltet wird, sowie bei Entscheidungen auf Grund des Ortsstraßengesetzes und der Gewerbeordnung wurde die Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei zu gutachtlichen Äußerungen veranlaßt. In gewerbepolizeilicher Hinsicht (Wirtschaftskonzessionen) wurden 99 technische Gutachten abgegeben.

Von dem Recht der Beschwerde gegen Entscheidungen in baupolizeilichen Angelegenheiten an die höheren Instanzen (Stadtrat, Ministerium des Innern bezw. Verwaltungsgerichtshof) wurde in 25 Fällen Gebrauch gemacht. Vom Beschwerdeausschuß wurde 1 Beschwerde zur nochmaligen Prüfung empfohlen, bei 1 Beschwerde vorerst die Entscheidung ausgesetzt, 2 Beschwerden wurden zurückgezogen, 2 Beschwerden wurde stattgegeben, 19 Beschwerden wurden als unbegründet kostenfällig zurückgewiesen.

Gegen die ablehnende Entscheidung des Stadtrats wurde in 5 Fällen das Ministerium des Innern als oberste Beschwerdeinstanz angerufen, welches 3 Beschwerden als unbegründet verwarf. Bei den beiden andern Fällen ist eine Entscheidung noch nicht ergangen. In einem Falle wurde Klage beim Verwaltungsgerichtshof erhoben, die am Ende des Berichtsjahres noch anhängig war.

Die Gebühren für die Tätigkeit der Baukontrolle blieben unverändert. Sie betrugen 3 v. T. der geschätzten Bausumme. Die Einnahmen blieben infolge des Darniederliegens der Bautätigkeit mit 10 447 *RM* noch unter denjenigen des Vorjahres (14 104 *RM*); die Ausgaben verminderten sich von 67 034 *RM* auf 53 397 *RM*.

Der Personalbestand der Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei betrug am Ende des Wirtschaftsjahrs 1932 7 Beamte, 1 Anwärter und 2 Angestellte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Feldpolizei.

Die der Stadt auf dem Gebiete der Gemarkungspolizei zustehende Feldhut wurde mit 6 (1931: 6) Feldhütern ausgeübt. Wie in den vergangenen Jahren war der Sommerdienst in 6, der Winterdienst in 2 Bezirke eingeteilt. Vier Feldhüter wurden im Winter im Obst- und Wiesenbau verwendet. Der Aufwand für die Feldhut belief sich im Berichtsjahr auf 17 771,14 (1931: 20 620) *RM*. Polizeistrafen wurden durch den Oberbürgermeister in 219 (1931: 226) Fällen in Höhe von insgesamt 358,30 (1931: 536) *RM* verhängt.

IV. Bauverwaltung.

1. Hochbauamt.

Der Aufgabenkreis des Hochbauamts hat gegenüber dem Vorjahre kein Änderung erfahren. Infolge der gespannten Finanzlage mußte wie allerorts auch hier die Bautätigkeit eingeschränkt werden. Das Hochbauamt beschäftigte am Ende des Berichtsjahres 21 Beamte, 2 Angestellte, 15 Arbeiter, 7 Arbeiterinnen und für die Bedienung der Heizungsanlagen weitere 13 Arbeiter.

a. Die Bauabteilung

hat im Berichtsjahr 1932 die nachstehenden Arbeiten durchgeführt:

Erstellung einer vorstädtischen Kleinsiedlung von 100 Häusern an der Pulverhausstraße zwischen den Vororten Bulach und Grünwinkel auf einer Fläche von 16,72 ha. Gemäß den Reichsrichtlinien übernahm die Stadt die Trägerschaft des Siedlungsunternehmens. Insgesamt wurden vom Reich 250 000 *RM* bewilligt, also für eine Siedlerstelle 2 500 *RM*. Die Aufschließung des Geländes und der Bau des Hauses erforderten je Stelle 2 056 *RM*, während der Rest von 444 *RM* zur Beschaffung von lebendem und totem Inventar diente. Als Konstruktion wählte man Holzfachwerk mit Lehmwickel-Ausstakung, äußerer und innerer Holzverschalung, was sich nach dem einstimmigen Urteil der Siedler sehr gut bewährte. Kanäle und Versorgungsleitungen wurden nicht eingeführt.

Erbauung eines Forsthauses an der Pulverhausstraße, südlich der vorstädtischen Kleinsiedlung zum Zwecke der Betreuung des städtischen Waldbesitzes durch einen Forstwart. Die Fundamente wurden in Stampfbeton ausgeführt, die Erdgeschoßwände in Holzblock-Bauweise, die Innenwände in Holzfachwerk und Schalung, die Stall- und Vorratsraum-Innenwände mit Lehmwickel-Ausfachung. Die Herstellungskosten blieben unter dem Voranschlag von 3 200 *RM*.

Abbruch des alten Operationshauses im städtischen Krankenhaus und Beginn mit dem Bau einer neuzeitlichen Operationsabteilung, der im Berichtsjahre noch unter Dach gebracht werden konnte.

Größere Dach-Instandsetzungsarbeiten am alten Bahnhofsempfangsgebäude in der Kriegsstraße; Wiederaufbau des abgebrannten Dachstuhles der Gutenbergschule I mit einem Aufwand von rund 24 000 *RM*; bauliche Änderungen im Obergeschoß des Hauses Solms, Bismarckstraße Nr. 24, zum Zwecke der Einrichtung des Scheffelmuseums und Badischen Dichterarchivs; Erstellung von Schuppen bei der Vogelwarte in Holzblock-Bauweise zur Unterbringung von Futtermitteln und Geräten.

An vorbereitenden Entwurfsarbeiten wurden gefertigt: Markthalle am alten Bahnhof; II. Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung an der Pulverhausstraße; Erweiterungsbauten am Strandbad Rappenwört: Paddelboothalle, Kassenhäuschen u. a.; Oststadtmarkt mit Tankstelle und Bedürfnisanstalt; Unterkunftsräume für den freiwilligen Arbeitsdienst in verschiedenen, teils stadteigenen, teils fremden Gebäuden; Ladenumbau Kaiserstraße Nr. 143 und Zähringerstraße Nr. 96; Erweiterungsmöglichkeiten für die städtische Sparkasse; Erweiterungsbau des Sonnenbades beim Elektrizitätswerk; verschiedene Entwürfe für das städtische Gartenamt, wie Gestaltung der Albuferanlagen, Umgestaltung des alten Friedhofs an der Ostendstraße, Neubau eines Zwingers für Eis- und Braunbären; Umbau der Wirtschaft „Schloß Rüppurr" zu Schulräumen.

In dem im Jahre 1907 bezogenen städtischen Krankenhause sind seitdem eine Reihe von Einrichtungen veraltet und unzulänglich geworden. Die dringendsten Verbesserungen wurden in einem Gesamtprogramm aufgestellt und zwar die Erweiterung des Operationshauses mit der, wie angeführt, bereits begonnen wurde, Erneuerung der Röntgenabteilung im Gebäude der inneren Medizin und die Einrichtung einer Diätküche. Die generellen Pläne und Kostenberechnungen fanden die grundsätzliche Zustimmung des Stadtrats.

b. Bauberatung.

Infolge der schwierigen Verhältnisse am privaten Baumarkt waren die großen Aufgaben selten, doch erforderten die Beratung von Privaten und der Baukontrolle, die Farbgebung von Gebäuden, Reklamegestaltung u. a. vielfach die Mitarbeit des Hochbauamts.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

c. Bauwirtschaftsabteilung.

Für Bauausführungen sind im Wirtschaftsjahr 1932 rund 279 800 RM angewiesen worden. Von dieser Summe wurden 18 Arbeiten in öffentlich ausgeschriebener Submission in Höhe von 180 700 RM, 67 Arbeiten mit 65 800 RM in engerem Wettbewerb vergeben, während der Rest von 33 300 RM den verschiedenen Handwerksmeistern auf Grund von einzeln eingeholten Angeboten zugewiesen werden konnte. Das Statistische Reichsamt erhielt fortlaufend Berichte über die Baupreise für seine Veröffentlichungen.

d. Verwaltungsabteilung.

Die Bauunterhaltungsarbeiten mußten leider stark eingeschränkt werden, so daß die Gebäude nicht im wünschenswerten Maße unterhalten werden konnten. So litt zum Teil die Substanz vieler Gebäude, was in späteren Jahren mit erhöhtem Aufwand eingeholt werden muß. Der vom Hochbauamt zu verwaltende städtische Hausbesitz hatte am Ende des Berichtsjahres einen Wert von 43 Millionen RM. Für die Instandsetzung desselben sind im Berichtsjahr 189 300 RM angewiesen worden und zwar 89 Arbeiten in engerer Submission mit einem Gesamtwert von 38 700 RM und 5 131 Aufträge in Höhe von 150 600 RM freihändig nach Erhebung von Einzelangboten. An Gebäudelasten gelangten rund 205 000 RM zur Ausgabe. Außer den Verwaltungsgebäuden, Schulen und Wohlfahrtsanstalten verwaltet die Abteilung etwa 750 Mietwohnungen und Geschäftsräume. Die Bauverwaltung hat außerdem mit der Aufstellung neuer Gebäudeblätter zum Stadtlagerbuch begonnen.

2. Tiefbauamt.

a. Vorstandsabteilung.

Am Ende des Wirtschaftsjahres 1932 waren beim Tiefbauamt beschäftigt: 56 Beamte, 2 Angestellte im Sinne der Angestellten-Satzung, 4 Aushilfsangestellte, zusammen 62 Beamte und Angestellte, 363 Arbeiter einschließlich 1 Meßgehilfen-Lehrlings und 15 Wartefrauen für Bedürfnisanstalten.

Die Geschäfte der Vorstandsabteilung umfaßten die allgemeine Leitung der 7 Abteilungen des Tiefbauamts und die allgemeine Dienstaufsicht, die Vertretung des Amtes nach innen und außen, die Bearbeitung der Beamten- und Arbeiterpersonalsachen, Organisationsfragen, Beratung technischer Fragen mit den Abteilungsvorständen, Aufstellung des Gesamtvoranschlags des Tiefbauamts und die Bearbeitung der Rechenschaftsberichte sowie Anschaffungen für die Amtsbücherei usw.

Änderungen in der Organisation des Tiefbauamts sind gegenüber dem Vorjahr nicht eingetreten.

Die Verwaltung des Tiefbauamts erforderte im Berichtsjahr einen Aufwand von 558 763,50 (1931: 630 717) RM, der in der Hauptsache durch Umlegung auf die einzelnen Betriebsabteilungen gedeckt wurde.

b. Abteilung Stadterweiterung.

Folgende Baufluchtenpläne mit den hierzu notwendigen Vorarbeiten und Bebauungsvorschläge wurden gefertigt: Baufluchtenplan Gewann „Weingärten" einschließlich Geländeaufnahmen; Straßenfluchtplan „Durchführung der Herrenalber Straße"; Baufluchten und Übersichtsplan für die Stadtrandsiedlung an der Pulverhausstraße; Zweiter Baufluchtenplan Hagsfeld; Baufluchtenplan Waldsiedlung Welschneureut; Bebauungsvorschläge 1 : 5000 Dammerstock Nordgebiet zwischen Nürnberger Straße und Rangierbahnhof; zwei verschiedene Verkehrspläne 1 : 250 mit den zukünftigen Baugebietsaufteilungen zwischen Karlsruhe-Mühlburg und Knielingen; Vorschläge 1 : 500 und 1 : 1000 über die Durchführung der Nord-Südverkehrsstraße im Westen (Neureuter-Durmersheimer Landstraße); Bebauungsskizze Weiheräcker-Süd 1 : 1000; Bebauungsvorschlag für das Gebiet zwischen Knielinger Landstraße und Rheinhafen nach der Bahnverlegung; Bearbeitung von Siedlungsprojekten für weitere Stadtrandsiedlungen an der Durmersheimer Landstraße, verlängerten Hardtstraße (Lange Richtstatt) und Killisfeld.

Ferner wurden Entwürfe hergestellt für die Zulassung von Einzelsiedlerstellen mit und ohne Durchführung des Umlegungsverfahrens in den Gebieten: Karlsruhe-Rüppurr-Süd (östlicher und

westlicher Teil), Bulach-Süd, Rintheim-Nord und Weingärten; Übersichtspläne, Geländeeinteilungen, Bebauungsvorschläge usf..

Verschiedene Arbeiten betrafen: Bebauungsskizzen Boettgestraße und Bannwald-Allee; Feststellung der landwirtschaftlichen Nutzung mit Plan im Gewann „Lange Richtstatt"; Projekt über die Gestaltung der Landschaft (Seen, Aufforstung) in den Gewannen „Fritschlach und Waidfeld"; Übersichtspläne über die projektierten Gesamtsiedlungsflächen; Platzaufteilung Bahnhof Rüppurr; Skizze Siedlungsgruppe Waidweg. Herstellung von Plänen für das kommunal-wissenschaftliche Institut der Universität Berlin; Verlegung des Windmessers von Rüppurr nach dem Flugplatz mit Bauleitung; allgemeine Erläuterungsberichte mit Planskizzen über die vom Bezirksamt zur Beurteilung zugesandten Baugesuche benachbarter Gemarkungen; Skizzen für Geländetausch; Übersichtsplan „Gebäude im Gebiet des Wasserwerks"; Kopien der Fluchtenpläne für Hagsfeld und Neureut; kleinere Planeingaben für Bauveränderungen des Tiefbauamts; Kleinhaustypenentwurf für Stadtrandsiedlungen, hierzu Kosten und Vergleichsmassenberechnungen. Pläne und statistische Untersuchungen über die Wohndichte der Baublöcke in der Süd- und Oststadt; Führung des Neubauergänzungsplanes; Verteilung und Verrechnung der Gleisanschlußgebühren und Aufstellung der Ein- und Ausgaben über das Industriegebiet „Oberfeld"; Einspracheerledigungen; Zeichnungen, Schriften, Plakate für das Verkehrswesen; kleinere zeichnerische Arbeiten, Auskünfte Bauberatungen.

Folgende Perspektiven, Aufnahmen, Modelle wurden gefertigt: Perspektiven für das Verkehrswesen; Perspektive Rappenwört-Süd und perspektivische Skizzen. Aufnahmen der vom Tiefbauamt ausgeführten Arbeiten; Planvergrößerungen zum Zwecke der Maßstabangleichung; Planbilder zur Begutachtung von Bauprojekten und Entwurfsberichten; Aufnahmen für die städtischen Ämter. Modell für Verkehrsplatz York-Weinbrennerstraße; Modell Beiertheimer Feld (jetziger Zustand); Modellskizzen für verschiedene städtebauliche Aufgaben; Modellausbesserungen.

Der Personalstand der Stadterweiterung wurde auf das Äußerste eingeschränkt. Der einzige Zeichner wurde der Vermessungsabteilung und ein weiterer Beamter einer anderen Abteilung des Tiefbauamts zugeteilt. Die verbliebenen zwei Beamten sind kaum noch in der Lage, die laufenden, dem Stadterweiterungsbüro zufallenden Sonderarbeiten zu erledigen. Von einer Überprüfung oder Überarbeitung alter, überholter Baufluchtenpläne mußte abgesehen werden, ebenso ist eine für die Stadt notwendige, großzügige Planbearbeitung, die gerade bei den ständigen Veränderungen der Einzelheiten immer wieder notwendig wird, bei dem zugeteilten Personal vorerst nicht möglich.

c. Abteilung Entwurf und Neubau.

Bauarbeiten.

Die Wirtschaftsverhältnisse waren auch im Berichtsjahr noch nicht so, daß sie erlaubt hätten, aus gewöhnlichen städtischen Mitteln größere Bauarbeiten durchzuführen. Aus Mangel an Mitteln mußte auch fast jeder private Wohnungsbau unterbleiben, sodaß neben einigen kleineren Straßenstrecken, die im vorigen Jahre nicht mehr gebaut werden konnten, nur Arbeiten zur Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen in Frage kamen. Letztere wurden erstmals ergänzt durch den Freiwilligen Arbeitsdienst, dem zuletzt allein die Sanierungsarbeiten der Rheinwaldung Kastenwört übertragen waren. Er wurde gegen Ende des Berichtsjahres, im Zusammenhang mit der grundlegenden Umwälzung auch der Arbeitsverhältnisse in Deutschland, großzügig weiter ausgebaut.

Die Witterungs- und Wasserstandsverhältnisse waren im Berichtsjahre wesentlich besser als im Jahre vorher. Die Niederschläge übertrafen im Sommer 1932 nur wenig den langjährigen Durchschnitt und betrugen im Winter sogar nur etwa 60 v. H. der normalen. Dafür brachte dieser allerdings eine längere scharfe Frostperiode, die den Boden bis auf etwa 60 cm Tiefe gefrieren ließ.

Der Rheinwasserstand, der in den zu sanierenden Niederungsgebieten auch für die Höhe des Grundwasserspiegels ausschlaggebend ist, ging infolge dieser Trockenheit stark zurück und erreichte im Januar einen nur selten zu beobachtenden Tiefstand von 2,90 m a. P. Dem entsprach auch die Bewegung des Grundwasserspiegels in der Stadt selbst. Er fiel im Lauf des Berichtsjahres stetig und lag an dessen Ende 50—60 cm tiefer als zu Anfang, nachdem er infolge der starken Niederschläge des Jahres 1931 ungewöhnlich hoch angestiegen war.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Zahl der in der Abteilung Entwurf und Neubau beschäftigten Personen änderte sich im Berichtsjahr nicht. Gelegentlich mußte andern Abteilungen des Tiefbauamts vorübergehend ausgeholfen werden, während umgekehrt auch diese zur Beaufsichtigung von Bauarbeiten dauernd Arbeiter und Beamte zur Verfügung stellen.

Wie schon angedeutet, ist die normale Bautätigkeit im Berichtsjahr auf einen Umfang zusammengeschrumpft, wie er bisher noch nie zu verzeichnen war. Nur 370 m Straßen in der Umgebung des neuen Diakonissenhauses in Rüppurr wurden neu hergestellt, nachdem Regen- und Schmutzwasserkanäle schon im Jahre vorher verlegt worden waren. Der Gesamtaufwand betrug rund 41 400 *RM* und wurde durch vorausbezahlte Anliegerbeiträge gedeckt. Alle übrigen Arbeiten dienten der Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen und Arbeitsdienst-Freiwilligen.

Im Anschluß an die Entwässerung des Rheinwaldes Großgrund wurde im Sommer 1932 unter Einsatz von etwa 50 bis zu 120 Wohlfahrtserwerbslosen die Sanierung des Niederungsgeländes Waidfeld östlich des Großgrunds in Angriff genommen. Es handelt sich hier in der Hauptsache um die Regulierung und Ausräumung der zahlreichen dort vorhandenen, von der Ziegelei Mall früher ausgebeuteten Lehmgruben. Sie sollen in eine zusammenhängende Gruppe von Fischweihern umgebaut werden, die vom Federbach her mit Fischwasser dauernd versorgt werden können. Das auszuhebende Erdmaterial dient gleichzeitig zur Auffüllung kleinerer Löcher und versumpfter Bodensenkungen, die dadurch wieder land- oder forstwirtschaftlicher Nutzung zugeführt werden. Die Arbeiten litten naturgemäß zeitweise stark unter dem hohen Grundwasserstand, der hier unmittelbar von den Rheinwasserständen beeinflußt wird. Im ganzen wurden hier bis Ende März 1933 rund 30 000 cbm Erdmaterial bewegt und damit rund 12 000 qm Nutzungsfläche gewonnen. Die neuen, immer mit Wasser versorgten Fischweiher bedecken eine Fläche von 6,4 ha.

Eine ähnliche, jedoch vom Wasserstand fast unabhängige Arbeit wurde von einer 30—50 Mann starken Kolonne am Federbach bei Daxlanden durchgeführt, um das dort stark versumpfte und ertraglose Ufer am Hochgestade trocken zu legen. Das Auffüllmaterial wurde einer alten, früher mit Müll aufgefüllten Sandgrube und dem Hochufer entnommen. Das Federbachufer wurde in einer Ausdehnung von 3,5 ha mit rund 15 000 cbm Erdmaterial hochgelegt und der größte Teil der gewonnenen Fläche wurde vom Forstamt mit Pappeln bepflanzt.

Der Aufwand bis 31. März 1933 betrug für die Arbeiten im Waidfeld rund 77 700 *RM*; davon waren über 80 v. H. Löhne, für die Arbeiten am Federbach rund 35 600 *RM*, davon rund 90 v. H. Löhne. Mit diesem Tage wurden beide Arbeiten vorläufig eingestellt. Zu ihrer Vollendung werden noch etwa 2 000 Tagsschichten im Waidfeld und 4 000 Tagsschichten am Federbach erforderlich sein.

Die Entwässerung der Rheinwälder selbst, die neben verbesserter Forstwirtschaft vor allem auch die Bekämpfung der Schnaken zum Ziele hat, wurde im Berichtsjahr im Kastenwörtwald bei Forchheim östlich des Hochwasserdammes fortgeführt. Der technische Charakter dieser Arbeit weicht von der bisherigen nicht ab. Es handelt sich ebenfalls um die Öffnung und Entsumpfung zu tief gelegener Waldteile durch die Schaffung einer geregelten Vorflut nach dem östlichen Federbach. Bemerkenswert ist diese Arbeit jedoch dadurch, daß hier erstmals der Freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt wurde. Die Arbeit begann am 20. Juni 1932 mit etwa 20 Mann; die größte Belegschaft betrug 75 bis 80 Mann. Einschließlich einer, kurze Zeit ebenfalls hier eingesetzten Gruppe von Pflichtarbeitern des Fürsorgeamts wurden bis zur Beendigung der Arbeiten in Kastenwört-Ost Ende April 1933 in 10 750 sechsstündigen Tagewerken folgende Leistungen erzielt: 3,7 ha Waldfläche gerodet, 8,20 km Gräben verschiedener Abmessung gezogen mit 17 800 cbm Erdaushub, 4 ha Waldboden aufgefüllt und wieder nutzbar gemacht.

Die Arbeiten wurden inzwischen unter Einsatz weiterer, vom „Verein zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte, e. V.," gestellter Gruppen auch auf den westlichen Teil des Kastenwört-Waldes und andere Plätze ausgedehnt.

Als große, vom Reich im Rahmen seines umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogrammes geförderte Arbeit konnte im Laufe des Winters die Rheinhafenerweiterung und die Umleitung des östlichen Federbachs soweit gefördert werden, daß zu Ende des Berichtsjahres dem Baubeginn nichts mehr im Wege stand.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Entwurfsarbeiten.

Die Rheinhafenerweiterung setzte naturgemäß eingehende Vorbereitungen durch Geländeaufnahmen und Planlegung voraus, die teilweise neben der Durchführung einherliefen. Sie erforderten erhebliche Zeit und Büroarbeit. Gleichzeitig mußten die Entwurfsarbeiten auch auf weitere Gebiete der Rheinniederung (Kastenwört-West, Fritschlach, Knielinger Niederung) ausgedehnt werden, um erforderlichenfalls auch deren Sanierung durch Notstandsarbeiter oder den Freiwilligen Arbeitsdienst jederzeit in Angriff nehmen zu können.

Der Entwurf für die Rheinhafenerweiterung, bestehend zunächst in der Verbreiterung des Stichkanals und der damit zusammenhängenden Umleitung des östlichen Federbachs, wurde im Berichtsjahr nochmals überarbeitet. Auf Beschluß des Stadtrats wurden im Januar 1933 die Arbeiten erneut ausgeschrieben und die Erd- und Uferschutzarbeiten für die Verbreiterung des Stichkanals an die Firma H. Vatter, Mannheim, und die hiesigen Firmen Josef Krapp und Wilhelm Müller, die Arbeiten für die Umleitung des Federbachs an die Firma Wayß & Freytag, Frankfurt am Main, und die hiesigen Unternehmer Gustav Siegrist und Karl Müller vergeben. Nachdem auch wasserpolizeilich keine Schwierigkeiten mehr zu erwarten waren und die Verhandlungen mit dem Land Baden über dessen Beteiligung an den Kosten des Dückers zu einem günstigen Abschluß geführt hatten, konnten gegen Ende des Berichtsjahres die umfangreichen Arbeiten in Angriff genommen werden.

Die Entwurfsarbeiten und Verhandlungen über die Gestaltung und Lage der Rheinbrücke Maxau und deren Zufahrtsrampen waren inzwischen auch soweit gediehen, daß Einzelheiten zwischen den verschiedenen Interessenten vereinbart und teilweise die Ausschreibungsunterlagen (Einzelpläne, Erduntersuchungen) vorbereitet werden konnten. Eine wichtige Frage, der Umbau der Honsellstraße und im Zusammenhang damit die Führung der neuen Linie zwischen dem Westbahnhof und Knielingen, bedarf wegen des damit verbundenen Mehraufwands an Kosten noch der endgültigen Entscheidung, die auf Grund der ebenfalls durchgearbeiteten technischen Entwurfspläne demnächst zu erwarten ist.

An sonstigen Bauten, deren Entwürfe im Laufe des Berichtsjahres bearbeitet wurden, seien erwähnt:

Führung der HAFRABA im Raum Karlsruhe—Durlach—Ettlingen; Entwässerung des Stadtteils Bulach im Zusammenhang mit der dortigen Wasserversorgung; Verbreiterung der Brücke über die Alb bezw. den Malscher Landgraben zur Überführung des Hauptwasserrohrstrangs; Erschließung von Siedlungsgelände südlich Rüppurr und an der Wattstraße; Verlängerung der Herrenalber Straße vom Ostendorfplatz bis zur Landstraße südlich Rüppurr; Bebauung des Dammerstock-Geländes (Nordteil) im Zusammenhang mit den Albuferanlagen beim Weiherfeld; Sanierung des sogenannten „Lutherisch Wäldchen" an der Alb zwischen Honsellstraße und Daxlanden.

d. Abteilung Straßen, Verkehr, Gewässer, Baustoff- und Geräteverwaltung.

Fahrbahnen.

Im Teil 17 des Voranschlags: Straßen, Wege, Brücken standen insgesamt 1 253 460 (1931: 1 925 000) *RM* zur Verfügung. Verausgabt wurden hierauf 1 203 512,76 (1931: 1 448 927) *RM*. Für die Unterhaltung der stadteigenen Fahrbahnen einschl. der Feld- und Waldwege (25 000 *RM*) und der Radfahrwege (1200 *RM*) waren im Voranschlag 642 220 *RM* vorgesehen (Konto 1721 bis 1732, 1740, 1744). Hiervon betrafen 199 570 (1931: 255 560) *RM* den Anteil am Geschäftsaufwand des Tiefbauamts. Der tatsächliche Aufwand betrug 623 700,94 (1931: 715 590) *RM*. Trotz der knappen Voranschlagsmittel konnten noch rd. 3 v. H. eingespart werden. Gegenüber dem Vorjahr liegt eine Einschränkung der Ausgaben für diese Arbeiten um 91 889,06 *RM* = 13 v. H., vor.

Sog. Dauerdecken konnten im Berichtsjahr keine neu verlegt werden. Auch die Unterhaltungsarbeiten an vorhandenen Dauerdecken wurden aufs äußerste beschränkt. Bei den Ausgaben für Asphaltbahnen konnten rd. 2650 *RM* eingespart werden. Der Durchschnittsaufwand für 1 qm Pflasterfahrbahnen betrug rd. 0,09 (1931: 0,10) *RM*.

Die Gesamtschotterfläche umfaßte (ohne Pflasterstreifen) rd. 801 500 (1931: 804 000) qm. Von dieser Fläche wurden 12 600 qm neu eingewalzt. Die Kosten für die Erneuerung der Flächen schwankten zwischen 0,86 und 3,05 *RM*/qm und betrugen im Durchschnitt 1,74 *RM*/qm.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zum Ausflicken von Schotterdecken, Fahrradwegen und Promenaden wurde wiederum im Eigenbetrieb hergestellter Teermakadam im Umfang von 314 cbm verschiedener Körnungen verwendet. Der Einbau von Teermakadam ist gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, weil die kleineren und flachen Flickstellen bei nasser Witterung und im Winter zweckmäßiger mit Kaltasphalt (Emulsion) ausgebessert werden. Der Verbrauch von Kaltasphalt hat sich um rd. 5,5 t erhöht. Es kamen folgende Kaltasphaltfabrikate zur Verarbeitung: Vebas (Rheinsheim) 23,63 t; Euphalt Flörsheim 10,17 t; Chem. Fabrik Buckau 24,00 t; Südd. Bitumuls A.G. (Freiburg) 24,00 t; Deutsche Biumid G. m. b. H. (Freiburg) 6,16 t; Rottabit (Schneider Freiburg) 19,56 t; Chem. Fabrik Buckau 5,90 t, insgesamt 113,42 t mit einem Aufwand von 11 306,94 RM.

Einstreudecken.

Um über die Güte der verschiedensten Baustoffe, Zusammensetzungen und Herstellungskosten Erfahrungen zu sammeln, wurde die dringend erneuerungsbedürftige Schotterdecke in der Rüppurrer Straße zwischen Ettlinger- und Nebeniusstraße mit einer Streudecke versehen. Die Arbeiten — Unterbau- und Deckenherstellung — wurden mit eigenem Personal unter Heranziehung von Fürsorgearbeitern ausgeführt. Die Baustoffe für die Decke wurden von 7 Spezialfirmen bezogen und unter Anleitung der von den Firmen gestellten Einbaumeistern eingebaut.

Die unter O.-Z. 1—7 (der nachstehenden Tabelle) angeführten Baustoffe haben sich bis jetzt bewährt bis auf das von der Firma Stengel und Groke (s. O.-Z. 8) an der Baustelle gemischte Material. Die Ursache der entstehenden Mängel dürfte hier aber nicht in der Beschaffenheit bzw. in der Güte der Baustoffe liegen, sondern in dem Mischen des nassen Kiessplittes mit dem Bindemittel. Hergestellt wurden 5612 qm mit einem Gesamtaufwand von 19 929,37 RM. Die Kosten für den Unterbau stellen sich auf 1,37 RM/qm, die für die etwa 5 cm starke Einstreudecke auf 2,18 RM/qm im Durchschnitt, zusammen auf 3,55 RM/qm.

Weitere Versuche wurden in der Malvenstraße mit im Eigenbetrieb hergestelltem Teermakadam durchgeführt. Die Kosten betrugen dort pro 3,45 RM/qm.

Für die Versuchsstrecke in der Rüppurrer Straße wurde folgendes Material verwendet:

O.Z.	Lieferfirma	Baustoffart	Körnungen mm/mm	Fläche qm	Einbauzeit	Preis pro qm Decke RM
1	Deutsche Kraftfahrstraßen, Niederlassung Heidelberg	Basaltsplitt, asphaltiert Basaltgrus, asphaltiert	5/15 0/5	792	3.—7. X.	1,83
2	Kemna-Lenz, Freiburg i. Br.	Porphyrsplitt bitum " grus "	5/15 0/5	805	25.—29. X.	2,57
3	Held & Frank, Nürnberg	Hochofenschlacken, geteert	5/15 2/5	770	12.—14. X.	2,39
4	Teerstraßenbaugesellschaft Eisen	Wie O.Z. 3	5/15 2/5	770	12.—14. X.	1,83
5	Külsheimer, Freiburg i. Br.	Kalksteinsplitt	5/20 0/3	869	17.—20. X.	1,90
6	Südd. Straßenbaugesellschaft Reifenrath, Niederlassung Karlsruhe	Basaltsplitt, geteert	5/15 3/12	750	19.—21. X.	1,83
7	Eigenbetrieb	Basalt mit Irga Kaltteer	8/12 3/5	255	29. X.—2. XI.	1,85
8	Stengel & Groke, Karlsruhe	Gebrochener Rheinkies mit Irga Kaltteer	5/15 0,5	601	29. X.—3. XI.	2,06
				5612		

In der Karlstraße südlich Karlsplatz wurde durch das Bahnamt die Gleisanlage umgebaut. An Stelle des sonst üblichen Gestückunterbaues unter den Gleisen wurde Beton verwendet. Durch diese feste Unterlage und Verankerung der Schienen im Beton wurde es ermöglicht, auch in der Gleiszone an Stelle von Großpflaster in der ganzen Fahrbahnbreite eine geschlossene Decke in Essener Asphalt (ein Produkt aus Jurakalkstein und Bitumen) einzubauen. In der Gleiszone wurde eine 2 cm starke Teerbindeschicht und darauf eine 3 cm starke Schicht aus Essener Asphalt eingebaut; in der Fahrbahn wurden die gleichen Baustoffe verwendet, aber nur in einer Stärke von 1 bzw. 2 cm. Die Herstellungskosten betrugen in der Gleiszone 4,55 RM/qm, in der übrigen Fahrbahn 2,95 RM/qm.

Die Arbeiten wurden durch die Firma Nickel & Seitz in Freiburg ausgeführt. Die Garantiezeit läuft 5 Jahre.

Den Umfang der durch eigene Leute und Geräte vorgenommenen Oberflächenteerungen zeigt folgende Zusammenstellung:

D.Z.	Gegenstand	Bindemittel (Teer, Bitumen)	Abdeckmasse (Steinschlacken)	Fläche qm	Aufwand RM	Aufwand Rpf	Höchst-Aufwand pro qm RM	Geringst-Aufwand pro qm RM	Durchschn.-Aufwand pro qm RM
	Fahrbahnen.								
1	Erstmalige Teerung	Teer	Steinsplitt	40 129	22 297	90	0,66	0,40	0,51
2	Wiederholte "	"	"	242 739	77 069	48	0,34	0,28	0,33
3	" "	"	Eisenbahnschlacken	9 269	2 755	51	—	—	0,30
4	" "	Bitumen	Steinsplitt	5 131	2 847	13	—	—	0,56
	Gehwege.								
5	Erstmalige Teerung	Teer	Steinsplitt	37 074	18 018	66	0,59	0,39	0,51
6	Wiederholte "	"	"	20 287	7 073	06	0,42	0,28	0,34
	Radfahrwege.								
7	Erstmalige Teerung	Teer	Steinsplitt	4 015	1 306	12	—	—	0,32
	Für Städt. Ämter und Andere (gegen Rückersatz).								
8	Wiederholte Teerung	Teer	Steinsplitt	2 933	1 047	50	0,59	0,32	0,35
	Feldwege.								
9	Erstmalige Teerung	Teer	Steinsplitt	10 758	5 572	16	0,53	0,49	0,51
				372 335	137 987	52			

In obigen Summen sind für die Gerätevorhaltung und Generalunkosten 10 v. H. enthalten. Die Aufwendungen für die Vorbereitung der Flächen zur Teerung sind in den Lohn- und Materialaufwendungen mit berücksichtigt.

In diesem Jahre wurden in größerem Umfange die auf Rechnung der Stadt zu unterhaltenden Grusgehwege der in den Außenbezirken liegenden Straßen geteert, da die wenig begangenen Gehwege im Sommer leicht mit Unkraut überwuchern und mehrmals behackt werden müssen. Durch diese Teerungen wird ein erheblicher Lohnaufwand eingespart.

Als Abdeckmasse bei Oberflächenteerungen wurden neben Basalt- und Prophyrgrus auch gebrochener Rheinkies und gebrochene Eisenbahnschlacken verwendet. Der Kies wurde von der Firma Peter in Freistett in verschiedenen Körnungen geliefert und in der Moltkestraße, (östl. Westendstraße bis Seminarstraße), Bismarkstraße (östl. Seminarstraße) und Ahaweg eingebaut. Der Kies hat sich in diesen Straßen sehr gut bewährt.

Die Schlacken — gewaschene Lokomotivschlacken — wurden in folgenden Straßen mit mittlerem und leichtem Verkehr eingebaut: Bannwaldallee (bei Junker & Ruh), Boettgestraße, Griesbach-, Kohlen-, Konradin Kreutzer-, Siemens-, Devrient- und Gunther Straße. Die sprödere Schlacke hat den Vorteil, daß sie sich durch die Walze gleich fest in die Oberfläche eindrücken läßt und sich mit Teer vollsaugt, was bei Gesteinsmassen erst durch den Verkehr allmählich geschieht. Ferner wurden Versuche nach einem von Dr. Möll, hier, für Oberflächenbehandlungen ausgearbeiteten Verfahren unternommen. Anstelle von Splitt wurde ungebrochener Grubenkies in verschiedenen Körnungen unter Beimischung bestimmter Sandmengen verwendet. Als Bindemittel wurde Straßenteer I und II und Teeröl genommen. Die Versuche wurden in der Nuits-, Vogesen- und Honsellstraße ausgeführt. Die Flächen in der Nuits- und Vogesenstraße hatten sich nach kurzer Zeit gut eingefahren und sind noch gut. Dagegen mußten die Flächen in der Honsellstraße, wie alle vorangegangenen Teerungen mit Basaltsplitt, infolge des schweren Pferdelastwagenverkehrs bald ausgebessert werden.

Da der Kies sowie die Schlacken im Ankauf wesentlich billiger sind wie Basalt- und Porphyrgrus, werden nach weiteren Erfahrungen diese Baustoffe mehr Verwendung finden.

Mit Kaltasphalt „Dispersion Y" der Firma Gebr. Schlad in Kaiserslautern wurden in der Stein-, Bürger- und Blumenstraße als Bindemittel bei Oberflächenbehandlungen Versuche angestellt. Die Beläge in der Blumen- und Bürgerstraße haben sich bewährt, dagegen hat der Belag in der Steinstraße aus unbekannten Gründen nicht gehalten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein weiterer Versuch mit Irga Kaltteer, geliefert durch die Firma H. Nagel, hier, wurde durchgeführt. Auf der Verkehrsinsel am Karlsplatz wurde mit dieser Masse eine Mischdecke in 3 cm Stärke eingebaut, die sich bis jetzt gut gehalten hat.

Für die Oberflächenbehandlungen wurden 678,78 t Straßenteer I und II verbraucht. Der Durchschnittspreis, einschließlich der Abfüllgebühren und Abgabe durch das Gaswerk II, schwankte zwischen 6,30 und 6,80 RM für 100 kg. Der Teer wurde von der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke in Frankfurt a. M. durch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt bezogen.

Bei 39 Eisenbahnwagen wurden durch das Gaswerk Proben entnommen und untersucht. Der Aufwand hierfür betrug 784 RM. Beanstandungen ergaben sich hierbei nicht.

Der verwendete Spezialgrus und andere Baustoffe in den Körnungen 0/3, 3/5, 5/8 und 8/12 mm wurde von folgenden Firmen bezogen:

Lieferfirma	Gesteinsart	Menge	Preis ab Lager T. B. A. einzeln RM	Preis ab Lager T. B. A. im Ganzen RM
		t		
Pfalz-Saarbrücker-Hartsteinindustrie, Neustadt	Basalt	2053,10	8,50	17 451,35
Odenw.-Hartstein-Industrie, Darmstadt	„	1728,80	8,50	14 774,80
Porphyrwerk, Dossenheim	Porphyr	1619,—	9,—	14 571,—
		cbm		
Peter, Freistett	Rheinkies, gebrochen	107	7,50	802,50
Spangenberg, Durlach	Eisenbahnschlacken	86,5	5,—	432,50

Die im vorjährigen Bericht zur Ausführung bezeichneten Fahrbahnbauten wurden in der Hauptsache durchgeführt.

Der Verbindungsweg vom Schlagfeldweg über die Appenmühle nach der Pfalzstraße wurde aus laufenden Mitteln umgebaut. Die Kreuzung Pfalzstraße erhielt eine Kleinpflasterdecke. Die restliche Fläche wurde neu eingewalzt und geteert. Auf der nordwestlichen Seite wurde ein Gehweg angelegt. Außerhalb des Gehweges auf der Strecke Appenmühle — Pfalzstraße ist eine Reihe Silberpappeln angepflanzt worden.

An der Albuferstraße wurde unter Heranziehung von Fürsorgearbeitern auf der nördl. Seite der Fahrbahn ein Gehweg angelegt. Auf der südl. Seite wurden zur Fortführung der Nußbaumpflanzung die Baumgruben ausgehoben und Mutterboden eingebracht. Die Bäume wurden vom Gartenamt gestellt und gepflanzt.

Feld- und Waldwege.

Die Feld- und Waldwege wurden — durch Verwendung von ausgebautem Eisenbahnschotter und Zementbrocken, die kostenlos zur Verfügung standen — in erheblichem Umfange verbessert. U. a. wurde auch der Weg entlang der Krummhardtäcker und des anschließenden Waldes auf eine Länge von 900 m gestückt und gewalzt. Das Steinmaterial hierzu wurde aus der ehemaligen Düngerablagegrube im Neuhof gewonnen. Da der Weg in der Hauptsache den Zwecken des Versuchsguts Forchheim diente, wurde in Verhandlungen mit dem Versuchsgut erreicht, daß von diesem die Wegebaustoffe unentgeltlich angeführt wurden. Der Kostenanteil der Stadt betrug rund 2 600 RM.

Der Feldweg in Verlängerung der Turnerstraße nach der Durmersheimer Straße wurde östlich der Kreuzung Krämerstraße auf einer Länge von 60 m tiefer gelegt und neu befestigt. Die ganze Strecke bis Durmersheimer Straße wurde geteert. Dadurch wurde ein staubfreier Verbindungsweg von der Durmersheimer Straße nach dem Rappenwört geschaffen. Von den vorgesehenen Mitteln für Feld- und Waldwege im Betrage von 25 000 RM konnten rund 1 000 RM eingespart werden. Der tatsächliche Aufwand betrug 23 972 (1931: 32 440) RM.

Landstraßen und Kreiswege.

Veränderungen in den bestehenden Vereinbarungen sind nicht eingetreten. Die Beiträge der Stadt zur Unterhaltung beliefen sich auf 8 989 (1931: 9 034) RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gehwege.

Die im Voranschlag vorgesehene Summe für die Unterhaltung der Bordsteinanlagen reichte auch in diesem Jahre nicht aus. Es mußten durch Erneuerung von Gehwegen mehr alte, unbrauchbare Sandstein-Bordsteine ausgebaut werden.

Die Gebühr für die Unterhaltung der Grusgehwege mit 0,55 RM/Frontmeter entsprach dem Durchschnittsaufwand. (Im Vorjahre 0,60 RM). Über Teerungen von Gehwegen wird auf die Ausführungen über Oberflächenbehandlungen mit Teer Seite 31 verwiesen.

Gehwegplatten wurden verlegt zwecks Neuherstellung von Gehwegen 2481 (1931: 4860) qm, zwecks Erneuerung von Gehwegdecken 5078 (1931: 7020) qm. Die Verlegung von Gehwegplatten umfaßte im Berichtsjahr nur zwei Drittel der im Vorjahr verlegten Fläche. Die Verlegungsarbeiten waren aufgrund engeren Wettbewerbs an 2 Firmen vergeben.

Die Platten wurden wie seither von der Rhein. Asphalt- und Zementplattenfabrik, hier (Karlsruher Stadtplatten) und zwar mit rund 5/6 des Bedarfs und von Löhr, AG., Frankfurt a. M., (Prophyrplatten) mit 1/6 des Bedarfs bezogen. Von der Firma August Gilbert, Karlsruhe-Daxlanden, wurden auch in diesem Jahre wieder versuchsweise 200 qm bezogen. Da über die Haltbarkeit bezw. Bewährung dieser Platten noch nicht geurteilt werden kann, wurde von einem größeren Mengenbezug zunächst abgesehen.

Der Preis für Neuherstellung errechnete sich auf 5,40 RM/qm gegenüber dem Vorjahre mit 6,00 RM/qm. Die Kosten für die Erneuerung betrugen 5,60 RM/qm gegenüber dem Vorjahre mit 6,20 RM/qm.

Die Arbeiten für die laufende Unterhaltung der festen Decken und das Wiederschließen aufgebrochener fester Gehwege — durch Kabelverlegungen usw. — wurden von der eigenen Gehwegabteilung durchgeführt.

Einfahrten wurden 17 neu hergestellt und 13 vorhandene mit neuer Befestigung versehen. Im ganzen wurden hierzu 250,15 qm verstärkte Platten und 178,25 qm Granitsteinpflaster verlegt. Bierabladestellen wurden 7 hergestellt mit rund 20 qm Granitsteinpflaster. Der Aufwand für die Gehwege belief sich auf 143213 (1931: 200265) RM.

Fahrradwege.

Am Netz der Fahrradwege trat gegenüber dem Vorjahre keine Veränderung ein. Ihre Unterhaltung kostete 1306 (1931: 1325) RM.

Bauliche Maßnahmen im Interesse des Verkehrs.

Für die Unterhaltung und Neubeschaffung der Straßen- und Verkehrsschilder sowie für die Hausnummerierung wurden 4736,24 RM ausgegeben. Auf Anordnung des Polizeipräsidiums wurden die Haupt- und Fernverkehrsstraßen durch die vorgeschriebenen Schilder bezeichnet. An der Fernverkehrsstraße Nr. 10 Ost—West, (Rhein- und Kaiserstraße, Robert Wagner-Allee) wurden 15 Schilder, an der Fernverkehrsstraße Nord—Süd (Rhein-, Lamey-, Hardt- und Durmersheimer Straße) 15 Nummerschilder angebracht. Die Beschaffungskosten der Schilder betrugen 177,02 RM.

An den Bordsteinen der Einsteiginseln am Adolf Hitler-Platz und Loretto-Platz wurden zur besseren Sicht der Tafeln in den Nachtzeiten grünweiße, reflektierende Rückstrahlbleche in Bordsteinhöhe angebracht. Die Bleche sind ein Erzeugnis der Bad. Blechpackungswerke in Knielingen. Diese Neuerung ruft wohl eine gewisse Sichtverbesserung hervor, aber der eigentliche Zweck ist noch nicht erreicht.

Das Polizeipräsidium ließ am Karlstor (Kreuzung Kriegs- und Karlstraße) eine Heuer-Verkehrsampel anbringen. Da die Lampe für den derzeitigen Verkehr sich nicht eignete, wurde sie nach einigen Wochen wieder entfernt.

Der Zufahrtsweg zum Friedhof in Beiertheim wurde durch Anbringung von 2 Fünfpunktetafeln für den allgemeinen Verkehr gesperrt.

Für die Schule in Rintheim wurden 3 Warnungstafeln „Schule" wegen des starken Kraftwagen-Durchgangsverkehrs aufgestellt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Gleisdreieck der Rappenwörtstraße und Hammweg wurde zur besseren Entwässerung dieser Fläche ein Schlammfänger eingebaut. Die gesamten Arbeiten kosteten 5527 (1931: 6550) *RM*. An der Voranschlagssumme war eine Einsparung von 1400 *RM* möglich.

Tankstellen.

Neu errichtet wurde die Tankstelle Hardtstraße 11 (Mai 1932 vom Benzol-Verband Bochum). Entfernt wurden die Tankstellen: Beiertheimer Allee Nr. 18a (Olex) am 30. September 1932, Ettlinger Straße Nr. 47 (Rhenania-Ossag) am 30. September 1932, Nebeniusstraße Nr. 50 (Rhenania-Ossag) am 31. Mai 1932, Neckarstraße Nr. 32 (Gasolin A.-G., Stuttgart) am 30. September 1932. Auf städtischem Grund waren darnach am Ende des Jahres 7 (1931: 7) Tankhäuser und 23 (1931: 26) Zugstellen, zusammen 30 (1931: 33) Tankstellen vorhanden. An Miete wurden 32 035 (1931: 31 445) *RM* eingenommen, dazu an Genehmigungsgebühren 100 *RM*. Auf Privatgrund, aber offen zur Straße, bestanden 5 Tankanlagen. Eine Reihe von Projekten wurde vom Tiefbauamt bearbeitet.

Parkplätze.

Am Marktplatz (Alter Bahnhof) wurden Parkverbotstafeln aufgestellt.

Brücken.

Das Mauerwerk der Hirschbrücke wurde ganz abgewaschen und soweit erforderlich neu mit Zementmörtel verfugt. Die Eisenteile wurden entrostet, mit Mennige ausgebessert und zweimal mit Oelfarbe ganz gestrichen. Die Eisenteile der Brücke beim Kühler Krug wurden soweit notwendig entrostet, mit Mennige ausgebessert und teilweise zweimal mit Oelfarbe gestrichen. Die Eisenträger der Federbachbrücke beim Pumpwerk (im Neufeld) wurden ebenfalls entrostet und zweimal mit Oelfarbe gestrichen. An den übrigen Brücken wurden die laufenden Unterhaltungsarbeiten durch eigenes Personal vorgenommen. Der Aufwand für die gesamten Arbeiten betrug 2928 (1931: 3306) *RM*.

Unvorhergesehenes.

Von den im Voranschlag vorgesehenen Mitteln mit 5610 *RM* wurden 3701,05 *RM* verbraucht. Davon mußten rd. 1100 *RM* für unbeibringliche Forderungen, Umsatzsteuern, Haftpflichtversicherungsbeiträge, Gebühren an Domäne und Reichsbahn, Beseitigung von Wahlpropagandazeichen der KPD an verschiedenen Gehwegen, Brücken und Gebäuden aufgewendet werden. Die Restsumme wurde zur Herrichtung der Marktfläche auf dem Hermann Göring-Platz verbraucht, weil die dem Hochbauamt zur Verfügung gestandenen Mittel nicht ausreichten.

Arbeiten für Dritte.

Arbeiten auf Rückersatz für Dritte mußten für 103 537,52 *RM* geleistet werden. Das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt, Hochbauamt und Telegraphenbauamt sind daran in der Hauptsache durch Wiederherstellung von Fahrbahnen und Gehwegen nach Aufgrabungen beteiligt. Für das Hochbauamt wurden die laufenden Instandsetzungsarbeiten in den Schulhöfen (Teerungen usw.) ausgeführt. Ferner wurde für den Marktbetrieb auf dem Hermann Göring-Platz eine Fläche von 2300 qm planiert und mit einer Kaltasphaltdecke versehen.

Im Krankenhaus wurden Teerungen der Fahrbahnen und Gehwege sowie Unterhaltungsarbeiten an den Pflasterflächen vorgenommen. Außerdem wurden 2 Plätze zum Aufstellen von Fahrrädern vor den beiden Kliniken neu geschaffen. Die Flächen wurden mit Teermakadam dauerhaft befestigt. Im Friedhof wurden Fahrbahnen neu eingewalzt und geteert. Im Schlachthof kamen Pflasterungen in den Höfen zur Ausführung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Baumaschinen.

Die Menge des mit eigener Maschine hergestellten Teermakadams verteilt sich wie folgt:

Sorte	Abgabe an			Verkaufspreise pro cbm			
				bis 31. X. 1932		ab 1. XI. 1932	
	Städt. Stellen cbm	Private cbm	Insgesamt cbm	Städt. Stellen RM	Private RM	T. B. A. RM	Andere RM
Feingrus 3/5 mm	271,10	5,10	276,20	32,00	35,20	25,—	27,50
Grobgrus 8/12 mm	38,65	—	38,65	29,00	31,90	24,—	26,50
Flickschotter 15/25 mm	2,00	—	2,00	25,00	27,50	22,00	24,50
Walzschotter 40/60 mm	2,00	—	2,00	22,00	24,20	20,00	22,50

Die Einheitspreise konnten infolge Verbilligung des Stein- und Bindematerials (Bitumen und Teer) abermals gesenkt werden. Den Herstellungskosten mit 6287,36 RM stehen an Einnahmen 8693,74 RM gegenüber. Der Unterschiedsbetrag von 2406,38 RM ist als Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals zu betrachten.

Der Kompressor fand insgesamt 287½ (1931: 286¼) Stunden Verwendung, wozu noch 94 (1931: 107¼) Warte- und Transportstunden kamen. Benützt wurde der Kompressor mit 177½ Arbeits- und 31¾ Warte- und Transportstunden vom Tiefbauamt, mit 72 Arbeits- und 41½ Warte- und Transportstunden vom Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt, mit 38 Arbeits- und 20¾ Warte- und Transportstunden von Privaten. Die Einnahmen für den Kompressor betrugen 1908,65 (1931: 2159) RM, die Ausgaben 1566,06 (1931: 1794) RM. Der Unterschied mit 342,59 (1931: 365) RM stellt die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals dar. Die Einheitssätze konnten herabgesetzt werden. Die normale Arbeitsstunde wurde mit 5,00 RM berechnet gegenüber 6,00 RM in Vorjahre. Der Beschäftigungsgrad, gemessen an der normalen Arbeitszeit, betrug rund 15 v. H.

Die Motorwalze wurde 302¼ Arbeitsstunden von städtischen Ämtern und 18½ Arbeitsstunden von Privaten benützt. Während 30 Tagen war die Motorwalze an einen Rastatter Walzenbetrieb ohne Bedienung und Betriebsstoff für 20 RM täglich vermietet. Der Einheitspreis für die Arbeitsstunde konnte auf 4,00 RM gegen 5,00 RM im Vorjahr festgesetzt werden. Die Motorwalze erbrachte im Berichtsjahr 1883 (1931: 2594) RM Einnahmen. Die Ausgaben betrugen 880,60 RM.

Schuttplätze, Sand- und Kiesgruben.

Schutt konnte an folgenden Plätzen abgeladen werden: Robert Wagner-Allee östlich Weinweg, ehem. Bulacher Sandgrube, Daxlander Sandgrube, Neugraben und Daxlander Straße Ecke südl. Ufer Straße.

Aus den beiden in Verwaltung des Tiefbauamts stehenden Sandgruben wurden folgende Abgaben getätigt:

Grube	An Private		An städt. Stellen		Zusammen	
	cbm	RM	cbm	RM	cbm	Betrag RM
Daxlanden	160,5	281,—	380,4	649,95	540,9	930,95
Rintheim	569,6	997,05	1015,5	1825,94	1585,1	2822,99
					2126,0	3753,94

Der Abgabepreis wurde durch Stadtratsbeschluß im Laufe des Jahres von 2,00 auf 1,75 RM und von 1,75 RM auf 1,50 RM zurückgesetzt.

Verkehrszählungen

unterblieben mangels Mittel.

Plakatsäulen.

Die Plakatsäule auf dem Platze zwischen Pfalz-, Turner- und Kastenwört-Straße mußte wegen Aufstellung des Kriegerdenkmals auf diesem Platze versetzt werden. Die Säule ist jetzt auf dem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schulplatz, an der Haltestelle Kastenwört-Straße, aufgestellt. Die Versetzungskosten betrugen 83,50 RM.

Vorhanden waren im Berichtsjahr 50 große Zementsäulen, 50 kleine Zementsäulen und 46 Transformatorensäulen, zusammen 146 (1931: 146) Plakatsäulen.

Industriegleise.

Die Unterhaltung der stadteigenen Gleise im Industriegebiet im Oberfeld erforderte für die Stadt einen Aufwand von 15506,01 RM einschließlich der Anschlußgebühren der Reichsbahn mit 1438,80 RM. Die Einnahmen durch Rückersatz der Anschließer hierfür betrugen 6336,50 RM. Zu diesem Betrag kommen noch 120 RM Gleismiete für vorübergehende Benützung.

Die Aufwendungen sind in der Hauptsache zur Auswechslung der verfaulten Holzschwellen gegen eiserne und des schlechten Bettungsmaterials gegen Schotter erforderlich. Diese Auswechslung soll nach einem früheren Stadtratsbeschluß im Zeitraum von 5 Jahren bis 1935 durchgeführt werden. Änderungen sind an dem Netz des Gleises nicht eingetreten.

Für die Unterhaltung des Industriegleises im Westbahnhof wurden 2311,85 RM aufgewendet einschließlich der Anschlußgebühren der Reichsbahn mit 1351,80 RM. Von den Anschließern wurden 3189,44 RM zurückerhoben, darunter 1339,05 RM vom Bahnamt und 1850,39 RM von der Baustoffverwaltung.

Die Kosten für den Gleisanschluß des Lagerplatzes an der Robert Wagner-Allee wurden von der Baustoffverwaltung verrechnet.

In den Längen der von der Abteilung zu unterhaltenden Industriegleise ist eine Änderung nicht eingetreten.

Das Industriegleis Karlsruhe-Ost stand wie bisher in der Verwaltung des Bahnamts. Der Aufwand für die Unterhaltung sämtlicher städtischer Industriegleise belief sich auf 22783 (1931: 20350) RM, an Einnahmen aus den Industriegleisen waren 12371 (1931: 14048) RM zu verzeichnen.

Schulspielplätze.

Die Einfriedigung des Helmholtz-Schulplatzes auf dem Flugplatz wurde zum Teil erneuert, der Umkleideraum gestrichen, Aschenbahn von Unkraut gereinigt und mit Schlacken ausgebessert mit einem Aufwand von 350,00 RM, die gleichen Arbeiten wurden auf dem Gutenberg- und Lessing-Schulplatz mit einem Aufwand von 265,00 RM und auf dem Spielplatz der Kant- und Humboldt-Schule, wo außerdem die Tore der Einfriedigung erneuert wurden, mit einem Aufwand von 1100,00 RM ausgeführt. Für die Einfriedigung der Plätze im Hardtwald wurden 150 neue Pfosten mit einem Aufwand von 375,00 RM beschafft und gesetzt. Die Vergütung an den Turninspektor betrug 360,00 RM, der Gesamtaufwand für die Schulspielplätze 2450,73 (1931: 1312) RM.

Bauhöfe.

Auf dem Bauhof Kriegsstraße 28 wurde die seit Jahren dringend notwendige Vergrößerung des Wagen- und Geräteschuppens ausgeführt. Die Zimmerarbeiten wurden auf Grund eines engeren Wettbewerbs einem hiesigen Zimmergeschäft übertragen. Das erforderliche Holz sowie die Zutaten an Eisen usw. wurden durch das Tiefbauamt gestellt. In den Aufenthaltsräumen wurden Verbesserungen geschaffen. Der Betrieb und die Unterhaltung der Bauhöfe erforderte 30624 (1931: 35862) RM.

Sonstige Arbeiten.

Im Dammerstock und im Weiherfeld wurden vorhandene Gehwege mit Pflichtarbeitern durchplaniert und von Unkraut frei gehalten.

Der alte Bahndamm beim Scheibenhardter Weg wurde abgetragen. Mit den gewonnenen Erdmassen wurden tiefliegende Grundstücke neben dem Scheibenhardter Weg aufgefüllt und entlang des genannten Weges ein Fußweg — zwischen Belchen Platz und Wehrastraße — angelegt.

Im Personal und in der Organisation der Abteilung sind im Berichtsjahr Änderungen nicht eingetreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gewässer.

Der Umfang der durch das Tiefbauamt für die Stadt als Gemarkungsgemeinde gemäß Wasser-Gesetz zu unterhaltenden und zu reinigenden Wasserläufe betrug im Berichtsjahr 35,45 (1931: 35,45) km; eine Veränderung in der Gesamtlänge ist also gegenüber dem Vorjahre nicht eingetreten.

Bachschauen fanden statt: An der Alb am 2. und 4. Mai 1932, am Malscher Landgraben und Erlengraben am 21. Juni 1932, am alten Federbach am 14. Juli 1932.

Die Räumung und Unterhaltung der Wasserläufe wurde im Berichtsjahr wie folgt durchgeführt:

Wasserlauf	Strecke	Durchführung der Arbeiten vom bis	Entstandene Kosten für: Räumung RM	Räumung Rpf	Unterhaltung ohne Verw.-zuschlag RM	Unterhaltung Rpf	Umsatzsteuer *), Staatsaufsicht RM	Umsatzsteuer Rpf	Gesamtaufwand RM	Gesamtaufwand Rpf	Rückersatz durch Domäne RM	Domäne Rpf	Reichsbahn RM	Reichsbahn Rpf
Alb	oberhalb Walzenwehr	27. Juni bis 2. Juli	2084	44	6333	60	70 92	50*) 88			936	60	2467	92
Alb	unterhalb Walzenwehr	14. Juli bis 3. Aug.	2584	95	10475	03								
			4669	39	16808	63	163	38	21641	40				
Malscher Landgraben			506	—[3]	—	—	118	80*)	624	80	—	—	—	—
See- und Scheidgraben		18. bis 30. Juli	2290	—	—	—	6	74	2296	74	—	—	—	—
Erlen- u. Hertelgraben		26. Juni bis 2. Juli	130	73[2]	—	—	2	48	133	21	—	—	—	—
Mittelbruchgraben		4. bis 16. Juli	3233	48	—	—	—	—	3233	48	—	—	1077	83
Floßgraben-Kanal Rüppurrer Straße		7. Januar u. 24. Juni bis 2. Juli	86	40	—	—	—	—	86	40	—	—	43	20
Floßgraben		desgl.	2252 176	11 28[1]	— —	— —	— —	— —	2428 —	39 —	— —	— —	1126 —	06 —
Floßgrabenrechen		1931	576	—	—	—	—	—	576	—	—	—	288	—
Alter Federbach		26. Juni bis 10. Aug. und 27. September bis 24. Oktober	1991	10	—	—	22 2	02 69	2013	12	—	—	—	—
Neuer Federbach		12. bis 24. Sept.	205	50	—	—	1	05	209	24	—	—	—	—
Reiherbach		27. Juni bis 2. Juli	314	99	—	—	—	—	314	99	—	—	—	—
Oberholzgraben		desgl.	56	—	—	—	—	—	56	—	—	—	—	—
Peter- u. Krebsgraben		4. bis 9. Juli	200	38	—	—	—	—	200	38	—	—	—	—
Entwässerungsgraben Fritschlach		13. Dez. bis 4. Jan.	1238	70	—	—	—	—	1238	70	—	—	—	—
			17927	06	16808	63	317	16	35052	85	936	60	5003	01

[1]) Stadtanteil an den Kosten der von der Reichsbahn zu räumenden Strecke.
[2]) Stadtanteil an den Kosten der von der Stadt Ettlingen zu räumenden Strecke.
[3]) Stadtanteil an den Kosten der von der Wassergenossenschaft zu räumenden Strecke.

Die Ausgaben blieben bei den knapp bemessenen Mitteln nur wenig unter der Voranschlagssumme.

Uferbefestigungen aus Faschinat wurden an verschiedenen vom Hochwasser beschädigten Stellen der Alb zwischen kleiner Kirche in Rüppurr und Brunnenstückwegbrücke mit einem Gesamtaufwand von 670,41 RM ausgeführt.

Uferpflaster wurde hergestellt am Böschungskegel bei der Einmündung des Reiherbaches in die Alb im Ausmaß von 53,60 qm mit einem Aufwand von 670,33 RM und am Badeplatz Beiertheim, rechtes und linkes Ufer auf einer Fläche von 1032 qm mit 300 lfd. m im Kostenbetrag von 9529,10 RM. Das vorhandene Uferpflaster an der Alb wurde ausgebessert zwischen der Kapelle bei Grünwinkel und der Eckenerbrücke auf einer Fläche von 200 qm und 80 lfd. m auf dem linken Ufer mit einem Aufwand von 945,93 RM und einer Fläche von 72 qm und 20 lfd. m auf dem rechten Ufer mit einem Aufwand von 364,03 RM. An der Alb zwischen Schwarzwälder Mühle und kleiner Kirche in Rüppurr wurde auf dem rechten Ufer eine Stützmauer von 100 m Länge mit einem Aufwand von 5299,24 RM errichtet. Die gesamten Uferbefestigungen erforderten im Berichtsjahr einen Betrag von 16808,63 (1931: 35302) RM. Von den 26200 lfd. m Uferlänge der Alb sind somit 7820 lfd. m mit Stein oder Beton befestigt. Außerdem haben 540 lfd. m ein altes Böschungsfußpflaster.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Für die Instandsetzung der Wehre (Anstrich des Wehrs Eiswiesen, Grünwinkel) wurden 150 RM verausgabt.

Dadurch, daß die Zeiten der Bachreinigungen mit der Zeit der starken Inanspruchnahme für Straßenarbeiten, hauptsächlich Teerungen und dergl. zusammenfallen, ist es nicht möglich, mit den Arbeitskräften der Abteilung allein die erforderlichen Arbeiten auszuführen. Es wurden daher, wie stets, zur Reinigung des Floß-, des Mittelbruch- und des Scheidgrabens Arbeitskräfte der Abteilung Kanal und Reinigung herangezogen und zur Räumung der Alb und des alten Federbachs auf Grund eines engeren Wettbewerbs Taglöhner zweier hiesiger Firmen verwendet. Die reinen Pflasterarbeiten wurden auf Grund besonderer Verträge mit den hiesigen Pflästerermeistern vergeben.

Wegen Aufstellung von zwei selbst registrierenden Pegeln an dem Ein- und Auslauf der Alb auf bezw. von Gemarkung Karlsruhe wurden mit der Staatsbehörde Verhandlungen geführt. Gleichzeitig wurden zu diesem Zwecke zu verschiedenen Zeiten und Wasserständen des Jahres Wassermessungen mit Flügel und Schwimmer vorgenommen.

Für die bestehenden 5 Freibäder an der Alb und eines am Rhein wurden in diesem Jahre für die laufende Unterhaltung und Verbesserungen 410 RM ausgegeben. Das Freibad unterhalb Beiertheim wurde durch die stellenweise Befestigung der Ufer und Planierung des Geländes erheblich verbessert.

In der Appenmühle drang seit Jahren durch das Mauerwerk am Mühlenkanal Wasser in den unteren Mühlenraum ein. Da alle Abdichtungsarbeiten immer nur kurzen und geringen Erfolg hatten, wurde jetzt eine Entwässerungsanlage aus verzinkten 3" Eisenröhren eingebaut, die den Übelstand für immer beseitigt. Die Arbeiten wurden im Benehmen mit dem Maschinenbauamt durch eine Blechnerei in Daxlanden ausgeführt. Die Kosten betrugen einschließlich der Nebenarbeiten 466 RM.

An den Böschungen im Hafengebiet wurden 1948 qm Pflaster ausgebessert. Der Aufwand an Baustoffen betrug 2299 RM, der Lohnaufwand 1280 RM. Die Arbeiten wurden durch das Personal des Hafenamts ausgeführt.

Bei der Deichschau an den Rheinhochwasserdämmen innerhalb der Gemarkung Karlsruhe ergaben sich keinerlei Beanstandungen. Die für den Rheinhochwasserdienst bereitzuhaltenden Geräte und Faschinen wurden in Ordnung befunden und soweit notwendig ergänzt.

Wegen drohender Hochwassergefahr am Rhein wurde am 24. Juni die Wasserwehrbereitschaft angeordnet. Die Dammscharten wurden auf der südlichen Seite des Stichkanals fürsorglich eingebaut.

Die gesamten Ausgaben für die Gewässer beliefen sich im Berichtsjahr auf 69506 (1931: 61551) RM.

Baustoffverwaltung.

Die Abrechnung des Wirtschaftsjahres 1932 ergab folgende Summen:

Einnahmen	Voranschlag RM	Rechnungs-Soll RM	Ausgaben	Voranschlag RM	Rechnungs-Soll RM
Erlös aus Baustoffen	311 260.—	186 774.42	Löhne	23 000.—	12 118.22
Sonstige Einnahmen	1 000.—	741.45	Geschäftsaufwand	16 700.—	16 700.—
			Platzmieten	7 360.—	7 360.—
			Unterhaltung der Lagereinrichtungen	10 000.—	3 821.79
			Beschaffung von Baustoffen aller Art	200 000.—	91 915.36
			Frachten und Fuhrlöhne	50 000.—	40 209.29
			Sonstiger Aufwand	2 200.—	919.23
			Rücklage für Erneuerung der Einrichtungen	3 000.—	3 000.—
Zusammen	312 260.—	187 515.87	Zusammen	312 260.—	176 043.89
Ab Ausgaben	312 260.—	176 043.89			
Verbleibender Überschuß	—	11 471.98			

Trotz des erneuten starken Rückgangs des Baustoffumsatzes bei gleichbleibender Höhe des Anteils am Geschäftsaufwand des Tiefbauamts, der Mieten und der Rücklage konnte durch Verminderung in der Lagerhaltung noch ein Überschuß in Höhe von 11471,98 (1931: 22086,57) RM = 6,5 (1931: 7,6) v. H. der tatsächlichen Ausgaben erzielt werden.

Der Wert des Vorrats an Baustoffen betrug am 1. April 1932 155 481 RM und am 31. März 1933 144 010 RM; der Bestand wurde sonach durch Zehren am Vorrat um 11 471 RM verringert.

Im Berichtsjahr wurden 45 (1931: 51) Stellen bezw. Kredite beliefert und Baustoffe im Gesamtwert von 186 774,42 (1931: 313 112,60) RM abgegeben. Die Baustoffverwaltung hat in den einzelnen Monaten Baustoffe wie folgt verabreicht: Im April 1932 für 15 930,58 RM, im Mai für 15 756,34 RM, im Juni für 28 137,72 RM, im Juli für 14 573,24 RM, im August für 15 549,52 RM, im September für 12 942,39 RM, im Oktober für 15 201,18 RM, im November für 15 090,41 RM, im Dezember für 9 117,55 RM, im Januar 1933 für 3143,04 RM, im Februar für 6042,85 RM, im März für 35 289,60 RM.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht der im Berichtsjahr bezogenen, nach Gattungen geordneten Baustoffe unter Angabe der Einheitsmenge und der reinen Einheitspreise. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Baustoffe aus Natursteinen und die Gehwegplatten ab Versandstation geliefert werden und daher die Frachten in den hier angeführten Preisen nicht enthalten sind. Anders verhält es sich mit den Gußeisenwaren, Steinzeugwaren, Zement und Pflasterkitt, die frei Karlsruhe geliefert werden und deren Preise daher die Fracht miteinschließen. An der Gesamtsumme sind aber die Frachtkosten, Wiegegebühren usw. wieder abgesetzt, sodaß die Jahresabrechnungssumme die Kosten für Beschaffung der Baustoffe ohne Frachten und sonstige Nebenkosten darstellt.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden bezogen:

Nr.	Gegenstand	Menge	Einheit	RM
1	Granitbordsteine (Normal, Gerade und Bogen)	478,30	m	3 770.20
2	Granitbordsteine (Siedlung, Gerade und Bogen)	86,60	m	516.30
3	Pflasterkitt	150 767,00	kg	12 969.01
4	Gehwegplatten, Normal	6 595,90	qm	18 924.34
5	Gehwegplatten, für Einfahrten	331,50	qm	1 417.30
6	Walzgrus	924,50	t	3 199.20
7	Teergrus	4 130,57	t	13 905.43
8	Schachtdeckel	6	Stück	127.50
9	Scharniere für Schachtdeckel	20	„	25.—
10	Schlammeimer	150	„	1 350.—
11	Granitgroßpflastersteine	349,70	t	5 795.88
12	Quarzitgroßpflastersteine	133,61	t	2 104.36
13	Sandsteingroßpflastersteine	12,99	t	116.91
14	Schlackenpflastersteine	11 620,00	Stück	1 973.85
15	Uferpflastersteine	589,192	t	2 346.55
16	Schotter	3 142,66	t	12 254.49
17	Stücksteine	1 321,57	t	1 666.09
18	Zement	6 800	Sack	12 729.50
19	Zementwaren	42	Stück	588.—
	Zusammen			95 779.91
	Ab die an Lieferantenrechnungen gekürzten Beträge für Nebengebühren (Fracht, Löhne, Wiegegebühren usw.) mit			3 864.55
	Somit Summe der Jahresabrechnung			91 915.36

Die Lieferungen wurden, wie im Vorjahre, durchweg auf dem Weg engeren Wettbewerbs unter tunlichster Berücksichtigung einheimischer Firmen vergeben. Eine Änderung der Frachtsätze der Reichsbahn ist im Berichtsjahr nicht eingetreten. Die für Lieferungen von Baustoffen für Arbeiten der Arbeitsbeschaffungsprogramme seitens der Reichsbahn zugestandenen Frachtermäßigungen wirken sich bei der Abrechnung der Baustoffverwaltung nicht aus, weil diese bestimmungsgemäß nicht vom Lager entnommen werden durften, sondern von Firmen unmittelbar beschafft und auf die besonderen Kredite verrechnet werden mußten.

Unterhaltungs- bezw. Ergänzungsarbeiten größeren Umfangs wurden auf den beiden Lagerplätzen in der Durlacher-Allee und im Bannwald im Berichtsjahr nicht durchgeführt; es waren nur Anstricherneuerungen, Gleisregulierungen und Instandsetzungen sowie Pflasterregulierungen in geringem Ausmaß notwendig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Organisation der Baustoffverwaltung blieb die gleiche wie im Vorjahr. Jeder Lagerplatz hat einen Aufseher, der den Ein- und Ausgang der Baustoffe überwacht; der den Lagerplatz in der Durlacher-Allee betreuende Aufseher hat auf dem Platz eine Dienstwohnung. Die Zahl der bei der Baustoffverwaltung beschäftigten Arbeiter betrug 9 (1931: 9) Mann.

Geräteverwaltung.

Die Abrechnung des Wirtschaftsjahres 1932 ergab folgendes Bild:

Einnahmen	Voranschlag RM	Rechnungs-Soll RM	Ausgaben	Voranschlag RM	Rechnungs-Soll RM
Erlös aus Verkauf	70 170.—	65 818.95	Löhne	5 400.—	4 963.—
Leihgebühren für Feldbahngegenstände, Werkzeuge und Geräte	7 000.—	6 715.20	Geschäftsaufwand des Tiefbauamts	1 770.—	1 770.—
Instandsetzungsarbeiten für Dritte	2 000.—	501 50	Gerätelager	3 500.—	1 491.75
Sonstige Einnahmen	1 000.—	423.70	Ankauf aller Art	65 000.—	59 393.74
			Unterhaltung der Geräte und Feldbahngegenstände aller Art	2 700.—	855.06
			Sonstiges (Dienstkleider, Strom, Gas)	1 800 —	826 20
Zusammen	80 170.—	73 459.35	Zusammen	80 170.—	69 299.75
Ab Ausgaben	80 170.—	69 299.75			
Verbleibender Überschuß		4 159 60			

Die Einnahmen mit 73 459,35 RM sind gegenüber dem Vorjahre mit 76 339,72 RM um 3,8 v. H. zurückgegangen, was insbesondere auf eine Verminderung der Leihgebühren für Feldbahngegenstände, Werkzeuge und Geräte zurückzuführen ist.

Abgegeben wurden Geräte an 93 Stellen im Gesamtwert von 65 818,95 (1931: 65 557,39) RM; darin ist der Gesamtbedarf der städtischen Schulen mit 10 451,30 RM enthalten. Eine weitere Schrumpfung in der Beanspruchung der Geräteverwaltung ist nicht mehr eingetreten. Der Wert der Vorräte der Geräteverwaltung betrug am 1. April 1932 67 847,75 RM, am 31. März 1933 78 027,69 RM. Der Bestand wurde jedoch im Berichtsjahr nicht erhöht, sondern vermindert. Die höhere Wertangabe des Lagers am Ende des Wirtschaftsjahres ist auf eine Wertberichtigung zurückzuführen.

Die Inanspruchnahme der Geräteverwaltung war in den einzelnen Monaten des Jahres eine schwankende. Sie betrug im April 1932 9 812,69 RM, im Mai 3 432,91 RM, im Juni 4 578,65 RM, im Juli 7 335,16 RM, im August 3 036,64 RM, im September 4 216,91 RM, im Oktober 5 563,39 RM, im November 3 802,79 RM, im Dezember 8 019,00 RM, im Januar 1933 5 381,91 RM, im Februar 2 942,61 RM und im März 7 696,29 RM.

An Waren wurden, nach 24 Gattungen zusammengefaßt, im Rechnungsjahr beschafft:

OZ.	Beschaffte Geräte	Betrag RM	OZ.	Beschaffte Geräte	Betrag RM
1	Beleuchtungsmaterial	1 836.87		Übertrag	29 118.04
2	Blechwaren	1 295.27	15	Meßgeräte	61.44
3	Eisen	687 53	16	Öle	1 942.57
4	Eisenwaren	746.36	17	Fette	120.—
5	Arbeitsgeräte	4 114 54	18	Pinsel	704.—
6	Werkzeuge	221.10	19	Putzmittel:	
7	Eisenkurzwaren	4 381.59		Putz- und Scheuermittel	4 783.69
8	Farben	752.04		Seife und Seifenpulver	3 075.67
9	Glaswaren	121.78		Besen, Bürsten usw.	9 468.65
10	Holz und Holzwaren	11 789.56	20	Rollbahnmaterial	120.—
11	Kreide	11.76	21	Normalbahnmaterial	5 370.45
12	Lederwaren	2 768.52	22	Seilerwaren	170.76
13	Leim	83.37	23	Teererzeugnisse	528.86
14	Matten	307.75	24	Webwaren	3 929.61
	Übertrag	29 118.04		Zusammen	59 393.74

Zur Deckung des Bedarfs an Besen und Bürstenwaren im Werte von insgesamt 9 468,65 RM wurden Aufträge an die Blindengenossenschaft in Höhe von 2 789,90 RM, an 4 sonstige Blinde in Höhe von 2076,50 RM, zusammen im Betrag von 4 866,40 RM an Blinde erteilt.

Der Umfang des Feldbahnparks und dessen Wert hat im Berichtsjahr eine Änderung nicht erfahren. Es waren am 31. März 1933 vorhanden:

	Menge	Durchschittswert im ganzen
Gleise	5970 m	10 149 RM
Weichen	40 Stück	1 160 RM
Drehscheiben	19 Stück	380 RM
Wagen	137 Stück	8 220 RM
	zusammen	19 909 RM.

An Leihgebühren für Feldbahngegenstände, Werkzeuge und Geräte wurden 6715,20 RM vereinnahmt. Für Unterhaltung der Feldbahngegenstände wurden 855,06 RM ausgegeben.

Die Geräteverwaltung besorgte auch im Berichtsjahr 1932 die mit der Dienstkleiderversorgung für das ganze Amt verbundenen Verwaltungsgeschäfte. Im Personalstand ist eine Veränderung gegenüber dem Vorjahre nicht eingetreten.

e. Abteilung Entwässerung, Städtereinigung und Fuhrwesen.

Entwässerung.

Kanalnetz.

Das Karlsruher Kanalnetz ist in der Hauptsache nach dem Mischsystem eingerichtet, d. h. Schmutzwasser und Regenwasser werden ein und demselben Straßenkanal zugeführt. Bei starken Regenzuflüssen wird das Netz durch einen Regenauslaß in die Alb entlastet. Kleinere Teile des Stadtgebiets, nämlich die Vororte Rüppurr und Bulach werden nach dem Trennsystem entwässert oder sind für dieses vorgesehen; bei dieser Enttwässerungsart werden Regenwasser und Schmutzwasser in getrennten Kanälen abgeführt.

Die gesammelten Abwässer des gesamten entwässerten Stadtgebietes mit Ausnahme der Regenwässer der Gebiete mit Trennkanalisation und der Abwässer des Rheinhafens werden der Reinigungsanstalt in Neureut zugeführt, wo sie von Sand und Schwimmstoffen über 2 mm Durchmesser gereinigt und dann der Alb kurz vor deren Einmündung in den Rhein zugeleitet werden.

Das Rheinhafengebiet bildet wegen seiner Lage im Tiefgestade ein in sich abgeschlossenes, selbständiges Entwässerungsgebiet ohne zentrale Reinigungsanlage. Die Abwässer werden unmittelbar der Alb übergeben. Da diese wenig aufnahmefähig für Schmutzstoffe ist und die Einmündung oberhalb des Nachbarortes Knielingen liegt, so müssen die Abwässer vor Einleitung in die Straßenkanäle in Hauskläranlagen gereinigt werden, die als sogenannte Desinfektions-Klärgruben nach dem Friedrich Glaß'schen System gebaut sind und einer laufenden Desinfektion bedürfen. Diese darf nur durch ein anerkanntes Fachgeschäft durchgeführt werden.

Die Gesamtlänge des Kanalnetzes ist im Berichtsjahr um 1,049 km auf 208,600 km gestiegen; hiervon sind 158,6 km Rohrleitungen, 50 km gemauerte und betonierte Kanäle. Der kleinste Rohrdurchmesser beträgt 0,20 m, das größte Sammler-Profil ist 5,20/4,60 m (Landgrabenprofil).

Die Straßeneinläufe werden neuerdings ohne Wasserverschluß mit freihängendem Eimer ausgeführt. Dadurch wird eine vermehrte Entlüftung des Kanalnetzes herbeigeführt.

Kanalbetrieb.

Dem Kanalbetrieb obliegen die Reinigung und Unterhaltung des Kanalnetzes und der Reinigungsanlage. Er gliedert sich in den inneren Dienst, dessen Aufgaben die allgemeine Bearbeitung von Fragen der Entwässerung des bebauten Stadtgebietes, Planung, Vergebung und Abrechnung von Arbeiten zur baulichen Unterhaltung und Ergänzung des Kanalnetzes, Führung des Betriebskatasters 1 : 1000, Aufstellung des Voranschlags, Leitung des äußeren Dienstes sind, und in den äußeren Dienst, dem die unten im einzelnen aufgeführten Arbeiten obliegen. Für den äußeren

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Dienst ist das Kanalnetz in 2 Bezirke, „Ost“ und „West“, letzterer mit der Reinigungsanlage in Neureut, eingeteilt. Den Bezirken steht je ein Bezirksleiter (Bauinspektor) vor. Die Zahl der den Bezirken im Berichtsjahr zur Verfügung stehenden Arbeiter betrug insgesam 52 Mann (1931: 54), davon waren 21 Mann (1931: 21) dem Ostbezirk, 28 (1931: 30) dem Westbezirk zugeteilt; 3 (1931: 3) Mann taten bei der Abteilung „Entwurf und Neubau“ als Bauaufseher Dienst.

Im einzelnen umfaßte der äußere Dienst:

Reinigung und bauliche Unterhaltung der Kanäle.

Für die Spülung und Reinigung sind aus der Belegschaft 10 Spülgruppen zu je 3 Mann (Partieführer und 2 Mann) gebildet, davon 4 für Bezirk „Ost“ und 6 für Bezirk „West“, denen je ein Spülbezirk zur periodischen Spülung und Reinigung zugeteilt ist. Insgesamt wurden hierfür rund 9000 Tagschichten aufgewendet. Für die Spülung stehen ein Spülkanal aus der Pfinz auf Gemarkung Durlach und 4 Zuleitungen aus der Alb zur Verfügung; im übrigen wird mit Wasser aus der städtischen Wasserleitung gespült.

Die kleineren, nicht begehbaren Rohrkanäle werden gespült und mittelst Durchziehen einer Bürste gereinigt. Bei starker Verunreinigung wird zuerst mit sogenannten Zylindern vorgereinigt. Die großen Sammelkanäle werden teilweise mit besonderen Spülwagen und von Hand gereinigt. Zur Durchleuchtung nicht begehbarer Kanäle wurde eine Durchleuchtungsanlage aus Altmaterial des Fuhrparks hergestellt.

Aus dem Kanalnetz wurden insgesamt etwa 100 cbm Sand gehoben und abgefahren. Der dabei nicht erfaßte Sand, etwa 360 cbm, wurde im Sandfang der Reinigungsanlage abgefangen.

An baulichen Unterhaltungsarbeiten waren außer der unten erwähnten Landgrabenunterfangung laufend kleinere Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten zu leisten, die teilweise, soweit sie sich zur Vergebung eigneten, an Unternehmer vergeben, im übrigen durch die Handwerker der Kanalbezirke durchgeführt wurden. Die gesamte Abrechnungssumme der an Unternehmer vergebenen Unterhaltungsarbeiten betrug rund 2000 *RM*.

Zur Verhütung von Unfällen bei den Arbeiten in Kanälen und Schächten wurden im Berichtsjahr neue Sicherheitsvorschriften für die Arbeiter der Kanalbetriebe und Abortgrubenentleerung herausgegeben, die insbesondere den Gasgefahren Rechnung tragen. Die dadurch bedingten modernen Geräte für Gasprüfung und Beleuchtung (10 Gasprüflampen, 16 funkensichere elektrische Handlampen mit Stahlakkumulatoren) wurden beschafft.

Insgesamt betrug der Aufwand für Reinigung und laufende bauliche Unterhaltung des Kanalnetzes 88243,77 (1931: 104416,07) *RM*.

An außerordentlichen baulichen Unterhaltunsarbeiten wurde die Unterfangung der Landgrabenwiderlager auf eine Länge von 225 m zwischen Karl- und Herrenstraße mit einem Kostenaufwand von 8826,61 *RM* durchgeführt. Da sich diese Arbeit zur Vergebung an Unternehmer nicht eignete, wurde sie durch eigene Arbeitskräfte in den Wintermonaten, in denen im regelmäßigen Betrieb weniger Leute gebraucht werden, ausgeführt.

Unterhaltung und Leerung der Straßensinkkasten.

Die Leerung der Straßensinkkasten wurde in den beiden Kanalbezirken mit je einem automobilen Kranwagen besorgt. Hierbei wurden an insgesamt 363 Autotagen 1034 cbm Schlamm abgefahren und in der Hauptsache zur Auffüllung von ausgebeuteten Sandgruben verwendet.

Es wurden 12 schadhafte Eimer der Sinkkasten ausgewechselt. Die Kosten für die laufende Unterhaltung und Leerung der Straßensinkkasten beliefen sich im Berichtsjahr auf 17002,10 (1931: 21267,76) *RM*. Die Zahl der geleisteten Tagschichten betrug 520.

Für außerordentliche Unterhaltung, Umbau nud Ergänzung von Sinkkasten wurden 2699,66 (1931: 2491) *RM* ausgegeben. Diese Mittel wurden in der Hauptsache für die Auswechslung alter Sinkkasten mit stark gewölbten Rosten und Wasserverschluß gegen neue, ohne diesen, verwendet.

Schneebeseitigung.

Für die Schneebeseitigung wurde das Kanalnetz im Berichtsjahr wegen des milden Wetters nicht in Anspruch genommen.

Bauliche Unterhaltung und Reinigung der Hausentwässerungsanlagen in städtischen Gebäuden.

Der Aufwand für kleinere Unterhaltungsarbeiten und die laufende Reinigung der Hausentwässerungsanlagen in städtischen Gebäuden betrug 4814,64 (1931: 4770,15) *RM*. Die Kosten wurden vom Hochbauamt zurückersetzt.

Betrieb und Unterhaltung der Abwasserreinigungsanlage in Neureut.

Der Reinigungsbetrieb wurde wie bisher als ununterbrochener Schichtenbetrieb durchgeführt. Die Wiesenwässerung, während der die Maschinen stillgelegt und überholt wurden, fiel in die Zeit vom 11. Dezember 1932 bis 14. März 1933. Die Zahl der Betriebsarbeiter betrug wie im Vorjahr 4. Die Leitung des Dienstes besorgt ein beamteter Maschinenmeister, der eine Dienstwohnung auf dem Grundstück der Reinigungsanstalt innehat.

Die Holzkonstruktion und Verschalung der Werkhalle wurde mit Carbolineum gestrichen. Das Gerätelager über dem Arbeiteraufenthaltsraum in der Werkhalle wurde mit Holz verschalt, das aus dem Abbruch von alten Wohnbaracken gewonnen wurde.

Der Betrieb erforderte einen Aufwand von 22306,10 (1931: 25359) *RM*. Aus der Abgabe von Siebrückständen zu Düngezwecken wurden 830,75 (1931: 691,75) *RM* erlöst. Die Nachbarstädte Durlach und Ettlingen, deren Kanalnetze ebenfalls an die Reinigungsanstalt angeschlossen sind, trugen zusammen 5099,70 (1931: 4667) *RM* zu den Betriebskosten bei.

An einmaligen baulichen Ergänzungsarbeiten ist die Fortführung der Regulierung und Befestigung der Vorländer des offenen Klärwerkabflußkanals mit Betonplatten auf eine Längenerstreckung von 300 m zu nennen, die in den vorigen Jahren aus finanziellen Gründen immer wieder hinausgeschoben werden mußte. Diese Arbeiten wurden unter Heranziehung von Wohlfahrtserwerbslosen als Lohnarbeiter von Facharbeitern der Kanalbetriebe, die infolge der jahreszeitlich bedingten geringen Anspannung derselben freigemacht werden konnten, unter eigener Leitung durchgeführt. Der Aufwand hierfür betrug mit den Löhnen der städtischen Betriebsarbeiter und einem Verwaltungskostenzuschlag von 10 v. H. 11500 *RM*; bei 1600 qm sind dies 7,20 *RM* je qm. Die Arbeiten wurden während der Stillegung des Klärwerkes ausgeführt. Aus einmalig vorgesehenen Mitteln des Voranschlags der Abwasserreinigungsanlage wurden hiervon 6050,90 *RM* bestritten.

Bedürfnisanstalten.

Größere Unterhaltungsarbeiten waren an den im Stadtgebiet vorhandenen 11 Bedürfnisanstalten nicht erforderlich. Der Personalstand mit 15 Wartefrauen blieb unverändert.

Die Ausgaben für die Anstalten betrugen 20853,95 (1931: 23808) *RM*, denen 565,06 (1931: 918) *RM* Einnahmen aus der Platzmiete für Wiegeautomaten gegenüberstanden.

Unterhaltung der Bauhöfe.

Der Kanalbetriebsbezirk „Ost" ist zusammen mit anderen Betrieben des Tiefbauamts im Bauhof, Kriegsstraße Nr. 28, der Bezirk „West" in der ehemaligen Dragonerkaserne, Kaiserallee Nr. 12, untergebracht.

Betrieb und Unterhaltung der Bauhöfe erforderten 8044,46 (1931: 9621) *RM*.

Wassermessungen.

Zur laufenden Messung der durch die Kanalisation gesammelten Wassermengen sind in den großen Sammlern, über das ganze Entwässerungsgebiet verteilt, 8 elektrische Fernpegel und 3 Luftdruckpegel mit selbsttätiger Registrierung eingebaut; von den ersteren befinden sich je 2 im Landgraben und im Klärwerk, je einer im Rüppurrer und Rintheimer Sammler, im Neugraben und im östlichen Entlastungskanal; von den Luftdruckpegeln ist einer im westlichen Entlastungskanal, 2 sind im Landgraben aufgestellt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die elektrischen Fernpegel — sogenannte Aegir-Elektro-Wasserstandsfernmeldeanlagen — wurden in den Jahren 1928 und 1929 von der damaligen Firma G. Bloch, Dresden, bezogen und eingebaut. Die Übertragung des Wasserstandes beruht auf dem Prinzip der elektrischen Widerstandsmessung. Die Anzeige- und Registrierapparate sind auf dem Tiefbauamt zentralisiert. Als leitende Verbindungen zwischen Aufnahme- und Empfangsapparaten dienen von der Reichspost gemietete Fernsprechleitungen.

Durch Eingriffe der Post in die Verbindungen infolge Leitungsarbeiten, Verkabelungen, Umlegungen usw. im Fernsprechnetz entstanden während des Berichtsjahres mancherlei Störungen im Pegelbetrieb. Infolge Zerstörungen der Pegelstäbe durch die Angriffe der Abwässer mußten die Pegel Klärwerk I und II und Landgraben Melanchthonstraße, infolge elektrischer Störung der Pegel Rintheimer Sammler in die Fabrik eingeschickt werden, sodaß für das Berichtsjahr keine Messungsergebnisse genannt werden können.

Hausentwässerung.

Der Unterabteilung „Hausentwässerung" des Kanalbetriebs obliegt die baupolizeiliche Behandlung und Überwachung der Grundstücksentwässerungen, gleichgültig, ob sie an das Kanalnetz angeschlossen werden wollen oder nicht. Außerdem wahrt sie die städtischen Belange bei Anschlüssen an das Kanalnetz.

Die Arbeiten der Hausentwässerung werden von den Betriebsleitern der beiden Kanalbetriebsbezirke besorgt. Für den äußeren baupolizeilichen Dienst stehen ihnen hierbei 2 Aufseher im Beamtenverhältnis zur Verfügung.

633 bei der Baupolizei eingereichte Baugesuche wurden daraufhin geprüft, ob mit der Baugenehmigung auch entwässerungstechnische Auflagen zu verbinden wären. 56 Gesuche um Genehmigung von Entwässerungsanschlüssen wurden geprüft und genehmigt. Davon waren 33 Anschlüsse bereits bebauter Grundstücke und 23 Anschlüsse von Neubauten. Bei 130 Baugenehmigungen mußten behelfsmäßige Entwässerungseinrichtungen zugelassen werden, da es sich entweder um Bauten an noch nicht kanalisierten Straßen (9) oder um Siedlungen in unausgebautem landwirtschaftlichem Gelände (121) handelte.

In 5 Fällen wurde der Einbau eines Benzinabscheiders in die Hausentwässerungsleitung verlangt, in 15 Fällen wurde er für die Zukunft vorbehalten. Dabei wurde nach dem Grundsatz verfahren, daß Tankstellen, Autoreparaturwerkstätten, Garagen mit mehr als 2 Boxen dann eine Abscheideranlage bedingen, wenn ein Kanaleinlauf sich in gefährlicher Nähe befindet. Bei kleineren Garagen oder wenn in den obigen Fällen der nächste Kanaleinlauf so liegt, daß das Eindringen von Leichtflüssigkeit in das Kanalnetz nicht zu befürchten ist, wurde der nachträgliche Einbau eines Benzinabscheiders für die Zukunft vorbehalten.

Durch die geschilderten baupolizeilichen Maßnahmen wird das Eindringen von Leichtflüssigkeiten in das Kanalnetz aus den beauflagten Betrieben und damit die Entwicklung explosiver Gase in den Kanälen noch nicht mit Sicherheit verhindert. Soweit überhaupt möglich, wird dies erst dann der Fall sein, wenn auch die einheitliche und sachgemäße Leerung der Abscheider, etwa durch das Tiefbauamt oder einen von diesem Beauftragten, durchgeführt werden wird. Einige Großstädte haben damit bereits den Anfang gemacht. Deren Erfahrungen werden noch abzuwarten sein. Bis zur Einführung eines behördlichen oder behördlich geregelten Benzinabscheiderdienstes auch in Karlsruhe ist die Einschaltung dieser Anlagen in die Hausentwässerungen daher als vorbereitende Maßnahme aufzufassen.

Straßenreinigung.

Die Betriebshöfe des Straßenreinigungsbetriebs befinden sich wie bisher in der Kriegsstraße Nr. 28 und in der ehemaligen Dragonerkaserne.

In der Arbeitsweise trat im Berichtsjahr keine Veränderung ein. Die Arbeiterzahl hat sich von 97 im Vorjahr auf 96 ermäßigt. Mit den dem Betrieb zur Verfügung stehenden 4 Benzinkraftwagen mit einer Ladefähigkeit von je 1,5 Tonnen wurden insgesamt 3900 (1931: 4000) cbm Kehricht abgefahren und hauptsächlich zur Abdeckung von Müll- und Schuttplätzen verwendet.

Wegen des nassen Sommers waren nur 2 Gießautos (1931: 6) im Betrieb, die eine Wassermenge von 2575 (1931: 22000) cbm verbrauchten.

Zur Besorgung des Schnee- und Streudienstes in den Wintermonaten wurde der Straßenreinigungsbetrieb jeweils durch die Arbeiter und Bezirksbeamten der Abteilung „Straßen und Gewässer" verstärkt; die Arbeiter der Straßenreinigung besorgten den Schnee- und Streudienst in der inneren Stadt, während diejenigen der Abteilung „Straßen und Gewässer" die Außenbezirke und Dororte übernahmen. Infolge des schneearmen Winters wurden insgesamt nur 30 cbm Schnee (gegen 1000 cbm im Vorjahr) abgefahren.

Die Arbeiter erhielten im Berichtsjahr Winteranzüge und Mützen, deren Kosten hälftig von der Stadt und hälftig von den Arbeitern getragen wurden.

An Fuhrtagen — die Fahrzeuge wurden vom Fuhrpark gestellt — waren erforderlich: 515,5 (1931: 492) Kehrmaschinentage, 1223 (1931: 1112) Lastkraftwagentage, 219 (1931: 186) Autowaschmaschinentage, 16 (1931: 160) Autogießtage.

Die Straßenreinigung, das Begießen der Straßen und der Schnee- und Streudienst verursachten im Berichtsjahr Kosten in Höhe von 428 636,48 (1931: 458 431,79) *RM*.

Müllabfuhr.

Der Betriebshof der Müllabfuhr befindet sich in der ehemaligen Dragonerkaserne. Die Arbeitsweise und die Arbeiterzahl der Müllabfuhr war die gleiche wie im Vorjahre.

Im Berichtsjahr wurden im ganzen 50 600 (1931: 52 000) cbm Müll abgefahren. Hierfür waren 1833,5 (1931: 1744) Müllwagentage erforderlich. Die Abnahme der Müllmenge gegenüber dem Vorjahre ist auf die Verschlechterung der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung zurückzuführen.

Die bisher geübte Art und Weise der wenig produktiven Müllbeseitigung durch Auffüllung von Sand- und Kiesgruben, bei der die Beseitigung des Mülls die Hauptsache war, die Gewinnung von Kulturland jedoch nur als Nebenwirkung aufgefaßt wurde, wurde im Lauf des Berichtsjahres gänzlich aufgegeben. Dafür wurde zur restlosen Verwertung des Mülls als Auffüllungsmaterial zur Gewinnung von neuem und Verbesserung von zu tief gelegenem Kulturland übergegangen. Der bisherige größte Müllplatz in der Stürmlinger Sandgrube wurde daher am 22. November 1932 geschlossen, ebenso wurde auch die Abfuhr von Müll nach Rintheim und Hagsfeld eingestellt und der gesamte Müllanfall 2 großen Kulturunternehmungen vorbehalten, nämlich der schon im Vorjahre begonnenen Aufhöhung der Knielinger Niederung und der im Berichtsjahr in Angriff genommenen Sanierung des Waidfeldes bei Daxlanden.

Von der im Berichtsjahr angefallenen Müllmenge von 50 600 cbm wurden 12 410 (1931: 25 000) cbm in die Stürmlinger Sandgrube, 20 460 (1931: 13 400) cbm in die Knielinger Niederung, 4725 (1931: 8800) cbm in eine Sandgrube bei Hagsfeld, 2310 (1931: 1250) cbm auf tiefliegendes Gartengelände auf Gemarkung Hagsfeld und 10 695 (1931: —) cbm in das Waidfeld bei Daxlanden abgefahren.

Die Kosten des Müllabfuhrbetriebes betrugen 253 807,99 (1931: 268 979,42) *RM*.

Grubenentleerung.

Die Betriebseinrichtungen der Grubenentleerung sind in der ehemaligen Dragonerkaserne untergestellt.

Bei Beginn des Geschäftsjahres waren in 410 (1931: 436), am Ende noch in 397 (1931: 410) Anwesen entleerungspflichtige Abortgruben vorhanden. Die Abortgruben in landwirtschaftlichen Anwesen sind hierbei außer Betracht gelassen, da sie im allgemeinen von der Entleerungspflicht befreit sind. Für die Grubenentleerung wurden im Berichtsjahr 345 (1931: 594) Pferdearbeitstage benötigt.

Der Erlös aus Fäkalienverkauf betrug 72 *RM* gegen 874 *RM* im Vorjahr. Die Verminderung ist dadurch begründet, daß nach der Auflösung des städtischen Zugtierparks im Anfang des Berichtsjahres der Fäkalienverkauf den Fuhrunternehmern übertragen wurde. Als Ausgleich hierfür wurden die Fuhrlöhne ermäßigt.

Die Ausgaben des Grubenentleerungsbetriebes betrugen im Berichtsjahr 21 527,64 (1931: 30 875,32) *RM*.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Fuhrverwaltung.

Der Zugtierpark wurde mit Stadtratsbeschluß vom 21. April 1932 aufgelöst. Das gesamte lebende und tote Inventar (12 schwere Pferde, Geschirr, Wagenmaterial usw.) wurde am 25. April von den Fuhrunternehmern Johann Mannherz, M. Mantz und Wilhelm Lindenmann zum Preise von 10000 *RM*, der in bar bezahlt wurde, übernommen. Die durch die Auflösung des Zugtierparks freigewordenen Arbeiter wurden bei der Straßenreinigung und Müllabfuhr untergebracht.

Der Fuhrverwaltung liegen nach Auflösung des Zugtierparks noch folgende Aufgaben ob: Betrieb und Unterhaltung des städtischen Kraftwagenparks sowie Befriedigung des Bedarfs der städtischen Ämter an Pferdefuhrwerken und Kraftfahrzeugen durch eigene Gestellung und Vermittlung von Unternehmerfahrzeugen.

An Pferdearbeitstagen wurden im Berichtsjahr 5807 benötigt gegen 7712 im Vorjahre und 8668 im Jahre 1930. Die meisten Pferdearbeitstage wurden im April mit 707, die wenigsten im Oktober mit 336 angefordert.

Von den geleisteten 5807 Arbeitstagen entfielen auf Kanal- und Straßenbau 3872, Müllabfuhr 162, Grubenentleerung 345, Brennstoffzufuhr für städtische Gebäude 282, Sonstiges 1146.

Die Fuhrlöhne für einen schweren Zweispänner mit Wagen und Knecht betrugen vom Beginn des Berichtsjahres bis 30. Juni 1932 20 *RM*, vom 1. Juli 1932 ab 19 *RM* je Tag bei 8,5stündiger Arbeitszeit.

Die Einnahmen der Fuhrwerksvermittlung betrugen 60003,24, die Ausgaben 59952,47 *RM*.

Der Kraftwagenpark bestand am Ende des Berichtsjahres aus 8 Müllwagen, davon einem mit auswechselbarer Pritsche, 2 Sprengwagen mit je 10 cbm Inhalt und je einer Ladepritsche, 2 Sprengwagen mit je 5 cbm und einer Ladepritsche, 1 Maffei-Schnellzugsmaschine mit einem 7,5 Tonnen Lastanhänger und einem 5 cbm Sprenganhänger, 2 zu Sprengwagen umgebauten Grubenentleerungswagen, 3 Kehrmaschinen, 1 Lastwagen mit 5 Tonnen, 3 mit 1,5 Tonnen und 1 mit 2,5 Tonnen Ladegewicht, 1 Asphaltwaschmaschine, 2 Sinkkastenentleerungswagen, 1 Personenwagen, zusammen aus 27 Kraftfahrzeugen und 5 Anhängern.

Die Kraftfahrzeuge waren insgesamt 4649 Tage (1931: 4630) beschäftigt. Davon entfielen auf die Kranwagen 426, auf die Kehrmaschinen 515, auf die Lastwagen 1639, auf die Müllwagen 1834, auf die Sprengwagen 16 und auf die Waschmaschine 219 Tage.

Die Lastwagen waren hauptsächlich mit der Beifuhr von Baustoffen für Straßen-, Kanal- und Wasserleitungsbauten beschäftigt. Aus den Steinbrüchen bei Ettlingen wurden rund 134 Tonnen Pflastersteine, 590 Tonnen Ufersteine und 1320 Tonnen Stücksteine zugeführt.

Für die Schneebeseitigung wurden keine besonderen Gestellungen von Fahrzeugen erforderlich.

Die Anzahl der im Berichtsjahr im ganzen zurückgelegten Fahrzeugkilometer betrug 291734 (1931: 304705). Diese verteilen sich auf die Müllwagen mit 103382, auf die schweren Last- und Sprengwagen mit 38522, auf die Kleinlastwagen mit 111888, auf die Kehrmaschinen mit 26408 und auf die Waschmaschine mit 11534.

Die Sprengwagen wurden nach Bedarf, soweit möglich, als Lastwagen verwendet.

Das Personal der Fuhrverwaltung setzte sich wie im Vorjahr aus 3 Beamten und 30 Arbeitern zusammen.

Die Ausgaben der Fuhrverwaltung betrugen 274262,40 (1931: 276571) *RM*, die Einnahmen 328877,20 (1931: 352721) *RM*. Der Überschuß bezifferte sich auf 54614,80 (1931: 76150) *RM*. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Voranschlag 1932 des Kraftwagenparks keine Erneuerungsrücklage enthielt, die nach dem Inventarwert 46350 *RM* hätte betragen müssen.

f. Vermessungsabteilung.

Staatliches Vermessungswerk und Lagerbuch.

Einmalige Arbeiten.

Die Neumessung des Stadtteils Grünwinkel konnte im Laufe des Berichtsjahres zum Abschluß gebracht werden. Nachdem zu Beginn des Jahres die Planzeichnung endgültig fertiggestellt war,

wurde hieran anschließend die Flächenberechnung der Grundstücke durchgeführt. Sodann wurde das für die Grundbuchberichtigung erforderliche vergleichende Flächenverzeichnis aufgestellt und das Neumessungswerk der Wasser- und Straßenbaudirektion zur Schlußprüfung übergeben. Die Prüfung ergab keine nennenswerte Beanstandungen. Die seit Beendigung der Neumessung eingetretenen Veränderungen wurden alsbald in den Neumessungsplänen, Handrissen und im vergleichenden Flächenverzeichnis nachgetragen. Gemäß den Bestimmungen des Vermessungsgesetzes vom 9. Juni 1932 und dessen Vollzugsverordnung wurden die Neumessungspläne und das Flächenverzeichnis in der Zeit vom 27. Februar 1933 bis 27. März 1933 in den Diensträumen der Vermessungsabteilung zur Einsicht der beteiligten Grundeigentümer offengelegt. In der auf 27. März 1933 zur Geltendmachung von Einwendungen anberaumten Tagfahrt wurden seitens der Grundeigentümer keine Einsprüche gegen das Neumessungsergebnis erhoben. Hieran anschließend wurde das Lagerbuch berichtigt und das vergleichende Flächenverzeichnis dem Grundbuchamt zwecks Berichtigung des Grundbuchs übergeben.

Die Neumessung des Stadtteils Grünwinkel ist damit abgeschlossen und sämtliche durch sie veranlaßten Änderungen, Berichtigungen und Nachträge sind nunmehr endgültig erledigt.

Laufende Fortführungsarbeiten.

Die in 47 Meßbriefen dargestellten Grenzänderungen und Neueinteilungen mit 291 beteiligten Grundstücken sowie Vereinigungen von 9 Grundstücken waren in Handriß und Plänen nachzutragen.

Im Lagerbuch wurden 1253 Rechts- und Eigentumsveränderungen sowie 9 Vereinigungen nachgetragen. Außerdem wurden die Flächenangaben und Kulturbezeichnungen im Lagerbuch bei 338 Grundstücken der ehemaligen Gemarkung Grünwinkel infolge Neumessung berichtigt.

872 Grundstücke wurden von Bau- und Kulturänderungen berührt, welche gemäß den Vorschriften des Vermessungsgesetzes vom 9. Juni 1932 bzw. den früher geltenden Vorschriften durch örtliche Aufnahmen festgestellt und in den Plänen, Handrissen und im Lagerbuch nachgetragen werden mußten.

Nach Fortführung sämtlicher im Berichtsjahre eingetretenen Veränderungen ergab sich am Jahresschluß ein Gemarkungsumfang von 22 766 Grundstücken mit 6505 ha 39 a und 11 qm. Die geringe Änderung des Gemarkungsflächeninhalts gegenüber 1931 ist durch die Neuberechnung der Grundstücke der ehemaligen Gemarkung Grünwinkel zu erklären.

Im Laufe des Jahres konnten 129 neuangelegte Handrisse und 25 Pläne der Wasser- und Straßenbaudirektion zur Prüfung und Vervielfältigung vorgelegt werden, während 33 Handrisse und 37 Pläne teilweise fertiggestellt sind.

Das staatliche Vermessungswerk umfaßte am Schlusse des Jahres insgesamt 412 Katasterpläne, 4 Waldpläne, 442 Ergänzungspläne, 1638 Aufnahmehandrisse. Das Lagerbuch bestand aus 77 Hauptbänden und 7 Ergänzungsbänden.

Die Kosten der Fortführung des staatlichen Vermessungswerkes werden vom Staat getragen; die Einnahmen hierfür betrugen im Wirtschaftsjahr 1932 13 363,93 *RM* gegenüber einem Voranschlag von 11 800 *RM*. Die Kosten der Lagerbuchfortführung fallen der Stadt zur Last. Eine Verrechnung unterbleibt.

Städtische Vermessungswerke.

Das städtische Katasterwerk bestand am Schlusse des Jahres aus 371 Katasterplänen und 1259 Handrissen, die in erster Linie städtischen Bedürfnissen (Straßenkataster, Gehweg- und Kanalkostenpläne, Projektunterlagen u. a. m.) dienen. Die Laufendhaltung dieses Werkes ist immer noch in recht erheblichem Umfange im Rückstande. Wie bereits im vorhergehenden Berichtsjahre mitgeteilt, ist vorläufig eine Aufarbeitung der Rückstände infolge Personalmangels nicht möglich.

Die Stadtpläne 1 : 15 000, 1 : 10 000, 1 : 5000, 1 : 2500 wurden auf den neuesten Stand ergänzt.

Änderungen am städtischen Höhennetz sind 1932 nicht vorgekommen. Die für die Rheinhafenerweiterung notwendig gewordene Verlegung bzw. Neubestimmung verschiedener Höhenfestpunkte wurde bereits 1931 erledigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Baufluchtenpläne, Bauplatzumlegungen, Absteckungen und Planfertigungen für städtische Ämter.

Für die Feststellung der Baufluchten an der Herrenalber Straße wurden von der Vermessungsabteilung die Planunterlagen geliefert und das Angrenzerverzeichnis aufgestellt.

Zur Erschließung von Siedlungsgelände für Privatsiedler wurden 2 Umlegungen im Gewann „Weingärten" und „Oberer See" in Bearbeitung genommen. An den übrigen Umlegungen konnte 1932 nicht weiter gearbeitet werden.

Umfangreiche Vermessungsarbeiten waren erforderlich durch die Verlegung der Alb bei der „Hansa" und für die Anlage der Stadtrandsiedlung. Die am Schlusse des Wirtschaftsjahres 1931 in Angriff genommenen Höhenaufnahmen für die Bearbeitung von Entwässerungsprojekten in der Umgebung des städtischen Gutes „Rüppurr" wurden zum Abschluß gebracht und daran anschließend ein Höhenplan im Maßstab 1 : 2500 gezeichnet. Die Aufnahme der in den letzten Jahren erfolgten Straßenumbauten und Straßenneubauten konnte weiter betrieben werden. An der Gemarkungsgrenze gegen Forchheim war auf einer Strecke von etwa 2,5 km die Wiederherstellung fast sämtlicher Gemarkungsgrenzpunkte notwendig.

Neben zahlreichen kleineren Plänen für Bürgerausschußvorlagen und die sonstigen Zwecke der Stadtverwaltung waren 1 größerer Plan für die Hafenpolizeiordnung und Pläne über die Albuferanlagen von Rüppurr bis zum Rheinhafen herzustellen. Dem Finanzgericht wurde gemäß § 188 der Reichsabgabenordnung ein Plan über die Kaiserstraße mit angrenzenden Grundstücken geliefert. Verschiedene Planfertigungen waren für Siedlungsprojekte und die Ruschgrabenverlegung erforderlich. Wie alljährlich, wurden auch in diesem Berichtsjahre die tabellarischen Übersichten über die Zu- und Abnahme der Erwerbslosen bzw. Fürsorgeempfänger im Gebiet der Stadt Karlsruhe monatlich ergänzt.

Baugesuche, Baulasten, Straßenkostenabrechnung u. a.

Im Berichtsjahre wurden 511 Baugesuche in Bezug auf Einhaltung der Vorschriften des § 126 Landesbauordnung geprüft und mit den durch § 137 städt. Bauordnung vorgesehenen Angaben versehen. Für sämtliche Neubauten wurden, soweit nach § 140 städt. Bauordnung erforderlich, die Baufluchten angegeben und nachgeprüft. Insgesamt wurden 56 Hausentwässerungsgesuche bezgl. der Kanalkosten behandelt und zwar 33 Gesuche für Schwemmanschlüsse bestehender Gebäude und 23 Gesuche für Neubauten. 31 Baulasten wurden neu eingetragen. Aus dem öffentlichen Lastenverzeichnis und Baulastenbuch wurden 94 Auszüge gefertigt.

30 Gebäude wurden neu numeriert; in 119 Fällen wurden der Gebäudeversicherungsstelle und den Bauherrn die Hausnummern von Neubauten mitgeteilt.

Für 4 Straßenstrecken mit 48 Grundstücken wurden die Unterlagen zur Erlassung von Gemeindebeschlüssen für Rückersatz der Straßenkosten gefertigt. 4 Straßenstrecken mit 23 Grundstücken, einer Gesamtbaufrontlänge von 1048 m und einem Baukostenaufwand von 95500 *RM* wurden nach Fertigstellung abgerechnet.

Für 236 Grundstücke wurden die Straßen-, Kanal- und Gehwegkosten (einschl. Plattenbelag) mit einer Summe von 73900 *RM*, für 1828 Grundstücke mit einer Gesamtfrontlänge von 42900 m die Kosten für Unterhaltung der Kiesgehwege mit 23600 *RM* in Einnahme gewiesen.

Im Berichtsjahr wurde ferner ein Verzeichnis der unbebauten Grundstücke an fertigen Straßen aufgestellt — im ganzen etwa 1000 Grundstücke — wegen Beizug zur Straßenreinigung, Schneebeseitigung und Streuen bei Glatteis.

Arbeiten für Private, Auskünfte.

Von Privaten wurden im Wirtschaftsjahr 1932 280 Anträge auf Grundstücksvermessungen, Planfertigungen usw. gestellt, worüber einschließlich der von amtswegen vorgenommenen Gebäudeaufnahmen 496 Forderungszettel mit insgesamt 8738,09 *RM* für die Kosten der vorgenommenen Arbeiten ausgestellt wurden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

194 gebührenpflichtige Auskünfte über das Vermessungswerk und etwa 9—10 000 nicht gebührenpflichtige Auskünfte über Straßen- und Kanalkosten, Straßen- und Kanalbauten, Baufluchtfeststellung u. a. m. wurden erteilt.

Für die Beurkundung von Lageplänen zu Baudarlehensgesuchen, für Abgabe von kleinen Lage- und Stadtplänen wurden insgesamt 766,85 *RM* vereinnahmt.

Liegenschaftsverwaltung.

Der Grundbesitz der Stadt auf Gemarkung Karlsruhe umfaßte Ende 1932 35,51 (1931: 35,53) v. H. der Gemarkungsfläche und zwar Hofreiten mit Gebäuden 72 ha 59 a 07 qm, Hausgärten, Gartenanlagen 89 ha 78 a 82 qm, Bauplätze, Lagerplätze 59 ha 20 a 80 qm, Ackerland 448 ha 57 a 32 qm, Wiesen 230 ha 57 a 41 qm, Wald 644 ha 03 a 97 qm, öffentliche Anlagen, Friedhöfe 84 ha 51 a 90 qm, Sportplätze 51 ha 48 a 13 qm, Oedungen 96 ha 96 a 09 qm, Eisenbahnen 11 ha 79 a 62 qm, Straßen und Wege 406 ha 24 a 39 qm, Wasserflächen 114 ha 27 a 30 qm, zusammen in 2913 (1931: 2789) Grundstücken 2310 ha 04 a 82 qm (1931: 2311 ha 51 a 94 qm).

Auf fremden Gemarkungen hatte die Stadt am Jahresabschluß folgenden Grundbesitz: In Baden-Baden 2 Grundstücke mit 34 a 31 qm, in Durlach 38 Grundstücke mit 6 ha 38 a 38 qm, in Eggenstein 1 Grundstück mit 1 ha 87 a 38 qm, in Ettlingen 24 Grundstücke mit 10 ha 97 a 98 qm, in Forchheim 1 Grundstück mit 1 ha 80 a 68 qm, in Hagsfeld 11 Grundstücke mit 1 ha 22 a 13 qm, in Knielingen 108 Grundstücke mit 32 ha 17 a 92 qm, in Malsch 4 Grundstücke mit 36 a 66 qm, in Mörsch 4 Grundstücke mit 13 ha 56 a 04 qm, in Teutschneureut 2 Grundstücke mit 2 ha 87 a 46 qm, in Welschneureut 8 Grundstücke mit 3 ha 06 a 77 qm, in Istein 63 Grundstücke mit 13 ha 96 a 61 qm, in Huttingen 2 Grundstücke mit 14 ha 00 a 90 qm, zusammen 268 (1931: 267) Grundstücke mit 102 ha 63 a 22 qm (1931: 102 ha 61 a 09 qm).

Insgesamt umfaßte der städt. Grundbesitz 3181 (1931: 3056) Grundstücke mit zusammen 2412 ha 68 a 04 qm (1931: 2414 ha 13 a 03 qm).

Außerdem hat die Stadt vom Domänenärar für die Errichtung der Lohfeldsiedlung 78 Grundstücke mit 1 ha 64 a 93 qm in Erbbaurecht gepachtet.

Die Verwaltung des städtischen Grundbesitzes mit Ausnahme der Waldungen, Gebäude, des Industriegeländes und der Kleingärten obliegt der Vermessungsabteilung, die auch das Liegenschaftsinventar (Stadtlagerbuch) führt.

Grundstücksverkehr.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden von der Stadt auf Gemarkung Karlsruhe 34 (1931: 11) Grundstücke mit 1 ha 68 a 69 qm (1931: 5 ha 48 a 56 qm) zum Preise von 5793 (1931: 1 149 764) *RM* erworben. Verkauft wurden 5 (1931: 19) Grundstücke mit 1923 qm (1931: 1 ha 56 a 01 qm) zum Preise von 17 139 (1931: 160 889) *RM*. Im Tauschwege wurden 6 (1931: 2) Grundstücke mit 1345 (1931: 6380) qm veräußert und 6 (1931: 5) Grundstücke mit 2399 (1931: 3733) qm erworben. Der Grundstückstausch erfolgte jeweils Zug um Zug ohne Aufgeld. Die Neuerwerbungen waren im wesentlichen durch Bauarbeiten, insbesondere der Stichkanalverbreiterung im Rheinhafen bedingt. In einem Falle war der Ankauf von 6 Grundstücken zur Abgeltung einer Fürsorgeverpflichtung notwendig.

Auf Gemarkung Istein wurden 3 Grundstücke mit zusammen 165 qm unentgeltlich an die Gemeinde Istein zum Ausbau eines Weges abgegeben; 1 günstig angebotenes Rebgrundstück mit 270 qm, das dem städt. Grundbesitz in Istein zum Vorteil gereicht, wurde zum Preise von 15 *RM* erworben.

Auf Gemarkung Knielingen wurde ein Grundstückstausch vollzogen, bei dem 1 Grundstück mit 600 qm abgegeben und 1 Grundstück mit 708 qm erworben wurde.

Die Vorverhandlungen über Grundstückserwerbungen und Veräußerungen werden in der Regel von der Vermessungsabteilung geführt, die auch die Kaufvertragsentwürfe vorlegt.

Landwirtschaftliche Nutzung.

Zur landwirtschaftlichen Nutzung standen zur Verfügung: In Karlsruhe und Umgebung 883 ha 92 a 13 qm, das Rebgut Istein mit 27 ha 97 a 51 qm, zusammen 911 ha 89 a 64 qm. Während

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

das Rebgut Istein in eigener Regie betrieben wird, waren an größere Gutsverwaltungen verpachtet: An die Keidel'sche Gutsverwaltung Rüppurr 70 ha 01 a 84 qm, an die Geflügelzucht Rüppurr 16 ha 93 a 81 qm, an die Gutsverwaltung Schöneck 5 ha 91 a 06 qm, an die Bad. Landwirtschaftskammer 62 ha 49 a 58 qm, an den Bauernverein Daxlanden 26 ha 04 a 10 qm, zusammen 180 ha 86 a 39 qm. Die Pachteinnahmen aus diesen Gütern betrugen 15 187 *RM*.

Dem städtischen Gartenamt waren zur Selbstbewirtschaftung 1,58 ha gegen 190 *RM* Pacht, zur Weiterverpachtung als Kleingärten 49,60 ha mit einer Pachteinnahme von 5531 *RM* überlassen. Als Spiel- und Sportplätze fanden 52,1465 ha stadteigenes Gelände Verwendung, während weitere 10,80 ha domänenärarisches Gelände durch die Stadt im Hardtwald gepachtet und an die Sportvereine weitervergeben wurden.

In 4060 (1931: 3167) Einzellosen waren 361,75 (1931: 536,57) ha verpachtet mit einem Ertrag von 33 930 (1931: 31 134) *RM*. Als Allmend waren 302 (1931: 302) Lose mit 15,0447 (1931: 15,0447) ha abgegeben. Als Wiesengelände standen 156,07 (1931: 229,7269) ha mit einem Ertrag von 5475 (1931: 7149) *RM* zur Verfügung. In der Sommerschafweide waren 33,70 (1931: 138,64) ha, in der Winterschafweide 91,63 (1931: 177,20) ha verpachtet mit einem Erlös von 857 (1931: 4499) *RM*.

Die stadteigenen Wässerungswiesen bei Klein-Rüppurr sind, wie alljährlich, zweimal — im März und Juli — gewässert worden. Die Zu- und Ableitungsgräben verschiedener Wässerungssysteme wurden durch die Feldhut im Laufe des Frühjahrs gründlich gereinigt. Ein Teil der Wiesen wurde mit der Wiesenegge aufgeeggt und mit Kunstdünger gedüngt.

Obstbau.

Im Berichtsjahre hatte die Stadt einen Obstbaumbestand von 6154 (1931: 6070) Stück. 996 Bäume standen auf Pachtgrundstücken, nicht tragfähig waren 1050 Bäume. Das Erträgnis von 4108 (1931: 4138) Obstbäumen wurde versteigert, wofür 1184 (1931: 1754) *RM*. eingenommen wurden.

84 Obstbäume wurden nachgepflanzt, 6 Obstbäume veredelt und 504 Obstbäume geschnitten.

Für Entfernung von Raupennestern an stadteigenen Bäumen und für Nachschau von Raupennestern, Anlegen von Klebgürteln, Aufschlagen von Baumscheiben und Düngung wurden 810 *RM* Löhne ausgegeben. Zum Anlegen der Klebgürtel wurden 3500 m Klebgürtelpapier verwendet.

Vogelschutz.

Dem Vogelschutz wurde wie in den vergangenen Jahren gebührende Aufmerksamkeit zuteil. In 16 Futterstellen wurden 135 Pfund Vogelfutter ausgestreut. Meisenringe wurden wie früher gleichfalls aufgehängt. Meisennisthöhlen wurden an Private abgegeben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

V. Betriebe, Unternehmungen, Anstalten.

1. Gaswerk.

Allgemeines.

Die andauernde Ungunst in den wirtschaftlichen Verhältnissen bewirkte bei den städtischen Versorgungsbetrieben einen weiteren Absatzrückgang. Um trotzdem in entsprechendem Maße zur Deckung des wachsenden städtischen Finanzbedarfs beizutragen, mußten die finanziellen Ergebnisse nicht nur auf der früheren Höhe erhalten, sondern nach Möglichkeit noch verbessert werden.

Den infolge Verminderung der Abgabe zurückgehenden Einnahmen wurde durch Tariferhöhungen und eine weitere starke Drosselung der Ausgaben entgegengetreten. Neubauten in den Werken konnten infolgedessen nicht ausgeführt werden. In den Verteilungsnetzen für Gas, Wasser und Strom wurden nur die Anschlüsse für neuhinzugekommene Abnehmer erstellt, die Unterhaltungsarbeiten an den Werken wurden nach Möglichkeit aufgeschoben.

Im ganzen waren am 31. März 1933 237 Beamte und Angestellte und 425 Arbeiter, zusammen 662 (31. März 1932: 659) Arbeitskräfte beschäftigt. Auf den Gaswerksbetrieb entfielen 21 technische Beamte, 5 Verwaltungsbeamte und 134 Arbeiter, auf die Abteilung Gas- und Wasser-Rohrnetz und öffentliche Gasbeleuchtung 13 technische Beamte und Angestellte, 1 Verwaltungsbeamter und 84 Arbeiter, auf die Abteilung Gas- und Wasser-Hausinstallationen und Gasberatungsstelle 11 technische Beamte und Angestellte, 1 Verwaltungsbeamter und 34 Arbeiter, auf den Wasserwerksbetrieb 6 technische Beamte und 14 Arbeiter, auf den Elektrizitätswerksbetrieb 13 technische Beamte und Angestellte, 1 Verwaltungsbeamter und 40 Arbeiter, auf die Kabelnetzabteilung einschließlich öffentlicher elektrischer Beleuchtung 14 technische Beamte und Angestellte und 42 Arbeiter, auf die Installationsabteilung für Elektrizität 20 technische Beamte und Angestellte und 42 Arbeiter, auf die beiden letzteren Abteilungen noch zusammen 3 Verwaltungsbeamte und Angestellte, auf die Verwaltung der drei Werke 128 Beamte und Angestellte (darunter 9 Aushilfen, deren Tätigkeit auf einige Monate beschränkt ist) und 43 Arbeiter.

Ferner waren bei der dem Amt angegliederten maschinentechnischen Abteilung 3 technische Beamte und bei der ebenfalls angegliederten Schwachstromabteilung 7 technische Beamte, 1 Verwaltungsbeamter und 8 Arbeiter beschäftigt.

Im Berichtsjahr nahm die Gesamtgasabgabe nur um 0,1 v. H. gegen 2,01 v. H. im Jahr 1931 ab. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß der Eigenverbrauch durch Umbau eines Dampfkessels von Koksfeuerung auf Gasfeuerung von 1,58 v. H. auf 4,91 v. H. der Gesamterzeugung stieg. Die Fremdgasabgabe nahm um rund 3 v. H. ab. Die Zahl der Abnehmer verlief weiter zunehmend.

Im Werk wurden Neubauten nicht ausgeführt. Das Gasverteilungsnetz erfuhr nur unbedeutende Erweiterungen.

Betriebsergebnisse.

Technisches.

Erzeugungsanlagen.

Für die Gaserzeugung standen 17 Öfen mit zusammen 79 Kammern und einer Tagesleistung von 150 000 cbm zur Verfügung. Davon waren 28 Kammern während 2 Monaten, 32 Kammern während 8 Monaten und 37 Kammern während 2 Monaten in Betrieb. Die normale Ausstehzeit betrug 24 Stunden.

Ein Dampfkessel wurde von Koksfeuerung auf Gasfeuerung umgebaut. Er ist seit Oktober 1932 dauernd im Betrieb. Die Gasfeuerung hat sich sehr gut bewährt. Es ist beabsichtigt, noch weitere Dampfkessel auf Gasfeuerung umzubauen.

Um die Gasabsaugeregelung von der Ofenanlage zu verbessern, wurde am 26. Februar 1933 ein von der Firma Sennlaub & Lampmann, Witten a. Ruhr, gelieferter Gasabsaugregler in Betrieb genommen. Vom ersten Tage an arbeitete der Regler zur vollsten Zufriedenheit.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die bereits im Jahre 1931 vorgesehene Aufstellung eines weiteren Gaskühlers und eines Gassaugers mußte nochmals wegen Geldmangels zurückgestellt werden, obwohl die Betriebssicherheit durch die Nichtaufstellung dieser Apparate stark gefährdet war.

Am Fassungsvermögen der Vorratsbehälter hat sich im Berichtsjahr nichts geändert. Drei Gasbehälter im Gaswerk-Ost können zusammen 87 000 cbm und die beiden Ausgleichsbehälter in der Verteilungsstelle West 5 600 cbm Gas aufnehmen.

Zur Koksaufbereitung diente auch im Berichtsjahre noch die im Jahre 1917 erstellte Anlage mit einer Stundenleistung von 25 t.

Gaserzeugung, Gasabgabe und Nebenprodukte.

Erzeugt wurden im Wirtschaftsjahr 1932 24 623 800 (1931: 24 676 000) cbm Gas. Die Gasabgabe betrug 24 622 800 (1931: 24 646 800) cbm; sie verteilte sich wie folgt:

Privatkleinverbraucher	15 537 045	= 63,10 v. H.
Großabnehmer	995 592	= 4,04 v. H.
Reichs- und Staatsbehörden	302 463	= 1,24 v. H.
städtische Gebäude und Betriebe	709 901	= 2,88 v. H.
öffentliche Beleuchtung	3 000 000	= 12,18 v. H.
Gemeinde Hagsfeld	60 435	= 0,25 v. H.
Stadtgemeinde Ettlingen	1 123 941	= 4,56 v. H.
Eigenverbrauch des Gaswerks	1 208 590	= 4,91 v. H.
Verlust	1 684 833	= 6,84 v. H.
	24 622 800	= 100,00 v. H.

Die Gesamtgasabgabe ging im Berichtsjahr um 0,10 v. H. zurück. Der Verlust verminderte sich um 3,77 v. H. Die Zunahme des Eigenverbrauchs von 1,58 v. H. im Jahre 1931 auf 4,91 v. H. der Gesamtabgabe ist, wie bereits erwähnt, auf den Umbau eines Dampfkessels von Koksfeuerung auf Gasfeuerung zurückzuführen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel (ohne Ettlingen und Hagsfeld) eine Gasabgabe von 149, 3 cbm gegen 148,9 cbm im Vorjahr.

Ein Rückgang der Gasabgabe läßt sich bei allen Verbrauchergruppen feststellen. Er betrug bei den Kleinabnehmern 3,61 v. H., den Großabnehmern 6,77 v. H., den Reichs- und Staatsbehörden 1,83 v. H., den städtischen Gebäuden und Betrieben 2,82 v. H. Die Gasbelieferung an Ettlingen ging um 7,87 v. H. und diejenige an Hagsfeld um 2,73 v. H. zurück. Die Gasabgabe für die öffentliche Beleuchtung war gegenüber dem Vorjahr ungefähr die gleiche.

Von den einzelnen Monaten des Jahres war die Gasabgabe am höchsten im Dezember 1932 mit 2 340 600 cbm, am geringsten im August 1932 mit 1 883 600 cbm. Die durchschnittliche Tagesabgabe betrug 67 400 cbm gegen 67 500 cbm im Vorjahr. Die größte Tagesabgabe fiel auf den 23. Dezember 1932 mit 88 800 cbm; sie war die bisher höchste Tagesabgabe überhaupt. Die geringste Tagesabgabe des Berichtsjahres mit 52 100 cbm am 16. Mai 1932 lag höher als die des Vorjahres.

Entgast wurden 65 180 t Steinkohlen gegen 62 996 t Steinkohlen im Wirtschaftsjahr 1931. Die Ausbeute betrug 378 cbm je t entgaster Steinkohlen gegen 391 cbm im Vorjahr.

Die Gesamtsumme der Kammertage betrug 11 663 (1931: 10 694), die Gesamtsumme der Kammerladungen 10 912 (1931: 10 196). Je Kammer und Tag wurden durchschnittlich 2 110 (1931: 2 310) cbm Gas erzeugt. Die durchschnittliche Kohlenladung für eine Kammer betrug 5 960 (1931: 6 200) kg, die durchschnittlich mit einer Ladung erzeugte Gasmenge 2 250 (1931: 2 440) cbm.

An Nebenprodukten wurden 52 149 (1931: 48 049) t Koks, 2 461 (1931: 2 877) t Teer, 462 (1931: 440) t Sulfat und 186 884 (1931: 143 934) Liter Benzol gewonnen.

Zum Verkauf gelangten: 40 378 (1931: 38 830) t Koks, 2 450 (1931: 2 840) t Teer, 447 (1931: 455) t Sulfat und 182 124 (1931: 141 054) Liter Benzol.

Die Nebenprodukten-Erzeugung erfuhr eine Steigerung bei der Koks-, Sulfat- und Benzolgewinnung, dagegen hat sich die Erzeugung von Teer vermindert. Der Koksabsatz ist als sehr gut zu bezeichnen. Es konnte die ganze Produktion, abzüglich des Eigenverbrauchs, abgesetzt werden. Auch die übrigen Nebenprodukte, Teer, Sulfat und Benzol konnten bis auf geringe Mengen verkauft werden. Der Eigenverbrauch an Koks betrug 10 603 (1931: 10 183) t zur Ofenunterfeuerung, 1 369 (1931: 1 980) t zur Dampfkesselfeuerung, zusammen ein Eigenverbrauch von 11 972

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(1931: 12 163) t Koks, der 23,00 v. H. der gesamten Kokserzeugung ausmachte. Zur Dampfkesselfeuerung wurden ferner 242 t Kohlen verbraucht.

Aus 100 kg Kohlen wurden 37,8 (1931: 39,1) cbm Gas, 75,2 (1931: 69,9) kg trockener Koks, 3,77 (1931: 4,58) kg Teer, 0,71 (1931: 0,70) kg Sulfat und 0,287 (1931: 0,229) Liter Benzol gewonnen. Durch Vergasung von mehr Koksfeinkohle fiel die Gas- und Teerausbeute.

Durch eine vorteilhafte Mischung von Ruhr-, Saar- und Eschweiler Kohlen gelang es, neben gleichmäßig gutem Gas einen dem Zechenkoks ebenbürtigen Koks zu erzielen; durch die im Jahre 1929 eingerichtete Benzolreinigungsanlage wird die Gewinnung eines Benzols erreicht, das dem Hüttenbenzol vollkommen gleichkommt.

Das Gas hat bei 0 Grad Celsius, 760 mm WS., 4600 WE.; das spezifische Gewicht des Gases betrug 0,510, der Gehalt an Sauerstoff 0,5.

Der Koks, mittleres Korn, setzte sich aus 87,9 v. H. Reinkoks, 5,2 v. H. Gesamtwasser, 6,9 v. H. Asche zusammen. Seine mittlere Verbrennungswärme betrug 6990 WE.

Schwefelsaures Ammoniak hatte einen Ammoniakgehalt von 25,05 v. H., einen Stickstoffgehalt von 20,6 v. H., einen Wassergehalt von 2,3 v. H. und einen Gehalt an freier Säure von 0,11 v. H.

Der Wassergehalt des Teeres betrug 3,9 v. H.

(Motoren-)Benzol hatte ein spezifisches Gewicht von 0,864 bei 20 Grad Celsius, die Kennziffer war 99, die Fraktionierungsziffer 24.

Gasverteilungsnetz.

Die Neubautätigkeit im Verteilungsbetrieb war, wie schon eingangs erwähnt, im Berichtsjahr schwach. Die Länge des Rohrnetzes nahm nur um 0,29 v. H. zu, während im Vorjahr die Zunahme noch 0,40 v. H. ausgemacht hatte. Das Rohrnetz hatte am 31. März 1933 eine Länge von 207 027 m mit einem Inhalt von 5 136,377 cbm. Am 31. März 1932 betrug die Länge 206 425 m mit 5 129,099 cbm Inhalt. Niederdruckleitungen waren am 31. März 1933 175 560 m, Hochdruckleitungen 31467 m vorhanden. Davon waren 156 686 m Gußrohrleitungen, 50 341 m Stahlrohrleitungen.

Die Zahl der Gaszuführungen betrug am 31. März 1933 8 893 (31. März 1932: 8 851). Von den insgesamt 42 neuen Zuführungen wurden 8 im engeren Stadtgebiet, 16 in den Vorstadtteilen, 14 in den Siedlungen, 4 in der Gemeinde Hagsfeld ausgeführt.

Straßenlaternen wurden 23 aufgestellt; die Flammenzahl wurde, auch bei einem Teil der schon vorhandenen Laternen, um 446 erhöht. Am 31. März 1933 waren 3250 (31. März 1932: 3227) Gaslaternen für die Straßenbeleuchtung mit 7279 (31. März 1932: 6833) Flammen vorhanden. Fernzündung hatten 3109, Zünd- und Löschuhren 141 Laternen.

Zur Verminderung des Gasdrucks auf den Gebrauchsdruck dienten im Berichtsjahr insgesamt 17 Netz-Druckregler; die Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

Hausdruckregler waren am Ende des Berichtsjahres 761 Stück vorhanden, von denen der größte Teil in den Siedlungen und Straßen verwendet ist, in denen eine Hochdruckleitung liegt (z. B. Albsiedlung, Dammerstock und südliche Ettlinger Straße). Der Gasdruck im Niederdrucknetz betrug etwa 60 mm, in den Hochdruck- und Fernleitungen 320 bis 2000 mm WS.

Rohrschäden waren im Berichtsjahr 2, und zwar an den Hauptrohrleitungen, zu verzeichnen. Gasstörungen bei den Abnehmern (Störungen am Gasmesser, Wasser in der Leitung, in der Zuführung, gelockerter Hahn u. ä. m.) waren 6470 aufgetreten gegenüber 9189 im Jahre 1931. Anläßlich Wohnungswechsel mußten in 3511 Fällen Gasmesser geschlossen bezw. geöffnet werden.

Die Zahl der installierten Gasmesser hat im Berichtsjahr um 401 Stück = 0,94 v. H. auf 42 505 Stück zugenommen. Davon waren 15 475 Stück gewöhnliche Gasmesser, 4021 Stück gewöhnliche Münzgasmesser, 22 165 Stück Hochleistungsmesser und 844 Stück Hochleistungsmünzgasmesser. Von den gewöhnlichen Gasmessern sind noch etwa 8000 Stück nasse Messer vorhanden. Diese werden nach und nach durch trockene Hochleistungsmesser ersetzt, sodaß in wenigen Jahren die nassen Messer restlos aus dem Betrieb ausgeschieden sein werden.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden 1264 Gasmesser repariert, 2649 geprüft und 1569 als unbrauchbar ausgeschieden (verschrottet). Infolge Unbrauchbarkeit oder Steigerung des Anschluß-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wertes mußten im Berichtsjahr 3283 Gasmesser ausgewechselt werden. 112 Gasmesserverbindungen wurden neu hergestellt und 197 Gasmesserverbindungen abgeändert (verstärkt).

Gemäß den Richtlinien für die Herstellung und Änderung von Gas- und Wasserleitungen sind die Privatinstallateure zur Anmeldung jeder beabsichtigten Leitungsveränderung oder -neuverlegung verpflichtet. So wurden im Berichtsjahr rund 1800 Genehmigungen zur Ausführung von Gasleitungen erteilt. 630 neuverlegte Gasleitungen wurden auf Dichtheit geprüft. An neuen Geräteanschlüssen wurden weiterhin geprüft: 944 Gasherde, 539 Warmwasserapparate, 99 Gasheizöfen, 8 Gaswaschmaschinen, 1 gasbeheizte Kaffeeröstanlage und 2 gasbeheizte Großküchenanlagen

Wirtschaftliches.

Für den Verkauf des Gases dienten auch im Berichtsjahr der allgemeine oder Zonentarif mit Sonderbestimmungen für Heizgas, der Grundgebührentarif und der Münzgastarif. Für Großabnehmer mit über 6000 cbm Jahresbezug wurde der Gaspreis besonders vereinbart.

Durch Entschließung des Oberbürgermeisters vom 14. Juli 1932 anläßlich der Feststellung des Haushaltsplans auf Grund der badischen Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 wurden vom 6. Einzug 1932 an der allgemeine Gaspreis von 17 auf 18 Rpf je cbm, der Preis für die jährlich ersten 300 cbm Gas beim Bezug durch Münzgasmesser von 19,85 auf 21 Rpf je cbm und der Heizgaspreis von 9 auf 10 Rpf je cbm erhöht; außerdem wurden die Grundgebühren entsprechend heraufgesetzt.

Die Gaspreise erreichten hierdurch wieder den Stand wie vor der Ermäßigung ab 1. Einzug 1932.

Der Grundgebührentarif hat seit seiner Einführung stetig wachsendes Interesse gefunden. Im Berichtsjahr wünschten weitere 258 Abnehmer die Berechnung nach diesem Tarif, die Zahl der Abnehmer nach dem Grundgebührentarif ist damit auf 6685 angewachsen. Es ist also erreicht worden, die Vorteile des Gases als Energieträger möglichst vielen Abnehmern in reichem Maße und zu niederem Preise zugute kommen zu lassen. Es liegt im Wesen des Grundgebührentarifs, daß mit steigendem Verbrauch der Durchschnittserlös je Kubikmeter sinkt. Die finanziellen Erfolge des Grundgebührentarifs liegen zum größten Teil auf der Seite des Abnehmers.

Besondere Beachtung muß man dem wichtigsten Nebenerzeugnis, dem Koks, schenken. Es wurde die gleiche gute Koksqualität erreicht wie im Vorjahr. Durch das zielbewußte Vorgehen der Koksverkaufsstelle, insbesondere durch Belehrung und Aufklärung der Koksabnehmer, gelang es, den Kundenkreis weiter zu vergrößern und Koks wieder in reichem Maße am Ort abzusetzen, trotzdem sich die Konkurrenz des Zechenkokses und das Eindringen der Briketts wie im Vorjahre stark fühlbar machte.

Der zwischen der Stadt Karlsruhe und der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke — Gaskokssyndikat —, AG., in Frankfurt a. M. für den Koksabsatz abgeschlossene Ortsvertrag lief im Berichtsjahr ab. Da sich der Vertrag gut bewährt hat, und die mit Abschluß desselben erwarteten Vorteile eingetreten sind, wurde er erneuert.

Das Karlsruher Gaswerk konnte die ganze verfügbare Jahresproduktion an Koks zum Verkauf bringen, wobei sich jedoch die Konkurrenz unter den einzelnen Kohlensyndikaten auf die Preisgestaltung sehr ungünstig auswirkte. Die meistgefragte Koksorte war die Sorte II, 40—60 mm, der Zentralheizungskoks für mittlere und kleinere Heizungen mit 38,08 v. H. Anteil am Gesamtverkauf; es folgte die Sorte I, 60/90 mm, (für große Heizungen) mit 27,53 v. H., dann der Hausbrandkoks, Sorte III, 20/40 mm, mit 19,58 v. H., schließlich Sorte IV, 10/20 mm, mit 5,58 v. H., die in steigendem Maße auch zu Hausbrandzwecken verwendet wird. Grus war mit 7,84 v. H. und Mischkoks mit 1,39 v. H. am Verkauf beteiligt.

Die Erzeugung von Teer, Sulfat und Benzol konnte bis auf geringe Mengen verkauft werden.

Der Teerpreis erfuhr im Berichtsjahr erstmals wieder eine Steigerung. Während 1928 die Tonne noch 65,50 RM durchschnittlich erbrachte, war der Preis 1930 auf 40,15 RM und 1931 auf 37,19 RM gesunken, um im Berichtsjahr auf 38,74 RM wieder anzusteigen.

Auf dem Stickstoffmarkt waren die Verhältnisse unverändert ungünstig. Die Verkaufspreise erfuhren gegenüber dem Jahre 1931 einen weiteren Rückgang.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wie auf den übrigen Märkten war natürlich auch auf dem Betriebsstoffmarkt die Wirkung der Krise zu verspüren und demzufolge ein scharfer Konkurrenzkampf festzustellen. Die Benzolpreise waren die gleichen wie im Vorjahre.

Daß die Gasabgabe trotz der schlechten Wirtschaftslage nur in geringem Umfange abnahm, ist nicht zuletzt auf die rege Werbetätigkeit zurückzuführen. In der Hauptsache wurde für den Haushaltsgasabsatz durch Anzeigen und Aufsätze in der Presse, durch Plakataushang und Vorführung von Lichtbildern in Lichtspieltheatern, insbesondere für Gas-Warmwasserbereiter, Gas-Heizung und Gas-Waschkessel sowie durch Einzelberatungen geworben.

Wie in den Vorjahren wurden auch im Berichtsjahr Hausfrauen-Vorträge mit praktischen Vorführungen über „Sterilisieren in Gasbackofen" sowie Kurse über Weihnachtsbäckerei durchgeführt. Die Kurse und Vorträge erfreuten sich großer Beliebtheit seitens der Hausfrauen, was durch sehr guten Besuch zum Ausdruck kam.

Die Finanzierung der Ratenkäufe von Gasverbrauchsgegenständen, das sogenannte Teilzahlungsgeschäft, das sich als eine große Stütze der Werbung erwiesen hatte, jedoch infolge der Geldkrise im Juli 1931 eingestellt wurde, mußte auch im Wirtschaftsjahr 1932 unterbleiben.

Das Gaswerk hatte im Wirtschaftsjahr 1932 Gesamteinnahmen von 4 421 136 (1931: 4 488 822) *RM*. Hiervon wurden 2 667 905 *RM* aus der allgemeinen Gasabgabe, 71 036 *RM* aus der Gasabgabe an städtische Stellen, 210 000 *RM* aus der Straßenbeleuchtung, 62 289 *RM* aus der Gasfernversorgung erzielt. Der Erlös aus Nebenprodukten erbrachte 987 016 *RM*, die sonstigen Einnahmen 422 890 *RM*. Die Einnahmen sind infolge der geringeren Gasabgabe sowie infolge des weiteren Fallens der Preise für die Nebenprodukte um 1,51 v. H. gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Trotzdem konnte ein gesteigerter Betriebsüberschuß erzielt werden, da die Ausgaben für Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung nach Abzug der Abführungen an die Stadthauptkasse mit 2 830 522 *RM* gegenüber dem Vorjahre mit 3 008 429 *RM* um 177 907 *RM* = 5,91 v. H. zurückblieben. Der Brutto-Überschuß betrug 1 590 615 (1931: 1 480 393) *RM*. Dieser wurde verwendet: Für Schuldendienst (Verzinsung und Tilgung) 269 640 (1931: 277 610) *RM*, Rücklagen in den Erneuerungsfonds 368 730 (1931: 462 016) *RM*, Abführungen an die Stadt in Form von Werkmiete 328 070 (1931: 435 100) *RM*, Straßenbenützungsabgabe 100 000 (1931: 100 000) *RM*, als Anteil an dem Aufwand der Hauptverwaltung 41 000 (1931: 51 000) *RM*, als Anteil an dem Aufwand für Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung 103 250 (1931: 100 600) *RM*, als Netto-Einnahmeüberschuß 281 682 (1931: Zuschuß 1 035) *RM*, insgesamt 854 002 (1931: 685 665) *RM*, zu Werkserneuerungen aus Wirtschaftsmitteln 98 243 (1931: 55 102) *RM*. Unter dem Netto-Einnahmeüberschuß sind 186 970 *RM* Ersparnisse aus den Gehalts- und Lohnkürzungen, die gesondert an die Stadthauptkasse abgeführt wurden, enthalten. Außerdem wurde Gas für öffentliche Zwecke (Straßenbeleuchtung u. a.) zu einem verbilligten Preise abgegeben.

Anlehensmittel wurden im Wirtschaftsjahr 1932 in Höhe von 7 009,57 (1931: 29 125,65) *RM* verwendet. Dem Erneuerungsfonds wurden für laufende Erneuerungen 54 000 (1931: 88 824,58) *RM* entnommen.

Maschinentechnische Abteilung.

Nach Zuruhesetzung eines Beamten und Versetzung von 2 technischen Beamten nach dem städtischen Hafenamt und dem Schlacht- und Viehhofamt war der Personalstand der Abteilung gegen Mitte des Berichtsjahres noch 3 Beamte und 1 Volontär.

Der Aufgabenkreis, welcher dieser Abteilung noch verblieben ist, umfaßt allgemein folgende gemeindliche Arbeitsgebiete und technische Einrichtungen:

Projektierung, Neubeschaffung, Ausführung und Unterhaltung von maschinellen Anlagen, Heizungs- und Lüftungsanlagen, Kühlanlagen, Kranen, Verladebrücken, Transportanlagen, Personen- und Lastenaufzügen, Brückenwaagen, Warmwasserbereitungen, Dampfkochküchen, Entnebelungs- und Trockenanlagen, Desinfektionseinrichtungen, Hochdruckdampfkesselzentralen, mechanische Feuerungen, Wasserreiniger, Sterilisatoren usw.

Ferner obliegt den Beamten der maschinentechnischen Abteilung die vom Bezirksamt vorgeschriebene alljährliche Prüfung sämtlicher stadteigener Personen- und Lastenaufzüge, sämtlicher Brücken- und Waggonwaagen sowie die Prüfung der Turngeräte in sämtlichen städtischen Volks- und Mittelschulen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schließlich zählen in den Arbeitsbereich noch die Ausarbeitung von heiz- und feuerungstechnischen Gutachten für die Baupolizei sowie die Aufstellung und Nachprüfung von statischen Berechnungen auf dem Gebiete des Eisenkonstruktionsbaues und des Hochbauwesens.

Im Berichtsjahr kamen folgende Arbeiten zur Erledigung:

Im städtischen Krankenhaus wurden größere Instandsetzungsarbeiten an der Einmauerung von 2 Dampfkesseln vorgenommen. Die Heizung der Schwesternzimmer wurde an die Mitteldruckheizung angeschlossen. 10 Zimmer für Schwerkranke wurden mit einer Dampfwarmwasserheizung eigener Konstruktion mittels Wärmetransformatoren ausgestattet.

Für den Neubau des Operationshauses wurden die Heizungs-, Lüftungs- und Kühlanlage berechnet und projektiert und die erforderlichen Ausführungszeichnungen angefertigt. Zwecks Vornahme von Operationen im septischen Operationssaal während des Neubaues mußten verschiedene Apparate neu aufgestellt werden.

Verschiedene Wäscherei- und Kochküchenmaschinen mußten instandgesetzt werden.

Für den städtischen Rheinhafen waren einige statische Berechnungen für die obere Kranfahrbahn sowie für die Decke einer Werfthalle aufzustellen. Für die geplante Verlängerung der Kaimauer am Mittelbecken wurden Einrichtungen zum Festmachen der Schiffe ausgearbeitet.

An die Baupolizei wurden verschiedene Gutachten über Heizungs- und Rußbeläftigungsfragen abgegeben. Die Dampfluftheizung der Festhalle erfuhr durch Einbau von Isolierwänden in der westlichen Heizkammer eine weitere Verbesserung. An 2 Dampfkesseln des städtischen Vierordtbades wurden nach Einbau von 2 neuen Unterschubfeuerungen Leistungs- und Verdampfungsversuche durchgeführt. Auf Grund der sehr günstigen Versuchsergebnisse wurde Antrag auf Einbau von Unterschubfeuerungen in 2 Flammrohrkessel des städtischen Schlacht- und Viehhofes beim Stadtrat gestellt.

Beim Verkauf der städtischen Milchzentrale waren die Bestandsaufnahmen der technischen Einrichtungen und deren Übergabe an den neuen Besitzer unter Mitwirkung der maschinentechnischen Abteilung vorzunehmen. Die Übergabe des Inventars vom ehemaligen Maschinenbauamt an verschiedene städtische Stellen wurde zu Ende geführt.

Für die Musterhäuser der Stadtrandsiedlung wurde ein Heizkörper zur besseren Ausnützung der Herdabgase konstruiert und Versuche mit 4 verschiedenen Heizvorrichtungen angestellt.

Die behördlich vorgeschriebene Prüfung der stadteigenen Aufzüge fand an 12 Personenaufzügen und 16 Lastenaufzügen statt. Ferner wurde im Berichtsjahr eine dreimalige Prüfung der Turngeräte in sämtlichen städtischen Schulen und eine Prüfung der Bühnenaufzüge in der Festhalle und im Konzerthaus vorgenommen.

Zur Behebung von Störungen an den technischen Einrichtungen des Kindersolbades in Donaueschingen wurde ein Beamter wiederholt zugezogen.

Der Bestand an Brückenwaagen belief sich wie im Vorjahr auf 12 Waggonwaagen und 15 Fuhrwerkswaagen. Davon befanden sich 12 Waggonwaagen und 8 Fuhrwerkswaagen in städtischen Betrieben, während dem allgemeinen öffentlichen Verkehr 7 Fuhrwerkswaagen dienten. Letztere erforderten im Berichtsjahr einen Zuschuß von 1270 *RM* (1931: 1626 *RM* Überschuß), welcher durch Stellvertretungskosten für einen erkrankten Waagmeister bedingt wurde.

2. Wasserwerk.

Allgemeines.

Der Wasserbelieferung der Stadt dienten im Wirtschaftsjahr 1932 die im Rüppurrer und Mörscher Wald gelegenen Pumpwerke. Durch den mäßig warmen Sommer und die ungünstige Wirtschaftslage war auch die Wasserabgabe im Berichtsjahr rückläufig. Größere bauliche Veränderungen wurden nicht vorgenommen, die Erweiterung des Rohrnetzes ebenso wie die Erhöhung der Zahl der Anschlüsse war geringfügig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Betriebsergebnisse.

Technisches.

Werksanlagen.

Für die Wasserfassung sind auf dem Gelände im Küppurrer Wald 14 miteinander verbundene Brunnen von 3—5 m lichtem Durchmesser (12 Schacht- und 2 Filterbrunnen) vorhanden; das neue Werk im Mörscher Wald besitzt 6 Schachtbrunnen von 5 bezw. 7 m lichtem Durchmesser.

Gefördert wird das Wasser im alten Werk durch 2 Plungerpumpen (Plungerdurchmesser 360 mm, gemeinsamer Hub 1 100 mm), die mit 2 Verbunddampfmaschinen mit Kondensation von je 180 PS Leistung direkt gekuppelt sind. Zur Dampferzeugung sind 2 Zweiflammrohrkessel von je 60 qm Heizfläche und 1 Einflammrohrkessel von 80 qm Heizfläche für jeweils 7 atü Druck vorhanden. Die Förderleistung der beiden Pumpen beträgt je 900 cbm in der Stunde. Ferner steht noch eine einstufige Hochdruckkreiselpumpe zur Verfügung, die durch einen 250 PS-Hochspannungsmotor (4 000 Volt) betrieben wird und 800 cbm Wasser in der Stunde leisten kann.

Die Maschinenanlage im neuen Werk besteht vorläufig aus einer einstufigen Hochdruckkreiselpumpe, die mit einem 5 000 Volt-Hochspannungsmotor direkt gekuppelt ist. Die Pumpe fördert in der Stunde maximal 900 cbm. Der Kraftverbrauch beträgt 250 PS. Zur Reserve ist im Sammelbrunnen eine zweite einstufige Kreiselpumpe mit 350 cbm Stundenleistung und 110 PS Kraftbedarf eingebaut.

Mit dem Stadtrohrnetz ist das Werk durch einen Rohrstrang aus Schleuderbetonrohren (System Vianini) von 7410 m Gesamtlänge verbunden. Davon haben 5889 m 800 mm lichte Weite und 1521 m 600 mm lichte Weite.

Vom neuen Werk wird ferner durch eine 3 km lange Leitung von 175 mm lichter Weite die Gemeinde Mörsch mit Wasser versorgt.

Im alten Werk wurden im Berichtsjahr 2 Dampfkessel eingemauert. Bei einem Kessel wurden die Vorwärmer entfernt. Das Waldgelände beim neuen Werk wurden an einzelnen Stellen ausgeholzt, eingeebnet und mit einer Grünfläche versehen. Der Hochbehälter auf dem Lauterberg wurde einer Reinigung unterzogen.

Wasserförderung und -abgabe.

Die Gesamtwasserförderung bzw. -abgabe betrug im Wirtschaftsjahr 1932 9 670 722 cbm. Gegenüber dem Vorjahr mit 9 946 918 cbm wurden 276 196 cbm weniger gefördert = 2,8 v. H.

Die durchschnittliche Wasserförderung in 24 Stunden betrug 26 495 cbm.

Im alten Werk wurden 7 916 312 cbm Wasser gefördert, davon 6 257 652 cbm = 79,0 v. H. durch die Dampfpumpen und 1 658 660 cbm = 21,0 v. H. durch die Zentrifugalpumpe. Das neue Werk war mit 1 754 410 cbm = 18,14 v. H. an der Jahresförderung von 9 670 722 cbm beteiligt.

Von den Gesamtbetriebsstunden des alten Werks mit 9717 h 30' entfielen auf Dampfmaschine I 4236 h 50', auf Dampfmaschine II 3483 h und auf den Elektromotor 1997 h 40'; gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Verminderung der Betriebsstunden um 3,32 v. H. Im Jahresmittel betrug die tägliche Betriebsstundensumme 26 h 40' gegenüber 27 h 33' im Vorjahre.

Im neuen Werk waren die Motore an 365 Tagen 4450 h 55' im Betrieb, durchschnittlich 12 h 5' im Tag.

Die Gesamtsumme der Kesselbetriebsstunden belief sich auf 15 415 h gegenüber 15 418 h im Vorjahre.

Der Brennstoffverbrauch betrug für die Dampfpumpen 1 312 294 kg Kohle bzw. Koks. Für die Förderung von 100 cbm Wasser wurden 20,97 kg benötigt. Mit 1 kg Kohle wurden 4,76 cbm Wasser gefördert gegen 5,04 cbm im Vorjahre. Für die Förderung durch den Elektromotor wurden im alten Werk 398 600 kWh Strom verbraucht. Auf 100 cbm gefördertes Wasser entfielen 24,03 kWh; mit 1 kWh wurden wie im Vorjahr 4,16 cbm Wasser gefördert.

Im neuen Werk wurden für eine Wasserförderung von 1 754 410 cbm mittels Elektromotoren 480 950 kWh Strom benötigt. Die Förderung von 100 cbm Wasser erforderte hier 27,4 kWh; mit 1 kWh wurden 3,64 cbm Wasser gefördert gegenüber 3,65 cbm im Vorjahr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die durchschnittliche Gesamtförderhöhe des Wassers betrug einschließlich Reibung im alten Werk 42,70 m, im neuen Werk 46,61 m (kleinere Pumpe) und 50,35 m (große Pumpe).

Die Temperatur des Wassers betrug im Jahresmittel im Sammelbrunnen 10,4 Grad C gegen 9,8 Grad C in dem Vorjahre.

Im Wasserwerk herrschte eine mittlere Lufttemperatur von 11,6 Grad C, 1931 eine solche von 10,7 Grad C.

Die Wasserabgabe von 9 670 722 cbm verteilt sich wie folgt:

Private und Behörden	7 583 508 cbm	=	78,42 v. H.
Städtische Stellen	1 160 256 cbm	=	12,00 v. H.
Gemeinde Mörsch	48 830 cbm	=	0,50 v. H.
Öffentliche Zwecke (Springbrunnen, Laufbrunnen, Straßengießen, Kanalspülung usw.)	642 128 cbm	=	6,64 v. H.
Eigenverbrauch	36 000 cbm	=	0,37 v. H.
Verlust	200 000 cbm	=	2,07 v. H.
	9 670 722 cbm	=	100,00 v. H.

Gegen Bezahlung wurden abgegeben 8 743 764 cbm Wasser = 90,42 v. H.

Je Kopf der Bevölkerung ergab sich eine Wasserabgabe von 62,86 cbm gegen 63,82 cbm im Vorjahre; unter Zugrundelegung des bezahlten Wassers betrug die Abgabe 56,83 cbm gegen 58,30 cbm. Die höchste Tagesabgabe fiel auf den 20. August 1932 mit 44 267 cbm, die niedrigste Abgabe war am 26. Februar 1933 mit 19 086 cbm.

Die von der Lebensmittelprüfungsstation der Technischen Hochschule wöchentlich durchgeführte Wasseranalyse ergab, daß das Karlsruher Leitungswasser ein biologisch und chemisch einwandfreies Trinkwasser von gutem Geschmack, guter Beschaffenheit und Bekömmlichkeit ist.

Das gehobene Wasser wird ohne jeglich Vorbehandlung in das städtische Leitungsnetz gepumpt.

Rohrnetz.

Das Wasserleitungsnetz erfuhr im Betriebsjahr 1932 eine Vergrößerung von 192 004 m auf 192 240 m, d. i. um 0,12 v. H. Der kubische Inhalt des Wasserrohrnetzes nahm um 0,07 v. H. von 8049 cbm auf 8054 cbm zu. Der gemeinschaftliche Rohrdurchmesser war der gleiche wie im Vorjahr, nämlich 231 mm lichte Weite. Die geringe Erweiterung ist auf die schwache Bautätigkeit zurückzuführen.

Die geringe Zunahme der Hauszuführungen von 24 beruht auf der gleichen Ursache. Am Ende des Berichtsjahres waren 9431 (31. März 1932: 9407) Zuführungen, 3108 (31. März 1932: 3107) Schieber, 777 (31. März 1932: 777) Teilkasten, 137 (31. März 1932: 137) Teilkugeln, 45 (31. März 1932: 45) Spundkasten, 738 (31. März 1932: 737) Teilkastenschächte und 45 (31. März 1932: 45) Spundkastenschächte vorhanden.

An den Hauptrohrleitungen wurden 17 Rohrbrüche und 3 Durchrostungen behoben.

Die Zahl der eingebauten Wassermesser erhöhte sich von 8481 auf 8498. Ausgewechselt zwecks Prüfung und Reparatur in eigener Werkstätte wurden 2522 Wassermesser. In der Fabrik wurden 3 Wassermesser repariert.

Am 31. März 1933 waren 10 276 (31. März 1932: 10 252) Grundstücke an die Wasserversorgung angeschlossen. 60 Grundstücke haben noch keinen Wasseranschluß. 1156 Grundstücke — meistens kleine Anwesen in den Vororten — sind noch nicht mit Wassermessern versehen.

Die Zahl der Laufbrunnen beträgt 55, die der Ventilbrunnen 12. Bei den 22 Spring- und Zierbrunnen ist keine Veränderung eingetreten. Die Zahl der Hydranten betrug 1936, davon waren 1746 Unterflur- und 190 Oberflurhydranten; ihre Gesamtzahl erhöhte sich um 3 Stück.

Wirtschaftliches.

Das Wassergeld wird in der Regel nach dem Grundstückssteuerwert berechnet, wobei für je 100 RM Steuerwert $^1/_{10}$ cbm Wasser monatlich entnommen werden darf. Für Gewerbebetriebe mit größerem Verbrauch und für den Mehrverbrauch findet die Berechnung nach dem Wassermesser statt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bei Berechnung nach dem Steuerwert beträgt das Wassergeld monatlich 2 Rpf je 100 RM Steuerwert; bei Berechnung nach dem tatsächlichen Verbrauch sind für den Kubikmeter 15 Rpf zu bezahlen; in jedem Falle ist für die Wasserversorgung eines Grundstücks eine Mindestgebühr zu entrichten, welche für Grundstücke mit Wassermesser 32 RM jährlich, für Grundstücke ohne Wassermesser 16 RM jährlich beträgt.

Das Wasserwerk hatte im Wirtschaftsjahr 1932 Gesamteinnahmen von 1 641 503 (1931: 1 662 218) RM. Gegenüber dem Vorjahre war infolge der ungünstigen Wirtschaftslage eine Mindereinnahme von 20 715 RM zu verzeichnen. Die Ausgaben für Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung betrugen 437 902 (1931: 475 825) RM; sie ermäßigten sich um 37 923 RM. Der Bruttoüberschuß stellte sich auf 1 203 601 (1931: 1 186 393) RM. Hiervon wurden 293 780 (1931: 371 510) RM zur Zinszahlung und Schuldentilgung und 100 440 (1931: 70 880) RM zu Zuführungen an den Erneuerungsfonds verwendet. In die Stadthauptkasse flossen 183 840 (1931: 223 350) RM als Werkmiete, 175 000 (1931: 175 000) RM als Straßenbenützungsabgabe, 11 000 (1931: 14 000) RM als Anteil am Hauptverwaltungsaufwand, 20 880 (1931: 18 200) RM als Anteil am Ruhe- und Hinterbliebenenversorgungsaufwand und 411 952 (1931: 309 376) RM als Reinüberschuß. Unter dem Reinüberschuß befinden sich 21 960 RM Ersparnisse aus den Gehalts- und Lohnherabsetzungen, die gesondert an die Stadthauptkasse abgeliefert wurden. Der Werkerneuerung dienten 6 709 (1931: 4 077) RM.

Anlehensmittel wurden im Wirtschaftsjahr 1932 in Höhe von 8529,97 (1931: 82 465,97) RM für das Wasserwerk verwendet. Zu Erneuerungen wurden Mittel des Erneuerungsfonds in Höhe von 5992,46 (1931: 2487,37) RM in Anspruch genommen. Ferner wurden für 21 837,52 RM Wirtschaftsmittel der Arbeitsfürsorge für Einebnungsarbeiten des Geländes beim neuen Wasserwerk verausgabt.

3. Elektrizitätswerk.

Allgemeines.

Während die Gesamtstromabgabe im vorigen Jahr gegenüber dem Jahr 1930 um 6,44 v. H. zurückging, ist im laufenden Jahre nur ein Rückgang von 0,92 v. H. zu verzeichnen. Die nutzbare Fremdabgabe war sogar nahezu unverändert. In dem in den letzten Jahren sich ständig steigernden Rückgang trat somit im Berichtsjahr ein gewisser Stillstand ein. Die Zahl der Abnehmer verlief weiterhin zunehmend.

Auch in diesem Jahr gestattete die finanzielle Lage der Stadt die Vornahme von Neubauten nicht. Es wurden lediglich die zur Sicherung und Verbesserung der Stromversorgung am Elektrizitätsnetz erforderlichen Erweiterungen durchgeführt.

Betriebsergebnisse.

Technisches.

Erzeugungsanlagen.

Die Einrichtungen für die Erzeugung und die Übernahme elektrischen Stromes aus der Landessammelschiene in den drei Schalthäusern West, Süd und Ost und die Stromversorgungseinrichtungen für die Straßenbahn blieben unverändert.

Es standen zur Verfügung: 5 Turboaggregate für Drehstrom 4 kV mit im einzelnen 1000 kW, 2000 kW, 3000 kW, 3000 kW und 12 120 kW, d. s. zusammen 21 120 kW bzw. 26 400 kVA Gesamtleistung. Zur Dampferzeugung für diese Maschinen dienten 8 Sektionalhochdruckkessel mit einer Gesamtheizfläche von 3 900 qm für Steinkohlenfeuerung auf Wanderrosten, und zwar: 3 Sektionalkessel mit je 800 qm Heizfläche für 35 atü, 425 Grad C, 5 Sektionalkessel mit je 300 qm Heizfläche für 13,5 atü, 325 Grad C, jeweils mit Wanderrosten, Überhitzern, Rauchgasvorwärmern und Saugzug.

Für die Übernahme von Fremdstrom aus der Landessammelschiene dienten in den Schalthäusern West, Ost und Süd 10 Transformatoren 20/4 kV mit einer Gesamtleistung von 26 000 kVA.

Für den Betrieb der Straßenbahn wurde der Drehstrom durch 10 Quecksilberdampfgleichrichter in 550 Volt-Gleichstrom umgewandelt. Von diesen Gleichrichtern sind 3 im Elektrizitätswerk,

3 im Schalthaus Ost, 1 im Schalthaus Süd und 3 in der Gleichrichterstation Mörsch aufgestellt. Ihre Gesamtleistung beträgt 5100 Amp. bei 550 Volt. Den gleichen Zweck versah ein im Schalthaus Ost vorhandener Gleichrichtergenerator mit 750 kW Leistung, der mit einer Blindstrommaschine gekuppelt ist.

Stromerzeugung und -abgabe.

Erzeugt wurden im Berichtsjahr im städtischen Elektrizitätswerk 8 531 400 kWh Strom gegen 9 267 200 kWh im Jahre 1931. Vom Badenwerk bezogen wurden 29 358 091 kWh Strom gegen 29 188 220 kWh im Vorjahr, von anderer Seite 1 259 687 kWh gegen 1 058 251 kWh im Vorjahr. Eigenerzeugung und Bezug zusammen beliefen sich auf 39 149 178 kWh, während sie im Jahre 1931 39 513 671 kWh betragen hatten.

Eigenerzeugung und Bezug zusammen waren im Berichtsjahr um 0,9 v. H. geringer als im Vorjahr. Der Strombezug überwog gegenüber der Eigenerzeugung bedeutend, was seine Ursache im günstigen Angebot von Überschußstrom durch das Badenwerk hatte.

Die Stromabgabe verteilte sich folgendermaßen:

Kleinabnehmer	8 505 081 kWh	=	21,72 v. H.
Großabnehmer	13 688 203 kWh	=	34,97 v. H.
Straßenbahn	4 659 008 kWh	=	11,90 v. H.
Rheinhafen	3 421 115 kWh	=	8,74 v. H.
Sonstige städtische Stellen	1 969 572 kWh	=	5,03 v. H.
Öffentliche Beleuchtung	714 744 kWh	=	1,82 v. H.
Eigenverbrauch	1 198 777 kWh	=	3,06 v. H.
Verlust	4 992 678 kWh	=	12,76 v. H.
	39 149 178 kWh	=	100,00 v. H.

Der Gesamtstrombedarf ist gegenüber dem Vorjahre um 0,92 v. H. zurückgegangen. Die nutzbare Fremdabgabe blieb dagegen nahezu unverändert.

Gestiegen ist im Berichtsjahr die Stromabgabe an Großabnehmer um 2,87 v. H. und für die öffentliche Straßenbeleuchtung um 5,87 v. H., dagegen ging die Stromabgabe an Kleinabnehmer um 1,65 v. H., an die Straßenbahn um 8,54 v. H., an den Rheinhafen um 1,97 v. H. und an sonstige städtische Stellen um 2,87 v. H. zurück. Beim Eigenverbrauch ist eine Abnahme um 5,31 v. H. zu verzeichnen, der Verlust verminderte sich um 0,26 v. H.

Der größte Tagesstrombedarf war 148 700 kWh bei einer Höchstleistung von 10 900 kW.

Die Eigenerzeugungsanlage war während des Berichtsjahres nur an 116 Arbeitstagen in Betrieb. An allen übrigen Arbeitstagen sowie an Sonn- und Feiertagen wurde der Strombedarf durch Bezug von Fremdstrom gedeckt.

Für die Eigenerzeugung von 8 531 400 (davon nutzbar: 7 353 468) kWh wurden 5186 Tonnen Kohlen verfeuert (mit Hochheizen, Kesselreserve, Bäder und Heizung 5666 Tonnen) und hierbei 45 790 Tonnen Dampf erzeugt. Der mittlere Kohlenverbrauch je erzeugte kWh Strom betrug somit 0,608 kg. Der mittlere Kohlenverbrauch je nutzbar erzeugte kWh betrug bei einem mittleren Heizwert der Kohle von 7463 WE einschließlich Hochheizen, Kesselreserve, Bäder und Heizung 0,770 kg, ohne Hochheizen usw. 0,706 kg. Der Gesamtwärmeverbrauch betrug $42\,300\,000 \times 10^3$ WE. Der mittlere thermische Wirkungsgrad der Gesamtanlage einschließlich des Dampfverbrauchs für Bäder und Heizung ergab sich zu 17,3 v. H.

Kabel- und Freileitungsnetz.

Die Erweiterung der Elektrizitätsverteilungsanlagen stand stark unter dem Einfluß der mangelnden Bautätigkeit. Trotzdem mußten im Berichtsjahr insgesamt verlegt werden: 220 m Hochspannungskabel, 1280 m Niederspannungskabel, 1315 m Niederspannungsfreileitung. Es wurden 4 Hoch- und 72 Niederspannungshausanschlüsse ausgeführt. Infolge eines Umbaues im Kabelnetz konnte eine Netztransformatorenstation aufgehoben werden.

Am Schlusse des Berichtsjahres standen demnach für die Stromverteilung zur Verfügung: 3 Schalthäuser, 14 Netzspeisepunkte, 161 Netztransformatorenstationen, 146 Privattransformatorenstationen sowie 4 Gleichrichterstationen; ferner 216 km Hochspannungskabel, 184,5 hm Niederspannungskabel, 45,5 km Gleichstromkabel, 9 km Hochspannungsfreileitung und 92 km Niederspan-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nungsfreileitung sowie 146 Hoch- und 9094 Niederspannungshausanschlüsse. Die in den Netz- und Privattransformatorenstationen eingebauten 513 Transformatoren haben eine Gesamtleistung von 33 443 kVA.

Der Stand der elektrischen Straßenbeleuchtung erfuhr nur eine geringe Änderung. Sie umfaßte am Schluß des Berichtsjahres 84 (1931: 108) Bogenlampen und 665 (1931: 603) Glühlampen mit einer Gesamtleistung von 223 kW. Der Stromverbrauch betrug 714 744 kWh.

Die Zahl der bei Abnehmern montierten Stromzähler stieg um 1105 Stück auf 45 627, also um 2,4 v. H. Davon waren 42 419 Zähler bei Kleinabnehmern montiert. Da die Zahl der Haushaltungen zu Beginn des Kalenderjahres 1933 45 285 betrug, ist man vom Sättigkeitszustand im Ausbau der Stromverteilungsanlagen nicht mehr weit entfernt. Bei den 100 Großabnehmern waren 215 Zähler aufgestellt. Die Anzahl der eingebauten Treppenhausschaltuhren betrug 5722. Geprüft, dabei im Bedarfsfalle jeweils instandgesetzt, wurden 6774 Zähler. Abnahmen und sonstige Prüfungen elektrischer Anlagen fanden 5968 statt; diese Prüfungen sind infolge der durch die Verhältnisse bedingten geringeren Bautätigkeit um rund 1/5 zurückgegangen.

Allgemeine Revisionen wurden 2403 vorgenommen gegenüber 2479 im Vorjahr. Im Jahre 1932 stand weniger Personal zur Verfügung als 1931, daher der Rückgang der Revisionstätigkeit. Weiter wurde in der ganzen Stadt eine Nachschau der Klingeltransformatoren durchgeführt, weil bei gelegentlichen Revisionen immer wieder nicht angemeldete und daher nicht zur Berechnung kommende Klingleranlagen gefunden wurden. Bei dieser Gesamtnachschau wurde dann auch eine große Anzahl nicht erfaßter Klingler ermittelt.

Die allgemeinen Störungen mit 1940 haben gegenüber dem Vorjahre um 8 v. H. abgenommen. Bei den Störungen an Treppenhausschaltuhren mit 3381 ist im Berichtsjahr nur eine unbedeutende Abnahme zu verzeichnen.

Wirtschaftliches.

Die Srombezugstarife sind im Berichtsjahr die gleichen geblieben wie im Vorjahr mit Ausnahme der Festsetzung eines Sonderzuschlags von 2 Rpf/kWh für den in Haushaltungen verbrauchten elektrischen Strom gemäß Anordnung des Oberbürgermeisters vom 14. Juli 1932 anläßlich der Feststellung des Haushaltsplanes.

Als Tarife bestanden:

Der allgemeine Tarif, nach dem bis zu einem Jahresbezug von 3 000 kWh die kWh 40 Rpf bezw. für Haushaltungen 42 Rpf kostet; für größeren Bezug treten Ermäßigungen ein.

Der Sondertarif für Kraft -und Heizstrom mit einem kWh-Preis von 20 Rpf; für eine Abnahme von über 3 000 kWh im Jahr sind Verbilligungen vorgesehen.

Der Sondertarif für Strombezug während der Mittags- und Nachtzeit, nach dem der in der Zeit von 11.30 bis 13.30 Uhr und von 20 bis 6 Uhr lediglich zum Betrieb von Kühlanlagen, Ladestellen, Warmwasserspeichern, Speicheröfen und ähnlichen Einrichtungen sowie zur Schaufensterbeleuchtung bezogene Strom zu 6 Rpf berechnet wird.

Der Grundgebührentarif, und zwar der Haushaltungstarif (für Haushaltungen und kleine Gewerbebetriebe) und der Gewerbetarif, bei denen das Entgelt jeweils in eine Grundgebühr und eine Verbrauchsgebühr zerfällt. Die Grundgebühr wird beim Haushalt nach dem bisherigen Monatsdurchschnittsbezug, beim Gewerbetarif nach dem Anschlußwert berechnet. Die Verbrauchsgebühr beträgt beim Haushaltungs- und Gewerbetarif 15 bezw. 17 Rpf je kWh.

An Stromzählermieten werden monatlich erhoben: Für Stromzähler mit Meßbereich unter 1 Kilowatt 15 Rpf, von 1 bis unter 4 Kilowatt 25 Rpf, von 4 bis unter 10 Kilowatt 80 Rpf, von 10 bis unter 20 Kilowatt 120 Rpf. Für größere Meßeinrichtungen wird die Miete von Fall zu Fall festgesetzt.

Für Treppenhausbeleuchtung und für Klingler ist der Pauschaltarif anwendbar; mit Abnehmern, die sich zu einer Jahresabnahme von mindestens 12 000 kWh Strom verpflichten und an das Hochspannungsnetz sich anschließen, können besondere Vereinbarungen getroffen werden.

Am Ende des Geschäftsjahres 1932 bezogen Strom nach dem Haushaltungstarif 7 067 (1931: 6 128) Abnehmer, Strom nach dem Gewerbetarif 801 (1931: 747) Abnehmer, Strom nach dem Nachtstromtarif 494 (1931: 414) Abnehmer von insgesamt 45 627 (1931: 44 520) Abnehmern (Zählern). Die Sondertarife, insbesondere der Grundgebührentarif, haben also auch im Berichtsjahr weiter reges Interesse und Zuspruch gefunden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Daß bei den ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen nur eine ganz geringe Abnahme des Stromverbrauchs bei den Kleinabnehmern zu verzeichnen war, ist außer den werbenden Tarifen auch auf eine rege Werbetätigkeit zurückzuführen. Durch persönliche Beratung der Abnehmer über Tarife, Preis, Stromverbrauch und Handhabung der elektrischen Geräte suchte die Werbeabteilung das Interesse der Kunden an der Elektrizität als zweckmäßige und wirtschaftliche Energieform für den Haushalt zu gewinnen und zu erweitern. Wie auch in den übrigen Jahren, nur den Verhältnissen entsprechend in kleinerem Rahmen, nahm sich die Werbung im Berichtsjahr bestimmte Arbeitsgebiete vor, die dann mit besonderem Eifer und Gründlichkeit behandelt wurden.

Seit Anfang Januar 1933 sind in einer Knielinger Großgärtnerei sehr aussichtsreiche Versuche mit elektrischer Bodenheizung im Gange. Im ganzen sind etwa 125 qm elektrisch geheizt. Die Erfolge sind sehr gut.

Ein weiterer Versuch mit elektrischer Fußbodenheizung in Wohnräumen wird z. Z. unternommen.

Die Geschäftsführung der Elektrogemeinschaft Karlsruhe oblag auch dieses Jahr der Stromwerbeabteilung. Als Gemeinschaftswerbung wurde in den vergangenen Wintermonaten eine Haushaltlichtwerbung durchgeführt. Zwei öffentliche Versammlungen sowie Werbeflugblätter, die an die Stromabnehmer verteilt wurden, wiesen auf die Werbung hin. Die Installateure wurden durch entsprechende Vorträge belehrt.

Weiter wurden zwei öffentliche Vorträge über Glanzbügeln und 2 Koch- und Backvorträge veranstaltet, die alle sehr gut besucht waren. Das Teilzahlungsgeschäft für Stromverbrauchsgegenstände, das den Absatz elektrischer Geräte erheblich förderte, jedoch infolge der Geldkrise im Juli 1931 eingestellt wurde, konnte auch im Berichtsjahr 1932 nicht wieder aufgenommen werden.

Die Gesamteinnahmen sind entsprechend der geringeren Stromabgabe zurückgegangen, sie betrugen 4 430 321 (1931: 4 482 513) RM, gegenüber dem Vorjahre = um 1,16 v. H. weniger. Die allgemeine Stromabgabe erbrachte 3 486 528 RM, die Abgabe an die Straßenbahn 265 563 RM, an den Rheinhafen 115 993 RM, an sonstige städtische Stellen 190 454 RM; zusammen wurden 4 058 538 (1931: 4 145 993) RM aus der Stromabgabe erzielt. Aus der Zählermiete wurden 123 228 (1931: 196 460) RM erlöst, die sonstigen Einnahmen ergaben 248 555 (1931: 140 060) RM.

Die Ausgaben für Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung waren infolge der geringen Erzeugung, der Einschränkungen und der Unterhaltung, Kürzung der Arbeiterlöhne und geringerer Verwendung von Wirtschaftsmitteln für Werkerneuerungen niederer als im Vorjahre. Sie betrugen nur 1 596 205 (1931: 1 695 638) RM. Der Bruttobetriebsüberschuß belief sich auf 2 834 116 (1931: 2 786 875) RM. Der Schuldendienst (Verzinsung und Tilgung) hat sich infolge Verminderung der noch nicht getilgten Anlehensmittel und Senkung der Zinsen auf 666 150 (1931: 699 190) RM ermäßigt. Der Erneuerungsfonds wurde mit 368 380 (1931: 341 640) RM wiederum stärker dotiert als im Vorjahre; die Rücklagen machen nun 51 v. H. der buchmäßigen Abschreibungen gegenüber 48 v. H. im Jahre 1931 aus. Die Gesamtleistungen an die Stadthauptkasse waren trotz des Einnahmerückgangs höher als im Vorjahr; sie betrugen 1 768 519 (1931: 1 668 466) RM. Von den Ablieferungen entfielen 261 980 (1931: 456 870) RM auf die Werkmiete, 480 000 (1931: 480 000) RM auf die Straßenbenützungsabgabe, 37 000 (1931: 46 000) RM auf den Anteil am Hauptverwaltungsaufwand, 92 470 (1931: 85 800) RM auf den Anteil am Aufwand der Stadt für Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung, 897 069 (1931: 599 796) RM auf den Netto-Überschuß. In letzterem sind 115 900 RM Ersparnisse aus den Gehalts- und Lohnkürzungen enthalten, die gesondert an die Stadthauptkasse abgeführt wurden. Ferner wurden aus Wirtschaftsmitteln Werkserneuerungen im Betrag von 31 067 (1931: 77 579) RM durchgeführt und Strom für Zwecke der Straßenbeleuchtung im Werte von 71 475 (1931: 67 515) RM kostenlos abgegeben.

Anlehensmittel wurden im Berichtsjahr in Höhe von 28 938,86 (1931: 139 138,33) RM aufgewendet, aus dem Erneuerungsfonds wurden 32 582,40 (1931: 37 184,22) RM für notwendige Werkerneuerungen entnommen.

4. Straßenbahn- und Autobusbetrieb.

Allgemeines.

Die von der allgemeinen Wirschaftslage so überaus stark beeinflußten Verkehrsunternehmungen konnten auch im Berichtsjahr noch keine Erholung verzeichnen; es setzte sich im Gegenteil noch der Rückgang bei den Verkehrsbetrieben der Stadt weiter fort.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In Zahlen ausgedrückt hat die Personenbeförderung bei der Straßenbahn um 15,44 v. H. gegenüber dem Vorjahr abgenommen, gegenüber 1930 um 29,13 v. H. und gegenüber 1929 gar um 35,21 v. H., dementsprechend und darüber hinaus — infolge der im Vorjahr durchgeführten Tarifverbilligung — gingen auch die Einnahmen zurück. Wenn es nun auch Pflicht und Aufgabe der Verwaltung war, die Ausgaben, soweit es in ihrer Macht stand, zu senken und nur noch solche zuzulassen, die zur sicheren Aufrechterhaltung des Betriebes unumgänglich notwendig waren, so hat doch die Angleichung der Betriebsausgaben an die verminderten Einnahmen ihre Grenze in der Betriebspflicht; denn im allgemeinen Verkehrsinteresse können nicht alle unwirtschaftlichen Fahrten ohne weiteres eingestellt werden. Trotzdem wurde ein Einschnitt in den Fahrplan insofern gemacht, als mit Beginn des Monats November die Wagenfolge von 7½ Minuten auf allen Linien auf eine solche von 8 Minuten umgestellt wurde, wodurch man glaubte, das Äußerste in der Ersparnis an überflüssigem Platzangebot und an Personalkosten getan zu haben. Es muß dabei zugegeben werden, daß der 7½ Minutenbetrieb fahrplantechnisch verschiedene Vorzüge gegenüber dem 8 Minutenbetrieb, vernehmlich im Anschlußverkehr, hatte; die Änderung mußte eben aus zwingenden Ersparnisgründen in Kauf genommen werden.

Die Betriebsleistung, d. s. die gefahrenen Wagenkilometer, verringerte sich durch diese Fahrplanumstellung, auf ein Jahr umgerechnet, um 15,67 v. H., das entspricht also ziemlich genau der Frequenzverminderung von 15,44 v. H. Eine Entlassung von Fahrbediensteten — es wurden durch diese Maßnahme über 30 Mann überzählig — fand nicht statt, vielmehr wurden diese von anderen städtischen Dienststellen, (vornehmlich Stadtkasse, Fürsorgeamt und statistisches Amt) unter Übernahme der Gehälter zur Dienstleistung herangezogen.

Gelegentlich der vorgenommenen Fahrplanänderung fanden noch kleinere Umstellungen statt. Die bisherige Linie 2 wurde entsprechend ihrer in Mühlburg sich ergebenden Gabelung nach Daxlanden—Strandbad Rappenwört und dem Vorort Knielingen in der Nummerierung deutlicher kenntlich gemacht; sie wurde unterteilt in die Linien 2 und 7. Die Linie nach Rintheim bekam die Nummer 8 und die beiden meterspurigen Linien nach dem Vorort Hagsfeld und nach Daxlanden erhielten die Nummern 11 und 12. Die Linie 3, bisher mit „Ring" bezeichnet, erhielt die Stirnschildanschrift „Südring", da sie aus fahrplantechnischen Gründen an Stelle der Linie 5 den Verkehr durch die Südstadt vermittelt.

Da die einwandfreie Durchführung der farbigen Beschilderung der Linien, infolge der in den letzten Jahren hinzugekommenen neuen Linien nicht mehr möglich war, wurde angefangen, die Wagen mit schwarzer Beschriftung auf weißem Filmstreifen und ebensolcher Nummerierung auszustatten. Diese Einrichtung bringt den Vorteil, daß die Wagen je nach Bedarf durch entsprechende Einstellung der Nummern und der Richtungsaufschrift auf allen Linien wechselweise verkehren können, ohne die Arbeit des jedesmaligen Aufsteckens besonderer Nummern und Kopfschilder vornehmen zu müssen. Die Wagen können dadurch bei besonderen Verkehrsanlässen auf der Strecke für den jeweiligen Lauf richtig gekennzeichnet werden und erleichtern damit dem Publikum und der Verkehrspolizei die Übersicht.

Um den voranschlagsmäßigen Betriebszuschuß nicht allzu bedenklich zu überschreiten, wurde durch Gemeindebeschluß vom 30. September 1932 der infolge der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eingeführte 15 Rpf-Bartarif für 2 Teilstrecken wieder aufgehoben. Die Beobachtung über die Ausnutzung dieser Tarifgattung hatte nämlich ergeben, daß der Karlsruher von dieser neuen Einrichtung wenig Gebrauch machte; er befuhr die Kurzstrecke unter Benützung des 2-Teilstreckenheftes für 13 Rpf statt für 15 Rpf. Der 15 Rpf-Bartarif wurde vornehmlich von Ortsfremden von der Fahrt vom Bahnhof zur Stadtmitte ausgenützt. Auf Einsprache des Reichskommissars für Preisüberwachung, der bei weiterer Aufhebung der s. Z. vorgenommenen Tarifverbilligung die Wiedereinführung der Verkehrssteuer androhte, wurde der 15 Rpf-Bartarif ab 28. April 1933 wieder in Anwendung gebracht; auf eine sichere Mehreinnahme mußte somit verzichtet werden.

Wie im Vorjahre war die größte Abnahme in der Personenbeförderung bei den die Fahrscheinhefte benutzenden Fahrgästen festzestellen, ein Beweis des verminderten Berufsverkehrs.

Der fahrplanmäßige Autobusverkehr beschränkte sich im Berichtsjahr nur auf die Bedienung des Stadtteils Weiherfeld. Die fahrbereiten Autobusse wurden, soweit sie nicht von der Steuer abgemeldet und abgestellt waren, zu Ausflugsfahrten, vornehmlich von Schulen zu heimatkundlichen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unterrichtszwecken, ausgenutzt. Die Einnahmen aus diesem Sonderwagenbetrieb beliefen sich auf 28,23 v. H. der Gesamteinnahmen des Autobusbetriebes.

Betrieb, Unterhaltungsarbeiten und Bauliches.

In der Führung der einzelnen Linien änderte sich außer der bereits erwähnten Vertauschung der von den Linien 3 und 5 befahrenen Strecken nichts.

Besondere Anforderungen an den Betrieb wurden am 1. November (Allerheiligen) gestellt. Neben dem an diesem Tage um ein Vielfaches verstärkten Verkehr aus allen Stadtteilen zum Friedhof war in den Nachmittag- und Abendstunden ein ganz außergewöhnlicher Verkehrsandrang nach dem auf dem Gelände an der Vogesen- und Daxlander Straße aufgestellten Versammlungszelt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in welchem in den Abendstunden der Führer der NSDAP., der nunmehrige Reichskanzler Adolf Hitler, zu einer Versammlung von etwa 40 000 Personen sprach, zu bewältigen. Der Abtransport, zu dem 84 Straßenbahnwagen bereit standen, wurde durch die für einen Massenbetrieb ungenügende Gleisanlage an dieser Stelle — unweit von dem Versammlungszelt befindet sich eine eingleisige Überführung der Straßenbahn über die Reichsbahn und eine eingleisige Zwisenstrecke — recht erschwert. Der Ausbau dieser eingleisigen Strecke, der auch schon im Interesse eines reibungslosen Verkehrs zum Rheinstrandbad dringend erwünscht ist, mußte bisher mangels vorhandener Geldmittel immer wieder zurückgestellt werden.

Betriebsleistung und Betriebsergebnisse.

	Wirtschaftsjahr 1932	Wirtschaftsjahr 1931	Zunahme gegen 1931 in v. H.	Abnahme gegen 1931 in v. H.
Zahl der gefahrenen Wagenkilometer:				
Straßenbahn-Triebwagenkilometer . .	4 713 894	5 019 244	—	6,08
„ -Beiwagenkilometer . .	2 606 533	2 951 776	—	11,69
Autobuskilometer	81 941	107 436	—	23,73
Insgesamt Straßenbahn und Autobus .	7 402 368	8 078 456	—	8,36 *)
Rechnungskilometer:				
Beiwagen zu 1/2 Triebwagen gerechnet .	6 017 155	6 495 123	—	7,51 *)
Einnahmen Straßenbahn: **)	RM	RM		
Einzelfahrscheine	1 069 622,79	1 333 392,08	—	19,78
Fahrscheinhefte	1 440 096,50	1 920 359,30	—	25,00
Monatskarten und bezahlte Freikarten .	264 096,25	311 194,79	—	15,13
Schüler-, Lehrlings-, Fach- und Mittelschulkarten	73 176,10	98 271,15	—	25,53
Zwickkarten für städt. Stellen und Kriegsbeschädigte	52 344,50	68 873,—	—	23,99
Sonderwagen	66,—	50,90	29,66	—
Badekarten	14 044,50	8 079,—	73,83	—
Einnahmen aus dem Autobus: **)				
Betrieb	33 655,70	47 182,05	—	28,66
Gesamteinnahme aus der Personenbeförderung, Straßenbahn- und Autobusbetrieb **)	2 947 102,34	3 787 402,27	—	22,18
Postgutbeförderung	11 956,40	12 711,60	—	5,94
Gesamt-Betriebseinnahmen **)	2 959 058,74	3 800 113,87	—	22,13

*) Die Ersparnis in der Betriebsleistung infolge der Fahrplanänderung wirkte sich nur für 5 Monate aus.
**) Der Rückgang in den Einnahmen ist nicht nur auf den Verkehrsschwund zurückzuführen, sondern auch darauf, daß die Tarifsenkung infolge der IV. Notverordnung des Reichspräsidenten sich im Berichtsjahr voll auswirkte, während das Vorjahr hiervon nur in den beiden letzten Monaten betroffen wurde; daher auch die hohe Abnahme in Hundertteilen gerechnet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	Wirtschaftsjahr 1932	Wirtschaftsjahr 1931	Zunahme gegen 1931 in v. H.	Abnahme gegen 1931 in v. H.
Personenbeförderung:				
Straßenbahn	24 809 404	29 257 806	—	15,20
Autobus	241 203	367 154	—	34,30
Gesamtbeförderung — Straßenbahn und Autobus	25 050 607	29 624 960	—	15,44
Betriebseinnahmen: RM	2 959 058,74	3 800 113,87	—	22,13
pro Person Rpf	11,81	12,82	—	7,87
pro Wagenkilometer Rpf	39,97	47,04	—	15,02
pro Rechnungskilometer Rpf	48,51	58,50	—	17,07
Betriebsausgaben:				
abzügl. der an die Stadthauptkasse abgeführten Ersparnisse aus den Gehalts- und Lohnkürzungen gem. NDO. d. Rpr. v. 1. 12. 30 u. 5. 6. 31 RM	2 673 011,—	3 167 989,14	—	15,61
pro Person Rpf	10,67	10,69	—	0,18
pro Wagenkilometer Rpf	36,11	39,21	—	7,90
pro Rechnungskilometer Rpf	44,42	48,77	—	8,91
Mittl. Einwohnerzahl	156 619	156 400	0,13	—
Fahrten auf den Kopf der Bevölkerung	160	189	—	15,34
Wagenkilometer - Besetzung	3,38	3,66	—	7,65
Rechnungskilometer - Besetzung	4,10	4,56	—	10,08
Gesamte Gleislänge in Kilometern	78,20	78,20	—	—
Betriebslänge in Kilometern	40,74	40,74	—	—
Betriebslänge in Kilometern je 1000 Einwohner	2,60	2,60	—	—
Wagenkilometer je Einwohner	47,26	51,65	—	8,49
Wagenkm. pro Bahnkm. (Verkehrsdichte)	18 187	19 848	—	8,36
Gesamteinnahmen einschl. aller Nebeneinnahmen: RM	2 981 083,—	3 824 673,20	—	22,05
pro beförderter Person Rpf	11,90	12,91	—	7,82
Gesamtausgaben einschl. Kapitaldienst, Erneuerungsfonds, Gehalts- und Lohnkürzungen: RM	3 635 798,—	3 966 103,14	—	8,32
pro beförderter Person Rpf	14,51	13,38	8,44	—
Stromverbrauch in Kwst.	4 296 837	4 629 571	—	7,18
desgl. pro Rechnungskilometer	0,71	0,71	—	—
Betriebszahl $\frac{\text{Betr.-Ausgaben} \times 100}{\text{Gesamteinnahmen}}$ *)	89,66	82,83	—	8,29
Ablieferungen für den Kapitaldienst	518 510,—	575 680,—	—	9,93
Ablieferungen für den Erneuerungsfonds	166 717,—	222 434,—	—	25,04
Ablieferung der Ersparnisse aus den Gehalts- und Lohnkürzungen gemäß der NDO. des Rpr. v. 1. 12. 1930 und 5. 6. 1931	279 560,—	—	—	—
Zuschuß der Stadthauptkasse (nach Abzug der Ablieferungen aus der Gehalts- und Lohnkürzung)	375 155,—	141 429,94	362,92	—
Stand des Anlagekapitals auf Ende des Geschäftsjahres	12 741 426,32	12 734 321,84	—	—

*) Bei der Betriebszahl ist der von der Stadthauptkasse geleistete Zuschuß nicht berücksichtigt.

Vorkommnisse im Betrieb.

Im Berichtsjahre ereigneten sich 29 (1931: 33) Unfälle mit Personenschäden, 5 (1931: 11) Zusammenstöße zwischen eigenen Betriebsmitteln, 79 (1931: 98) mit fremden Fahrzeugen einschließlich Krafträdern, 12 (1931: 23) mit anderen Fahrzeugen, 18 (1931: 19) sonstige Betriebsunfälle.

Störungen in der Stromzuführung kamen nicht vor.

Personalbestand.

Auf Schluß des Berichtsjahres waren insgesamt 721 (1931: 736) Beamte, Angestellte und Arbeiter sowie 11 (1931: 10) Lehrlinge beschäftigt, davon 22 (1931: 23) bei der Verwaltung, 140 (1931: 140) bei der Wagenunterhaltung, 58 (1931: 58) bei der Gleisunterhaltung, 10 (1931: 10) bei der Unterhaltung der Stromzuführung, 4 (1931: 5) in der Schneiderwerkstatt, 9 (1931: 10) als Aufsichtsbeamte im Fahrdienst, 330 (1931: 328) als Schaffner und 148 (1931: 162) als Wagenführer. Zur Aushilfe im Fahrdienst standen noch 12 (1931: 12) Mann aus anderen städtischen Betrieben und 8 zuruhegesetzte Schaffner zeitweise zur Verfügung. Die Zahl der zu anderen städtischen Dienststellen abkommandierten Fahrbediensteten betrug im Jahresdurchschnitt 58 (1931: 50) Personen.

Als krank gemeldet waren 341 (1931: 370) Mann an 10457 (1931: 10514) Tagen; Urlaubstage wurden 13814 (1931: 14502) gewährt.

Betriebsmittel.

An Betriebsmitteln waren auf Jahresschluß vorhanden: 101 (1931: 106) Motorwagen, davon 8 (1931: 8) meterspurig, 111 (1931: 111) Anhängewagen, davon 10 (1931: 10) meterspurig, 2 (1931: 2) Postmotorwagen, 4 (1931: 4) Motorwagen für den Bau- und Betriebsdienst, 38 (1931: 40) Geräteanhängwagen auf Schienen laufend, 7 (1931: 7) Autobusse, 2 (1931: 2) Personenkraftwagen, je 1 (1931: je 1) automobiler Turmwagen, Hilfsgerätewagen, Schnellastwagen, Schlepper und 3 (1931: 3) Anhängewagen für den Schlepperdienst.

Die Hilfswagen wurden 20 mal in Anspruch genommen, davon 15 (1931: 10) mal der Autohilfswagen.

In den Werkstätten kamen 60 (1931: 60) Motorwagen und 22 (1931: 32) Anhängewagen und 2 Postmotorwagen in Hauptuntersuchung. An 4 Anhängewagen aus dem Baujahr 1913 mußten größere Instandsetzungsarbeiten (Erneuern von Schwellen, Spriegeln, Türpfosten, Seitenwänden, Fußböden, Blechverkleidungen usw.) vorgenommen werden. In Nebenrevision standen insgesamt 49 (1931: 96) Wagen; der Rückgang gegenüber dem Vorjahr rührt daher, daß nach der Durchführung des Einbaus von Rollenlagern in die Anker- und Achsenlager die Zahl der geleisteten Wagenkilometer zwischen den einzelnen Revisionen wesentlich erhöht werden konnte, d. h. die Untersuchungen können in größeren Zeitabständen vorgenommen werden. 20 Motoren D 56 a wurden für höhere Leistung umgebaut.

In der Lackierwerkstatt erhielten 20 (1931: 26) Wagen für Personenbeförderung, 2 Bahnmeister-Motorenwagen und 4 Salzstreuwagen einen neuen Anstrich, 78 (1931: 64) Wagen wurden aufgefrischt.

Von den Autobussen erhielt einer neue Zylinderblöcke, 2 mußten neu gelagert werden, 1 erhielt eine neue Lichtmaschine. Ein Personenwagen und der Schnellastwagen waren in Hauptuntersuchung.

Aus dem Baujahr 1899 wurden 5 normalspurige Motorwagen zur Verschrottung abgeschrieben.

Gleis- und Oberleitungsunterhaltung.

Mit den Instandsetzungsarbeiten des Dignoloberbaus im Zuge der Kaiserallee wurde fortgefahren, das Schotterbett auf eine Länge von 600 m erneuert. Insgesamt wurden auf den einzelnen Strecken 466 Schienenstöße nach dem aluminothermischen Verfahren verschweißt, wodurch die Unterhaltungsarbeiten in Zukunft wesentlich vermindert wurden; weiter kamen verschiedene Gleiswechsel, Weichen und Schwellen zur Auswechslung. In der Karlstraße zwischen Karlsplatz und Reichsstraße wurde auf eine Länge von 200 m das Doppelgleis auf Betonunterbau neuverlegt und die Straßendecke erneuert.

Die gesamte Gleisanlage umfaßt 289 Weichen, von denen 20 elektrisch umstellbar sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In der Ettlinger- und Poststraße sowie zwischen Schlachthof und Durlacher Tor mußte 1,3 km Fahrdraht ausgewechselt werden. Das gesamte Oberleitungsnetz wurde mehrfach einer genauen Untersuchung unterzogen und dabei die üblichen Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. An 80 Oberleitungsmasten wurden die gußeisernen, dem Rosten unterliegenden Sockelgarnituren durch einfache Betonsockel ersetzt, 275 Oberleitungsmasten erhielten einen neuen Ölfarbanstrich.

Gebäude.

Alle zum Bahnamt gehörigen Gebäulichkeiten wurden in der gewohnten Weise unterhalten. Am Lameyplatz, bei der Abzweigung nach Knielingen, wurde eine Wartehalle aus Wellblech erstellt; die Wartehallen am Schlachthof und an der Weinbrennerstraße mußten instandgesetzt werden. Von den 97 Haltestellen der Straßenbahn sind 17 mit Wartehallen versehen.

5. Kleinbahn Karlsruhe—Durmersheim.

Allgemeines.

Der Rückgang der Zahl der beförderten Personen war bei der Kleinbahn, die fast ausschließlich dem Berufsverkehr dient, im Verhältnis größer als bei der Straßenbahn. Er betrug gegen das Vorjahr 28,01 v. H. und gegen 1929 sogar 51,64 v. H.; im gleichen Verhältnis sind auch die Einnahmen gefallen. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr, die etwa 14 v. H. der Gesamteinnahmen darstellen, gingen bei der unsicheren Geschäftslage der an die Kleinbahn angeschlossenen Industrieunternehmungen um 46,66 v. H. zurück. Die Verhandlungen mit den Gleisanschließern, die auf eine veränderte, d. h. vereinfachte Beförderungsweise hinausliefen, konnten in dem Berichtsjahr noch nicht zu Ende geführt werden.

Betrieb, Unterhaltungsarbeiten, Bauliches.

Betriebsleistung und Betriebsergebnisse.

	Wirtschaftsjahr 1932	Wirtschaftsjahr 1931	Zunahme gegen 1931 in v. H.	Abnahme gegen 1931 in v. H.
Wagenachskilometer	897 654	1 097 655	—	18,22
Beförderte Personen auf:				
Gewöhnliche Fahrkarten	183 329	268 113	—	31,62
Arbeiter-Wochenkarten	177 768	257 824	—	31,05
Lehrlings-Wochenkarten	46 840	74 292	—	36,95
Schüler-Wochenkarten	35 296	15 525	127,34	—
Insgesamt	443 233	615 754	—	28,01
Einnahmen aus der Personenbeförderung:	RM	RM		
Gewöhnliche Fahrkarten	48 350,90	68 390,15	—	29,30
Arbeiter-Wochenkarten	40 496,70	59 887,45	—	32,54
Lehrlings-Wochenkarten	5 777,40	8 772,20	—	34,13
Schüler-Wochenkarten	1 380,50	1 171,70	15,12	—
Sonstige Einnahmen aus der Personenbeförderung	314,05	1 226,35	—	74,39
Insgesamt	96 319,55	139 447,85	—	30,92
Einnahmen aus dem Güterverkehr:				
Eil- und Expreßgut	209,55	388,60	—	46,07
Stückgut	1 861,40	5 879,10	—	68,33
Überfuhrgebühren und Wagenladungen	9 614,50	12 879,90	—	25,35
Nebengebühren aus dem Güterverkehr	2 051,85	6 608,85	—	68,95
Insgesamt	13 737,30	25 756,45	—	46,66

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	Wirtschaftsjahr 1932	Wirtschaftsjahr 1931	Zunahme gegen 1931 in v. H.	Abnahme gegen 1931 in v. H.
Betriebseinnahmen:	RM	RM		
1. Personenverkehr	96 319,55	139 447,85	—	30,92
2. Güterverkehr	13 737,30	25 756,45	—	46,66
Insgesamt . .	110 056,85	165 204,30	—	33,38
3. Mietzins	1 742,80	1 937,47	—	10,04
4. Ersatz für Leistungen an Dritte . .	746,40	2 157,90	—	65,41
5. Sonstiges	90,61	164,33	—	44,86
Gesamteinnahmen:	112 636,66	169 464,—	—	33,53
auf 1 km Betriebslänge	10 239,69	11 404,03	—	10,30
Betriebsausgaben:				
1. Unterhaltung und Erneuerung der Betriebseinrichtungen	37 403,26	67 856,99	—	44,87
2. Betriebskosten	92 884,30	104 140,81	—	10,80
3. Verwaltungskosten	3 092,55	4 024,38	—	23,15
4. Verschiedene Ausgaben	162,—	200,90	—	19,36
Insgesamt . .	133 542,11	176 223,08	—	24,21
5. Kapitaldienst	68 310,—	63 290,—	7,93	—
6. Erneuerungsfonds	20 140,—	20 140,—	—	—
7. Ablieferungen der Ersparnisse aus den Gehalts- u. Lohnkürzungen gem. der N.D.O. des Reichspr. vom 1. 7. 30 u. 5. 6. 31	9 770,—	—	—	—
Gesamtausgaben:	231 762,11	259 653,08	—	10,74
auf 1 km Betriebslänge*)	21 069,28	17 473,28	20,57	—
Gesamteinnahmen:	112 636,66	169 464,—	—	33,53
Gesamtausgaben:	231 762,11	259 653,08	—	10,74
Zuschuß der Stadthauptkasse (nach Abzug der Ablieferungen aus den Gehalts- und Lohnkürzungen)	109 355,45	90 189,08	—	32,08
Stand des Anlagekapitals auf 31. 3. 1933	1 145 577,45	1 189 006,45	—	—

*) Die Betriebslänge der Kleinbahn hat sich durch die Hinausverlegung der Endstelle von der Kapellenstraße nach Grünwinkel von 14,86 km auf 11,00 km verringert.

Betriebsmittel.

An Betriebsmitteln waren am Ende des Berichtsjahres vorhanden: 2 (1931: 3) zweiachsige Dampflokomotiven, 3 (1931: 3) vierachsige elektrische Packwagenlokomotiven, 24 (1931: 30) vierachsige Personenwagen, 1 (1931: 1) zweiachsiger Gepäckwagen, 4 (1931: 4) zweiachsige Güterwagen, 2 (1931: 2) zweiachsige Schienentransportwagen, 3 (1931: 3) vierachsige Tafelwagen. In Hauptrevision waren 5 vierachsige Personenwagen und 3 Tafelwagen. An 24 vierachsigen Personenwagen wurden die Dächer mit Hematekt überzogen; 1 Wagen mußte neu lackiert werden. Die Lokomotive Nr. 90 wurde neu gelagert und an die Nähmaschinenfabrik vorm. Haid & Neu zu Rangierzwecken verkauft; der Erlös wurde dem Erneuerungsfonds gutgeschrieben. 6 vierachsige Personenwagen aus dem Baujahr 1890 kamen zur Verschrottung, der Erlös wurde dem Erneuerungsfonds zugeführt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gleisunterhaltung.

Im Bahnhof Grünwinkel und Durmersheim wurden je eine Dignolweiche ausgewechselt; ferner wurde im Bahnhof Grünwinkel eine neue Weichensignalanlage erstellt. Zwischen Mörsch und Bickesheim mußten 800 lfd. m Dignolgleis ausgebaut und das Schotterbett erneuert werden. In der Durmersheimer Straße wurden 42 Rillenschienenstöße aluminothermisch verschweißt.

Sonstiges.

Im Wirtschaftsjahr 1932 ereigneten sich 2 leichte Zusammenstöße und 2 (1931: 4) sonstige Betriebsunfälle.

Am Ende des Berichtsjahres waren bei der Kleinbahn 17 (1931: 21) Beamte und 10 (1931: 7) Arbeiter beschäftigt. Die Vermehrung der Arbeiterzahl ist darauf zurückzuführen, daß 3 Arbeiter, die teilweise für die Straßen- und Kleinbahn verwendet wurden, nunmehr der letzteren zugezählt werden.

6. Rheinhafen.*)

Schiffahrtsverhältnisse.

Im Wirtschaftsjahr 1932 waren die Wasserstandsverhältnisse wenig günstig. In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres waren immer wieder Schiffsleichterungen im Verkehr nach dem Oberrhein erforderlich. Nachdem bereits im Monat November an einigen Tagen die Großschiffahrt auf dem Oberrhein durch dunstiges Wetter stark behindert war, setzte Ende Dezember ein anhaltend dichter Nebel ein, der mehr als eine Woche hindurch in ganz auffallender Stärke den Rheinstrom überlagerte und für die Schiffahrt ein unüberwindliches Hindernis darstellte. Der Verkehr im Karlsruher Rheinhafen stockte vollständig. 3 Tage hindurch traf im Rheinhafen kein einziges Schiff ein, während in normalen Zeiten im Tagesdurchschnitt im Karlsruher Rheinhafen etwa 20 bis 30 Fahrzeuge einzutreffen pflegen. In den Monaten Januar und Februar des Berichtsjahres wurde die Großschiffahrt durch Niederwasser — teilweise auch durch Eisbildung — sehr erschwert. Infolge dieser Ereignisse haben im Karlsruher Rheinhafen im Monat Januar 65 für Kehl—Straßburg bestimmte Fahrzeuge und 2 Kähne für den Niederrhein Schutz gesucht. Von diesen Fahrzeugen haben den Karlsruher Rheinhafen die letzten am 10. Februar in Richtung Straßburg—Kehl verlassen. Insgesamt war die Großschiffahrt im Wirtschaftsjahr dadurch beschränkt, daß der Rhein am Maxauer Pegel an 58 Tagen einen Wasserstand unter 3,50 m hatte. Der niedrigste Wasserstand am Maxauer Pegel mit 2,91 m wurde am 31. Januar 1933, der höchste am 13. Juli 1932 mit 6,79 m gemessen.

Die Personenschiffahrt nach und von Karlsruhe, die Schülerfahrten im Karlsruher Hafengebiet sowie die Fahrten nach und von dem Rheinstrandbad Rappenwört hatten im Berichtsjahr wie im vergangenen Wirtschaftsjahr unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden. Die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrts-Gesellschaft unternahm nur wenige Fernfahrten, bei denen 853 gegenüber 4849 Personen im Jahre 1931 befördert wurden. Durch das Motorboot „Enderle von Ketsch" wurden Fernfahrten und sogenannte Rundfahrten ausgeführt, bei denen insgesamt 4155 Personen gegenüber 446 Personen im Jahre 1931 befördert worden sind. Das städtische Motorboot Rhein führte in den Monaten Mai bis Oktober 1932 hauptsächlich Hafenrundfahrten aus, an denen insgesamt 4341 Personen (1931: 6312), darunter 2337 Schüler (1931: 2543) teilnahmen. Im Jahre 1932 betrug die gesamte Personenbeförderung im Karlsruher Hafen 9349 Personen gegenüber 11607 Personen im Jahre 1931.

Entwicklung des Hafenverkehrs.

Der Hafenverkehr — einschließlich Nahverkehr — hat im Jahre 1932 2371981 t betragen gegenüber 2236136 t im Jahre 1931; und zwar wurden 2167230 (1931: 2016382) t Güter angeliefert, abgegangen sind 204751 (1931: 219754) t. Es ist demnach im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung des Hafenverkehrs um 135845 t zu verzeichnen. Der Güterumschlag im Karlsruher Rheinhafen mit 2371981 t im Jahre 1932 ist der stärkste seit Bestehen des Karlsruher Rheinhafens.

*) Die angeführten Umschlags- und Verkehrsziffern umfassen jeweils Kalenderjahre.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Eine bemerkenswerte Zunahme im Vergleich zu dem Verkehr 1931 ist eingetreten in der Zufuhr bei Steinkohlen (zu Tal) um 19642 t, bei Steinkohlenkoks um 77680 t, bei Braunkohlenbriketts um 90967 t. Dagegen ist bei der Zufuhr von Steinkohlen (zu Berg) eine Abnahme von 35722 t zu verzeichnen. Eine Abnahme ist auch festzustellen in der Abfuhr bei Alteisen, Eisen- und Stahlbruch um 14833 t.

Die Zunahme der Steinkohlenzufuhr zu Tal ist im wesentlichen die Folge der Auflösung und Verteilung des Bestandes eines größeren Saarkohlenlagers an einem oberrheinischen Hafenplatz. Die vermehrte Zufuhr von Steinkohlenkoks ist darauf zurückzuführen, daß durch eine Rabattgewährung in den Sommermonaten eine erhöhte Eindeckung für den Winter erreicht worden ist. Die Zunahme der Zufuhr von Braunkohlenbriketts wurde im wesentlichen durch eine Änderung der Eisenbahntarife für Kohlen durch die Reichsbahngesellschaft herbeigeführt. Die Abnahme der Steinkohlenzufuhr zu Berg ist durch den Rückgang des Bedarfs der Industrie wie durch den Rückgang der Bevölkerungskreise verursacht worden, die in der Lage sind, sich ausreichend mit Hausbrand einzudecken. Bei Alteisen ist der Rückgang des Umschlags eine Folge des geringen Bedarfs unzureichend beschäftigter Hüttenwerke im Rheinland—Westfalen.

Angekommen sind im Jahr 1932 4023 (1931: 3472) beladene Schiffe und 105 (1931: 149) leere Schiffe. Abgegangen sind 1738 (1931: 1529) beladene Schiffe und 2358 (1931: 2126) leere Schiffe. Mit städtischen Kranen und dem Elevator wurden im Berichtsjahr 360956 (1931: 364265) t abgehoben.

Wie bereits im letzten Verwaltungsbericht angedeutet, hat mit Gültigkeit vom 1. April 1932 an die Reichsbahn den Binnenumschlagstarif 6 U für Kohlen neu herausgegeben. Dabei hat sie die Frachtsätze für die Binnenhäfen des Frachtsatzzeigers 1, also für Frankfurt a. M., Hanau, Ludwigshafen, Mannheim-Rheinau, Offenbach a. M. usw. um Beträge bis zu 4 Rpf pro 100 kg gesenkt. Die Sätze des Frachtsatzzeigers 2 für die Umschlagsplätze Aschaffenburg, Bamberg, Karlsruhe, Kehl und Würzburg sind im wesentlichen nur bei Entfernungen bis 200 km gesenkt worden, während für die weiteren Entfernungen bis zu rund 290 km die Sätze für diese Umschlagsplätze erhöht worden sind, und zwar bis zu 4 Rpf für 100 kg. Im Interesse der Kohlenverbilligung wie auch zur Wahrnehmung des Besitzstandes der einzelnen Häfen ist es dringend erforderlich, daß die Reichsbahn diese Tariferhöhungen beseitigt und die Kohlenumschlagstarife im allgemeinen in einer dem Bedürfnis der süddeutschen Wirtschaft genügenden Weise senkt.

Der Eisenbahnbetrieb im Karlsruher Rheinhafengebiet wird auf Grund einer Regierungsvereinbarung vom Jahre 1896 von der Reichsbahngesellschaft besorgt. In dieser Regierungsvereinbarung sind Bestimmungen über die Bildung der Eisenbahnfrachten nach und von dem Rheinhafengebiet enthalten, zu deren Durchführung im Jahre 1900 die Handelskammer, die Stadt und die Eisenbahnverwaltung eine Vereinbarung getroffen haben, in der u. a. bestimmt wurde, daß für die Beförderung der Sendungen auf der Strecke Karlsruhe-West—Karlsruhe-Rheinhafen an die Entfernungen für den Bahnhof Karlsruhe-West eine Tarifentfernung von 1 km angestoßen und auf Grund der Gesamtentfernung der Tarifsatz ermittelt werden soll. Ende 1930 hat die Reichsbahndirektion Karlsruhe den mit der Stadt über den Eisenbahnbetrieb im Karlsruher Rheinhafengebiet abgeschlossenen Vertrag gekündigt und bei den über die Erneuerung dieses Vertrags geführten Verhandlungen u. a. gefordert, daß auch die im Jahre 1900 vereinbarte Tarifbildung für den Bahnhof Karlsruhe-Hafen aufgehoben und durch ein wesentlich umständlicheres Verfahren ersetzt wird, das darin besteht, daß in Zukunft für Sendungen von und nach dem Karlsruher Rheinhafen die Tarifentfernungen des Bahnhofs Karlsruhe-West maßgebend sind und für die Beförderung zwischen Karlruhe-West und Karlsruhe-Hafen eine Zuschlagsfracht berechnet wird. In langen Verhandlungen mit der Reichsbahngesellschaft und dem Reichsverkehrsministerium haben die Handelskammer und die Stadt Karlsruhe immer wieder auf die schwerwiegenden Folgen hingewiesen, die eine derartige Tarifmaßnahme für die Wirtschaft des Karlsruher Rheinhafens hervorrufen würde. Dennoch wurden mit Wirkung vom 1. März 1933 folgende Zuschlagsfrachten eingeführt: Bei Stückgut (Eil- und Frachtgut) für 100 kg 1 Rpf, bei Wagenladungen für 100 kg 1 Rpf bezw. 0,8 Rpf für Steinkohlen, Braunkohlen, Koks, Briketts usw. Die Einführung dieser Tarifmaßnahme war umsomehr zu beklagen, als hierdurch eine weitere Verteuerung der Fracht eintrat, die besonders schmerzlich bei Kohlen empfunden wurde, bei denen die Zuschlagsfracht zu der bereits erwähnten Erhöhung der Sätze des Ausnahmetarifs 6 U hinzukam.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Getreideverkehr konnte der Umschlag von Roggen infolge von Einlagerungen für die Deutsche Getreide-Handelsgesellschaft m. b. H., Berlin, von 349 t im Vorjahr auf 4853 t im Jahre 1932 erhöht werden. Im ganzen hielt sich der Getreideumschlag im Jahre 1932 (20862 t) aber ungefähr auf der Höhe des Umschlags im Vorjahre (20523 t). Auf Grund einer Verordnung des Reichsfinanzministeriums über die Einführung zollfreien Weizens zur Fütterung von Hühnern wurde beim Betrieb des städtischen Getreidespeichers die zollamtlich vorgeschriebene Färbung (Eosinierung) eingerichtet und befriedigend durchgeführt.

Eisenbahnverkehr des Karlsruher Hafens.

Infolge der günstigen Entwicklung des Hafenverkehrs hat sich im Berichtsjahr auch der Eisenbahnverkehr des Karlsruher Hafens gut gehalten.

Von dem Bahnhof Karlsruhe-Hafen wurden im Berichtsjahr abgefertigt: im Versand 2016903 (1931: 1937132) t, im Empfang 282428 (1931: 294262) t, zusammen 2299331 (1931: 2231394) t.

Der Eisenbahnverkehr im Jahre 1932 war um 908093 t größer als im Jahre 1913 und um 67937 t größer als im Jahre 1931. Im Vergleich zu den Jahren 1913 und 1931 hat der Verkehr im Jahre 1932 um 65,2 bzw. um 4,8 v. H. zugenommen. Im Versand ist der Eisenbahnverkehr im Berichtsjahr um 4,1 v. H. gegenüber dem Jahre 1931 gestiegen, während der Empfang um 4,0 v. H. zurückgegangen ist.

Die beförderten Gewichtsmengen (Empfang und Versand) verteilen sich auf folgende Hauptgüterarten nach Hundertteilen:

Jahr	Kohlen	Eisen	Erze	Baustoffe	Getreide und Futtermittel	Holz	Oele	Sonstige Güter	Zusammen
1913	49,93	5,03	0,05	—	0,34	16,69	—	27,96	100
1931	86,01	1,08	—	0,86	1,53	6,01	0,18	4,33	100
1932	87,24	0,69	—	0,75	1,39	6,56	0,13	3,24	100

Bautätigkeit im Hafengebiet.

Die Bautätigkeit war im Berichtsjahr infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse schwach. Es sind folgende wichtigeren Bauten ausgeführt worden: Die Reichsbahngesellschaft ließ das Abfertigungsgebäude der Güterabfertigung Karlsruhe-Hafen umbauen und durch einen Anbau in südöstlicher Richtung erweitern. Die Firma Philipp Wieser erstellte eine Wellblechgarage und ließ in ihrer erweiterten Lagerhalle eine Werkswohnung einbauen. Die Firma Kathreiner, G.m.b.H., erstellte eine zweite Druckluft-Förderanlage zur Beförderung von Gerste zwischen der Fabrik und dem städtischen Getreidelagerhaus. Die Firma Mathias Stinnes, G.m.b.H., ließ an einer Verladebrücke Verstärkungen durchführen, den alten 4 t-Laufkran durch einen neuzeitlichen Wippkran von gleicher Tragfähigkeit ersetzen und ein neues Siebwerk einbauen. Die Vereinigungsgesellschaft Rheinischer Braunkohlenbergwerke m. b. H. stellte eine weitere Verladebrücke mit 5 t-Drehlaufkatze auf und errichtete einen Arbeiteraufenthaltsraum sowie einen Montageschuppen. Weitere Schuppen wurden erstellt von den Firmen Richard Vester, Franz Haniel & Co., G.m.b.H., und Josef Marhofer. Die Firma Geb. Röchling errichtete eine Einfriedigung aus Beton.

Verwertung des Hafengeländes und des Industriegeländes außerhalb des Rheinhafengebiets.

Bei der Verwertung von Hafen- und Industriegelände machte sich im Berichtsjahr die Wirtschaftskrise in verstärktem Maße bemerkbar. Verkauft wurden 1172 qm Gelände und verpachtet 1858 qm. Auch im Berichtsjahr war die Stadt infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, von einzelnen Firmen im Hafen- und Oberfeldgebiet Pachtgelände ganz oder teilweise zurückzunehmen. Das zurückgenommene Gelände umfaßt insgesamt 10560 qm.

Am 31. März 1933 waren 455111 (31. März 1932: 453939) qm Hafengelände verkauft, 86059 (31. März 1932: 86259) qm vermietet, 1785 (31. März 1932: 1785) qm in Erbpacht gegeben, zusammen 542955 (31. März 1932: 541983) qm verwertet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wirtschaftliche Ergebnisse des Hafenbetriebs.

Infolge der verstärkten Wirtschaftskrise haben sich im Berichtsjahr die Betriebseinnahmen um 2,42 v. H. verringert. In etwas stärkerem Maße, nämlich um 3,62 v. H. gingen die Betriebsausgaben zurück. Es betrugen die Wirtschaftseinnahmen 1 151 470,25 (1931: 1 180 078) RM, die Wirtschaftsausgaben 997 888,91 (1931: 1 035 386) RM, sodaß sich ein Überschuß von 153 581,34 (1931: 144 692) RM ergab, von dem 64 060 RM der Stadthauptkasse als Ersparnisse aus den Gehalts- und Lohnkürzungen auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 gesondert zuflossen. Die unter den Ausgaben enthaltenen Ablieferungen für Kapital- und Schuldendienst betrugen 203 450 (1931: 211 160) RM, die Zuführungen zum Erneuerungsfonds 39 410 (1931: 22 320) RM.

Nach dem Zähler des städtischen Elektrizitätswerkes wurden im Hafengebiet an Licht- und Kraftstrom im Kalenderjahr 1932 3 368 094 (1931: 3 463 826) kWh Strom verbraucht. Der Stromverbrauch hat demnach im Jahre 1932 im Vergleich zum Jahre 1931 um 2,7 v. H. abgenommen, was im wesentlichen auf eine starke Betriebseinschränkung einer Maschinenfabrik zurückzuführen ist. Beim Hafenamt waren am Ende des Berichtsjahres 32 Beamte, 1 Anwärter und 117 Arbeiter beschäftigt.

Besondere Ereignisse im Hafengebiet.

Am 21. Juni 1932 brach auf einem im Südwestbecken liegenden, mit Braunkohlenbriketten beladenen Schleppkahn ein Schiffsbrand aus, der von der städtischen Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Mühlburger Feuerwehr gelöscht wurde. Dabei hat sich die Verwendung von Schaumlöschgerät sehr gut bewährt.

Am 13. November geriet — vermutlich durch Selbstentzündung — auf einem Lagerplatz an der Südbeckenstraße eine Partie Koks in Brand, wobei auch ein Holzschuppen Feuer fing. Der Brand wurde durch einen städtischen Nachtwächter der Berufsfeuerwehr gemeldet, die das Feuer nach einstündiger Tätigkeit löschte.

Vergleichende Hafenverkehrsziffern.

Nach einer Zusammenstellung des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen, e. V., hat im Jahre 1932 der Hafenverkehr in Tonnen betragen: in Basel (Rheinverkehr) 291 700 (1931: 343 400) t, in Kehl 1 840 900 (1931: 1 574 030) t, in Straßburg (Rheinverkehr) 4 902 500 (1931: 5 530 800) t, in Karlsruhe 2 372 000 (1931: 2 236 136) t, in Mannheim 4 323 200 (1931: 4 684 956) t, in Ludwigshafen 2 248 800 (1931: 2 580 100) t, in Worms 397 900 (1931: 428 300) t, in Mainz 1 237 900 (1931: 1 304 900) t, in Köln 2 486 200 (1931: 2 337 700) t, in Neuß 946 100 (1931: 873 800) t, in Düsseldorf 1 538 000 (1931: 1 677 800) t, in den Duisburg-Ruhrorter Häfen 10 589 700 (1931: 14 868 700) t, in Frankfurt a. M. 1 919 900 (1931: 2 051 300) t.

7. Schlacht- und Viehhof.

Viehhof.

Viehmärkte.

Die rückläufige Entwicklung des Schlachtviehmarktes, die bereits im Jahre 1930 einsetzte, hielt auch im Wirtschaftsjahr 1932 an. Immerhin darf dieser Rückgang, der in der Hauptsache auf den geringeren Großvieh- und Schweineauftrieb zurückzuführen ist, als mäßig bezeichnet werden. Er wurde sogar durch den Mehrauftrieb anderer Tiergattungen — vor allem von Kälbern — wenigstens der Stückzahl nach, annähernd ausgeglichen. Während also die Zufuhren an Großvieh, Schweinen, Schafen und Kitzlein eine Abnahme erfuhren, haben die anderen Tiergattungen wie Kälber, Ziegen und Ferkel noch eine Zunahme zu verzeichnen.

Der Gesamtauftrieb an Schlachttieren zu den Märkten betrug im Wirtschaftsjahr 1932 = 104 660 Stück gegen 105 655 Stück im Vorjahre; er hat somit insgesamt um 995 Stück = 0,94 v. H. abgenommen.

Der Auftrieb an Großvieh (ohne Pferde) ist von 15 691 auf 15 087 Stück, also um 604 Stück = 3,85 v. H., der Auftrieb an Schweinen von 64 821 auf 63 275 Stück, also um 1546 Stück = 2,39 v. H.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zurückgegangen. Ferner ist eine Abnahme der Zufuhr an Schafen und Kitzlein um 77 bzw. 693 Stück zu verzeichnen. Eine verhältnismäßig starke Zunahme des Auftriebs haben dagegen die Kälberzufuhren erfahren. Dieselben sind von 22697 auf 24602 Stück, also um 1905 Stück = 8,39 v. H. gestiegen. Auch der Auftrieb an Ziegen und Ferkeln hat um 8 bzw. 12 Stück zugenommen.

Im gesamten wurden zu den Märkten aufgetrieben:

Monat	Ochsen	Kühe	Rinder	Farren	Großvieh zusammen	Schweine	Kälber	Schafe	Ziegen	Kitzlein	Ferkel	Kleinvieh zusammen	Groß- und Kleinvieh zusammen
April 1932	165	166	670	194	1195	4400	1865	42	23	351	—	6681	7876
Mai	224	170	759	252	1405	5486	2347	35	16	49	—	7933	9338
Juni	169	123	613	222	1127	4771	2454	41	8	8	—	7282	8409
Juli	166	112	629	246	1153	4864	2098	90	4	1	—	7057	8210
August	180	126	784	310	1400	6264	2243	64	5	1	21	8598	9998
September	204	99	759	275	1337	5443	1928	74	17	—	—	7462	8799
Oktober	396	174	740	321	1631	7065	1830	136	4	—	3	9038	10669
November	267	178	505	244	1194	5586	2090	119	2	—	45	7842	9036
Dezember	157	195	682	194	1228	5033	1875	82	5	1	12	7008	8236
Januar 1933	146	238	691	224	1299	5429	1951	71	6	—	—	7457	8756
Februar	112	181	577	170	1040	4403	1765	56	2	3	—	6229	7269
März	104	202	586	186	1078	4531	2156	51	14	234	—	6986	8064
Summe 1932	2290	1964	7995	2838	15087	63275	24602	861	106	648	81	89573	104660
Summe 1931	1907	1832	8858	3094	15691	64821	22697	938	98	1341	69	89964	105655

Von den den Großviehmärkten zugeführten Tieren (ohne Pferde) stammten 7571 Stück = 50,18 v. H. aus Baden, 3062 Stück = 20,30 v. H. aus Bayern, 2973 Stück = 19,71 v. H. aus Württemberg, 978 Stück = 6,48 v. H. aus Norddeutschland, 503 Stück = 3,33 v. H. aus der Rheinpfalz.

Die Kleinviehmärkte (ohne Schweine und Ferkel) waren aus Baden mit 15888 Stück = 60,60 v. H., aus Württemberg mit 4637 Stück = 17,69 v. H., aus Norddeutschland mit 3256 Stück = 12,42 v. H., aus Bayern mit 1233 Stück = 4,70 v. H., aus der Rheinpfalz mit 1203 Stück = 4,59 v. H. beschickt.

Die Schweinemärkte wurden aus Norddeutschland mit 53224 Stück = 84,01 v. H., aus Baden mit 9319 Stück = 14,71 v. H., aus der Rheinpfalz mit 535 Stück = 0,84 v. H., aus Bayern mit 258 Stück = 0,41 v. H., aus Württemberg mit 20 Stück = 0,03 v. H. der zugetriebenen Schlachttiere beliefert.

Übernachtungen in den Stallungen des Schlacht- und Viehhofes waren 78225 zu verzeichnen, und zwar von 25445 Stück Großvieh, 4765 Stück Kleinvieh und 48015 Stück Schweinen.

Verendet in den Ställen und ankommenden Eisenbahnwagen sind bzw. waren 21 Stück Kälber und 110 Stück Schweine.

Der Tiertransportwagen wurde in 6 Fällen benutzt.

Im Bahnverkehr des Schlacht- und Viehhofes kamen 1788 Eisenbahnwagen, davon 1656 mit Vieh und 132 mit Gütern beladen, an. Abgegangen sind 177 Eisenbahnwagen; davon waren 110 mit Vieh und 67 mit Gütern beladen.

Ausfuhr.

Die Gesamtausfuhr von Schlachtvieh aus dem Viehhofe hat gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme erfahren. Während die Ausfuhr an Großvieh um 324 Stück zurückgegangen ist, hat der Export an Kälbern und Schweinen um 271 bzw 3008 Stück zugenommen.

Im ganzen wurden 27505 Stück (1931: 24604) ausgeführt, und zwar 4895 Stück Großvieh, 1467 Stück Kälber, 21143 Stück Schweine.

Groß- und Kleinvieh wurde hauptsächlich nach den Bezirken Durlach, Bruchsal, Ettlingen, Rastatt, Baden-Baden, Bühl und nach den Städten Mannheim, Freiburg und Frankfurt a. M., Schweine hauptsächlich nach dem Murgtal, ferner nach den Städten Durlach, Pforzheim, Ettlingen, Rastatt, Baden-Baden, Bühl, Stuttgart, Tübingen und der Rheinpfalz ausgeführt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Seuchenpolizei.

Beim Großvieh wurde im Berichtsjahre die Maul- und Klauenseuche 2 mal in den Schlacht- und Viehhof eingeschleppt, während bei den Schweinen die genannte Seuche 1 mal aufgetreten ist. Das kranke Großvieh stammte aus Überständern im Viehhof, ebenso die kranken Schweine. An Rotlauf waren 6 Schweine erkrankt. Erfreulicherweise konnte in diesem Jahre eine bedeutende Abnahme dieser Seuchen festgestellt werden.

Marktpreisnotierungen und Viehpreise.

Die Viehpreise sind gegenüber dem Vorjahre weiterhin bedeutend gefallen. Von diesem Preisrückgang wurden alle Viehgattungen in gleicher Weise erfaßt. Die Preiserniedrigung beträgt im Durchschnitt für das Kilo Lebendgewicht bei Ochsen 21,13 v. H., Kühen 17,50 v. H., Rindern 26,67 v. H., Farren 27,12 v. H., Kälbern 20,20 v. H., Schweinen 10,20 v. H. und Hämmeln 20,59 v. H.

In ähnlicher Weise wie die Viehpreise — wenn auch nicht in demselben Ausmaße — haben sich die Fleischpreise ermäßigt, und zwar beim Rindfleisch für das Kilo um 18 Rpf = 11,18 v. H., Kuhfleisch um 20 Rpf = 16,26 v. H., Kalbfleisch um 32 Rpf = 16,93 v. H., Schweinefleisch um 22 Rpf = 12,79 v. H. und Hammelfleisch um 37 Rpf = 17,29 v. H.

Zollfreies Gefrierfleisch wurde ab 1. September 1931 nicht mehr eingeführt.

Es wurden bezahlt für das Kilo Lebendgewicht:

Monat	Ochsen			Kühe			Rinder		Farren			Schweine			Hämmel	Kälber	
	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	1.	2.	3.	1.	2.	3	2.	2.	3.
	Qualität kg / Rpf																
April 1932	64	58	56	45	—	—	68	52	51	45	43	88	85	83	60	90	84
Mai	64	58	56	45	—	—	68	52	51	45	43	85	82	80	60	92	86
Juni	65	59	57	45	—	—	68	52	53	47	45	89	86	84	66	83	77
Juli	65	59	57	44	—	—	67	51	54	48	46	92	89	87	58	78	72
August	64	58	56	43	—	—	66	50	51	45	43	104	101	99	56	79	73
September	64	58	56	43	—	—	66	50	51	45	43	96	93	91	58	85	79
Oktober	62	56	54	41	—	—	64	48	49	43	41	95	94	90	56	84	78
November	57	51	49	36	—	—	59	43	44	38	36	88	87	82	52	82	76
Dezember	56	50	48	35	—	—	58	42	43	37	35	87	86	81	46	70	65
Januar 1933	55	49	47	38	32	23	57	41	42	36	34	81	80	75	44	70	65
Februar	55	49	47	38	32	23	57	41	42	36	34	88	84	83	45	75	70
März	55	49	47	40	34	25	58	42	47	41	39	87	86	81	50	86	81
Im Durchschnitt: 1932	61	55	53	41	33	24	63	47	48	42	40	90	88	85	54	81	76
1931	76	70	68	48	43	29	80	69	64	58	56	100	99	96	68	102	96

Die Metzgerinnung veröffentlichte im Berichtsjahre folgende Ladenpreise:

Monat	Rindfleisch		Kuhfleisch		Kalbfleisch	Schweinefleisch		Hammelfleisch	
	1.	2.	1.	2.		1.	2.	1.	2.
	Qualität kg / Rpf								
April 1932	152	132	104	—	160	152	146	220	160
Mai	152	132	104	—	160	152	146	220	160
Juni	152	132	104	—	160	152	146	220	160
Juli	160	140	112	—	160	152	120	220	160
August	160	140	112	—	160	160	144	220	160
September	160	140	112	—	160	160	144	220	160
Oktober	148	128	96	—	156	156	148	200	140
November	144	124	92	—	152	152	152	200	140
Dezember	148	128	96	—	148	148	148	190	140
Januar 1933	152	132	100	—	152	152	152	180	140
Februar	152	132	100	—	152	152	152	180	140
März	152	132	100	—	160	152	152	180	140
Im Durchschnitt: 1932	153	133	103	—	157	153	146	204	150
1931	178	144	123	112	189	179	164	231	196

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Futtermittel, Streumittel und Dung.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden 472 055 kg Heu, 61 220 kg Futtermehl, 25 848 kg Hafer, 132 271 kg Gerste, 6310 kg Gelberüben, 146 025 kg Stroh und 212 235 kg Torf angeschafft. Abgegeben wurden 294 535 kg Heu, 46 205 kg Futtermehl, 18 161 kg Hafer, 78 945 kg Gerste, 6310 kg Gelberüben, 112 475 kg Stroh und 160 120 kg Torf.

Schlachthof.

Schlachtungen.

In gleicher Weise wie der Viehauftrieb zu den Märkten hat die Gesamtzahl der Schlachtungen abgenommen. Besonders die Schweineschlachtungen haben einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen, während die Großviehschlachtungen fast gleichgeblieben sind und die Kälberschlachtungen sogar noch zugenommen haben.

Die Gesamtschlachtungen betrugen im Berichtsjahre ohne die Schweineexportschlachtungen (61 Stück) 76 234 Stück gegen 78 199 Stück im Vorjahre. Die Abnahme beträgt somit 1965 Stück = 2,51 v. H.

Die Abnahme der Schlachtungen an Großvieh beträgt 32 Stück = 0,32 v. H., an Schweinen 2810 Stück = 6,34 v. H., ferner wurden 76 Schafe, 49 Ferkel und 638 Kitzlein weniger geschlachtet. Dagegen haben die Schlachtungen an Kälbern um 1633 Stück = 7,59 v. H., an Ziegen um 7 Stück zugenommen.

Die Schlachtungen an Großvieh betrugen 9922 Stück, an Kleinvieh 66 312 Stück. Diese verteilen sich auf:

Monat	Ochsen 1. Schwere	Ochsen 2. Schwere	Ochsen 3. Schwere	Kühe 1. Schwere	Kühe 2 Schwere	Kühe 3. Schwere	Rinder 1. Schwere	Rinder 2. Schwere	Rinder 3. Schwere	Farren 1. Schwere	Farren 2. Schwere	Farren 3. Schwere	Großvieh zusammen	Kälber	Schafe	Ziegen	Schweine	Ferkel	Kitzlein	Kleinvieh zusammen	Groß- und Kleinvieh zusammen
April 1932	89	32	6	31	33	41	91	206	115	66	52	37	802	1833	42	23	3313	—	351	5562	6364
Mai	126	30	8	31	42	22	97	225	101	94	70	22	868	2233	35	16	3923	—	49	6256	7124
Juni	86	30	9	22	30	17	65	165	105	85	60	44	718	2230	41	8	3395	—	8	5682	6400
Juli	69	34	10	27	23	13	50	174	139	88	78	41	746	1986	90	4	3120	—	1	5201	5947
August	67	30	14	17	26	17	39	223	165	107	123	35	863	2118	64	5	3631	5	1	5824	6687
September	65	70	14	14	45	27	35	185	156	100	95	38	844	1844	74	17	3372	—	—	5307	6151
Oktober	133	133	25	29	68	30	42	195	147	98	108	45	1053	1704	136	4	4111	3	—	5958	7011
November	76	123	26	47	78	35	44	179	90	86	63	27	874	1991	119	2	3636	—	—	5748	6622
Dezember	83	26	5	49	68	22	67	238	102	65	64	30	819	1714	83	5	3378	12	—	5192	6011
Januar 1933	69	38	4	39	61	22	95	251	95	67	76	28	845	1822	71	5	3419	—	—	5317	6162
Februar	54	27	3	42	63	26	85	222	69	62	53	14	720	1668	56	2	3101	—	3	4830	5550
März	72	18	2	53	60	29	100	216	71	78	51	20	770	1999	51	14	3137	—	234	5435	6205
Summe 1932	989	591	126	404	597	301	810	2479	1355	996	893	381	9922	23142	862	105	41536	20	647	66312	76234
Summe 1931	884	311	49	284	450	216	1117	2653	1485	1094	930	481	9954	21509	938	98	44346	69	1285	68245	78199

Außerdem wurden im Berichtsjahre noch 61 Schweineexportschlachtungen getätigt, sodaß die Gesamtschlachtziffern für Schweine 41 597 bzw. für Kleinvieh 66 373 Stück betragen.

Die Schlachtungen an Pferden betrugen 253 Stück, an Hunden 47 Stück gegenüber 281 bzw. 58 Stück im Vorjahre.

Fleischeinfuhr von auswärts.

Die Fleischeinfuhr von auswärts hat im Wirtschaftsjahr 1932 sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland eine Zunahme erfahren, und zwar beträgt dieselbe bei dem aus dem Inland eingeführten Fleisch 96 882 kg und bei dem aus dem Ausland eingeführten 623 897 kg.

Das aus dem Inland eingeführte und zur Beschau gestellte Fleisch belief sich auf 446 670 (1931: 349 788) kg und zwar Rindfleisch 392 330 kg, Kalbfleisch 8893 kg, Schweinefleisch 20 735 kg, Hammelfleisch 20 598 kg, Pferdefleisch 4114 kg.

Aus dem Ausland gelangten in den Untersuchungsstellen am Schlachthofe, Hauptzollamt und städtischen Rheinhafen im ganzen 29 491 Packstücke im Gesamtgewicht von 2 000 604 kg (1931: 19 468 Packstücke im Gesamtgewicht von 1 376 707 kg) zur Untersuchung. Die Sendungen bestanden aus

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3 kg Schweinefleisch, 31 kg Schweineschinken, 3161 kg Schweinespeck, 1 451 443 kg Schweineschmalz, 529 620 kg Oleomargarine, 16 346 kg Därme.

Der Herkunft nach stammten: das Schweinefleisch aus der Schweiz, der Schweineschinken aus Holland, Rußland, Tschechoslowakei und Ungarn, der Schweinespeck aus England, Frankreich, Holland, Lettland und Luxemburg, das Schweineschmalz aus Argentinien, Holland und Nordamerika, die Oleomargarine aus Frankreich, Italien und Nordamerika, die Därme aus Dänemark, Frankreich, Griechenland, Nordamerika, Oesterreich, Schweiz und der Tschechoslowakei.

Fleischverbrauch.

Die Fleischmenge, welche aus den Schlachtungen im Schlachthofe hervorgegangen ist, berechnet sich nach dem durch Wiegung ermittelten Durchschnittsschlachtgewicht der Schlachttiere wie folgt:

Tiergattung	Stück	Durchschnitts-Schlachtgewicht kg	Gesamt-Schlachtgewicht kg	Tiergattung	Stück	Durchschnitts-Schlachtgewicht kg	Gesamt-Schlachtgewicht kg
Ochsen I. Schwere . .	989	297	293 733	Kälber	23 142	44	1 018 248
„ II. „ . .	591	237	140 067	Schweine	41 536	75	3 115 200
„ III. „ . .	126	187	23 562	Schafe	862	26	22 412
Kühe I. „ . .	404	288	116 352	Ziegen	105	19	1 995
„ II. „ . .	597	230	137 310	Ferkel	20	7	140
„ III. „ . .	301	187	56 287	Kitzlein	647	5	3 235
Rinder I. „ . .	810	277	224 370	Pferde	253	255	64 515
„ II. „ . .	2479	230	570 170	Hunde	47	11	517
„ III. „ . .	1355	185	250 675	Hierzu Großvieh . . .	9 922		2 406 899
Farren I. „ . .	996	319	317 724				
„ II. „ . .	893	233	208 069				
„ III. „ . .	381	180	68 580				
Großvieh . . Zusammen	9922		2 406 899	Summe	76 534		6 633 161

Somit betrug das reine Schlachtgewicht aller im Wirtschaftsjahr 1932 geschlachteten Tiere 6 633 161 kg. Zuzüglich von 8 v. H. des Gewichts für Geschlinge mit 530 653 kg, des Gewichts der vor der Wiegung entfernten Nieren nebst Nierenfett mit 109 447 kg, des eingeführten, der Beschau unterstellten frischen Fleisches mit 446 670 kg, des Auslandsfleisches mit 3195 kg, des Fleisches aus den Haus- und Notschlachtungen in den Dororten mit 50 322 kg und des Überschusses der Einfuhr an Fleisch und Wurstwaren über die Ausfuhr mit 0,3 kg pro Kopf = 46 981 kg, abzüglich des als genußuntauglich vernichteten Fleisches mit 18 071 kg ergab sich für den Konsum eine Menge von 7 802 358 kg Fleisch.

Bei einer mittleren Einwohnerzahl von 156 602 (mit Dororten) beläuft sich der Fleischverbrauch, abgesehen von Fischen, Wildbret und Geflügel, pro Kopf auf 49,82 (1931: 49,75) kg.

Der Fleischverbrauch zeigt somit gegenüber dem Vorjahre keine wesentliche Änderung. Die äußerst geringe Zunahme beträgt 0,07 kg pro Kopf.

Freibank.

Der Umsatz auf der Freibank hat im Berichtsjahre eine Zunahme um 2483 kg = 5,85 v. H. erfahren. Der Verkauf an Freibankfleisch betrug 44 941 (1931: 42 458) kg.

An einzelnen Fleischsorten wurden verkauft: Ochsenfleisch 1112 kg, Rindfleisch 4370 kg, Kuhfleisch 12 147 kg, Farrenfleisch 2315 kg, Kalbfleisch 1628 kg, Schweinefleisch 23 190 kg, Hammelfleisch 40 kg, Ziegenfleisch 117 kg, Kitzlein 22 kg.

In dem mit der Freibank verbundenen Hartmann'schen Fleischdämpfer wurden sterilisiert und gekocht zum Verkauf gebracht: 43 ganze und 114 Viertel Tiere, und zwar 2 Viertel Farren, 1 ganzer Ochse, 4 Viertel Kühe, 1 ganzes und 2 Viertel Rinder, 1 ganzes und 3 Viertel Kälber, 40 ganze und 103 Viertel Schweine. Der durch das Sterilisieren bedingte Gewichtsverlust betrug im Durchschnitt bei Rindfleisch 36 v. H. und bei Schweinen 26 v. H.

Die Fleischpreise auf der Freibank betrugen im Durchschnitt pro kg für Ochsenfleisch 89 Rpf, Rindfleisch 91 Rpf, Kuhfleisch 55 Rpf, Farrenfleisch 79 Rpf, Kalbfleisch 87 Rpf, Schweinefleisch 85 Rpf, Hammelfleisch 75 Rpf, Ziegenfleisch 50 Rpf, Kitzlein 100 Rpf.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kühlhaus und maschinelle Anlage.

Von den im Kühlhaus vorhandenen 154 Zellen mit einem Gesamtflächeninhalt von 614,18 qm waren 121 an hiesige, 3 an auswärtige Metzger und 1 an die Badische Fettschmelze, G.m.b.H., Karlsruhe, vermietet.

An einzelnen Haken wurden 4783 Stück vergeben. Außer zu den festgesetzten Stunden wurde das Kühlhaus gegen eine besondere Gebühr 3121 mal geöffnet.

Im Pökelraum waren von 87 Zellen 46 Zellen vergeben, und zwar 43 an hiesige, 2 an auswärtige Metzger und 1 an die Viehverwertungszentrale, G.m.b.H., Karlsruhe.

Von der Gefrieranlage für Wildbret und Geflügel war 1 Zelle an einen hiesigen Wildbrethändler und 1 an eine hiesige Firma zur Einlagerung von chinesischem Eigelb vergeben. Der übrige Gefrierraum war an verschiedene Firmen zur Einlagerung von Wildbret, Butter, Eigelb usw. vermietet.

In der Fleischhackerei wurden im Berichtsjahre 2973 (1931: 4073) kg Fleisch gehackt.

In der Eisfabrik wurden 31 628 (1931: 31 863) Zentner Eis hergestellt und abgegeben, und zwar im Monat April 1932 1293 Zentner, Mai 3653 Zentner, Juni 4237 Zentner, Juli 5319 Zentner, August 6934 Zentner, September 4050 Zentner, Oktober 2005 Zentner, November 1178 Zentner, Dezember 691 Zentner, Januar 1933 532 Zentner, Februar 568 Zentner, März 1168 Zentner.

Von dieser Menge wurden 14 168 Zentner den Abonnenten durch die Fuhrwerke des Schlachthofes zugeführt, während 17 460 Zentner an der Eisabgabestelle im Schlachthofe abgeholt wurden.

Die beiden Dampfmaschinen mit unmittelbar gekuppelten Kohlensäurekompressoren waren zusammen 2970 Stunden in Betrieb, der durch Elektromotor angetriebene Kompressor 2296 Stunden. Die 3 Einflammrohrdampfkessel hatten zusammen 6030 Betriebsstunden, hierbei wurden 968 165 kg Brennstoffe verheizt.

Der Verbrauch an städtischem Leitungswasser im Schlacht- und Viehhof betrug zusammen 108 864 cbm.

Vom städtischen Elektrizitätswerk wurden für Licht und Kraft zusammen 181 732 kWh Strom bezogen. Die eigene Stromerzeugungsanlage lieferte für Licht und Kraft noch 46 140 kWh, sodaß im ganzen 227 872 kWh verbraucht wurden.

Verschiedenes.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden verschiedene bauliche Unterhaltungsarbeiten und Verbesserungen der technischen Einrichtungen vorgenommen. Insbesondere wurde die bereits im Vorjahre versuchsweise aufgestellte elektrische Betäubungsanlage für Schweine zeitgemäß eingerichtet und gleichzeitig für die gesamte Schweineschlachtanlage eingeführt.

Auf Grund des Tuberkulosetilgungsverfahrens wurden im Berichtsjahr 14 Stück Großvieh geschlachtet und auf der Freibank verwertet bezw. für bankwürdig erklärt. Die Tiere stammten alle aus Baden und zwar in der Hauptsache aus dem Bezirk Karlsruhe.

Die Schweineexportschlachtungen haben eine bedeutende Abnahme erfahren, wurden doch im Berichtsjahre nur 61 Stück Schweine gegenüber 1718 Stück im Vorjahre und 9248 Stück im Jahre 1930 geschlachtet.

Auch in diesem Jahre veranstaltete die Badische Landwirtschaftskammer im Verein mit dem Badischen Landesschweinezuchtverband am 11. und 12. Februar 1933 im städtischen Schlacht- und Viehhofe in Karlsruhe die dritte badische Mastschweineschau mit Preiszuerkennung. Zweck und Ziel der Veranstaltung war, einmal den badischen Landwirten wertvolle Fingerzeige über Züchtung, Mästung und marktmäßige Behandlung ihrer Marktschweine zu geben, andererseits aber auch die Schweinemast in Baden zu heben, da noch 84,01 v. H. der Marktschweine aus Norddeutschland stammen. Auch diese dritte Veranstaltung hat ihren Zweck vollkommen erreicht, hat sie doch den Beweis erbracht, daß der badische Landwirt so gut wie der norddeutsche Mäster in der Lage ist, den heutigen Anforderungen der Verbraucherschaft durch Lieferung eines leichten Fleischschweines gerecht zu werden. Nachdem der Auftriebsanteil des Landes Baden an Schweinen auf dem Viehmarkt in Karlsruhe im letzten Jahre um 9,03 v. H. zugenommen hatte, ist

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

in diesem Jahre allerdings wieder eine Abnahme um 6,73 v. H. eingetreten. Immerhin ist gegenüber dem Jahre 1930 noch eine Zunahme von 2,30 v. H. zu verzeichnen. Dieser Wettbewerb soll möglichst alljährlich wiederholt werden.

Unter Leitung des Obertierarztes fand am hiesigen Schlachthofe zur Ausbildung von Fleischbeschauern ein vierwöchiger Unterrichtskurs statt. Sämtliche Teilnehmer erhielten nach abgelegter Prüfung den Befähigungsnachweis als Fleischbeschauer. Außerdem mußten sich sämtliche 8 Trichinenschauerinnen einer Nachprüfung in der Trichinenschau unterziehen.

Die Einrichtungen des Schlacht- und Viehhofes wurden wiederholt durch verschiedene Kommissionen, Bürgermeister, Innungsobermeister, Schüler verschiedener Fachschulen und durch Vereine besichtigt.

Mit Wirkung ab 20. Dezember 1932 ist ein neues Badisches Fleischsteuergesetz in Kraft getreten, was eine wesentliche Erhöhung der Fleischsteuersätze und eine Vermehrung der einzelnen Steuerklassen mit sich gebracht hat. Das neue Gesetz erbrachte auch für den Schlacht- und Viehhof eine bedeutende Arbeitsvermehrung durch die Umstellung der Erhebung der Steuer nach dem Lebendgewicht der Schlachttiere.

Der Großhandel mit frischem Fleisch hat im Berichtsjahre eine Zunahme erfahren, und zwar um 159435 kg = 36,74 v. H. Der Umsatz betrug 593396 (1931: 433961) kg = 7,61 v. H. des Gesamtfleischverbrauches bezw. 3,79 kg pro Kopf der Bevölkerung. An einzelnen Fleischsorten wurden verkauft: Rindfleisch 543170 kg, Kalbfleisch 8893 kg, Schweinefleisch 20735 kg, Hammelfleisch 20598 kg.

Fleischbeschau.

Ordentliche Fleischbeschau.

Von 9922 im Wirtschaftsjahr 1932 im städtischen Schlachthof geschlachteten und der Beschau unterstellten Großviehstücken wurden 112 Stück und 40 Viertel als nicht bankwürdig erklärt und der Freibank überwiesen. Als Genußuntauglich wurden 5 Kühe wegen Blutvergiftung befunden und dem Konsum gänzlich entzogen. Ferner wurden 3349 Organe und 27 kg Fleisch von Großvieh als genußuntauglich dem Konsum ferngehalten.

Von 66312 im Berichtsjahr geschlachteten Stück Kleinvieh wurden 408 Stück und 247 Viertel als nicht bankwürdig auf die Freibank verwiesen und 21 Stück als genußuntauglich dem Konsum gänzlich entzogen und der Abdeckerei zugeführt. Als genußuntauglich wurden ferner 9823 Organe und 195 kg Fleisch von Kleinvieh dem Konsum ferngehalten.

Von 253 Stück geschlachteten Pferden wurden 4 Stück als nicht bankwürdig auf die Freibank und 5 Stück als genußuntauglich der Abdeckerei überwiesen. Vernichtet wurden 26 Organe und 45 kg Fleisch von Pferden.

Von dem eingeführten und der Beschau unterstellten Fleisch wurden 4232 kg als nicht bankwürdig der Freibank und 108 kg als genußuntauglich der Abdeckerei überwiesen.

Wegen Schmuggelns beschlagnahmt, jedoch nach Entrichtung der Gebühren und Vorlage der Zeugnisse wieder freigegeben wurden 648 kg. Außerdem wurden 8 Viertel finniges Rindfleisch nach 21-tägigem Kühlen wieder ausgeführt.

Nach der Tuberkulosestatistik waren von 9922 geschlachteten Stück Rindvieh 2385 Stück = 24,0 (1931: 23,4) v. H. tuberkulös. Den höchsten Anteil an Tuberkulose hatten die Kühe mit 42,7 v. H., dann kamen die Farren mit 25,6 v. H., die Ochsen mit 25,5 v. H. und zuletzt die Rinder mit 17,5 v. H. Bei Großvieh hat der Prozentsatz der tuberkulösen Tiere gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung um 0,6 v. H. zu verzeichnen.

Unter den 41597 geschlachteten Schweinen befanden sich 465 tuberkulöse Tiere = 1,1 (1931: 1,5) v. H. Bei den Schweinen zeigte die Tuberkulose eine Abnahme um 0,4 v. H.

Die Finnenstatistik verzeichnete im Wirtschaftsjahr 1932 46 Stück geschlachtete, mit Finnen behaftete Rinder = 0,46 v. H. Sämtliche 46 Tiere waren schwachsinnig und wurden nach 21-tägiger Durchkühlung im Kühlhaus dem freien Verkehr übergeben. 1 Kalb mußte wegen starker Durchsetzung mit verkästen Finnen der Abdeckerei überwiesen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Trichinenschau.

Im Berichtsjahre wurden auf Trichinen untersucht: 41 597 Stück hier geschlachtete Schweine, 20 Stück hier geschlachtete Ferkel, 47 Stück hier geschlachtete Hunde, 115 Stück ganze Schweine, 20 Stück halbe Schweine, 86 Fleischstücke, 56 Speckstücke, 19 sonstige Fleischstücke, die aus dem Inland eingeführt, 9 Stück Schinken, 1 Stück Schweinefleisch, 341 Speckseiten, die aus dem Ausland eingeführt worden waren.

Bei 54 Schweinen wurden Kalkkronkremente festgestellt. Außerdem wurden bei 71 Schweinen Mieschersche Schläuche in größerer Anzahl gefunden. Weiterhin mußte 1 Hund wegen Pseudotrichinen als genußuntauglich der Abdeckerei überwiesen werden.

Tätigkeit des Laboratoriums.

Das Laboratorium wurde im Berichtsjahre in 129 Fällen zu Untersuchungen benutzt. Milzbrand wurde nicht beobachtet. Acht derartige Verdachtsfälle bei einer Kuh und 7 Schweinen bestätigten sich nicht. Die 19 Rotlauffälle gelangten wie früher entweder bakterioskopisch oder auf kulturellem Weg zur Feststellung. Auf letztere Weise konnte in 3 Fällen von verdächtiger Hautröte Rotlauf ausgeschlossen werden. Die bakteriologische Fleischuntersuchung wurde bei 17 Rindern, 15 Kälbern und 6 Schweinen vorgenommen. Bakterien der Paratyphusgruppe wurden dabei bei 2 Kälbern und 2 Schweinen nachgewiesen. Ein Schwein, bei dem Ikterus, Milzschwellung und Darmentzündung bei der Beschau vorgefunden wurde, war, wie die bakteriologische Untersuchung ergab, mit einer Pyocyaneus-Infektion behaftet. Die bakteriologische Untersuchung einer Krakauerwurst und einer Speckseite auf gesundheitsschädliche Mikroorganismen verlief negativ.

Durch die Kochprobe wurde bei 22 Binnenebern regelmäßig der charakteristische Geruch des Fleisches festgestellt. Bei 3 Rindern, 5 Schweinen und 4 Kälbern wegen Nephritis vorgenommene Kochproben verliefen negativ.

Erwähnenswert ist ein Fall von Ikterus beim Schwein, der durch zahlreiche, in die Gallengänge eingewanderte Askariden verursacht wurde.

Außerordentliche Fleischbeschau.

Im Laufe des Jahres fanden 908 Laden- und 1895 Marktkontrollen statt. Dabei wurde eine größere Menge Fleisch beschlagnahmt.

In 25 Wurstgeschäften war der Eintrag in das vorgeschriebene Trichinenschaubuch nicht regelmäßig erfolgt und mußten daher die Inhaber verwarnt werden. In 3 Fällen erging eine Anzeige wegen Fehlens von Trichinenschaubüchern.

Fleischbeschau in den Vororten.

Durch die städtischen Tierärzte wurden 21 Fleischbeschauungen in den Vororten vorgenommen und zwar in Daxlanden bei 10 Notschlachtungen, in Rüppurr bei 7 Notschlachtungen, in Bulach bei 4 Notschlachtungen.

Sonstiges.

Behandlung der Tiere in den städtischen Betrieben.

Im Berichtsjahr wurden 146 Besuche im Stadtgarten ausgeführt, wobei 325 mal tierärztlich behandelt wurde. Geheilt wurden 48 Patienten, zur Sektion gelangten 41 Tiere, von welchen 31 vorher nicht behandelt worden waren.

Das Entweichen der Enten, speziell der Wildenten, konnte dadurch verhütet werden, daß bei einem großen Teil derselben sowie bei den für die Stelzvogelwiese bestimmten Tieren die Flügel amputiert wurden.

Die Bekämpfung der Tuberkulose des Geflügels, eines Tigers, einer Löwin und anderer Tiere geschah mittels Impfung mit dem „Friedmann"-Serum.

Die Schweine des städtischen Krankenhauses wurden der Rotlaufimpfung unterzogen. Bei den neu eingestellten Tieren wurde nach der tierärztlichen Untersuchung ebenfalls die Schutzimpfung gegen Rotlauf vorgenommen.

Für das Gaswerk-Ost wurde ein Hund behandelt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Farren-, Ziegenbock- und Eberhaltung in den Vororten.

In den Vororten waren folgende Zuchttiere aufgestellt: In Beiertheim-Bulach 2 Zuchtfarren und 3 Zuchtböcke, in Daxlanden 2 Zuchtfarren, 5 Zuchtböcke und 2 Zuchteber, in Rintheim 1 Zuchtfarren und 2 Zuchtböcke, in Rüppurr 2 Zuchtfarren und 3 Zuchtböcke. Im Laufe des Berichtsjahres wurden 2 Zuchtfarren, 5 Zuchtböcke und 1 Zuchteber abgegeben, 2 Zuchtfarren, 6 Zuchtböcke und 1 Zuchteber beschafft.

Die neu eingestellten Zuchtböcke wurden tätowiert. 2 erkrankte Farren und 2 erkrankte Ziegenböcke wurden tierärztlich behandelt. Außerdem wurden der Gesundheitszustand, die Pflege, Fütterung, die Stallungen und Führung der Sprunglisten der Tierbestände öfters unvermutet kontrolliert.

Für die Zuchttierhaltungen wurden Ausgaben in Höhe von 20 809,74 (1931: 23 873) *RM* erforderlich. An Einnahmen fielen 5092,03 (1931: 5776) *RM* an.

Personalstand und finanzielle Ergebnisse.

Beim Schlacht- und Viehhof waren am Ende des Berichtsjahres 25 Beamte, 2 Angestellte und 38 Arbeiter beschäftigt.

Die Wirtschaftseinnahmen des Schlacht- und Viehhofs beliefen sich im Berichtsjahr auf 735 556,53 (1931: 764 935) *RM*. An Betriebsausgaben entstanden 433 021,98 (1931: 472 619) *RM*. Der Kapitaldienst erforderte 184 430 (1931: 186 240) *RM*, dem Erneuerungsfonds wurden 14 100 (1931: 12 900) *RM* zugeführt. An die Stadthauptkasse gelangten als Überschuß einschließlich der Ersparnisse aus den Gehalts- und Lohnkürzungen 104 004,55 (1931: 93 176) *RM* zur Ablieferung.

8. Märkte und Messen.

a. Märkte und Straßenhandel.

Der Verkehr auf den Wochenmärkten hat sich im Berichtsjahr in derselben Stärke bewegt wie im Vorjahre. Die Belieferung sowohl auf dem Großmarkt wie auf den Kleinmärkten kann im allgemeinen als günstig bezeichnet werden. Besonders günstig war die Beschickung durch Frischobst, während die Zufuhr an deutschem Kernobst infolge der schlechten Ernte zu wünschen übrig ließ. Durch Einführung insbesondere amerikanischer und australischer Äpfel konnte die Nachfrage reichlich gedeckt werden. Infolge der nassen Witterung wurde Gemüse reichlich angeboten, ebenso Kartoffeln. Die reiche Kartoffelernte drückte sehr auf den Preis. Das Angebot von lebenden Fischen war infolge des günstigen Wasserstandes im Frühjahr recht gut, desgleichen die Zufuhr von Seefischen.

Der Absatz sämtlicher auf den Markt gebrachter Lebensmittel war wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse schleppend. Die Zahl der die Märkte besuchenden Groß- und Kleinhändler sowie der Erzeuger ist gegenüber dem Vorjahr dieselbe geblieben.

Die Wochenmärkte am alten Bahnhof und am Ludwigsplatz waren durchschnittlich von 40 bis 50 Großhändlern, 300 bis 350 Kleinhändlern und 180 Erzeugern beschickt, der Markt auf dem Gutenbergplatz von 110 bis 140 Kleinhändlern und 50 bis 60 Erzeugern, der Markt auf dem Werderplatz von 100 bis 120 Kleinhändlern und 40 bis 50 Erzeugern, der Oststadtmarkt von 80 bis 100 Kleinhändlern und 30 bis 40 Erzeugern, der Mühlburger Markt von 8 bis 12 Kleinhändlern und 4 bis 6 Erzeugern. Für den letzeren Markt ist eine Verlegung oder Aufhebung in Aussicht genommen.

Der Oststadtmarkt wurde im November vorigen Jahres von der Georg-Friedrich-Straße nach dem Hermann-Göring-Platz verlegt. Der Bürgerverein der Oststandt gab seiner Freude an diesem für den Stadtteil bedeutenden Ereignis durch eine Feier Ausdruck. Den Auftakt bildete ein origineller Festzug der Markthändler. Auf dem Platze fand eine Begrüßungs- und Eröffnungsfeier statt, die von Musik- und Gesangsvorträgen umrahmt war.

Die Einnahmen auf sämtlichen Märkten können als gut bezeichnet werden und haben die im Voranschlag vorgesehenen Beträge noch überschritten. Sie betrugen einschließlich Straßenhandel 84 118,34 *RM*. Hierzu kamen für vermietete Lagerräume im alten Personenbahnhof

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

6301,10 RM und der Mietwert für Büroräume des Standesamts und der Bibliothek mit 6790 RM, ferner 994,70 RM sonstige Einnahmen, zusammen 98204,14 (1931: 97665) RM. An Ausgaben sind entstanden: 103350,35 (1931: 84435) RM. Hierunter sind für dringende Bauunterhaltung des Empfangsgebäudes am alten Bahnhof 12000 RM, für Verzinsung und Tilgung des Kapitals, das zum Ankauf des alten Bahnhofgeländes, soweit es für Marktzwecke bestimmt ist, aufgewendet wurde, 46030 RM inbegriffen.

Vom 29. Oktober bis 2. November fand vor dem Hauptfriedhof in der Karl-Wilhelm-Straße wie alljährlich der Verkauf von Blumen und Kränzen anläßlich Allerheiligen statt, desgleichen wurden einige Verkaufsplätze vor den Friedhöfen in Mühlburg und Daxlanden vermietet.

Zur Ausübung des Straßenhandels sind teils Verkaufshäuschen aufgestellt, teils offene Plätze zum Aufstellen von Ständen vermietet. Von den Verkaufshäuschen stehen 21 Stück auf stadteigenem und 14 auf nicht stadteigenem Gelände. An offenen Verkaufsständen waren im Jahr 1932 vermietet: Für den Verkauf von Obst und Südfrüchten 15 Plätze, für Blumen 2, für Bretzeln 2, für Speiseeis 23 und für geröstete Maroni 9 Plätze.

b. Messen, Kirchweihen und dergl.

Der Besuch der beiden Messen (Frühjahrs- und Herbstmesse) und die Nachfrage nach Plätzen war gut, der Geschäftsgang der wirtschaftlichen Lage entsprechend. Besonders machte sich die Geldknappheit und die Arbeitslosigkeit stark bemerkbar. Die Einnahmen für beide Messen betrugen 39185,45 RM, die Ausgaben 25656,32 RM, sodaß ein Überschuß von 13529,13 (1931: 20722) RM verblieb. Vom 2. bis 11. Juli 1932 war der Meßplatz an den Verein der Württemberger, Ortsgruppe Karlsruhe, zur Abhaltung eines Volksfestes vermietet.

Die Kirchweihfeste in den Stadtteilen Mühlburg und Rintheim fanden in der Zeit vom 9. bis 12. September, in Daxlanden, Beiertheim und Grünwinkel vom 15. bis 17. Oktober statt. Die sonstigen Einnahmen außerhalb der Messen betrugen 2925,80 RM.

9. Milchzentrale.

Bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres 1931 konnte das am 1. Januar 1932 in Kraft getretene Reichsmilchgesetz auf die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe keinen Einfluß ausüben. Dagegen wurden im Laufe des Wirtschaftsjahres 1932 vom Badischen Minister des Innern auf Grund des § 38 des Reichsmilchgesetzes die milchwirtschaftlichen Zusammenschlüsse, zunächst für Oberbaden, unterm 21. Dezember 1932 auch für Mittelbaden, verfügt. Die Aufgabe der milchwirtschaftlichen Zusammenschlüsse besteht darin, den Landwirten ihre gesamte Milcherzeugung abzunehmen, den Preis für die Frischmilch auf einem für die Landwirtschaft angemessenen Stand zu halten, den Preis für Werkmilch durch eine von dem Frischmilchabsatz zu erhebende Ausgleichsabgabe zu erhöhen und so einen angemessenen Durchschnittserlös aus der Milcherzeugung für die Landwirtschaft zu schaffen. Da der Milchzusammenschluß auch Erzeuger- und Verbraucherpreis festsetzt, wurde der Stadt trotz des Betriebs der Milchzentrale die Einflußmöglichkeit auf die Milchpreisgestaltung genommen. Außerdem erwuchs der städtischen Milchzentrale, die bisher in der Hauptsache nur der Verarbeitung und dem Absatz von Frischmilch gedient hatte, die Verpflichtung, künftig auch Werkmilch in größerem Umfang hereinzunehmen. Hierdurch hätte die städtische Milchzentrale den Charakter eines Versorgungsbetriebs eingebüßt und wäre zu einem Industrie- und Handelsunternehmen geworden. Neben dem Absatz der Frischmilch wäre erforderlich gewesen, eine Organisation für den Vertrieb der Milchprodukte zu schafffen, was außerhalb des Aufgabenbereichs einer Kommunalverwaltung liegt und durch das Nebeneinanderbestehen zweier Zentralen im hiesigen Verbrauchergebiet besonders gefahrvoll für die Stadt geworden wäre. In Anbetracht dieser Umstände sah sich die Stadtverwaltung genötigt, die städtische Milchzentrale gegen Bezahlung einer Entschädigung von 110000 RM durch den Badischen Molkereiverband Karlsruhe, e. V., mit dem 31. Januar 1933 stillzulegen.

In der Zeit vom 1. April 1932 bis 31. Januar 1933 wurden von der Städt. Milchzentrale 4454643 Liter Milch, 23869 Liter Rahm und 52596 Pfund Butter bezogen. In den einzelnen Monaten gestaltete sich der Milcheingang wie folgt: April 1932 412105 Liter, Mai 464843 Liter,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Juni 484 503 Liter, Juli 484 147 Liter, August 477 607 Liter, September 426 131 Liter, Oktober 438 460 Liter, November 422 716 Liter, Dezember 416 396 Liter, Januar 1933 427 735 Liter. Gegenüber dem Vorjahr hielt sich der Milchbezug auf ungefähr derselben Höhe. Abgegeben wurden als Frischmilch 3 817 153 Liter oder monatlich durchschnittlich 381 715 Liter gegen durchschnittlich 400 973 Liter im Vorjahr. Der Frischmilchabsatz verminderte sich somit gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1931 um 4,8 v. H. Verarbeitet wurden 579 475 Liter Milch und 23 869 Liter bezogener Rahm, und zwar wurden 283 897 Liter Milch verbuttert, 294 040 Liter entrahmt, 14 344 Liter zu Yoghurt und Kakaotrunk verarbeitet, 32 194 Liter verkäst. Ein Betriebsverlust an Milch entstand in Höhe von 74 880 Liter = 1,67 v. H. Der Flaschenmilchhandel ging weiter erheblich zurück, und zwar von 683 Liter pro Tag im Vorjahr auf 484 Liter pro Tag im Wirtschaftsjahr 1932 = um 29,28 v. H. Auch der Verkauf von Rahm und Yoghurt verminderte sich um 13,65 bezw. 20,43 v. H., dagegen konnte bei Kakaotrunk eine Erhöhung der Abgabe um 8 v. H. verzeichnet werden. Infolge stärkerer Verbutterung von Milch als im Vorjahr war bei der Butter eine Erhöhung der Abgabe um 14,75 v. H. und bei Quark um 25,42 v. H. eingetreten.

Der Milchpreis für die Verbraucher wurde bis einschließlich des Monats Dezember mit 28 Rpf je Liter offen aufrechterhalten. Ab 1. Januar 1932 wurde der Milchpreis um 2 Rpf je Liter ermäßigt. In gleicher Weise wurde der Preis für Flaschenmilch von 34 Rpf auf 32 Rpf je Liter herabgesetzt.

Die städtische Milchzentrale beschäftigte am 31. Januar 1933 2 Beamte, 5 Angestellte und 21 Arbeiter. Infolge Stillegung der Milchzentrale wurde der Direktor in den Ruhestand, der weitere Beamte und 2 Arbeiter zu anderen Dienststellen versetzt, 4 Angestellte und 18 Arbeiter von der Milchzentrale Karlsruhe, G. m. b. H., übernommen.

Für das Wirtschaftsjahr 1932 schloß die Milchzentrale infolge der Zahlung von Abfindungen an ausgeschieden Angestellte und hoher zweifelhafter Außerstände, die abgeschrieben werden mußten, mit einem bilanzmäßigen Verlust von 53 069,93 RM ab.

10. Gartenverwaltung.

a. Gartenamt.

Der Aufgabenkreis des Gartenamts war im Berichtsjahr der gleiche wie im Jahre zuvor. Im Personalstand trat insofern eine Änderung ein, als der im Vorjahr aufgeführte Angestellte und 2 Arbeiter entlassen wurden. Am Ende des Berichtsjahres waren somit beim Gartenamt noch 9 Beamte und 92 Arbeiter beschäftigt gegenüber 94 Arbeitern in Jahre 1932.

Die durch die bezirkspolizeiliche Vorschrift angeordnete Nachschau über die richtige Durchführung der Schnakenbekämpfung wurde auch im Berichtsjahr vorgenommen. Die Sommerbekämpfung erstreckte sich in der Hauptsache auf die am Rande der Stadt liegenden Gewässer und Kleingärten. Es wurde dabei festgestellt, daß die Kleingärtner es vielfach an der erforderlichen Sorgfalt in der Bekämpfung fehlen ließen. Eine ganze Reihe von Kleingartenbesitzern mußte wegen Unterlassung der Bekämpfung, trotz wiederholter Mahnung, zur Anzeige gebracht werden. Insgesamt wurden für die Sommerbekämpfung 17 Faß Schnakensaprol verwendet. Die Bekämpfung in den städtischen Rheinwaldungen wurde vom Forstamt Karlsruhe durchgeführt. Dazu wurden 20 Faß Schnakensaprol verbraucht. Die Nachschau über die Winterbekämpfung wurde in den Monaten Januar, Februar und teilweise auch im März vorgenommen. Hierbei konnte die Wahrnehmung gemacht werden, daß wesentlich weniger Schnaken als in früheren Jahren in den Kellerräumen überwintertern. Dies dürfte auf die ausgiebige Bekämpfung in den vergangenen Jahren zurückzuführen sein. In 3 124 Häusern mit 5 737 Räumen wurden Schnaken vorgefunden. Durch die Bekämpfung sind 10 776 RM Unkosten für Löhne und Materialen entstanden, denen Einnahmen in Höhe von 1 721 RM gegenüberstehen.

b. Stadtgärtnerei.

Der Betrieb der Stadtgärtnerei umfaßte — wie im Vorjahre — die Anzuchtgärtnerei, die Gewächshäuser und die Baumschule. In der Stadtgärtnerei, einschließlich Baumschule, werden alle im Stadtgarten und in den anderen Betriebsabteilungen benötigten krautartigen Gewächse

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

herangezogen. Die Baumschule dient der Anzucht und der Vermehrung von Stauden und Gehölzen und als Zwischenpflanzung auch der Anzucht von Gemüse und Futtermitteln für die Tiere des Stadtgartens. In der Anzuchtgärtnerei im Stadtgarten werden alljährlich etwa 180000 Pflanzen und in der Baumschule jährlich etwa 20000 Pflanzen gezüchtet. Der Inventarwert der Pflanzen in der Baumschule und in der Anzuchtgärtnerei beträgt rund 90000 *RM*.

c. Stadtgarten.

Für den Stadtgarten wurden im Berichtsjahre 327994 (1931: 369811) Tageskarten einschließlich 12644 (1931: 5558) Eisbahnkarten, 7315 (1931: 10667) Jahreskarten für Abonnenten, 541 (1931: 635) Ferienkarten verkauft. Von den Jahreskarten entfielen 1593 auf Herrenkarten, 2792 auf Damenkarten, 1032 auf Schülerkarten, 314 auf Studentenkarten, 1376 auf Rentnerkarten, 114 auf Kinderkarten und 94 auf Kinderwärterinnenkarten. An Tageskarten wurden 189677 Stück gewöhnliche Tageskarten für Erwachsene, 61929 Stück gewöhnliche Tageskarten für Kinder, 51801 Konzertkarten für Erwachsene, für besondere Veranstaltungen 9423 Karten für Erwachsene und 2520 Karten für Kinder ausgegeben; Eisbahnkarten wurden 12644 verkauft.

Für die Benützung besonderer Einrichtungen im Stadtgarten wurden verabfolgt: 54025 Bootskarten zu 10 *Rpf*, 227 Stadtgartenführern zu 30 *Rpf*, 2289 Reitkarten zu 20 *Rpf* und 3874 Fahrkarten zu 10 *Rpf*. Die im Stadtgarten aufgestellten elektrischen Seitz-Personenwaagen wurden im Berichtsjahr von 12383 Personen benützt.

An Konzertveranstaltungen fanden statt: 21 Morgenkonzerte an Sonn- und Feiertagen, bei denen kein besonderer Musikzuschlag erhoben wurde, 26 Nachmittagskonzerte an Sonn- und Feiertagen, 17 Sonntag-Abendkonzerte, 39 Werktags-Nachmittagskonzerte, 9 Werktag-Abendkonzerte. Als besondere Veranstaltungen wurde der Sommertagszug und die Johannesfeier abgehalten.

Wie im Jahre zuvor beteiligten sich auch im Wirtschaftsjahr 1932 gemäß eines bestehenden Vertrages fünf Kapellen, nämlich die Kapelle des Musikvereins Karlsruhe, des Musikvereins Harmonie, der Feuerwehrkapelle, der Badischen Polizeimusiker und des Philharmonischen Orchesters an den Konzerten auf Grund eines vom Gartenamt aufgestellten und vom Stadtrat genehmigten Konzertausteilers.

Die Eisbahn im Stadtgarten war während des Winters an 8 Tagen benützbar.

In den einzelnen Monaten des Wirtschaftsjahres wurde der Stadtgarten mit Tageskarten und Karten für Konzerte oder besondere Veranstaltungen besucht: im April 1932 von 17020 Personen, im Mai von 61062 Personen, im Juni von 60207 Personen, im Juli von 51659 Personen, im August von 59452 Personen, im September von 35093 Personen, im Oktober von 13329 Personen, im November von 3559 Personen, im Dezember von 2075 Personen, im Januar 1933 von 15963 Personen, im Februar von 2167 Personen, im März von 6408 Personen, zusammen von 327994 Personen.

Jahreskarten wurden gelöst: im April 1932 4850 Stück, im Mai 1568 Stück, im Juni 520 Stück, im Juli 163 Stück und 113 Ferienkarten, im August 67 Stück und 423 Ferienkarten, im September 23 Stück und 5 Ferienkarten, im Oktober 6 Stück und 74 Winterkarten, im November 30 Winterkarten, im Dezember 5 Winterkarten, im Januar 1933 5 Winterkarten, im Februar 3 Winterkarten, im März 1 Winterkarte, zusammen 7315 Jahres- bzw. Winterkarten und 541 Ferienkarten.

Ferner wurde der Stadtgarten durch 8762 Schüler hiesiger Schulen und 2073 Schüler auswärtiger Schulen besucht.

Der Tierbestand im Stadtgarten enthielt im Berichtsjahr fast alle Tierarten, die man in zoologischen Gärten zu sehen gewohnt ist. Es waren u. a. vorhanden: 1 Elefant, 3 Kamele, 2 Dromedare, 4 Lamas, 3 Yaks, 2 Chapmann Zebras, 4 Zwergzebus, 4 Shetland Ponys, 1 Moufflon, 3 Bison, 3 Eisbären, 7 Braunbären, 4 Löwen, 2 Leoparden, 1 Tiger, 2 Seelöwen, 2 Seehunde und eine artenreiche Samlung von Hirschen. Dazu kamen noch auf der Stelzvogelwiese Flamingos, Kraniche in vier Arten, Störche, Pelikane in drei Arten, weiter von den straußartigen Vögeln 1 afrikanischer Strauß, 1 Helmkasuar und 2 Emus. Auf dem Schwanensee sind 3 Arten Schwäne und viele Enten vertreten. Ein besonderes Vogelhaus beherbergt eine reichhaltige Sammlung von Papageien, unter denen sehr schön Araras erwähnt seien, ferner Turkane, Turacos, Sittiche

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

verschiedener Art, Webervögel u. a. m. Ebenso haben in diesem Hause zwei prächtige Alligatoren Unterkunft gefunden. Der Tierbestand wird noch vervollständigt durch ein Rudel Wildschweine, kleinere Raubtiere, Fischottern und Biber.

Als Neuerwerbungen sind besonders zu erwähnen: 1 Lama, 1 Marabu, 10 Brillenpinguine, 1 Wapiti, 2 Rehe, 1 Emu, 1 Kamel.

Geboren wurden im Stadtgarten 1 Wapiti, 1 Sikahirsch, 1 Lama, 2 Bison, 1 Dromedar, 1 Damhirsch, 1 Shetland Pony, 2 Yaks, 14 Wildschweine, 1 Zwergzebu, 5 Rattenfänger und eine Anzahl Meerschweinchen, Hasen und Mäuse.

Erbrütet wurden 4 Schwäne, 36 Fasanen, 76 verschiedene Enten, 100 Rassetauben, 5 blaue Pfauen, 1 Nandey-Sittich und 20 Wellensittiche.

Schenkungen an den Tiergarten waren folgende zu verzeichnen: 1 Tirikka-Sittich und 1 Gelbhaubenkakadu.

Zur Ergänzung des Tierbestandes standen 5000 *RM* zur Verfügung.

Futter, Streu, tierärztliche Behandlung usw. erforderten rund 42000 *RM*.

An Futtermitteln wurden verbraucht: 800 Zentner Heu, 450 Zentner Hafer, 350 Zentner Stroh, 180 Zentner Weizen, 485 Zentner Gerste, Kleie, Mais usw., 500 Zentner Runkelrüben, 300 Zentner Gelberüben, 200 Zentner Kartoffeln, 130 Zentner Kastanien und Eicheln, 450 Zentner Fleisch, 400 Zentner Fische, 200 Zentner Grünfutter, 32 Zentner Haferkerne, Erdnüsse, Hanfsamen usw., 10 Zentner Garneelen, 1 Zentner Ameisenpuppen, 1 Zentner Spanische Fliegen, 140 Zentner Brot, 1 Zentner Zucker, 3 Zentner Obst, 4800 Liter Milch, 1000 Eier und 525 Liter Lebertran.

Die Kosten für Heizung und Beleuchtung sowie Wasser beliefen sich auf 6000 *RM*.

Die unbedingt notwendigen Reparaturen an Tierhäusern erforderten einen Aufwand von 2530 *RM*. An den Erneuerungsfonds für Erstellung eines Affenhauses wurde im Wirtschaftsjahre 1932 keine Rücklage geleistet. Der Stand des Fonds betrug am 31. März 1933 60165,60 *RM*.

Die Einnahmen des Stadtgartens beliefen sich im Wirtschaftsjahre 1932 auf 121955,93 (1931: 160865) *RM*, die Ausgaben auf 362509,13 (1931: 404654) *RM*. Ein Zuschuß war in Höhe von 240553,20 (1931: 243789) *RM* erforderlich. Die Stadtgartenwirtschaft erbrachte 7282 *RM*, die in den Gesamteinnahmen inbegriffen sind.

d. Öffentliche Anlagen.

Größere Neuanlagen wurden nicht ausgeführt, dagegen kleinere Anlagen bei den Kriegerdenkmälern in Daxlanden und Grünwinkel. In zwei Straßen der Stadt, der Kriegsstraße zwischen Westendstraße und Schillerstraße und in der Bismarckstraße, wurde in den zu dicht stehenden Baumreihen jeder zweite Baum entfernt, in der Albuferstraße wurden 91 Nußbäume neuangepflanzt. In der Albsiedlung wurden etwa 2500 qm Wege neu geschaffen und die Böschung im Zuge der Silcherstraße vom Rabenweg bis zur Eckenerstraße mit etwa 4000 jungen Gehölzen und einer Hecke von rund 200 laufenden m angepflanzt. Im Gebiet des Dammerstocks wurden rund 40000 qm Grünflächen eingeebnet und unterhalten sowie 1200 qm Gehwege daselbst angelegt. Ferner wurden in diesem Teil etwa 1500 Bäume und Sträucher angepflanzt. Auf dem alten Friedhof wurden die Grabsteine, soweit diese nicht erhalten bleiben müssen, entfernt und die Vorarbeiten zur Einebnung der früheren Grabflächen und zur Anpflanzung von Hecken getroffen.

Im Berichtsjahr wurden vom Gartenamt 3300 a Parkanlagen, 1211 a Schmuckanlagen, 172,5 a Kinderspielplätze, 565 a Krankenhausanlagen und 8060 Straßenbäume unterhalten. Ferner unterstanden der Verwaltung des Gartenamts 9 Schulgärten von zusammen 39 a.

Die öffentlichen Anlagen erforderten im Berichtsjahr einen Zuschuß in Höhe von 141223,96 (1931: 155551) *RM*.

e. Kleingärten.

An Kleingärten waren wie im Vorjahr rund 2100 Einzelgärten im Ausmaß von rund 5260 a vorhanden. Die Kleingärten benötigten im Wirtschaftsjahr 1932 einen Zuschuß von 2168,29 (1931: 3274) *RM*.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

11. Festhalle.

Im Wirtschaftsjahr 1032 unterlagen wie bisher der große Saal, der kleine Saal, die Garderoben und der Biertunnel der Vermietung durch die Stadt. Die übrigen Räumlichkeiten — Glashalle, Roter Saal und Weinsaal — waren an den Stadtgartenwirt zum Betrieb der Stadtgarten- und Festhallewirtschaft vergeben.

Im Laufe des Berichtsjahres fanden im großen Saal 115, im kleinen Saal 39, im großen und kleinen Saal 6, zusammen 160 (1931: 140) Veranstaltungen statt. Hierbei wurde der große Saal von 211 850, der kleine Saal von 13 520, der große und der kleine Saal von 17 800, die Festhalle zusammen von 243 170 (1931: 222 736) Personen besucht.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der abgehaltenen Veranstaltung um 14,29 v. H., die Zahl der Besucher um 9,17 v. H.

Die Verwaltung der Festhalle wurde im Berichtsjahr durch die Verwaltung des städtischen Verkehrswesens besorgt. Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden für die Festhalle 46 907,71 (1931: 43 269) *RM* vereinnahmt, 80 355,06 (1931: 97 451) *RM* verausgabt. Ein Zuschuß war erforderlich in Höhe von 33 447,35 (1931: 54 182) *RM*.

12. Konzerthaus.

Die Benützung des Konzerthauses war auch im Berichtsjahr nur eine mäßige, obgleich sowohl eine Erhöhung der Zahl der abgehaltenen Veranstaltungen als auch der Besucher zu verzeichnen war. Im Konzerthaus fanden im Wirtschaftsjahr 1932 658 (1931: 429) Veranstaltungen mit 203 709 (1931: 157 899) Besuchern statt.

Das Badische Staatstheater gab im Berichtsjahr 103 Vorstellungen im Konzerthaus, darunter 72 der Sommeroperette, die von 45 792 bzw. 30 137 Personen besucht waren. Die 515 regelmäßigen Vorfühungen der Badischen Lichtspiele hatten 133 752 und die 15 Sondervorführungen für Erwerbslose 5 375 Besucher aufzuweisen. Die 18 sonstigen Veranstaltungen (Tanzabende, Vorträge, Versammlungen, Filmvorträge und Feierlichkeiten) hatten einen Besuch von 18 790 Personen zu verzeichnen. Außerdem wurde das Konzerthaus 4 mal zur Auflage von Wählerlisten benützt.

Die gegenüber dem Vorjahr um 45 810 gesteigerte Besucherzahl des Konzerthauses ist in erster Linie auf einen stärkeren Zustrom zu den Vorführungen der Badischen Lichspiele mit 45 944 Personen und zu den Vorstellungen des Badischen Staatstheaters mit 5 526 Personen zurückzuführen. Dagegen nahm der Besuch der übrigen Veranstaltungen um 5660 Personen ab.

Die Verwaltung des Konzerthauses oblag auch im Berichtsjahr der Verwaltung des städtischen Verkehrswesens. Für das Konzerthaus ergaben sich im Wirtschaftsjahr 1932 30 595,66 (1931: 29 863) *RM* Einnahmen und 83 180,08 (1931: 87 461) *RM* Ausgaben, sodaß ein Zuschuß von 52 584,42 (1931: 57 958) *RM* erforderlich wurde.

13. Ausstellungshalle.

In der Ausstellungshalle fanden im Wirtschaftsjahr 1932 zwei Ausstellungen statt. In der Zeit vom 5. bis 9. August wurde die „Große Feuerwehrausstellung" in Verbindung mit dem 21. Deutschen Feuerwehrtag gezeigt, die von 30 000 Personen besucht wurde. Die Ausstellung war auch auf das angrenzende Freigelände neben der Ausstellungshalle ausgedehnt. In der Zeit vom 29. Oktober bis 9. November veranstaltete der Karlsruher Hausfrauenbund die Ausstellung „Deutsche Woche", zu deren Besuch sich 17 000 Personen eingefunden hatten.

Vom 1. November 1932 bis31. März 1933 wurde die Ausstellungshalle wieder dem Stadtausschuß für Leibesübungen zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung der Ausstellungshalle oblag wie bisher der Verwaltung des Verkehrswesens. Die Ausstellungshalle erbrachte im Berichtsjahr 2 898 (1931: 1 273) *RM* an Einnahmen; Aus-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gaben wurden in Höhe von 64 674 (1931: 65 095) RM erforderlich, sodaß ein Zuschuß von 61 776 (1931: 63 822) RM notwendig wurde.

14. Badeanstalten.

Die Gesamtbesucherzahl in den städtischen Bädern betrug im Wirtschaftsjahr 1932 676 351 gegenüber 660 599 im Vorjahre. Die Zunahme ist in erster Linie auf den stärkeren Besuch der Freibäder, auf den gesteigerten Besuch der Schwimmbäder durch Schüler infolge des Schulschwimmunterrichts sowie auf den in den Wintermonaten in den Hallenbädern erteilten unentgeltlichen Schwimmunterricht an jedermann zurückzuführen. Die Besucherzahlen für die Wannen- und Kurbäder haben weiter abgenommen. Der Rückgang ist durch die allgemeine wirtschaftliche Lage begründet, die auch die Krankenkassen zu erneuten Einschränkungen bei Verordnung von Kurbädern nötigte.

Die Gesamtbesucherzahl verteilt sich auf die einzelnen Bäder wie folgt: Im Vierordtbad 240 921 gegen 244 024 im Vorjahre, im Friedrichsbad 206 924 gegen 209 601. Das Beiertheimer Bad, das im Jahre 1931 bis 1. Oktober 1931 einen Besuch von 4 476 hatte, war während des ganzen Wirtschaftsjahres 1932 geschlossen. Im Rheinstrandbad Rappenwört waren 206 616 Besucher gegenüber 183 368, im Sonnenbad am Rheinhafen 21 890 Personen gegenüber 19 130 im Vorjahre zu verzeichnen.

Bäderkarten zu ermäßigtem Preis wurden an Vereine, Gesellschaften und Gewerkschaften sowie sonstige Organisationen 81 000 Stück (1931: 59 000) abgegeben.

In den Wintermonaten November 1932 bis März 1933 wurde wie in den beiden Vorjahren in den Hallenbädern unentgeltlicher Schwimmunterricht an jedermann erteilt. Die Teilnehmerzahl betrug 966 Personen gegenüber 558 im Vorjahre. Die starke Zunahme ist auf die große Beteiligung auswärtiger Arbeitslager zurückzuführen. Gleichzeitig wurden verschiedene Kurse zur Erlernung des Rettungsschwimmens durchgeführt, sodaß sich die Zahl der Rettungsschwimmer in Karlsruhe dauernd vergrößert.

Das Personal der städtischen Bäder bestand aus 14 Beamten, 1 Beamtenanwärter, 1 Dauerangestellten, 43 dauernd und 7 vorübergehend beschäftigten Arbeitern (darunter 23 Arbeiterinnen). Hiervon war ein Beamter mehrere Monate bei einer anderen Dienststelle beschäftigt; der Beamtenanwärter war das ganze Winterhalbjahr bei der Karlsruher Notgemeinschaft tätig.

Eine Aufteilung des Personals der Zahl nach auf die einzelnen Bäder ist nicht möglich, weil je nach Wetter und Betrieb das Personal in den einzelnen Bädern beschäftigt wird. Im Sonnenbad am Rheinhafen sind durchschnittlich 1 Arbeiter und 1 Arbeiterin, im Rheinstrandbad Rappenwört dauernd ein Vorarbeiter und während der Sommermonate 7 vorübergehend Beschäftigte tätig. Außerdem kommen noch nach Bedarf Leute aus den Hallenbädern hinzu. Der Sonn- und Feiertagsbetrieb wurde fast durch das gesamte Personal (an manchen Tagen bis zu 40) durchgeführt. Die Gesamteinnahmen für alle städtischen Bäder betrugen 402 037 RM, die Ausgaben ohne die Abführung der Ersparnisse aus den Gehalts- und Lohnkürzungen gemäß den Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 und vom 5. Juni 1931 an die Stadthauptkasse 418 054 RM. Ein Zuschuß wurde in Höhe von 16 017 (1931: 31 163) RM benötigt.

a. Vierordtbad.

Die gespannte Finanzlage ließ nur die Durchführung der unbedingt notwendigen Arbeiten zu. So wurde die elektrische Beleuchtungsanlage teilweise verbessert; die bereits im letzten Jahre begonnene Verlegung der noch auf Isolatoren liegenden Leitungen in Schutzrohre wurde fortgesetzt, konnte jedoch noch nicht restlos durchgeführt werden. Zur Feststellung des Eigenstromverbrauchs wurden Zähler eingebaut, außerdem die Schaltanlage verbessert. Durch Anschlußänderungen ist es gelungen, den Wasserverbrauch aus der städtischen Leitung einzuschränken; die Wasserversorgung wurde in der Hauptsache durch das eigene Pumpwerk besorgt. Im Oktober 1932 wurde zur Erzielung von Brennstoff-Ersparnissen (rund 40 v. H.) und zur Beseitigung von Rauch eine automatische Unterschubfeuerung für 2 Kessel errichtet. Die Anlagekosten für diese Unterschubfeuerung mit rund 9600 RM werden aus den wirklich erzielten Ersparnissen an Brennstoffkosten in

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

monatlichen Raten an die Erstellerfirma bezahlt. Weiter wurde eine gründliche Nachschau der beiden Generatoren sowie eine durchgreifende Reparatur der Akkumulatorenbatterie vorgenommen. Der über dem Transformatorenraum gelegene Wärmeraum neben der Schwimmhalle wurde mit wasserdichten Bodenplatten neu belegt. Dabei wurde gleichzeitig dieser Raum erweitert und durch Erstellung eines Sitz-(Spül-)beckens ergänzt. Der unvermeidliche Lärm in der Schwimmhalle machte die Verlegung des Haustelefons in eine Telefonzelle erforderlich.

Die Zahl der Kleiderkästchen in der Schwimmhalle wurde vermehrt; außerdem wurden zur Bewältigung bei starkem Badebetrieb 4 Wechselkabinen auf der Galerie errichtet. Ferner wurde eine in Rappenwört entbehrlich gewordene Gitterleiter aufgestellt sowie Raum für die Ausübung von Bodengymnastik geschaffen.

Zur Abgabe von Massagen in der Schwimmhalle wurde ein Massageraum mit Dusche im Obergeschoß eingerichtet.

Um das äußere Gesamtbild vor dem Haupteingang nicht zu beeinträchtigen, wurde die Fahrradunterbringung nach der Westseite des Bades verlegt und die Überwachung der Fahrräder dem gleichen Unternehmer wie im Rheinstrandbad Rappenwört übertragen. Anfangs stieß diese Regelung auf starken Widerstand seitens der Besucher; sie hat sich aber dann doch gut bewährt.

Aus dem Schwimmbecken wurden regelmäßig Wasserproben durch die Lebensmittelprüfungsstation der Technischen Hochschule entnommen. Die bakteriologischen Untersuchungen zeigten durchweg gute Ergebnisse. Ferner wurde eine eingehende Wasseruntersuchung durch den Spezialisten Geh. Rat Prof. Uhlenhuth, Freiburg i. Br., vorgenommen. Zur Bestimmung des freien Chlors im Schwimmbecken wurden täglich Proben entnommen und nach Maßgabe des Ergebnisses die Chlorierung geregelt.

Die 240921 abgegebenen Bäder verteilen sich auf: 178001 Schwimmbäder, 43047 Wannenbäder, 1638 Kohlensäurebäder, 127 Schaumbäder, 606 Fangobäder, 186 Kneippgüsse, 6998 Dampfbäder, 6122 elektrische Lichtbäder, 4196 Kurbäder, insgesamt 240921 Bäder. Von den Schwimmbädern entfielen 21790 auf Mitglieder von Schwimmvereinen, 19808 auf Schüler, 5712 auf Angehörige der Polizei, 639 auf Rettungsschwimmer. Die Zahl der Schwimmfeste betrug 5, im Vorjahre 3.

Am Schwimmunterricht gegen Bezahlung haben 21 Erwachsene und 72 Kinder teilgenommen.

In 92 Fällen wurde von der Aufbewahrung der eigenen Badewäsche Gebrauch gemacht.

Der Brennstoffverbrauch betrug einschließlich der Winter- und Festhalleheizung: Kohlen 71635 kg, Kohlenausiebgrieß 397202 kg, Koks 271940 kg, Koksabfall 512402 kg, Holz 3600 kg, zusammen 1256779 kg gegen 1305958 kg im Vorjahre.

Der Brennstoffverbrauch einschließlich Winter- und Festhalleheizung betrug pro Bad 5,2 kg gegen 5,4 kg im Vorjahre. Während die Festhalle in den Wintermonaten von der Kesselanlage des Bades geheizt wird, hat das Konzerthaus eine eigene Heizungsanlage, die jedoch durch Personal der Badverwaltung bedient wird. Im Berichtsjahr wurde der große Festhallesaal 68 mal, der kleine Festhallesaal 28 mal und das Konzerthaus 170 mal geheizt.

Drehstrom wurden 190482 kWh erzeugt und an das städtische Netz abgegeben; Gleichstrom wurden 33131 kWh erzeugt, wovon 21204 kWh für das Bad und 3023 kWh zur Notbeleuchtung der Festhalle verwendet wurden; an Private wurden 954 kWh abgegeben, der Verlust durch Leitung und durch Aufspeicherung in der Akkumulatorenbatterie belief sich auf 7950 Wkh. Aus dem städtischen Netz wurden 29816 kWh Strom bezogen.

Der Wasserverbrauch betrug aus eigenem Brunnen 141470 cbm, aus städtischer Leitung 9059 cbm.

Die Bädereinnahmen betrugen 164974 *RM*, die Bäderausgaben 171786 *RM*. Ein Zuschuß wurde in Höhe von 6812 *RM* (1931: 12189 *RM*) erforderlich.

b. Friedrichsbad.

Auch im Friedrichsbad konnten nur die unumgänglich notwendigen Reparaturen durchgeführt werden, da zu größeren Verbesserungen die erforderlichen Mittel nicht vorhanden waren. Zunächst machte ein Wasserschaden in der Kurabteilung eine Erneuerung der Trennungswand

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zum Nachbargrundstück in der Kaiserpassage erforderlich. Die Mischbatterien in den Wannenbädern II. Klasse sowie in einem Teil I. Klasse mußten erneuert werden, da die bisherigen inzwischen unbrauchbar geworden waren. In der Schwimmhalle wurde das zerbrochene Einmeter-Holzbrett gegen ein Stahlbrett ausgetauscht. Die alten Holzverkleidungen in der Wannenbadabteilung I. Klasse wurden entfernt und durch Blechverkleidungen ersetzt. Die Wannenbadabteilung II. Klasse wurde durch Erstellung von zwei Heizkörpern erweitert und verbessert. In der allgemeinen Auskleidehalle sowie im Badmeisterraum wurden Ventilatoren eingebaut, die eine bessere Belüftung ermöglichen.

Zur Feststellung der Wassermengen aus eigenem Pumpwerk wurde am 13. März 1933 ein Wassermesser eingebaut. Außerdem wurden verschiedene Leitungen verlegt, um eine bessere Rückgewinnung des Kondenswassers zu ermöglichen. Zur Reinigung dieses Kondenswassers wurden 2 Filter eingebaut. Im kommenden Jahre soll als weitere Verbesserung ein Abdampfentöler erstellt werden.

Das Wasser im Schwimmbecken wurde regelmäßig durch die Nahrungsmittelprüfungsstation der Technischen Hochschule untersucht und stets für gut befunden. Gleichzeitig mit der Untersuchung des Schwimmbeckenwassers im Vierordtbad wurde auch für das Friedrichsbad eine solche durch Geh. Rat Prof. Dr. Uhlenhuth aus Freiburg i. Br. durchgeführt, die die Befunde der hiesigen Untersuchungsstation im wesentlichen bestätigte. Auch im Friedrichsbad wird das Wasser des Schwimmbeckens täglich bezüglich des freien Chlors geprüft. Das jeweilige Ergebnis ermöglicht die sofortige Regelung des Chlorzusatzes.

Die im Vorjahre an die Privatwäscherei Baum vermietete Waschküche wurde schon nach kurzer Zeit wieder geschlossen. Geeignete Mieter konnten seither nicht mehr gefunden werden.

Abgegeben wurden insgesamt 206 924 Bäder und zwar 129 730 Schwimmbäder, 69 523 Wannenbäder, 1031 Kohlensäurebäder, 182 Schaumbäder, 974 Fangobäder, 958 Kneippgüsse, 1112 elektrische Lichtbäder, 3414 verschiedene Kurbäder. Von den Schwimmbadbesuchern waren 15 894 Schüler, 14 874 Mitglieder von Schwimm- und Sportvereinen, 321 Rettungsschwimmer.

Schwimmunterricht wurde gegen Bezahlung an 26 Erwachsene und 40 Kinder erteilt. 57 Badegäste haben von der Aufbewahrung der eigenen Badewäsche Gebrauch gemacht.

Der Brennstoffverbrauch betrug: 314 419 kg Kohlen, 182 154 kg Koks, 5344 kg Koksabfall und 3230 kg Anfeuerholz, zusammen 505 147 kg Brennstoff. Der Versuch, eine Verbilligung der Brennstoffkosten durch Mitverwendung von Koksabfall wie im Vierordtbad zu erzielen, mußte alsbald aufgegeben werden, da die Kesselanlage eine solche Möglichkeit nicht zuläßt. Der Brennstoffverbrauch pro Bad betrug einschließlich der Hausheizung 2,4 kg gegen 2,3 kg im Vorjahre.

Die Gesamterzeugung an elektrischem Strom betrug 146 450 kWh. Hiervon wurden 93 029 kWh an das städtische Netz abgegeben. Aus dem städtischen Netz wurden insgesamt 74 180 kWh bezogen. Der Eigenverbrauch an Strom betrug 38 830 kWh, während an Private einschließlich des unvermeidlichen Verlustes 88 771 kWh abgegeben wurden.

Der Wasserverbrauch betrug 81 050 cbm, wovon 80 000 cbm aus eigenem Brunnen entnommen wurden.

Die Einnahmen des Friedrichsbades beliefen sich auf 162 108 *RM*, die Ausgaben auf 139 845 *RM*; es ergab sich somit ein Überschuß von 22 263 (1931: 16 664) *RM*.

c. Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen.

Die Gesamtbesucherzahl im Schwimm- und Sonnenbad betrug 21 890 gegenüber 19 130 im Vorjahre.

Zur Betriebsführung wurden 1514 kWh Strom, 1284 cbm Wasser aus der städtischen Leitung sowie rund 250 000 cbm Wasser aus dem Rheinhafen benötigt.

Erstmals wurden Versuche auf Grund des Petunia-Wasserreinigungsverfahrens von Professor Pfeiffer, Grötzingen, angestellt, wodurch die öftere Entleerung des ganzen Beckens in Wegfall kam. Hierdurch wurde eine wesentliche Ersparnis an Stromkosten erzielt. Lediglich die Entfernung des zur Wasserreinigung verwendeten Petunia-Pulvers war schwierig. Weitere Versuche werden voraussichtlich im kommenden Sommer durchgeführt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Außer dem Personal der Badverwaltung aus den Hallenbädern (2 Personen) hatte der Kantinenpächter zwei Hilfskräfte zur Bedienung der Einzelkabinen zu stellen.

Die Einnahmen betrugen 4335 *RM*, die Ausgaben 10 165 *RM*, ein Zuschuß wurde in Höhe von 5830 (1931: 6910) *RM* erforderlich.

d. Rheinstrandbad Rappenwört.

Im Rheinstrandbad Rappenwört konnten ebenfalls nur kleinere Verbesserungen durchgeführt werden. Für die Paddler wurde am Altrhein eine Bootslandebrücke mit Betontreppen eingebaut. Dort haben jetzt 3 Vereine und ein Privatunternehmer Paddelboothallen errichtet, die die Unterbringung von 160 Booten ermöglichen. Die sog. Nadelschuppen am Ein- und Auslauf des Beckens wurden entfernt und hinter dem Ringofen neu erstellt; dieser Raum wurde gleichzeitig zu einer Werkstätte erweitert. Bei dem sehr niedrigen Wasserstand in den Monaten Dezember und Januar wurde eine gründliche Entschlammung des Badebeckens durchgeführt. Der Schlamm wurde zur Verbreiterung des Rasengürtels am oberen Strand verwendet. Das Graserträgnis wurde einem Gärtner in Daxlanden mit der Verpflichtung überlassen, für die Unterhaltung der gesamten Rasenflächen Sorge zu tragen. Hierdurch konnte ein wesentlich besserer Rasen erzielt werden. Am Hedel wurde die Böschung umgegraben und das Schilf entfernt. Die Bodenvertiefung hinter den Paddelboothallen wurde eingeebnet, das Gestrüpp entfernt und die Vertiefung mit Rasen versehen. Außerdem wurden zwei Triller am Altrhein zu den sogenannten Randwegen erstellt. Im Milchhaus wurde ein Teil des Speichers zu einer Mansarde ausgebaut. Für ein abgebrochenes 3-Meter-Holzsprungbrett wurde ein Stahlbrett eingebaut. Ein Teil der Fahrradständer wurde durch den Unternehmer mit Dächern versehen; im kommenden Jahre beabsichtigt dieser die Arbeit fortzusetzen.

Die Gesamtbesucherzahl betrug 206 616 Personen gegen 183 368 Personen im Vorjahre. Die Zahl verteilt sich auf: Einzelkabinen 12 907 = 6,25 v. H., Wechselkabinen 22 296 = 10,79 v. H., Kleiderabgabe 99 719 = 48,26 v. H., Kleiderkästchen 6715 = 3,25 v. H., Kleiderabgabe oder Kleiderkästchen (für Schüler nach Wahl) 28 942 = 14 v. H. und Besichtigungen 36 037 = 17,45 v. H.

Auf den Parkplätzen wurden untergestellt: 36 714 Fahrräder, 2565 Motorräder, 7515 Autos sowie 7 Hunde.

Der elektrische Stromverbrauch betrug 7631 kWh, der Wasserverbrauch für Gieß-, Dusch- und Trinkzwecke wird auf etwa 10 000 cbm geschätzt.

Von den einzelnen Sportvereinen und Verbänden wurden verschiedene Werbeveranstaltungen, Wettschwimmen, Wasserballspiele sowie Ringtennisturniere mit Unterstützung der Badverwaltung durchgeführt.

Den Einnahmen in Höhe von 70 620 *RM* stehen 96 225 *RM* in Ausgabe gegenüber; der Zuschuß betrug 25605 *RM* gegen 27 144 *RM* im Vorjahre.

e. Volksbad Beiertheim.

Das Bad ist wegen dauerndem Rückgang der Besucherziffern seit 1. Oktober 1931 geschlossen. Auf das Bad entfielen an Gebäudelasten und Wassergeld 33 *RM*.

15. Feuerlösch- und Rettungswesen.

a. Berufsfeuerwehr.

Feuerschutz.

Das Feuerlöschwesen der Stadt Karlsruhe einschließlich ihrer Vororte ist in der Hand des städtischen Branddirektors zusammengefaßt.

Bei Alarmierung rückt zunächst die Berufsfeuerwehr je nach Erfordernis mit einem oder mehreren Löschzügen aus. Genügen die Kräfte der Berufsfeuerwehr zur Bewältigung eines Großfeuers nicht, so wird die zuständige Freiwillige Feuerwehr zur Unterstützung zugezogen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Sollstärke der Berufsfeuerwehr betrug am Ende des Berichtsjahres 1 Branddirektor, 1 Brandingenieur, 1 Oberwerkmeister, 2 Brandmeister, 7 Oberfeuerwehrmänner, 48 Feuerwehrmänner und -Anwärter, 1 Verwaltungsbeamter, zusammen 61 Mann. Eine freie Feuerwehrmannstelle war vom 1. April bis 30. Juni und vom 20. Juli bis 1. Oktober 1932 durch einen vom Deutschen Städtetag zur Ausbildung überwiesenen Feuerwehringenieuranwärter besetzt.

Der Dienst mußte infolge von Erkrankungen von 16 Beamten an 572 Tagen und infolge Dienstbeschädigungen von 3 Beamten an 117 Tagen versäumt werden. Die Dienstbeschädigungen betrafen: Kopfverletzung (Sturz von der Rutschstange beim Alarm), Kopfschmerzen (Versagen eines in Verwahrung der Badeverwaltung befindlichen Badetauchretters beim Tauchen im städt. Vierordtbad), Prellungen, Bluterguß, Nervenschock (Sturz von der mechanischen Leiter bei einer Zugübung). Eine Dienstbeschädigung ereignete sich bei der Zugübung mit schwerem Gasschutzgerät und ging tödlich aus.

Ordentlicher Erholungsurlaub wurde an 55 Beamte mit 944 Tagen, außerordentlicher Urlaub aus besonderen Anlässen an 4 Beamte mit zusammen 8 Tagen erteilt.

Auf der Hauptfeuerwache befinden sich: 1 Dienstwagen des Branddirektors, 1 Mannschafts- und Gerätewagen, 2 Hilfskraftwagen, 1 Arbeitswagen, 3 Motorspritzen, 2 mechanische Leitern, 6 Anhänge-Lafettenspritzen, 3 Personenkraftwagen, 3 Krankenwagen, zusammen 22 Fahrzeuge.

Der im Vorjahr aus Ersparnisgründen außer Dienst gestellte städtische Repräsentationswagen wurde im Laufe des Berichtsjahres wieder in Dienst gestellt, da er als unentbehrlich empfunden wurde.

Die einzelnen Löschzüge werden von folgenden Fahrzeugen gebildet: Löschzug I: Mannschaftswagen, Motorspritze, Mechanische Leiter mit Motorantrieb; Löschzug II: Motorspritze, Mechanische Leiter für Handbetrieb; Löschzug III: Motorspritze. Die Löschzüge IV und V werden durch die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt besetzt und bestehen aus je einem Hilfskraftwagen mit angehängter Lafettenmotorspritze.

Die Diensteinteilung blieb unverändert: 24stündigem Wachdienst folgte 24stündige Freizeit, in der jeder Beamte monatlich 4 mal 12 Stunden Zusatzdienst zu leisten hatte.

57 Beamte wohnen in der Hauptfeuerwache, dem stadteigenen Feuerwehrwohnblock oder in den Wohnungen der Volkswohnung, G. m. b. H., in der Ritterstraße Nr. 23 und 25; sämtliche Dienstwohnungen sind an eine besondere Alarmanlage angeschlossen. Im Bedarfsfalle können auf diese Weise die wachfreien Berufsfeuerwehrleute in ihren Wohnungen in kürzester Zeit alarmiert werden.

Die Berufsfeuerwehr stellte wie in den vergangenen Jahren die Sicherheitswachen im Badischen Staatstheater und im Konzerthaus; bei privaten Veranstaltungen wurden hierzu dienstfreie Feuerwehrleute kommandiert, die dafür Bezahlung erhielten. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 468 Wachen gestellt, davon 360 innerhalb der Dienstzeit und 108 Wachen von den dienstfreien Mannschaften.

Für den Atemschutz der Löschzüge standen am Ende des Berichtsjahres 59 Filtergeräte (Degea-, Drellstoff- bzw. Ledermasken), 3 König'sche Rauchhelme, 2 lungenautomatische HSS - Geräte (Fabrikat Dräger, Modell 24), 8 Dräger K G.-Geräte, Modell 28, mit konstanter Dosierung und 2 lungenautomatische Geräte, System Audos, Modell 26 K, mit konstanter Dosierung zur Verfügung.

Einer der aufgeführten Rauchhelme, ebenso wie ein zweiter Schaumgenerator, ist zur ausschließlichen Verwendung im Rheinhafen bestimmt, während für Übungszwecke ein besonderer Rauchhelm König vorhanden ist. Mit diesen Geräten wurde regelmäßig geübt. Durch Selbstherstellung des Schaumlöschpulvers für Übungszwecke, desgleichen der Kali-Übungspatronen für die Kreislaufgeräte im eigenen Betrieb ließ es sich ermöglichen, die Beamten durch häufiges Üben mit diesen modernen Hilfsmitteln trotz der wirtschaftlichen Lage in erheblich größerem Umfange als in den vergangenen Jahren vertraut zu machen.

Zu Beginn des Berichtsjahres ereignete sich bei einer Zugübung mit Rauchschutzgeräten ein schwerer Unfall; der unter Sauerstoffgerät die mechanische Leiter besteigende Feuerwehrmann Abend stürzte von dieser ab und wurde tot vom Platze getragen. Die Ursache konnte nicht einwandfrei geklärt werden; das Gerät selbst wurde von der amtlichen Prüfungskommission als einwandfrei befunden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Schlauchbestand betrug am Ende des Berichtsjahres: 107,30 m Saugeschläuche 75, 100, 110 mm Durchmesser; 2733 m gummierter Druckschlauch, 52 mm Durchmesser, 2070 m gummierter Druckschlauch, 75 mm Durchmesser, 3930 m Rohhanf-Druckschlauch, 52 mm Durchmesser, 375 m Rohhanf-Druckschlauch, 75 mm Durchmesser, zusammen 9108 m Druckschlauch; davon wurden im Laufe des Berichtsjahres 525 m Druckschläuche, gummiert, 52 mm Durchmesser, 600 m Druckschläuche, Rohhanf, 52 mm Durchmesser, 150 m Druckschläuche, Rohhanf, 75 mm Durchmesser, neu beschafft. Der Abgang im Wirtschaftsjahr betrug 30 m Druckschlauch, gummiert, 52 mm Durchmesser, 70 m Druckschlauch, Rohhanf, 52 mm Durchmesser, 30 m Druckschlauch, Rohhanf, 75 mm Durchmesser. Außerdem sind 6 Enden 100 mm Durchmesser Druckschlauch, gummiert, als Zuführungsschläuche vorhanden. Von dem Bestand führt der I. Löschzug auf seinen Fahrzeugen ca. 1000 m Schlauch mit sich.

Für die Wasserversorgung des Stadtgebietes standen am 31. März 1933: 206 Oberflur- und 1781 Unterflurhydranten zur Verfügung. In diesen Zahlen sind die im Laufe des Jahres neuerstellten 1 Oberflur- und 2 Unterflurhydranten des städtischen Leitungsnetzes enthalten. Die Zahl der Unterflurhydranten des städtischen Leitungsnetzes betrug 1746, der Oberflurhydranten 190.

In hiesigen Betrieben befinden sich außerdem 21 an das städtische Leitungsnetz angeschlossene plombierte Oberflur-, 47 Unterflurhydranten, 11 Feuerhähne und 12 Hydrantenbrunnen.

Da unter den Beamten der Berufsfeuerwehr die meisten Handwerkerberufe vertreten sind, wurden fast sämtliche Instandsetzungsarbeiten am Gebäude, an Geräten, Schläuchen, Anlagen, Fahrzeugen usw. sowie kleinere Neuanfertigungen in den eigenen Reparaturwerkstätten ausgeführt.

Der Berufsfeuerwehr obliegt ferner die Pflege und Instandsetzung der Feuerlöscheinrichtungen städtischer Betriebe und Gebäude sowie neuerdings die Beschaffung und Instandhaltung städtischer Dienstfahrräder. Auf Wunsch werden auch private Feuerlöscheinrichtungen, insbesondere solche größerer Industriewerke, gebührenpflichtig überprüft und instandgesetzt.

Kurse fanden im Berichtsjahr nicht statt, doch ist des 21. Deutschen Feuerwehrtages Erwähnung zu tun, dessen Vorarbeiten und Durchführung große Anforderungen an die Wehr stellten.

Sport und hier insbesondere Schwimmen wird von den Beamten und Angestellten der Berufsfeuerwehr eifrig gepflegt; im Rettungsschwimmen haben im Berichtsjahr weitere 6 Beamte den Grundschein erworben, sodaß am Ende des Wirtschaftsjahres insgesamt 31 Beamte den Grundschein und 9 den Prüfschein der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft besitzen. Das Sportabzeichen in Bronce wurde von 2 weiteren Beamten errungen; die Zahl der Besitzer eines Sportabzeichens hat sich nunmehr auf insgesamt 14 (13 in Bronce und 1 in Silber) erhöht.

Die Berufsfeuerwehr wurde in der Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1933 140 mal alarmiert. Die Sirene zur Alarmierung der freiwilligen Feuerwehren brauchte in dieser Zeit im Ernstfall nicht betätigt werden. Die Alarme betrafen: 6 Großfeuer, 13 Mittelfeuer, 46 Kleinfeuer, 19 Kaminbrände, 18 Hilfeleistungen, 24 blinde Lärme, 14 unbefugte Lärme, zusammen 140. Nachts (d. h. zwischen 22 und 6 Uhr) wurde 31 mal, bei Tage (also zwischen 6 und 22 Uhr) 109 mal alarmiert.

Von den Meldungen liefen 33 auf öffentlichen Feuermeldern, 74 durch Reichs-, 4 durch Behörden-, 23 durch Polizeifernsprecher ein; 6 mal wurde die Meldung mündlich an Wache erstattet.

Bei den 19 Groß- und Mittelfeuern wurden 4 Rohre einmal, 3 Rohre einmal, 2 Rohre 4 mal und 1 Rohr 13 mal eingesetzt.

Von den Brandstellen der 84 Feuer befanden sich 16 in Wohnungen, 6 in Kellern, 7 in Dachstühlen, 11 in gewerblichen Räumen, 1 in industriellen Räumen, 1 im Schiff, 5 in Schuppen, Ställen u. ä., 10 in Kraftfahrzeugen, 1 in Tankstellen, 19 in Kaminen, 7 im Freien.

Als Brandursache wurde dabei festgestellt (bzw. vermutet): Brandstiftung in 3 Fällen, Fahrlässigkeit beim Kochen, Heizen, Bügeln in 4 Fällen, Fahrlässigkeit beim Umgang mit offenem Licht oder Feuer in 7 Fällen, Fahrlässigkeit beim Rauchen (Zündhölzer, Stummel) in 9 Fällen, Fahrlässigkeit bei Aufbewahrung von glühender Asche in 7 Fällen, Fahrlässigkeit bei Umgang mit feuergefährlichen Flüssigkeiten in 1 Fall, Fahrlässigkeit bei Umgang mit Löt- bezw. Schweißapparaten in 3 Fällen, allgemeine Fahrlässigkeit in 1 Fall, fehlerhafte Feuerungsanlage, Heizung,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Überhitzen in 5 Fällen, fehlerhafte Bauanlage in 3 Fällen, Fehlzündung am Motor (Vergaserbrand) in 7 Fällen, Betriebsvorgang (heißgelaufenes Lager) in 2 Fällen, Betriebsvorgang (Funkenflug), in 2 Fällen, Sonstiges (Oelschalter, Säure, fehlerhafte Apparate) in 3 Fällen, Kamin (zu starkes Anheizen, Ruß im Rohr) in 19 Fällen, Blitzschlag in 2 Fällen, Selbstentzündung von Grudekoks in 1 Fall; nicht zu ermitteln war die Brandursache in 5 Fällen.

Auf Brandstelle wurden schwere Rauchschutzgeräte 3 mal eingesetzt, und zwar 1 mal bei dem Dachstuhlbrand in der Gutenbergschule, 2 mal bei Kellerbränden in der Amalien- und Winterstraße.

Bemerkenswerte Brände.

8. April 1932, 16.40 Uhr: Blitzschlag in eine Antenne Ernststraße Nr. 45 (Rintheim).

Durch Blitzschlag in eine nicht geerdete Antenne entstand ein Zimmerbrand, der vor Eintreffen des Löschzuges der Berufsfeuerwehr von Hausbewohnern gelöscht war. Die Tätigkeit der Berufsfeuerwehr beschränkte sich auf das Nachlöschen und die Aufräumung des von dem Brande betroffenen Raumes.

9. April 1932, 3.09 Uhr: Dachstuhlbrand in der Gutenbergschule.

Vermutlich durch Blitznebenschlag entstand das vorerwähnte Feuer, durch welches der Dachstuhl des Schulgebäudes in seiner halben Ausdehnung ausbrannte. Das Feuer, das in der Holzkonstruktion des Dachgebälks, dem auf dem Dachboden gelagerten Nutzholz für Werkunterricht und den abgestellten hölzernen Einrichtungsgegenständen reichliche Nahrung fand, wurde mit 4 Schlauchleitungen bekämpft; da dicker Rauch und Hitze, die durch die doppelte Schalung des Schieferdaches nicht entweichen konnten, das Vordringen des 1. Trupps beeinträchtigen, mußte unter Einsatz von 2 Sauerstoffgeräten der 1. Angriff vorgetragen werden.

12. Juni 1932, 16.17 Uhr: Brand im Stallgebäude Rheinstraße Nr. 74.

Bei Ankunft der Berufsfeuerwehr stand der Dachstuhl und die Wagendurchfahrt des Stallgebäudes in hellen Flammen. 1 Pferd und 1 Ziege konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Das Feuer wurde mit 2 Schlauchleitungen von 2 Seiten in eineinhalstündiger Tätigkeit erfolgreich bekämpft. Ein Übergreifen auf Nachbargebäude konnte verhütet werden. Als Entstehungsursache mußte Brandstiftung angenommen werden.

21. Juli 1932, 8.46 Uhr: Schiffsbrand im Rheinhafen.

Auf einem Kohlenschleppschiff, das im Südbecken des Rheinhafens vor Anker lag, brannte in einem Bunkerraum der auf und unter der blechernen Zwischendecke lagernde Kohlenstaub, der durch ein heißgelaufenes Lager entzündet worden war. Zur Bekämpfung des Brandes wurde das bewährte Schaumlöschverfahren angewendet. Nach einstündiger Tätigkeit des Schaumlöschgenerators war das Feuer erstickt. Außer dem bereits erwähnten Kohlenstaub sind noch ein Gummitransportband und Holzverkleidungen verbrannt.

14. Januar 1933, 1 Uhr: Balkenbrand im Arbeitsamt.

Vermutlich durch einen undichten Schornstein oder aber durch schlechte Isolierung eines auf einem Holzboden stehenden Heizofens entstand im 1. Obergeschoß des Verwaltungsgebäudes des Arbeitsamtes im Ausmaß von etwa 30—35 qm ein Balkenbrand, der von der herbeigerufenen Berufsfeuerwehr mit 2 Schlauchleitungen nach zweistündiger Tätigkeit auf seinen Herd beschränkt wurde.

26. Januar 1933, 0.55 Uhr: Dachstuhlbrand in dem Wohnhaus Hardtstraße Nr. 26.

Die beiden Löschzüge der Berufsfeuerwehr waren mit 5 Schlauchleitungen fast 3 Stunden tätig, um des ausgedehnten Dachstuhlbrandes Herr zu werden. Es brannte im Dachgeschoß der Dachstuhl, das Deckengebälk und der Fußboden. Die Entstehungsursache konnte nicht mehr ermittelt werden, da das Feuer beim Eintreffen der Berufsfeuerwehr schon zu weit vorgeschritten war.

5. März 1933, 1.33 Uhr: Überlandfeuer in Welschneureut.

Es brannten ein Wohnhaus mit Scheune und Stallungen in vollem Umfange. Die Berufsfeuerwehr beschränkte in zweistündiger Tätigkeit das Feuer auf seinen Herd, sodaß ein Übergreifen auf Nachbargebäude verhütet werden konnte. Da aber die Wasserversorgung in diesem Orte sehr schlecht ist, sind die Gebäude größtenteils völlig ausgebrannt. Als Entstehungsursache mußte Brandstiftung angenommen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Inanspruchnahme der vorhandenen Kraftwagen ergibt sich aus der nachfolgenden Darstellung der bis Ende des Berichtsjahres abgefahrenen Gesamtkilometer und zwar: Mannschaftswagen 4581 km, Motorspritze I 8836 km, Motorspritze II 9253 km, Motorspritze III 601 km, Leiter I 6664 km, Leiter II 3141 km, Hilfskraftwagen I 2261 km, Hilfskraftwagen II 1753 km, Hilfskraftwagen III 5343 km, Dienstwagen des Branddirektors 48491 km, Krankenwagen I 53788 km, Krankenwagen II 78791 km, Krankenwagen III 76457 km, Personenwagen I 35008 km, Personenwagen II 29043 km und Personenwagen IV 76259 km.

Für die Berufsfeuerwehr entstanden im Wirtschaftsjahr 1932 Ausgaben in Höhe von 296398,16 (1931: 286574) *RM*. An Einnahmen fielen 97906,76 (1931: 88108) *RM* an. Die Feuermelde- und Alarmeinrichtung erforderte weitere 17280,89 (1931: 19874) *RM*, denen 1457,23 (1931: 3267) *RM* Einnahmen gegenüberstehen.

Feuerverhütung.

Der städtische Branddirektor ist Mitglied der Ortsbaukommission und hat in ihr durch seine Stimme die Möglichkeit, auf die Feuersicherheit der Vorlagen im Sinne des vorbeugenden Feuerschutzes einzuwirken. Es wurden im Berichtsjahr für Baupolizei und Bezirksamt eine Reihe (feuerpolizeilicher) Gutachten abgegeben, die z. T. größere Projekte betrafen, u. a. gewerbliche Neubauten, Erstellung von Waren- und Krankenhäusern, Lagerung feuergefärlicher Flüssigkeiten, daneben Sicherheit in Kraftwagenhallen, Lichtspieltheatern und Warenhäusern. In den Lichtspieltheatern wurden feuerpolizeiliche Besichtigungen durchgeführt, insbesondere wurden zusammen mit dem Gewerbeaufsichtsamt, der Polizei und dem Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt die Notlichtanlagen und Vorführungsräume im Interesse der Sicherheit von Zuschauern und Angestellten geprüft.

Krankentransportwesen.

Die vom Stadtrat festgesetzte Gebühr für die von der Berufsfeuerwehr ausgeführten Krankentransporte beträgt: für Stadtfahrten 0,50 *RM* je km zuzüglich 2 *RM* je Stunde für das Begleitpersonal, für Fahrten außerhalb des Stadtgebiets 0,70 *RM* je km zuzüglich 3 *RM* je Stunde für das Begleitpersonal. Insgesamt wurden im Wirtschaftsjahr 1932 2222 (1931: 2294) Transporte ausgeführt, d. s. 72 weniger als im Vorjahre. Die Anzahl der gefahrenen Kilometer betrug 22766 (1931: 22107) km, demnach 659 km mehr. Je Tag wurden im Durchschnitt 6,09 (1931: 6,2) Transporte durchgeführt. Die Durchschnittslänge einer Fahrt betrug 10,2 km (1931: 9,6 km). Von den 2222 Transporten waren 137 (1931: 172) auswärtige mit zusammen 5064 (1931: 5659) km, also durchschnittlich 36,9 km je Fahrt (1931: 32,8 km).

Die von der Herabsetzung der Gebühren erwartete Mehrinanspruchnahme der städtischen Krankenwagen ist demnach in dem erhofften Maße nicht eingetreten; Schuld daran ist aber wie bisher einzig und allein die allgemeine wirtschaftliche Notlage und das Vorhandensein von Krankenwagen bei den Städten der Umgebung.

Personenwagenbetrieb.

In der Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1933 legten die 3 stadteigenen Personenkraftwagen insgesamt 26024 km (1931: 18134 km), also rund 8000 km mehr wie im Vorjahre, zurück. Der Personenkraftwagen I (Repräsentationswagen), der im Vorjahre aus Ersparnisgründen außer Dienst gestellt wurde, mußte im Laufe des Berichtsjahres — wie bereits erwähnt — wieder in Dienst genommen werden.

Die Kosten dieses Betriebes wurden, wie in den Vorjahren, auf die die Personenwagen benützenden städtischen Dienststellen anteilmäßig umgelegt. Der Aufwand des Krankentransport- und Personenwagenbetriebs belief sich im Berichtsjahr auf 33783,82 (1931: 41568) *RM*. Als Ersatzleistungen wurden 25359,99 (1931: 35754) *RM* vereinnahmt.

b. Freiwillige Feuerwehr.

Vorortsfeuerwehren.

In Karlsruhe bestehen in den eingemeindeten Vororten Bulach, Daxlanden, Grünwinkel, Mühlburg, Rintheim und Rüppurr Vorortsfeuerwehren mit folgendem Mitgliederstand: Bulach

60 Mann, Daxlanden 168 Mann, Grünwinkel 64 Mann, Mühlburg 125 Mann, Rintheim 60 Mann, Rüppurr 120 Mann, zusammen 597 Mann. Diese Freiwilligen Dorortsfeuerwehren sind dem städtischen Branddirektor unterstellt. Die Ausrüstung mit Geräten und Uniformen wird durch die Branddirektion vorgenommen. Übungen werden regelmäßig abgehalten.

Freiwillige Feuerwehr Innenstadt.

Die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt, bestehend aus den 2 Abteilungen Gaswerk-Ost und Innenstadt, hat eine Stärke von zusammen 95 Mann. Die Alarmbereitschaft der 1. Abteilung (Gaswerk-Ost) beträgt im Höchstfalle 15 Minuten.

Im Berichtsjahr haben mit der Abteilung Gaswerk-Ost insgesamt 5 Übungen, mit der Abteilung Innenstadt zusammen 13 Übungen stattgefunden.

Für die Führer der Wehren finden allmonatlich Führerbesprechungen an der Hauptfeuerwache statt.

Die Freiwillige Feuerwehr verursachte im Berichtsjahr einen Aufwand von 15 088,12 (1931: 13 693) *RM*. An Einnahmen wurden 250 (1931: 270)*RM* erzielt.

Feuerwehren der Reichsbahndirektion.

Mit der Reichsbahndirektion wurden die Vereinbarungen der gegenseitigen Hilfeleistung festgelegt. Es stehen somit der Branddirektion im Großfeuersfalle auf telefonischen Anruf die 2 gut ausgerüsteten Feuerwehren der Reichsbahndirektion mit Zusammen 140 Mann, 2 Motorspritzen, 2 Leitern und 1 automobilen Gerätewagen innerhalb kurzer Frist zur Verfügung.

16. Bestattungswesen und Friedhöfe.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden auf dem Hauptfriedhof und den Dorortfriedhöfen von Karlsruhe 1357 (1931: 1297) Erd- und 272 (1931: 313) Feuerbestattungen vorgenommen. Außerdem wurden noch 25 Urnen mit Aschenresten, die von auswärts übersandt worden waren, hier beigesetzt. Von den Erdbestatteten waren 1159 Erwachsene über 10 Jahren, 161 Kinder unter 10 Jahren und 37 Totgeborene. Unter den Feuerbestatteten befanden sich 269 Erwachsene über 10 Jahren und 3 Kinder unter 10 Jahren.

Auf dem Karlsruher Hauptfriedhof wurden neben den 272 Eingeäscherten 1062 Personen bestattet und zwar 909 Verstorbene über 10 Jahren, 125 Verstorbene unter 10 Jahren und 28 Totgeborene. Auf dem Friedhof in Beiertheim wurden 13 Verstorbene über 10 Jahren und 1 Kind unter 10 Jahren, zusammen 14 Personen, auf dem Friedhof in Bulach 21 Verstorbene über 10 Jahren und 1 Kind unter 10 Jahren, zusammen 22 Personen, auf dem Friedhof in Daxlanden 38 Verstorbene über 10 Jahren, 13 Kinder unter 10 Jahren und 2 Totgeborene, zusammen 53 Personen, auf dem Friedhof in Grünwinkel 18 Verstorbene über 10 Jahren, 7 Verstorbene unter 10 Jahren und 2 Totgeborene, zusammen 27 Personen, auf dem Friedhof in Mühlburg 103 Verstorbene über 10 Jahren, 7 Verstorbene unter 10 Jahren und 3 Totgeborene, zusammen 113 Personen, auf dem Friedhof in Rintheim 20 Verstorbene über 10 Jahren und 2 Kinder unter 10 Jahren, zusammen 22 Personen und auf dem Friedhof in Rüppurr 37 Verstorbene über 10 Jahren, 5 Kinder unter 10 Jahren und 2 Totgeborene, zusammen 44 Personen beigesetzt.

Von den 1357 Erdbestattungen fanden 271 in Rabattengrabstätten, 1086 in Reihengrabstätten statt. Die Aschen der 272 eingeäscherten Verstorbenen wurden wie folgt beigesetzt: 63 in Rabattengrabstätten (Familiegräbern), 54 in Reihengrabstätten der allgemeinen Gräberfelder, 20 in Kaufgrabstätten in den Aschenbestattungsanlagen, 45 in Aschenreihengrabstätten der allgemeinen Aschengräberfelder, 1 auf dem israelitischen Friedhof. 21 Aschen wurden den Angehörigen ausgehändigt, 61 Aschen nach auswärts versandt, 2 Aschen auf dem Hauptfriedhof ausgestreut, 5 Aschen blieben in Verwahrung der Friedhofverwaltung

In 639 Fällen einschließlich der Vororte wurde ein besserer Sarg gewählt, während in den restlichen 990 Fällen der kostenlose Sarg zur Verwendung kam. Für die Ausschmückung der Kapellen wurden insgesamt 3505 Lorbeerbäume und 416 Kerzenleuchter aufgestellt. In 995 Fällen (einschließlich Mühlburg) wurde Orgel- oder Harmoniumspiel bestellt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Wirtschaftsjahr 1932 fanden 10 Sitzungen des Beirats für Friedhofkunst statt, in denen 600 Anträge bearbeitet wurden. Hierbei handelte es sich in der Hauptsache um die Prüfung und Behandlung der Anträge zur Erstellung von Grabzeichen, ferner auch um Besprechungen über Grabmal-Friedhofgestaltung.

Für das Friedhofwesen waren im Berichtsjahr 9 Beamte, 1 Aushilfsangestellter und 26 Arbeiter beschäftigt. Ferner waren in den Vororten nicht ständig tätig: In Mühlburg 1 Bestattungsordner (gleichzeitig als Totengräber und Friedhofaufseher) und 4 Bestattungsdiener, in Beiertheim, Bulach, Daxlanden, Grünwinkel und Rüppurr je 4 Bestattungsdiener, von denen je einer Bestattungsordner-, Totengräber- und Friedhofaufseherdienst verrichtete.

Der Aufwand für das Bestattungswesen betrug im Wirtschaftsjahr 1932 247 164,92 (1931: 272 390) *RM*; durch Einnahmen wurden 193 968,09 (1931: 202 355) *RM* gedeckt, sodaß ein Zuschuß in Höhe von 53 196,83 (1931: 70 035) *RM* erforderlich wurde.

17. Rebgut Istein.

Das Rebgut Istein ging als Schenkung des Oberhofmarschalls Freiherrn Leopold von Freystedt im Jahre 1916 in das Eigentum der Stadt über. Es liegt mit in einer der besten Weinlagen Badens im oberen Markgräflerland auf den Gemarkungen Istein und Huttingen und hat einen Flächengehalt von rund 28 ha, wovon rund 4 ha Rebland sind. Die Restfläche setzt sich zusammen aus rund 9 ha Ackerland und Wiesen, rund 9,4 ha Wald, rund 1,1 ha Hofraite mit Gebäulichkeiten und Hausgarten und rund 4,5 ha Oedungen, Steinbruch, Wasser und Wege.

Das Gut wird von dem in Istein wohnenden Verwalter in städtischer Regie als Rebgut bewirtschaftet. Das Gutsgelände, welches für die Rebwirtschaft seither nicht benötigt wurde, ist an Landwirte der Gemeinde Istein verpachtet. Die Waldwirtschaft, die geringe Erträgnisse liefert, besorgt das Badische Forstamt in Lörrach für Rechnung der Stadt. Der Rebbestand des Gutes war bei der Übernahme stark überaltert und ließ keinen guten Ertrag mehr erwarten. Man hoffte durch Verjüngung der Rebanlage den mit Verlust arbeitenden Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten. Mit Neuanpfanzungen und Verjüngungen wurde 1927 begonnen. Bis heute wurden rund 2 ha (d. i. die Hälfte der Weinberganlage) Reben verjüngt. Weitere Verjüngungsarbeiten sind vorgesehen, sollen aber erst dann durchgeführt werden, wenn der Gesamtbetrieb auf Rentabilität gekommen ist. Bessere Herbsterträgnisse als Folge der Verjüngungsarbeiten wurden bis heute noch nicht erzielt, da alljährlich, so auch in diesem Berichtsjahre, durch Witterungsunbilden und nicht ausreichender Düngung nahezu Mißernten zu verzeichnen waren. Die im Jahre 1929/30 gepflanzte Obstanlage hatte in diesem Jahre durch die gute Pfirsichernte den ersten Ertrag geliefert. Es wurden dort rund 25 Zentner Pfirsich mit einem Ertrag von 20—25 *Rpf* pro Pfund geerntet; Zwetschen, Kirschen und Birnen lieferten gute Ernten. Der Ertrag der Apfelbäume ließ zu wünschen übrig. 350 der in den letzten Jahren gepflanzten 500 Obstbäume bringen schon gute Erträgnisse. Sehr günstig haben sich die Verjüngungsarbeiten bei den Kirschen gezeigt, was vor allem quantitativ und qualitativ auf die Früchte gewirkt hat.

Die Rechnung des Gutes schließt mit einem Fehlbetrag von 3 309,67 (1931: 588) *RM* ab.

Der Bestand des Gutes hat sich im Berichtsjahre nur unwesentlich verändert. 3 Grundstücksteile mit zusammen 165 qm wurden an die Gemeinden Istein zur Anlage eines Weges unentgeltlich abgegeben, ein günstig angebotenes Rebgrundstück mit 270 qm wurde zum Preise von 15 *RM* erworben .

18. Forstwirtschaft.

Der Bewirtschaftung durch das Badische Forstamt Karlsruhe unterlag am Ende des Berichtsjahres eine der Stadt Karlsruhe gehörende Waldfläche von 688 (1931: 691) ha.

Geschlagen wurden im Wirtschaftsjahr 1932 3 809 (1931: 3 081) fm Holz. Hiervon waren 772 fm Nutzholz, 2 395 fm Brennderbholz, 73 fm Nutzreisholz, 569 fm Brennreisholz.

Erlöst wurden aus dem Nutzholz 21 714 *RM* = 29,06 *RM* je fm, aus dem Brennderbholz 25 543 *RM* = 7,47 *RM* je fm, aus dem Nutzreisholz (Faschinen) 407 *RM*, aus dem Brennreis-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

holz (Schlagraum) 1867 RM, zusammen 49531 (1931: 46928) RM. Die Nebennutzungen erbrachten 263 (1931: 557) RM. Unverkauft waren am Ende des Berichtsjahres 180 fm (1931: 117 fm) Holz im Wert 3200 (1931: 2200) RM.

An Ausgaben entstanden 5800 (1931: 6262) RM für die Waldkultur, 3670 (1931: 3292) RM für die Wegunterhaltung, 8648 (1931: 10368) RM für die Holzzurichtung, 136 (1931: 185) RM für die Holzverwertung, zusammen 18254 (1931: 20107) RM.

Auf 1 ha Waldfläche entfielen 73,10 (1931: 68,70) RM Einnahmen und 26,50 (1931: 29,09) RM Ausgaben. Die Waldhut wurde von 3 Beamten ausgeübt. Der Aufwand hierfür betrug 14421,69 RM.

19. Jagd und Fischerei.

Die im Vorjahr durchgeführte Neueinteilung der Jagdbezirke hat sich sehr gut bewährt. Die städtische Selbstverwaltungsjagd auf der Insel Rappenwört und den angrenzenden Rheinwaldungen steht im Zeichen der Hege, die sich insbesondere auf das Rehwild, die Enten und Fasanen erstreckt. Ebenso wird die auf der früheren Gemarkung Rüppurr eingerichtete staatliche Regiejagd unter dem leitenden Gesichtspunkt einer betonten Wildhege verwaltet. Das Ziel all dieser Maßnahmen ist vorwiegend darauf eingestellt, die an Wild und Vogelwelt mehr und mehr verarmte nähere Umgebung der Landeshauptstadt wieder zu bereichern und neu zu beleben. Der Erfolg des ersten Jahres berechtigt zu der Hoffnung, daß diese Sonderziele in kurzer Zeit verwirklicht sein werden.

Die Jagd erbrachte im Wirtschaftsjahr 1932 einen Ertrag von 1196,06 (1931: 727) RM. Ausgaben entstanden in Höhe von 849,96 RM.

Im Bestand der Fischwasser ist gegenüber 1931 keine Änderung eingetreten. Neu verpachtet wurde das Großgrundwasser. Die örtliche Überwachung der Fischwasser und des Fischeinsatzes obliegt der Feldhut.

An Fischwassern waren vorhanden: Die Alb (4 Lose), die Fischwasser der ehemaligen Gemarkung Daxlanden und zwar: Großes Loch mit Federbachabzugsgraben südlich des Rheinhafen, das Inselwasser, der alte Federbach, verschiedene Baggerseen, das Großgrundwasser (Brunnenwasser), der Federbachabzugsgraben nördlich des Rheinhafens, der Altrhein nördlich des Stichkanals, der Mittelbruch- und Floßgraben, der Scheidgraben, der Malscher Landgraben und Petergraben. Das Fischereirecht an den Losen 1 und 2 der Alb und am Scheidgraben ist, da ertraglos, nicht verpachtet. Der Erlös aus der Fischerei betrug im Berichtsjahr 730,37 (1931: 1315) RM.

VI. Schulen.

A. Volksschulen.

1. Schulbetrieb.

Die Karlsruher Volksschule wurde zu Beginn des Berichtsjahres 1932/33 von 7497 Knaben in 203 Klassen und von 7553 Mädchen in 176 Klassen, zusammen von 15050 Schulkindern in 379 Klassen besucht. In der Hilfsschule befanden sich am Anfang des Schuljahres 100 Knaben und 85 Mädchen, zusammen 185 Kinder in 11 Klassen. In der Schwerhörigen- und Sprachheilschule wurden zu Beginn des Schuljahres 96 Knaben und 59 Mädchen, zusammen 155 Schüler, in acht Klassen unterrichtet. Insgesamt besuchten die Volksschule nebst Hilfsschule und Schwerhörigen- und Sprachheilschule zu Beginn des Schuljahres 7693 Knaben und 7697 Mädchen, zusammen 15390 Schulkinder. Eingetreten sind im Laufe des Schuljahres in die Volksschule 681 Knaben und 687 Mädchen, ausgetreten 672 Knaben und 631 Mädchen, in die Hilfsschule eingetreten 13 Knaben und 10 Mädchen, ausgetreten 10 Knaben und 6 Mädchen, in die Schwerhörigen und Sprachheilschule 6 Knaben und 9 Mädchen eingetreten, 4 Knaben und 6 Mädchen ausgetreten. Gestorben sind in der Volksschule 8 Knaben und 9 Mädchen, in der Hilfsschule und Sprachheilschule je 1 Mädchen. Am Ende des Schuljahres wurde die Volksschule von 7498 Knaben und 7600 Mädchen, die Hilfsschule von 103 Knaben und 88 Mädchen, die Schwerhörigen- und Sprachheilschule von 98 Knaben und 61 Mädchen, die Volksschule zusammen von 7699 (1931/32: 7485) Knaben und 7749 (1931/32: 7321) Mädchen oder 15448 (1931: 14806) Schülern besucht.

Die Fortbildungsschule zählte zu Beginn des Schuljahres 583 Knaben in 31 Klassen und 957 Mädchen in 63 Klassen. Im Laufe des Schuljahres traten 224 Knaben und 724 Mädchen ein, 211 Knaben und 764 Mädchen aus, sodaß die Fortbildungsschule am Ende des Schuljahres von 596 Knaben und 917 Mädchen, zusammen von 1513 (1931/32: 1731) Schülern besucht wurde. Die Sofienschule (Frauenarbeitsschule) hatte zu Beginn des Schuljahres 289 Schülerinnen in 15 Klassen zu verzeichnen. Eingetreten sind 23 Schülerinnen, ausgetreten 84, sodaß am Ende des Schuljahres noch 228 (1931/32: 234) Schülerinnen vorhanden waren. Sämtliche der Verwaltung der städtischen Volksschule unterstehenden Anstalten zusammen hatten am Ende des Schuljahres 17189 (1931/32: 16771) Schüler aufzuweisen. Hierbei sind jedoch die Schülerinnen der Fortbildungsschule, die gleichzeitig die Sofienschule besuchten, doppelt gezählt. Ihre Zahl betrug zu Beginn des Schuljahres 258, an dessen Ende 248.

Am Schluß des Schuljahres 1932/33 waren an der hiesigen Volksschule 27 Rektoren, 2 Rektorinnen und 1 Oberlehrer, 276 Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen, 15 Hilfsschullehrer, Hilfsschullehrerinnen und Taubstummenlehrer, 61 Lehrer und Lehrerinnen, 32 Handarbeitslehrerinnen, 18 Hilfslehrer(innen) und 34 Schulpraktikanten(innen) tätig.

An der Fortbildungsschule waren 20 Fortbildungsschullehrer und -lehrerinnen und 1 Turnlehrer beschäftigt. Die Sofienschule benötigte 18 Lehrkräfte.

Im gesamten Karlsruher Volks- und Fortbildungsschulwesen waren demnach 505 Lehrkräfte tätig, davon waren 100 übergesetzlich, deren Besoldungsaufwand die Stadt tragen mußte.

Lernmittelfreiheit genossen im Schuljahr 1932/33 9744 Volks- und Fortbildungsschüler mit einem Aufwand von 58000 *RM*.

Die Horte in der Schillerschule, Uhlandschule und Mühlburgerschule waren durchschnittlich von je 35 Schülern besucht.

An Knaben wurden 41659, an Mädchen 30486 Schulbäder verabreicht.

Da die Schülerzahl der Volksschule seit dem Jahre 1925 im Steigen begriffen ist, mußte das Stadtschulamt in den letzten Jahren jeweils rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen vorbereiten, um den Zuwachs unterbringen zu können. Auf Ostern 1932 wurde im Westen der Stadt für den früher geplanten Neubau eines Schulhauses dadurch Ersatz geschaffen, daß zu den 4 im September 1931 in der ehemaligen Lehrerbildungsanstalt von der Volksschule be-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zogenen Räumen weitere 5 Klassenräume angemietet wurden. Diese neu gewonnene Schulabteilung (Pestalozzischule II) wurde aus verkehrstechnischen Gründen in der Hauptsache mit Grundschulklassen belegt. Im Osten der Stadt gelang es, durch Umgruppierung von Mädchen-Fortbildungs- und Sofienschulklassen aus der Tullaschule II und der Karl-Wilhelmschule nach Südendschule II Raum zu schaffen.

Da nach Berechnung des Stadtschulamts sich an Ostern 1933 ein weiteres letztes Ansteigen der Schülerzahl ergab, war auf Schluß des Schuljahres 1932/33 für die Unterbringung des Zugangs zu sorgen. Aus diesem Grunde wurde die in der Hebel-Markgrafenschule untergebrachte Sprachheilschule auf Schuljahrsschluß geschlossen nach Südendschule II verlegt. Den Kindern, denen durch diese Maßnahme ein zu weiter Schulweg zugemutet wird, stellt die Stadt Straßenbahnfahrkarten zur Verfügung. So wurde es möglich, in der Stadtmitte, wo die Raumnot am stärksten auftrat, 8 Klassenräume für die Volksschule frei zu machen. Der Rest des in den einzelnen Stadtteilen anfallenden Zuwachses muß im neuen Schuljahr durch äußerste Ausnützung der vorhandenen Räume untergebracht werden, wobei sich aber nicht vermeiden läßt, daß die Raumnot da und dort sich in der Stundenplangestaltung bemerkbar macht.

Die Verwaltung des Volksschulwesens in Karlsruhe oblag dem Stadtschulamt, bei dem außer den 4 staatlichen Beamten (1 Stadtoberschulrat, 1 Stadtschulrat, 1 Hauptlehrer und 1 Lehrer), 3 städtische Beamte, 2 Angestellte im Sinne der Angestelltensatzung und 27 Hausmeister beschäftigt waren.

Der Gehaltsaufwand für die übergesetzlichen Lehrkräfte, der der Stadt verblieb, betrug 490 475,60 *RM*. Der Beitrag der Stadt für die gesetzlichen Lehrerstellen belief sich auf 335 999,39 *RM*. Für die 18 Lehrkräfte der Sofienschule, die als städtische Privatschule betrachtet wird, mußte die Stadt den Gehaltsbetrag mit 65 489,71 *RM* übernehmen. Der gesamte Aufwand für das Volksschulwesen ohne die besonders behandelte Stadtschularztstelle und Schulzahnklinik betrug 1 900 020,36 *RM*. An Einnahmen ergaben sich 73 496,15 *RM*, sodaß ein Zuschuß in Höhe von 1 826 524,21 (1931: 2 008 686) *RM* benötigt wurde.

Knabenhandarbeitsunterricht.

Neben den Pflichtfächern des Elementarunterrichts wird an der Karlsruher Volksschule ein freiwilliger Knabenhandfertigkeitsunterricht erteilt. Der Knabenhandarbeitsunterricht soll dem Schüler Gelegenheit geben, seine Handgeschicklichkeit zu bestätigen und, wo sie mangelhaft ist, nach Möglichkeit zu fördern. Der Werkstattunterricht will erziehen zu gutem Geschmack, Pünktlichkeit, Sauberkeit und Ausdauer bei der Arbeit und der Bezwingung des Werkstoffes. Hier wird dem im sonstigen Unterricht oft weniger leistungsfähigen Schüler Gelegenheit gegeben, seine auf manuellem Gebiet liegenden Fähigkeiten zu zeigen, diese Arbeit u. U. weit besser zu machen als die ersten Schüler in der Klasse. Dadurch aber steigert sich sein Selbstvertrauen und die Achtung seiner Mitschüler infolge seiner besseren Leistung. Es liegt durchaus im Sinne dieses Unterrichts, nicht etwa einwandfreie Lehrlingsarbeiten erreichen zu wollen, sondern eben Schülerarbeiten mit den ihnen anhaftenden Mängeln, die aber im Verlauf ihres Entstehens dem Schüler eine große Zahl von Erfahrungen bringen, die er ohne den Werkstättenunterricht kaum machen könnte. Tritt bei dieser Betätigung die Vorliebe für einen bestimmten späteren Beruf stärker in Erscheinung und erleichtert sie die Berufswahl, so hat hier die Schule dem betreffenden Jungen einen besonders schätzenswerten Dienst erwiesen.

Der Besuch des Knabenhandarbeitsunterrichts ist ein freiwilliger. Zu Beginn des Schuljahres 1932/33 nahmen 2589 Schüler am Unterricht in den Schülerwerkstätten teil. Es bestanden 159 Unterrichtsabteilungen; etwa 90 Lehrer erteilten innerhalb ihres Wochendeputats diesen Werkunterricht. Wöchentlich waren zwei Arbeitsstunden angesetzt, die in den meisten Fällen im Anschluß an den Nachmittagsunterricht erteilt wurden. Die Schüler hatten pro Jahr einen Materialbeitrag von 4 *RM* zu leisten, der Unterricht selbst war kostenlos. Unbemittelte Schüler konnten von der Bezahlung des Materialgeldes ganz oder teilweise befreit werden; etwa $^{2}/_{5}$ der Schüler machten im letzten Jahre infolge der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse vieler Elternkreise von dieser Vergünstigung Gebrauch.

Der Knabenhandarbeitsunterricht der Karlsruher Volksschule gliedert sich für die verschiedenen Altersstufen der Knaben in folgende Fächer: Für das 4. Schuljahr in Modellierarbeiten, für

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

das 5. Schuljahr in Papparbeiten, für das 7. und 8. Schuljahr in Arbeiten an der Hobelbank, in der Metallwerkstätte oder Buchbinden, je nach freier Wahl des Schülers.

Seit einer Reihe von Jahren ist auch an der Städtischen Knabenfortbildungsschule Hobelunterricht mit 2 wöchentlichen Unterrichtsstunden eingeführt und erfreut sich auch hier bei den Schülern besonderer Beliebtheit.

Im abgelaufenen Schuljahr besaßen 14 Knabenschulhäuser Werkstatteinrichtungen, und zwar sind vorhanden 11 Räume für Modellierarbeiten und Papparbeiten, 15 Werkstätten für Hobelbankarbeiten und 10 Werkstätten für Metallarbeiten.

Um die nötige Zahl von Lehrkräften für die Erteilung des Werkstattunterrichts zur Verfügung zu haben, wurden auch im Schuljahr 1932/33 Lehrerausbildungskurse veranstaltet, die den in Frage kommenden Lehrkräften Gelegenheit boten, die für die Erteilung des Knabenhandarbeitsunterrichts notwendigen Fertigkeiten zu erwerben.

Vogelwarte Rappenwört.

Wie im vergangenen Jahre stand auch im Schuljahr 1932/33 die Vogelwarte im Dienste des naturkundlichen Unterrichts der Karlsruher Volksschule. Diese nützte die Einrichtungen des Hauses planmäßig aus. Alle 4. Knaben- und Mädchenklassen weilten unter Führung des Klassenlehrers einen Vormittag in der Vogelwarte und sammelten Beobachtungen, die dann im Unterricht ausgewertet wurden. Wie nachhaltig die gewonnenen Eindrücke haften, konnte bei Wanderungen auf der Insel mit 5. Klassen festgestellt werden. Eine große Anzahl der Kinder sprach Vögel im Walde ganz richtig an, obwohl ein Jahr seit dem Besuch der Warte vergangen war.

Die Lehrausgänge der 3. Klassen nach der Rheinniederung bei Daxlanden schlossen mit einem Besuch der Vogelwarte; auch die Schüler der Hilfsschule und einige ältere Jahrgänge der Volksschule wurden hier unterrichtet. Für die Kinder stand Milch zum Frühstück bereit.

Leider sind immer noch nicht alle Klassen der Höheren Lehranstalten, zu deren Jahrespensum die Behandlung der Vögel gehört, regelmäßige Besucher der Warte; doch war der Besuch reger als im vergangenen Jahre.

Wiederholt besuchten auswärtige Klassen, besonders der Volksschule, die Vogelwarte. Die Schüler der Forstschule und die Teilnehmer der Kreis-Obstbaulehrgänge wurden auch in diesem Jahre wieder hier in die Kenntnis unserer heimischen Vogelwelt eingeführt. Das Bedürfnis der Lehrerschaft der Umgebung von Karlsruhe, zunächst selbst einmal unsere heimische Vogelwelt gründlich kennen zu lernen, gab den Anstoß zur Abhaltung von zwei Lehrerkursen im vergangenen Sommer. Gegen 100 Teilnehmer der Bezirkslehrervereine Karlsruhe-Land und Durlach nahmen daran teil.

Zur Einführung der Karlsruher Lehrerschaft in den Unterrichtsbetrieb in der Warte wurden an vier Vormittagen Unterrichtsproben mit 4. Klassen abgehalten. Die Lehrer der 4. Klassen nahmen daran teil. Auch in diesem Jahre besuchten mehrere naturwissenschaftlich und heimatkundlich interessierte Vereine von Karlsruhe und Umgebung die Anstalt. Der Zweck des Hauses wurde ihnen erläutert und seine Einrichtungen gezeigt. Im Herbst hörten die Jungmänner des freiwilligen Arbeitsdienstes Daxlanden einen Vortrag über die Vogelwelt ihres Arbeitsgebietes, an den sich eine Besichtigung der Warte anschloß.

Die Zahl der Einzelbesucher läßt immer noch zu wünschen übrig trotz einer regelmäßigen Werbearbeit durch Aufsätze in den hiesigen Tagesblättern. Der Besuch durch die Leiter der Zoologischen Gärten Basel, Köln und Frankfurt und der Vogelwarte Garmisch läßt erkennen, daß auch die Fachwelt der Karlsruher Vogelwarte Interesse entgegenbringt.

Einige Freunde der Vogelwarte bedachten diese mit Geschenken. Gestiftet wurden einige Bücher und Vögel, darunter eine Dohle, eine Wasserralle, ein Lappentaucher, ein Kuckuck, einige Turteltauben und Wachteln.

Eine größere Anzahl verunglückter Alt- und Jungvögel wurde der Vogelwarte zur Pflege übergeben, ebenso einige polizeilich beschlagnahmte Vögel. Vom Hochwasser bedrohte Bruten wurden eingeholt. Nach Erlangung der Flugfähigkeit erhielten die Tiere die Freiheit.

Die Haltung einiger Raubvögel ist der Raumverhältnisse wegen leider nicht möglich. Das ist bedauerlich, da die Besucher immer wieder nach Greifen fragen. Um wenigstens einen Vertreter

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

der Raubvögel als Anschauungsmittel für den Unterricht zu haben, wurde ein Uhu käuflich erworben. Es war möglich, fast ausschließlich aus vorhandenem Material einen Käfig für diesen Vogel und einen Auslauf für einen Storch zu errichten.

Die Fütterung der Wildvögel im Winter wurde in der gleichen Weise wie im vergangenen Jahre durchgeführt. Sie brachte eine starke Belebung der Umgebung der Vogelwarte mit Standvögeln und Wintergästen und bot Gelegenheit zu Beobachtungen durch die Schüler. Auf Anregung der Vogelwarte ermunterte die Lehrerschaft der Volksschule die Kinder zum Bau von Meisenfutterglocken. Die Schüler fertigten unter Anleitung der Lehrer gegen 300 dieser Futtergeräte. Sie wurden in der Vogelwarte gefüllt und dann den Kindern zum Aufhängen im Garten oder am Hause zurückgegeben.

Der mit Unterstützung der Badischen Landwirtschaftskammer im vergangenen Jahre eingeleitete Versuch mit Nistkasten wurde in diesem Jahre weitergeführt. Ein Bericht über das vorläufige Ergebnis der Untersuchungen der Vogelwarten Mettnau und Rappenwört erschien in den „Mitteilungen über die Vogelwelt" Band 31, 1932, Heft 6—8 und 10—12.

Im Frühjahr dieses Jahres trat die Badische Landesnaturschutzstelle an die Vogelwarte mit dem Ersuchen heran, sich an der im Mai stattfindenden Naturschutzausstellung zu beteiligen. Dem Wunsche konnte entsprochen werden, da keinerlei Kosten erwuchsen. Auf Rappenwört verwendete Vogelschutzgeräte verschiedener Systeme, Bastelarbeiten für den Vogelschutz und eine kartographische Darstellung geben den Besuchern einen Einblick in die Schutzmaßnahmen auf der Insel.

Die im Laboratorium der Vogelwarte eingebaute Einrichtung zur Erbrütung von Hechtlaich entsprach zu Beginn der Brutzeit nicht ganz den Erwartungen. Die Fehler, die sich schon im letzten Jahre unliebsam bemerkbar gemacht haben, konnten ermittelt und beseitigt werden. Einige Tausend Junghechte schlüpften und wurden in den Gewässern von Rappenwört ausgesetzt.

Die Vogelwarte Rappenwört erzielte im Berichtsjahr Einnahmen in Höhe von 2076,05 *RM*. Die Ausgaben beliefen sich auf 10604,04 *RM*; ein Zuschuß wurde in Höhe von 8527,99 (1931: 6868) *RM* erforderlich.

2. Schulgesundheitspflege.

a. Stadtschularztstelle.

Verringerung des Personals bedingte in mancher Hinsicht eine Umstellung der schulärztlichen Tätigkeit, doch war man bestrebt, den gesetzlichen Bestimmungen Genüge zu tun und insbesondere die Reihenuntersuchungen und Schulhausbesuche durchzuführen. Den Reihenuntersuchungen unterzogen wurden die Klassen des 1., 4. und 8. Jahrgangs der Volksschule und des 2. Jahrgangs der Fortbildungsschule, die übrigen Klassen der Volksschule wurden einer Durchmusterung unterstellt. In der Volksschule wurden 7336 Knaben und 7142 Mädchen, zusammen 14478 Schüler, in der Fortbildungsschule 149 Knaben und 343 Mädchen, zusammen 492 Schüler, insgesamt also 14970 (1931: 14573) Schüler bei den Reihenuntersuchungen und Durchmusterungen untersucht. Die bei den Klassenuntersuchungen gewonnenen Werte für Körpergröße und Körpergewicht wurden, wie in früheren Jahren, vom Städt. Statistischen Amt bearbeitet und zu Tabellen zusammengestellt. Hierbei wurden die Schüler nach Wohngegenden in 3 Gruppen eingeteilt, wobei für die erste Gruppe eine allgemein gute wirtschaftliche Lage, für die zweite Gruppe eine allgemein weniger gute oder schlechte wirtschaftliche Lage angenommen wurde. Die dritte Gruppe umfaßte die besondere Verhältnisse aufweisenden Vororte. Es zeigte sich, daß im allgemeinen hinsichtlich der Größen- und Gewichtsentwicklung die Kinder aus den wirtschaftlich weniger günstig gestellten Stadtbezirken wesentlich hinter den aus besser gestellten Wohngegenden stammenden zurückbleiben. Der allgemeine Körperzustand wurde bei 37,7 v. H. der reihenuntersuchten Volksschüler für gut, bei 54,7 v. H. für mittelmäßig und bei 7,6 v. H. für schlecht befunden. Von den durchmusterten Volksschulkindern hatten 36,1 v. H. einen guten, 52,1 v. H. einen mittelmäßigen, 11,8 v. H. einen schlechten allgemeinen Körperzustand. Bei den Reihenuntersuchungen der Fortbildungsschule zeigte sich bei 59,0 v. H. ein guter, bei 39,1 v. H. ein mittelmäßiger und bei 1,9 v. H. der Schüler ein schlechter allgemeiner Körperzustand.

Die schulärztliche Sprechstunde mußte eingeschränkt werden. Trotzdem wurde sie von 8806 (1931: 7830) Kindern beansprucht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Anläßlich der Reihenuntersuchungen und -durchmusterungen und der Sprechstundenberatungen wurden den Schulärzten insgesamt 24 026 (1931: 33 590) Krankheitsfälle bekannt, davon 12 297 bei Knaben, 11 729 bei Mädchen.

Vom Schulbesuch um 1 Jahr mußten 98 Kinder zurückgestellt werden, in der Hauptsache wegen allgemeiner Schwächlichkeit. Von 31 Anträgen auf vorzeitige Einschulung konnten 21 befürwortet werden. Von 30 zur Schülerkapelle angemeldeten Schülern wurden 13 für tauglich erachtet, 17 mußten zurückgewiesen werden.

Die Zahl der Überwachungskinder betrug 628. Wegen Geistesschwäche (Debilität oder Imbecillität) wurden 46 Schüler der Hilfsschule zugeführt. Die vorbeugende Kropfbehandlung wurde auch im Berichtsjahr in der ganzen Volksschule durch wöchentliche Verabreichung je einer Tablette Alival (enthaltend 0,0008 Gramm Jod) durchgeführt. Nachdem in der letzten Zeit von den früher geltenden Auffassungen abweichende wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse über die Jodprophylaxe veröffentlicht worden sind, wird derzeit nachgeprüft, ob die Jodverabreichung auch in Zukunft fortgesetzt werden oder wie in einigen anderen Städten (Mannheim, Stuttgart) eingestellt werden soll.

Die unter fachärztlicher Leitung von Professor Dr. Baisch stehenden Sonderturnkurse in vorbeugenden und ausgleichenden Leibesübungen wurden auch im Berichtsjahr sowohl für Knaben als auch für Mädchen doppelt gehalten. Am Ende des Schuljahres wurden die Kurse von 22 Knaben und 33 Mädchen besucht.

Für die Schwerhörigen- und Sprachheilschule wurden im Schuljahr 1932 von dem Facharzt Dr. Eschle 180 Untersuchungen vorgenommen, davon 137 Nachuntersuchungen der Klassen der Schwerhörigen und Sprachheilschule.

In der Kopfklinik wurden im Berichtsjahr 2512 (1931: 1669) Kopfreinigungen vorgenommen.

Mit dem Städt. Krankenhaus wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach gegen eine Pauschalvergütung die bei der Stadtschularztstelle sich als notwendig erweisenden mikroskopischen und bakteriologischen Untersuchungen daselbst durchgeführt werden. Im Berichtsjahr wurden 296 Untersuchungen durch die Prosektur des städt. Krankenhauses für die Stadtschularztstelle ausgeführt.

Die Zahl der gemeldeten Fälle von Infektionskrankheiten ist im Berichtsjahr höher gewesen als im Vorjahre, zu größeren Epidemien ist es aber, abgesehen von der Grippe, nicht gekommen. Auf Grund polizeilicher Meldung des Bezirksamts wurde vorübergehender Ausschluß vom Unterricht beim Stadtschulamt beantragt wegen Diphtherie in 122 Fällen und wegen Diphtherieerkrankung im Hausstand in 143 Fällen, wegen Scharlach in 29 Fällen und wegen Scharlach im Hausstand in 43 Fällen, wegen Ruhr in 2 Fällen und wegen Ruhr im Hausstand in 3 Fällen, wegen Typhus in 2 Fällen und wegen Typhus im Hausstand in 10 Fällen, wegen spinaler Kinderlähmung in 1 Fall und wegen derselben Erkrankung im Hausstand in 1 Fall.

Auf Vorschlag der Stadtschularztstelle wurden durch den Verein Jugendhilfe 1109 Kinder und durch die Eisenbahnverwaltung 220 Kinder in die Erholungs- und Heilstättenfürsorge eingewiesen. Der Kurerfolg war bei 84,4 v. H. der vom Verein Jugendhilfe entsandten Kindern gut, bei 15,6 v. H. nicht befriedigend, bei 93,6 v. H. der von der Eisenbahnverwaltung entsandten Kindern gut, bei 6,4 v. H. nicht befriedigend.

Der örtlichen Erholungsfürsorge im Hardtwald während der großen Ferien wurden im Berichtsjahr vom Ev. Jugend- und Wohlfahrtsdienst 585, von Caritasverband 696, von der Arbeiterwohlfahrt 426 und vom Isr. Wohlfahrtsbund 2, zusammen 1709 Kinder zugeführt. Es handelte sich größtenteils um solche Kinder, die aus äußeren Gründen nicht zu einer Entsendung in auswärtige Erholungsheime gelangen konnten, obwohl sie dafür vorgemerkt waren.

Schülerfrühstücke wurden 7561 verabreicht.

Für das Stadtjugendamt wurden 45 Fürsorgezöglinge auf ihren Gesundheitszustand untersucht, in 72 Fällen Berichte und Gutachten für das Stadtjugendamt erstattet.

Die Stadtschularztstelle war im Berichtsjahr einschließlich des gleichzeitig die Leitung der Tuberkulose-Fürsorgestelle besorgenden Obermedizinalrats mit 5 Beamten und 2 Angestellten besetzt. Der Aufwand betrug 44 413,33 (1931: 48 628) *RM*.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

b. Schulzahnklinik.

In die planmäßige Überwachung der Zahnpflege sind sämtliche Klassen der Volksschule einbezogen. Die Reihenuntersuchungen der Zähne werden jedoch durch die Schulärzte vorgenommen. Der Schulzahnklinik werden nach einer im Berichtsjahr getroffenen Neuregelung nur noch die Kinder zugewiesen, deren Eltern keiner Krankenkasse angehören und die Lernmittelfreiheit von der Stadt erhalten.

Von der Schulzahnklinik nachuntersucht wurden im Berichtsjahr 2703 Schüler. Von diesen waren ungefähr 90 v. H. behandlungsbedürftig. Behandelt wurden 2308 Schüler, wobei insgesamt 19341 Handlungen vorgenommen wurden. Im einzelnen wurden ausgeführt: 2703 Munduntersuchungen, 1298 Konsultationen, 597 Nervbehandlungen, 2384 Wurzelbehandlungen, 1071 Wurzelfüllungen, 100 Unterlagen, 1784 Verschlüsse, 979 Zahnfüllungen (Plomben), 2367 örtliche Betäubungen, 18 Sitzungen zur Zahnregulierung, 263 Zahntrennungen, 41 Zahnsteinentfernungen, 10 kleinere operative Eingriffe, 1046 bleibende Zähne bzw. Wurzeln gezogen, 2309 Milchzähne bzw. Wurzeln gezogen, 2371 sonstige Behandlungen vorgenommen.

Bei der Schulzahnklinik waren am Ende des Berichtsjahres 1 Schulzahnarzt, 1 Volontärzahnarzt und 1 Schwester des Badischen Frauenvereins beschäftigt. Der Aufwand der Schulzahnklinik betrug 13775,53 (1931: 14782) *RM*.

B. Höhere Lehranstalten.

Art und Zahl der Höheren Lehranstalten, an deren finanziellem Aufwand die Stadt beteiligt ist, waren auch im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr unverändert. Der Rückgang in der Schülerzahl der Höheren Lehranstalten hielt wie in den letzten Jahren auch im Schuljahr 1932/33 an. Während die Schülerzahl in den Knabenanstalten gegenüber dem Vorjahr fast unverändert war, machte sich der Rückgang umso stärker in den Mädchenanstalten bemerkbar.

Das Schulgeld wurde in seiner bisherigen Höhe mit 200 *RM* beibehalten. Schulgeldbefreiungen wurden im Gesamtbetrag von 78204 *RM* gewährt. Zu den Höheren Lehranstalten war im Wirtschaftsjahr 1932 ein Zuschuß von 511708,79 (1931: 604974) *RM* erforderlich.

1. Goetheschule.

(Realgymnasium).

Zu Beginn des Schuljahres wurden 389 Schüler vom vorigen übernommen, neu eingetreten sind 108, ausgetreten 24 Schüler, sodaß die Anstalt am Ende des Schuljahres von 473 (1931/32: 458) Schülern, nur Knaben, in 18 (1931/32: 17) Klassen besucht wurde. Im volksschulpflichtigen Alter standen 291 Schüler der Klassen Sexta bis Obertertia. Die Oberprima wurde von 33 Schülern besucht, von denen 31 am Ende des Schuljahres das Reifezeugnis zuerkannt werden konnte.

Im Schuljahr 1932/33 wurde erstmals der Unterricht für sämtliche Klassen nach dem neuen, ab Ostern 1924 stufenweise von Sexta an durchgeführten Lehrplan erteilt.

Der Lehrkörper der Anstalt bestand aus dem Direktor, 18 Professoren, 1 Zeichenlehrer, 2 Turnlehrern, 1 Musiklehrer, 7 Lehramtsassessoren, 1 Assessor für das künstlerische Lehramt, 7 Lehramtsreferendaren, 1 Referendar für das künstlerische Lehramt und 3 Nebenlehrern für israelitischen Religionsunterricht.

2. Humboldtschule.

(Realgymnasium).

In der Humboldtschule wurden zu Beginn des Schuljahres 332 Schüler aus dem vorigen Schuljahr übernommen, 124 Schüler sind neu eingetreten. Ausgetreten während des Schuljahres sind 16 Schüler; am Ende des Schuljahres wurde die Anstalt von 440 (1931/32: 404) Knaben in 17 (1931/32: 16) Klassen besucht. Im volksschulpflichtigen Alter standen 233 Schüler der Klassen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Sexta bis Untertertia. Die Oberprima zählte 43 Schüler, von denen 42 das Reifezeugnis erhielten.

Im Lehrkörper waren im Schuljahr 1932/33 1 Direktor, 19 Professoren, 1 Studienrat für Zeichnen, 1 Studienrat für Musik, 1 Turnlehrer, 4 Lehramtsassessoren, 1 Assessor für das künstlerische Lehramt, 1 Lehrer und 2 Nebenlehrer für israelitischen Religionsunterricht tätig.

Änderungen im Lehrplan traten nicht ein. Direktor Robert Burger wurde auf 1. Juni 1932 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Unterm 16. Juni 1932 wurde Direktor Rudolf Wilhelm von der Freiligrathschule zum Direktor der Humboldtschule ernannt, unterm 30. März 1933 jedoch mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres von seinen Dienstgeschäften beurlaubt. Am 30. März 1933 wurde Professor Hugo Zimmermann von der Lessingschule in Karlsruhe mit sofortiger Wirkung kommissarisch mit der Wahrnehmung der Anstaltsleitung betraut.

3. Helmholtzschule.

(Oberrealschule).

Die Helmholtz-Oberrealschule hatte zu Beginn des Schuljahres 1932/33 399 Schüler vom vorigen Jahre übernommen, neu eingetreten sind im Laufe des Schuljahres 112 Schüler, ausgetreten 43 Schüler, sodaß am Ende des Schuljahres 468 (1931/32: 479) Schüler, nur Knaben, die Anstalt in 18 (1931/32: 19) Klassen besuchten. Volksschulpflichtig waren 305 Schüler der Klassen Sexta bis Untertertia. 33 Schüler besuchten die Oberprima. Sie erhielten alle am Ende des Schuljahres das Reifezeugnis.

Der Lehrkörper der Anstalt umfaßte 1 Direktor, 19 Professoren, 2 Studienräte, 2 Turnlehrer, 1 Musiklehrer, 4 Assessoren und 1 Zeichenlehrer.

Am Lehrplan trat keine Änderung ein.

4. Kantschule.

(Oberrealschule).

In das Schuljahr 1932/33 wurden an der Kantschule 352 Schüler vom Vorjahr übernommen. Zu Beginn und im Laufe des Schuljahres traten 81 Schüler neu ein, 27 Schüler aus. Am Ende des Schuljahres zählte die Anstalt 406 (1931/32: 448) Schüler, nur Knaben, in 16 (1931/32: 17) Klassen. Im volksschulpflichtigen Alter standen 235 Schüler. Die Oberprima wurde von 41 Schülern besucht, von denen 2 im Herbst 1932 und 38 an Ostern 1933 die Reifeprüfung bestanden. 1 Schüler hat im Herbst 1932 die Wiederholungsprüfung nicht bestanden und mußte aus der Anstalt ausscheiden.

Der Lehrkörper setzte sich zusammen aus 1 Direktor, 17 Professoren, 1 Studienrat (Musiklehrer), 1 Zeichenlehrer, 2 Turnlehrern, 3 Lehramtsassessoren, 1 Assessor für das künstlerische Lehramt und 4 Nebenlehrern für Religionsunterricht.

Änderungen im Lehrplan wurden nicht durchgeführt.

5. Lessingschule.

(Mädchenrealschule mit Mädchengymnasium nebst realgymn. Abteilung).

Die Lessingschule wurde im Schuljahr 1932/33 von insgesamt 625 Schülerinnen in 21 Klassen besucht. Vom vorigen Schuljahr wurden 512 Schülerinnen übernommen, neu eingetreten sind 113 Schülerinnen. Auf das Mädchengymnasium mit realgymnasialer Abteilung entfielen in 9 Klassen 191 Schülerinnen, auf die Mädchenrealschule in 12 Klassen 434 Schülerinnen. Im Laufe des Schuljahres verließen 29 Schülerinnen die Anstalt, sodaß die Schülerzahl am Ende des Schuljahres noch 596 (1931/32: 646) betrug. Im volksschulpflichtigen Alter standen 315 Schülerinnen. Am Ende des Schuljahres erhielten 20 Schülerinnen der Oberprima das Reifezeugnis, darunter 10 Schülerinnen des Realgymnasiums.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Lehrkörper bestand aus 1 Direktor, 14 Professoren, 4 Lehramtsassessoren, 1 Studienrat, 1 Zeichenlehrer, 1 Handarbeitsinspektorin, 1 Turnlehrerin, 8 Hauptlehrerinnen, 3 Lehrerinnen, 11 Nebenlehrern für Religionsunterricht.

Änderungen im Lehrplan traten nicht ein.

6. Fichteschule.

(Mädchenrealschule mit Mädchenoberrealschule).

Die Fichteschule wurde im Schuljahr 1932/33 von 440 Schülerinnen, die aus dem Vorjahr übernommen worden waren, und von 156 neueingetretenen Schülerinnen besucht. Ausgetreten sind während des Schuljahres 36 Schülerinnen, sodaß die Anstalt am Ende des Schuljahres von 560 (1931/32: 635) Schülerinnen in 19 (1931/32: 24) Klassen besucht wurde. Im volksschulpflichtigen Alter standen 303 Schülerinnen. Die Oberprima zählte 34 Schülerinnen, denen allen an Ostern das Reifezeugnis erteilt werden konnte.

Der Lehrkörper bestand aus 1 Direktor, 15 Professoren, 4 Assessoren, 1 Reallehrer, 1 Zeichenlehrer, 1 Musiklehrerin, 5 Hauptlehrerinnen, 1 Handarbeitsinspektorin, 2 Handarbeitslehrerinnen, 1 Fortbildungslehrerin, 10 Nebenlehrern für Religionsunterricht, 1 Arzt und 1 Hauptlehrer als Nebenlehrern, 2 freiwilligen Hilfsarbeiterinnen, 6 Referendarinnen.

Der bisherige Lehrplan wurde unverändert beibehalten.

7. Freiligrathschule.

(Mädchenrealschule.)

Die Freiligrathschule wurde im Schuljahr 1932/33 von 252 Schülerinnen besucht. 176 wurden vom vorigen Schuljahr übernommen, 76 sind neu eingetreten. Im Laufe des Schuljahres verließen 6 Schülerinnen die Anstalt. Am Ende des Schuljahres waren noch 246 (1931/32: 233) Schülerinnen in 8 (1931/32: 8) Klassen vorhanden.

Der Lehrkörper setzte sich aus 1 Direktor, 3 Professoren, 1 Lehramtsassessor, 1 Zeichenlehrerin, 1 Musiklehrer, 3 Hauptlehrerinnen, 1 Handarbeitshauptlehrerin, 1 Unterlehrerin (halbes Deputat), 8 Nebenlehrern für Religionsunterricht und 1 Hauptlehrer als Nebenlehrer zusammen.

Änderungen im Lehrplan waren nicht zu verzeichnen.

C. Fachschulen.

1. Gewerbeschulen.

Da durch den in den nächsten Jahren zu erwartenden Schülerstand die Voraussetzungen für die Beibehaltung von 3 getrennten Gewerbeschulen in Karlsruhe gemäß § 15 der Verordnung des Staatsministeriums vom 18. April 1925 über die Errichtung von Fachschulen sowie für eine Wiederbesetzung der durch Zuruhesetzung des Gewerbeschuldirektors Kuhn frei gewordenen Direktorstelle nicht mehr gegeben waren, verfügte der Minister des Kultus und Unterrichts mit Erlaß vom 28. November 1931, daß mit Beginn des Schuljahres 1932/33 die bisherigen drei Anstalten in zwei Fachschulen umzuwandeln seien.

Die jetzige Gewerbeschule I umfaßt sämtliche Berufe der bisherigen Gewerbeschule II sowie das Blechner-, Installateur- und alle Baugewerbe (Maurer, Steinmetze, Bauzeichner, Bau- und Vermessungstechniker, Zementeur, Gipser, Stukkateure, Rabitzer, Kaminfeger u. dgl.), ferner die Blechner- und Installateurfachschule (Höhere Gewerbeschule) sowie die entsprechenden Weiterbildungs- und Vorbereitungskurse zur Gesellenprüfung und Meisterprüfung unter Leitung des Direktors Bender.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die jetzige Gewerbeschule II umfaßt sämtliche Berufe der bisherigen Gewerbeschule III, sowie die übrigen Berufe, Fachschulen und Weiterbildungskurse der früheren Gewerbeschule I. Die Lehrlinge aus dem Zimmerer-, Wagner-, Küfer-, Kübler-, Holzbildhauer-, Drechsler- und Glaserhandwerk u. dgl. sind, soweit ihre Zahl zur Fachklassenbildung nicht ausreicht, Schreinerklassen zuzuweisen. Die Leitung dieser Anstalt wurde Direktor Zimmermann übertragen.

Gewerbeschuldirektor Bender wurde mit dem 31. Mai 1932 nach über 40jähriger Dienstzeit in den Ruhestand versetzt. Mit Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 4. Juli 1932 wurde Direktor Zimmermann beauftragt, die Leitung der Gewerbeschule I mitzuversehen.

Nach dem Stand vom 1. Mai 1932 wurde die Gewerbeschule I von 914 (1931: 704) Schülern in 54 (1931: 40) Klassen, die Gewerbeschule II von 1033 (1931: 935) Schülern in 62 (1931: 48) Klassen besucht. (Gewerbeschule III 1931: 885 Schüler, 46 Klassen.) Unter den insgesamt 1947 (1931: 2524) Schülern befanden sich 1823 Pflichtschüler und 124 freiwillige Schüler. Im Laufe des Schuljahres traten in der Gewerbeschule I 69 Schüler ein, 97 aus, in der Gewerbeschule II 175 Schüler ein und 152 Schüler aus. Die Ganztag-Fachschule der Blechner und Installateure und die Elektrofachschule wurden von 85 Schülern besucht.

An Fachkursen wurdene veranstaltet: 3 Vorbereitungskurse zur Gesellenprüfung mit 71 Kursteilnehmern, 9 Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung mit 180 Kursteilnehmern, 2 theoretisch-technische Kurse mit 26 Teilnehmern, 1 praktischer Kurs (Werkstättenunterricht) mit 10 Teilnehmern, zusammen 15 Kurse mit 287 Teilnehmern.

Schulgeld wurde an der Gewerbeschule von den Pflichtschülern nicht erhoben; die freiwilligen Schüler und die Teilnehmer an den Fachkursen mußten Schulgeld bzw. Kursgebühr entrichten.

Der Lehrkörper bestand an der Gewerbeschule I aus 22 planmäßigen Lehrern, 7 außerplanmäßigen Lehrern, 5 Gewerbelehramtsassessoren im Angestelltenverhältnis, 3 Gewerbelehramtsreferendaren ohne Lehrauftrag, 4 Nebenlehrern für Werkstattunterricht, zusammen aus 41 Lehrkräften. An der Gewerbeschule II waren 21 planmäßige Lehrer, 11 außerplanmäßige Lehrer, 1 Gewerbelehramtsassessor im Angestelltenverhältnis und 11 Nebenlehrer für Werkstattunterricht, zusammen 44 Lehrkräfte beschäftigt.

Die Gewerbeschulen erforderten im Wirtschaftsjahr 1932 einen Zuschuß von 342 962,47 (1931: 405 261) *RM.*

2. Handelsschulen.

In der Organisation der Handelsschulen ebenso wie in deren Lehrplan traten im Berichtsjahr keine Änderungen ein. Vorhanden waren die beiden Anstalten, davon die Handelsschule I für Knaben, die Handelsschule II für Mädchen. Die Handelsschule I nimmt in ihre einjährige Abteilung solange auch Mädchen auf, als an der Handelsschule II eine einjährige Abteilung nicht errichtet ist. Auch in der dreijährigen Abteilung der Handelsschule I war hinsichtlich einiger Klassen die Trennung in Knaben und Mädchen nicht restlos durchgeführt.

Zu Beginn des Schuljahres 1932/33 zählte die Handelsschule I in der dreijährigen Abteilung 390 Schüler, darunter 12 Mädchen, in der einjährigen Abteilung 50 Schüler, darunter 2 Mädchen, die Höhere Handelsschule in der zweijährigen Abteilung 113 Schüler, in der einjährigen Abteilung 41 Schüler, zusammen 594 Schüler. Während des Schuljahrs traten 110 Schüler ein, 140 aus, sodaß am Ende des Schuljahres noch 564 (1931/32: 755) Schüler die Handelsschule I besuchten, und zwar 372, darunter 12 Mädchen, die dreijährige Abteilung, 57, darunter 4 Mädchen, die einjährige Abteilung, 105 die zweijährige Abteilung der Höheren Handelsschule, 30 die einjährige Abteilung der Höheren Handelsschule. Die Fachkurse an der Handelsschule I hatten einen Besuch von 120 Teilnehmern aufzuweisen.

Der Abschlußprüfung der Höheren Handelsschule unterzogen sich an Ostern 1933 135 Schüler.

Die Handelsschule II wurde zu Beginn des Schuljahres von 660 Schülerinnen in der dreijährigen Abteilung und von 137 Schülerinnen in der Höheren Handelsschule, zusammen von 797 Schülerinnen besucht. Eingetreten im Laufe des Schuljahres sind 76 Schülerinnen, ausgetreten 46, sodaß am Ende des Schuljahres noch 827 (1931/32: 929) Schülerinnen vorhanden waren. Die an der Handelsschule II durchgeführten Fachkurse wurden von 407 (1931/32: 309) Personen besucht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am Schlusse des Schuljahres unterzogen sich 39 Schülerinnen der einjährigen und 50 Schülerinnen der zweijährigen Höheren Handelsschule der Abschlußprüfung. 25 Schülerinnen der zweijährigen Höheren Handelsschule, die bei ihrem Eintritt die Reife für Obertertia besaßen, wurde die mittlere Reife zuerkannt.

Der Lehrkörper der Handelsschule I bestand aus 1 Direktor, 13 Studienräten, 1 Professor, 2 Fachlehrern, 5 außerplanmäßigen Handelsschulassessoren, einem außerplanmäßigen Religionslehrer, 5 Handelsschulassessoren ohne Lehrauftrag, 1 im Angestelltenverhältnis stehenden Fachlehrer, 1 Nebenlehrer für israelitischen Religionsunterricht. An der Handelsschule II lehrten 1 Direktor, 8 Studienräte, 1 Professor, 11 Handelsschulassessoren, 2 Handelslehrkandidatinnen, 3 Fachlehrerinnen und 8 Nebenlehrer.

Für den Besuch der Pflichthandelsschule wurde Schulgeld nicht erhoben. Auswärtige Schüler mußten ein Schulgeld von 66 *RM* entrichten. An der Höheren Handelsschule betrug das Schulgeld 200 *RM*.

Die Handelsschulen schlossen im Wirtschaftsjahr 1932 mit einem Zuschuß von 142 956,53 (1931: 147 837) *RM* ab.

VII. Kunst, Wissenschaft, Stadtgeschichte, Volksbildung.

1. Verwaltungsbücherei und Archiv.

Wie im Wirtschaftsjahre 1931, so war auch in diesem Jahre infolge der großen Geldknappheit bei Bücheranschaffungen für die Verwaltungsbücherei größte Zurückhaltung geboten. Wenn hierdurch der Verzicht auf größere Werke bedungen war, so ist es doch einigermaßen gelungen, die Bücherei mit den wichtigsten Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Verwaltungs- und Rechtspflege zu versehen. Im ganzen ist ein Zuwachs bei Büchern von rund 140 Werken und bei Zeitschriften von rund 50 Bänden zu verzeichnen. Hierin enthalten ist jedoch nicht die Literatur, die für die Dienststellen beschafft wurde, die eigene Mittel hierfür zur Verfügung haben. Der Aufwand betrug für Bücher 1000 (1931: 1831) *RM* und für Zeitschriften und Zeitungen 2298 (1931: 2392) *RM*. Die Benützung der Bücherei durch die einzelnen Dienststellen war verhältnismäßig sehr rege.

Die Bestände des Archivs und der Stadtgeschichtlichen Sammlungen konnten außer einigen Geschenkstücken nur in ganz bescheidenem Maße durch käufliche Erwerbungen vermehrt werden. Die Direktion des Badischen Landesmuseums, der die Verwaltung der Stadtgeschichtlichen Sammlungen im Schloß obliegt (vergleiche hierwegen den Bericht vom Jahre 1928), hat in dankenswerter Weise von dem ihr hierfür als Gegenleistung zur Verfügung gestellten Betrag eine Summe zur Vermehrung der Sammlungen verwendet, obwohl eine Verpflichtung für sie hierzu nicht bestand. Von den Erwerbungen verdienen erwähnt zu werden: 1 Ölbildnis des früheren Oberbürgermeisters von Karlsruhe, Christian Griesbach, gemalt von Ch. Heckel 1823, 1 Seidenschirm mit Darstellung des Karlsruher Schlosses Anfangs des 19. Jahrhunderts, 1 Puppenwohnung mit Kostümgruppen und Einrichtung um 1885, verschiedene Gläser mit eingeschliffenen Ansichten usw.

Die Bildersammlung konnte um 31 Werke (23 Gemälde, 3 Aquarelle und 5 Plastiken) gegenüber 15 Werken (13 Gemälden und 2 Plastiken) im Vorjahre vermehrt werden. Hiervon wurden 14 Gemälde und 3 Plastiken durch Kauf erworben, wobei die im Herbst 1932 im Badischen Kunstverein, hier, veranstalteten Ausstellungen „Die Frau im Bilde" und „Karlsruhe im Bilde" besonderen Anlaß boten. Von den übrigen Kunstwerken wurden 11 Gemälde, 1 Aquarell und 2 Plastiken aus dem Nachlaß des verstorbenen Kunstmalers Wilhelm Oesterle, Berlin, und 1 Gemälde aus dem Nachlaß des in Erfurt verstorbenen Kunstmalers Fidel Reich der Stadt durch Geschenk überlassen. Außerdem gingen der Stadt schenkungsweise aus dem Nachlaß der Karlsruher Künstlerin Berta Welte einige Mappen mit Skizzen und Studienzeichnungen und von der Witwe des Oberverwaltungsgerichtsrats Franz, hier, 1 Gipsbüste des verstorbenen Stadtrats und Ehrenbürgers von Karlsruhe, August Lamey, zu. Die Gesamtausgaben für die genannten Kunstanschaffungen betrugen rund 7500 *RM* (einschließlich 2000 *RM* für Ehrengeschenke an preisgekrönte Künstler der beiden obengenannten Ausstellungen) gegenüber 7562 *RM* im Rechnungsjahre 1931.

Im Palais Solms wurde im Laufe des Berichtsjahres in den Räumen des ersten Obergeschosses das Deutsche Scheffelmuseum, das bisher im ehemaligen Residenzschloß aufgestellt war, untergebracht.

2. Volksbücherei und Lesehalle.

Der Anfang des Berichtsjahres stand noch ganz im Zeichen des Umzugs. Aufstellungs- und Ordnungsarbeiten waren noch bis zu der am 18. April erfolgten Eröffnung in großer Fülle zu erledigen. Die vorteilhafte Veränderung gegenüber dem bisherigen Zustande zeigte sich bei Eröffnung der Ausleihe in der glatten Abwicklung trotz stärksten Andrangs. Einmal wird sie durch die klare übersichtliche Aufstellung in den Magazinen gewährleistet, zum andern dadurch, daß gerade im Hauptmagazin (Abteilung Schöne Literatur) nur Schäfte in Reichhöhe vorhanden sind. Dadurch wird die zeitraubende Benützung von Leitern entbehrlich gemacht und gleichzeitig ein reibungsloseres Ineinanderarbeiten ermöglicht. Neben diesen rein technischen Verbesserungen stehen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

noch bibliothekarische Maßnahmen mit dem Ziele der rascheren und besseren Abwicklung des Leihverkehrs: so die Einstellung von Mehrstücken von wertvollen, begehrten Büchern, weiterhin die Bearbeitung einiger Kataloge. Diese sollen den Leser immer vertrauter machen mit der Art der vorhandenen Bestände; gerade weil er meistens eine geringere Kenntnis der Schriftsteller besitzt, sondern mehr vom Gegenstand oder Stoff her das Buch sucht, müssen Kataloge geschaffen werden, die den Bücherschatz auch von dieser Seite her erschließen. Es wurden deshalb für das große Gebiet der „Schönen Literatur" in diesem Jahre zum ersten Male sogenannte Stoffkreiskataloge in Maschinenschrift hergestellt. Bis zum Ende des Berichtsjahres ist der Katalog „Heimat- und Bauernromane" herausgekommen; weitere „Aus Geschichte und Vergangenheit" und „Ferne Länder und Meere" sind in Vorbereitung. In besonderen Aushangrahmen werden die Neuzugänge aus allen Gebieten angekündigt. Es wurde auch ein „Zeitgeschichtlicher Informationsdienst" eingerichtet. Dieser gibt über Werke, die Zeitfragen von verschiedener Seite beleuchten, Auskunft.

Von der Gegenwart bis in die Vergangenheit des vorigen Jahrhunderts führt das neu herausgebrachte Zeitschriftenverzeichnis.

Wie in jeder Bücherei ergeben sich durch nicht rechtzeitige Ablieferung der Bücher Schwierigkeiten. Auf Ansuchen der Bücherei hat sich deshalb das Bürgermeisteramt an die Polizei gewandt wegen Mitwirkung bei Mahnungen in schwierigen Fällen. Die von der Polizei zugesagte Hilfe hatte in den meisten Fällen den gewünschten Erfolg.

Von den Besuchern des Lesesaals wurde des öftern der Wunsch geäußert, Zeitungen aus den Nachbarstädten zu erhalten. Ohne Mehrbelastung des Etats konnte durch Entgegenkommen der Verleger das Auflegen einiger dieser Zeitungen erreicht werden. Infolge der politischen Umwälzung mußten sämtliche marxistische und einige jüdische Zeitungen abbestellt werden.

Im Laufe des Jahres schieden die zur Mithilfe im Ausleihedienst herangezogenen Pflichtarbeiter aus; an ihre Stelle trat eine Dienstaushilfe; außerdem waren noch zwei freiwillige Hilfsarbeiter, welche hauptsächlich mit Katalogarbeiten beschäftigt waren, tätig. Anderweitige Veränderungen beim Personal gab es nicht.

Entliehen wurden im Berichtsjahr in 1191 (1931: 1179) Ausleihestunden 90 946 (1931: 102 823) Bücher. Der Gesamtumsatz belief sich auf 177 780 (1931: 206 235) Bände. Mahnungen wurden 1789 (1931: 1227) erforderlich, Vormerkungen ergingen 264 (1931: 728). Im Laufe des Berichtsjahres gingen 2030 (1931: 1477) Bücher neu zu, 234 (1931: 924) Bücher gingen verloren oder mußten ausgeschieden werden. Der Bücherstand auf Ende des Wirtschaftsjahres 1932 umfaßte 54 796 (1931: 53 000) Bände. Die Leserzahl nahm um 407 männliche und 232 weibliche Personen, insgesamt um 639 (1931: 683) Personen, zu. Der Lesesaal wurde von 24 334 männlichen und 1255 weiblichen, zusammen von 25 589 (1931: 21 538) Personen besucht.

Der Aufwand für das Archiv, die Bücherei und Lesehalle belief sich im Wirtschaftsjahr 1932 auf 53 881,75 (1931: 56 265) *RM*. An Einnahmen aus der Benützung der Bücherei gingen 1282,30 (1931: 1756) *RM* ein.

3. Badisches Staatstheater.

Das Badische Staatstheater wurde auch im Wirtschaftsjahr 1932 gemäß einer im Jahre 1929 zwischen dem Badischen Staat und der Stadt Karlsruhe abgeschlossenen Vereinbarung als badische Staatsanstalt auf Rechnung des badischen Staates und der Stadt Karlsruhe gemeinsam betrieben und verwaltet. Vom ungedeckten Betriebsaufwand hatte der Badische Staat $^{4}/_{10}$ und die Stadt Karlsruhe $^{6}/_{10}$ zu tragen.

Im Spieljahr 1932/33 wurden vom Badischen Staatstheater insgesamt 400 (1931/32: 401) Vorstellungen aufgeführt. Davon waren 151 Opernaufführungen, 167 Schauspielaufführungen (darunter ein Gastspiel Curt Goetz), 32 auswärtige Gastspiele, 5 Morgenfeiern, 9 Konzerte (7 im Staatstheater, 2 in der Festhalle), 6 Sonderveranstaltungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, 2 Sonderveranstaltungen der Hitlerjugend, 3 Vorstellungen für Erwerbslose, 25 Vorstellungen im Konzerthaus, darunter ein Gastspiel „Blauer Vogel", 2 geschlossene Aufführungen der Theatergemeinde und 2 Akademievorstellungen. Außerdem fanden 4 Rundfunkübertragungen statt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Uraufführungen gingen im Berichtsjahr 2 über die Bühne, und zwar am 29. Oktober 1932 das Schauspiel von Friedrich Roth: „Ich suche die Erde" und am 6. Januar 1933 das Ballett von Drigo: „Harlekins Millionen".

Als Erstaufführungen wurden gespielt im September 1932: „Reifeprüfung" von Dreyer; im Oktober 1932: „Scheherazade" von Rimsky Korsakoff, „Die ägyptische Helena" v. Richard Strauß, „Liebling adieu" von Rosen; im November 1932: „Robinson soll nicht sterben" von Forster; im Dezember 1932: „Stöpsel bummelt durch die Welt" von Irmler, „Endlose Straße" von Graff-Hintze, „Glückliche Reise" von Künnecke, „Erster Klasse", „Die kleinen Verwandten", „Waldfrieden" von Thoma, im Januar 1933: „La Gioconda" von Ponchielli, „Dr. med. Hiob Prätorius" von Goetz (Gastspiel Goetz), „Freie Bahn dem Tüchtigen" von Heinrichs, „Der Mann mit den grauen Schläfen" von Lenz, „Königin Christine" von Strindberg, „Essig und Oel" von Katscher; im Februar 1933: „Der Brückengeist" von Becker, „Die Schlange" von Bacmeister, „Die Nacht zum 17. April" von Zilahy; im April 1933: „Hafenlegende" von Uhl, „Schlageter" von Johst; im Mai 1933: „Hasenklein kann nichts dafür" von Mahner-Mons, „Schicksal um York" von Kyser, im Juni 1933: „Die vier Musketiere" von Graff.

In der Oper wurden 35 Werke der Weltopernliteratur aufgeführt, darunter die bereits erwähnten 4 Erstaufführungen. Richard Wagners Werke gelangten sämtliche, mit Ausnahme der frühesten Jugendwerke, zur Aufführung. Nach längerer Pause erschienen wieder „Die lustigen Weiber von Windsor" von Nikolai, „Mignon" von Thomas und „Die Regimentstochter" von Donizetti auf der Bühne. Außerdem enthielt der Opernspielplan „Carmen" von Bizet, „Martha" von Flotow, „Margarethe" von Gounod, „Hänsel und Gretel" von Humperdinck, „Der Bajazzo" von Leoncavallo, „Der Waffenschmied" und „Zar und Zimmermann" von Lortzing, „Cavalleria rusticana" von Mascagni, „Die Hochzeit des Figaro" von Mozart, „Hoffmanns Erzählungen" von Offenbach, „Die Bohème" und „Madame Butterfly" von Puccini, „Der Rosenkavalier" und „Salome" von Richard Strauß, „Aida", „Die Macht des Schicksals" und „Othello" von Verdi, „Der Freischütz" und „Oberon" von Weber. Von Werken der neueren Opernliteratur gelangten „Tiefland" von d'Albert, „Ilsebill" von Klose, „Der arme Heinrich" von Pfitzner und „Der Bärenhäuter" von Siegfried Wagner zur Aufführung. Neu einstudiert erschienen im Staatstheater die Operetten „Gasparone" von Millöcker, „Eine Nacht in Venedig" von Johann Strauß, „Schwarzwaldmädel" von Jessel.

Im Schauspiel wurden neben einer Ur- und 19 Erstaufführungen (die bereits erwähnt sind) 8 Werke der Weltliteratur gegeben und zwar: Schillers „Räuber" und „Wilhelm Tell", Shakespeares „Ein Sommernachtstraum" und „Was ihr wollt", Grillparzers „Des Meeres und der Liebe Wellen", Kleists „Hermannsschlacht", Strindbergs „Königin Christine" und Eichendorffs „Die Freier".

Im Ballett gingen an 6 Abenden neben der Uraufführung „Harlekins Millionen" und den Erstaufführungen „Scheherazade" und „La Gioconda" „Die Nußknackersuite" von Tschaikowsky, „Die Puppenfee" von Bayer und Humperdincks „Hänsel und Gretel" über die Bühne.

Besucht wurden die Opernvorstellungen von 91 432 Personen, die Schauspielvorstellungen von 94 761 Personen, die Konzerte von 6785 Personen, die Morgenfeiern von 2412 Personen, die Konzerthausaufführungen von 8045 Personen. Insgesamt wurden die Veranstaltungen des Badischen Staatstheaters von 203 435 (1931/32: 227 294) Personen besucht.

Während der Zeit vom 2. Juli bis 11. September 1932 gab das Badische Staatstheater im Konzerthaus 72 Aufführungen der Sommer-Operette, die 32 000 Besucher aufzuweisen hatten.

Der Personalstand des Badischen Staatstheaters zählte im Spieljahr 1932/33 286 (1931/32: 283) Personen. Der Zuschuß der Stadt Karlsruhe zum Betrieb des Badischen Staatstheaters betrug im Wirtschaftsjahr 1932 607 201,44 (1931: 716 200) *RM*.

4. Badische Hochschule und Konservatorium für Musik.

Im Schuljahr 1932/33 war die Hochschule von 183 Studierenden (76 männlichen, 107 weiblichen), das Konservatorium von 523 Studierenden (219 männlichen, 304 weiblichen) besucht. Von der 706 (1931/32: 824) betragenden Gesamtzahl der Studierenden waren 208 (1931/32: 244) Auswärtige, darunter 4 Ausländer, und 498 (1931/32: 580) Hiesige.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die einzelnen Unterrichtsfächer waren von den Studierenden wie folgt belegt: Klavier von 493, Orgel von 57, Harmonium von 5, Violine von 144, Viola von 4, Violincello von 13, Kontrabaß von 3, Flöte von 5, Oboe von 3, Klarinette von 12, Fagott von 1, Trompete von 2, Posaune von 2, Schlagzeug von 1, Sologesang von 78, Partiturspiel und Kapellmeisterstudium von 23, Komposition und Theorie im Hauptfach von 22, Sprachen von 5, Dramatischer Unterricht von 23. Im Seminar der Kandidaten für das künstlerische Musiklehramt an höheren Lehranstalten und Fachschulen befanden sich 14 Studierende.

Die musikwissenschaftlichen Vorlesungen wurden folgendermaßen besucht: Aesthetik von 16, Akustik von 10, Musikerziehung und Gesangsmethodik von 14, Allgemeine Pädagogik von 29, Vorlesungen über „Geschichte der deutschen Literatur im 19. Jahrhundert" von 13 Hörern.

Die der Anstalt als selbständige Einrichtung angegliederte Singschule hatte im Schuljahr 1932/33 631 (1931/32: 826) Schüler und Schülerinnen.

Die Zahl der Lehrkräfte betrug 37 (1931/32: 37) für die Hochschule, 19 (1931/32: 23) für das Konservatorium und 9 (1931/32: 9) für die Singschule.

Unterm 18. Mai 1932 hat das Badische Staatsministerium dem leitenden Direktor der Anstalt, Franz Philipp, die Amtsbezeichnung „Professor" verliehen. Die gleiche Auszeichnung wurde auf 2. Februar 1933 dem hauptamtlichen Lehrkräften Heinrich Cassimir, Dr. Hermann Junker, Georg Mantel, Josef Peischer und Josef Schelb zuteil.

Im Berichtsjahr wurden die nachstehend aufgeführten Veranstaltungen durchgeführt:

Am 15. April 1932: „Bratschen-Abend Georg Valentin Panzer — Dora Matthes" mit Werken für Bratsche und Klavier von Ariosti, Dittersdorf, Paul Juon und Günther Raphael; am 5. Juni 1932: „Musikalische Morgenfeier des Badischen Kammerorchesters" (Leitung: Josef Peischer; Solist: Oskar Schmidt) mit Werken von Josef Haydn und W. A. Mozart; am 18. Juni 1932 im Saal des Studentenhauses: „Opern-Abend" mit szenisch dargestellten Fragmenten aus den Opern: Der Freischütz, Der Waffenschmied, Hoffmanns Erzählungen, Margarete, Aida, Rigoletto, Der Bajazzo, Der Evangelimann, (Leitung: Oberspielleiter Victor Pruscha); am 19. Juni 1932 aus dem Senderaum des Süddeutschen Rundfunks: „Rundfunkstunde der Hochschulstudierenden" mit Werken von Josef Haydn und L. v. Beethoven (mit Orchester); am 29. Juni und 6. Juli 1932 im kleinen Saal der Festhalle: „J. Haydn-Feier für die hiesigen Schulen"; am 29. September 1932: „Sonaten-Abend Mathilde Preß-Roth und Oskar Schmidt" mit Suiten und Sonaten für Violine und Klavier von Heinrich Cassimir, Arthur Kusterer, Ernst Toch und Julius Weismann; am 2. Oktober 1932 vom Senderaum des Süddeutschen Rundfunks: „Rundfunksendestunde der Hochschule" mit Werken von Franz Philipp und Josef Schelb; am 5. Oktober 1932 vom Senderaum des Süddeutschen Rundfunks: Beteiligung des Badischen Kammerchors unter Leitung von Professor Franz Philipp bei der „Rundfunkreportage aus Karlsruhe"; am 7. Oktober 1932 im kleinen Saal der Festhalle: „Madrigale und Serenaden", veranstaltet vom Badischen Kammerchor (Leitung: Direktor Professor Franz Philipp) und vom Badischen Kammerorchester (Leitung: Josef Peischer) mit Werken von Orlando di Lasso, Hans Leo Haßler, Giovanni Gastoldi, Thomas Sartorius, Baldassare Donati und W. A. Mozart; am 30. Oktober 1932: „Goethe-Morgenfeier", Gedächtnisrede: Akademischer Musikdirektor Heinrich Cassimir; am 22. November 1932: „Konzert der Hochschulstudierenden" anläßlich des „Tages der deutschen Hausmusik"; am 24. November 1932: „Haus- und Kammermusik des 15.—18. Jahrhunderts" mit historischen Instrumenten, veranstaltet durch das Freiburger Kammertrio für alte Musik (Edgar Lucas, Waltraut Klein, Ernst Duis); am 11. Dezember 1932: „Musikalische Morgenfeier des Badischen Kammerorchesters" (Leitung: Professor Josef Peischer; Solist: Georg Mantel) mit Werken von G. Fr. Händel, J. S. Bach, J. Haydn und W. A. Mozart; am 18. Dezember 1932 im großen Saal der Festhalle für die Winternothilfe: „Alte und neue Weihnachtsmusik" (Leitung: Professor Franz Philipp, Mitwirkende: Margarete Wingler-Sartory, Wilhelm Krauß, Paul Sigmund, der Badische Kammerchor und das Badische Kammerorchester) mit Werken von Manfredini, Max Reger und Franz Philipp; am 16. Januar 1933: „Sonaten-Abend Peter König — Johanna Diernstein" mit Sonaten für Violine und Klavier von R. Schumann, Johannes Brahms und Richard Strauß; am 18. Januar 1933 im Lichthof der Landeskunstschule: „Gemeinsame Reichsgründungsfeier der Badischen Landeskunstschule und der Badischen Hochschule für Musik" (Mitwirkende: Professor Hans Adolf Bühler, Professor Franz Philipp, Oskar Schmidt und Paul Sigmund); am 13. Februar 1933: „Bratschen-Sonaten-Abend Georg Val. Panzer —

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Dora Matthes" mit Sonaten für Bratsche und Klavier von Joh. Brahms, Kurt Beythien und Alexander Winkler.

Außerdem wurden in der Zeit vom 1. März bis 6. April 1933 im Konzertsaal der Hochschule und im großen Saal der städtischen Festhalle 17 öffentliche Prüfungskonzerte der Studierenden abgehalten.

Zum Betrieb der badischen Hochschule und des Konservatoriums für Musik leistete die Stadt im Wirtschaftsjahr 1932 einen Zuschuß von 71 510,61 (1931: 66 668) *RM*.

VIII. Wohlfahrtspflege.

1. Fürsorgeamt einschließlich Altersheim, Kriegsfolgenfürsorge, Jugendfürsorge (Jugendamt), Kinder- und Säuglingsheim.

a. Allgemeines.

Auf die Tätigkeit und den finanziellen Aufwand der kommunalen Wohlfahrtspflege war im Berichtsjahr die schon in den früheren Jahren festgestellte und weiterhin verschärfte Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftlage von stärkstem Einfluß. Der weiter nach abwärts drängende Tiefstand der Wirtschaft brachte eine Arbeitslosigkeit in unserem Vaterlande von unerhörtem Ausmaße und bedingte gleichzeitig damit eine bisher nicht gekannte, kaum mehr zu bewältigende Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge. Von Monat zu Monat stieg die Zahl der Hilfsbedürftigen, die beim Arbeitsamt ausgesteuert waren oder infolge kurzfristiger Beschäftigung keine Anwartschaft auf Arbeitslosenversicherung begründen konnten oder als früher selbständige Gewerbetreibende, Altersrentner, Kleinrentner usw. sofort in die Fürsorge der Stadt Karlsruhe genommen werden mußten.

Neben diesen allgemeinen Erscheinungen des fortschreitenden Niedergangs wurde die Landeshauptstadt durch den Verlust ihres früheren Charakters als Residenzstadt und den dadurch bedingten Wegfall sehr wertvoller Einnahmequellen sowie durch ihre Lage als Grenzstadt besonders schwer betroffen.

Die Landeshauptstadt Karlsruhe hatte als Residenzstadt des Großherzoglichen Hauses eine sehr erhebliche Zahl von Gewerbetreibenden aller Art zu verzeichnen gehabt, die durch den Hof und die mit diesem in Verbindung stehenden Einrichtungen Beschäftigung und Verdienst fanden. Die den Hof unmittelbar beliefernden Gewerbetreibenden und die von diesen wieder durch Zuweisung von Arbeiten mitversorgten Lieferanten haben zwar versucht, sich umzustellen. Infolge des Versiegens der bisherigen Hilfsquellen ist ihnen ihr Vorhaben jedoch nur in äußerst beschränktem Umfange gelungen. Zu einem Wegzuge aus der Stadt konnten sie sich fast durchweg nicht entschließen, da ihre Bodenständigkeit infolge der geschäftlichen und gesellschaftlichen Verbindungen zu fest war, und auch die Geschäftsbegründung an einem anderen Ort außerordentliche Schwierigkeiten mit sich gebracht hätte. Andererseits verließen die zur Hofgesellschaft gehörenden wohlhabenden Kreise gleich dem Hof selbst die frühere Residenz oder besuchen Karlsruhe jedenfalls nicht mehr zur Besorgung ihrer Einkäufe. Auf diese Weise ist allmählich eine immer größer werdende Anzahl von Gewerbetreibenden der öffentlichen Unterstützung vollkommen oder doch in sehr erheblichem Umfange (z. B. durch notwendige Übernahme von Mieten, einmalige Unterstützungen usw.) anheimgefallen. Es kann ohne weiteres statistisch festgestellt werden, daß die öffentliche Wohlfahrtspflege in Karlsruhe gerade durch diese Gewerbetreibenden in den letzten Jahren besonders stark belastet wurde, und auf diesen Umstand mit das starke Anwachsen der Fürsorgelasten zurückzuführen ist.

Karlsruhe war weiter in Vorkriegszeiten Garnisonstadt für 4 erstklassige Regimenter, die von wohlhabenden Bürgern für den Militärdienst besonders bevorzugt wurden, (1 Dragonerregiment, 1 Grenadierregiment, 2 Artillerieregimenter) sowie für 1 Telegraphenbataillon. Ferner befand sich in Karlsruhe das Generalkommando des 14. Armeekorps mit seinem Stabe und den ihm unterstellten Militärbehörden wie Bekleidungsamt, Sanitätsamt, Intendanturverwaltung usw. Diese sehr starke Garnison mit ihren erheblichen Einnahmequellen und ihrem starken Bedarf hat ebenfalls in großem Maße zu dem früheren Lebensunterhalt der hiesigen Bürger und der Gewerbetreibenden beigetragen. Es ist auf Grund von Untersuchungen festgestellt worden, daß schon in gewöhnlichen Garnisonstädten ungefähr $^{4}/_{5}$ der sehr erheblichen Einnahmen (Sold, Gehalt, Zuschüsse) der Militärpersonen im Standort verblieben sind. In einer Garnison mit sog. vornehmen Regimentern sind noch höhere Beträge verbraucht worden, da die Zuschüsse besonders reich und die Garnisonsangehörigen sehr wohlhabend waren. Durch das Versailler Diktat ist Karlsruhe nunmehr vollkommen ohne Militär. Alle früheren Ausgaben seitens der Garnison sind weggefallen. Hierdurch ist wiederum eine weitere, sehr erhebliche Einnahmequelle der Karlsruher Bürgerschaft zum Versiegen gebracht worden und damit ein weiterer Kreis von notleidenden Ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

werbetreibenden und sonstigen Hilfsbedürftigen entstanden. Ferner war Karlsruhe als Garnison- und Residenzstadt während des Krieges in besonders starkem Maße Sitz von Lazaretten und Hilfslazaretten. Die Insassen dieser Lazerette sind nach der Genesung in größerem Umfange hier geblieben und nicht mehr in die Heimat zurückgekehrt. Dies ist ein Grund dafür, daß Karlsruhe eine besonders hohe Zahl von Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen (nach Ableben der hier verbliebenen vielfach schwerkriegsbeschädigten Männer) zu verzeichnen hat. Die Zahl der in laufender Fürsorge stehenden Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen nebst Altrentnern, Fliegerbeschädigten usw. beläuft sich in Karlsruhe allein auf 865 und übersteigt damit weit das durchschittliche Verhältnis in den anderen Städten des Reiches.

Der Großherzogliche Hof und die Garnison haben es auch mit sich gebracht, daß Karlsruhe, in ähnlicher Weise wie die Städte Freiburg und Heidelberg, als Rentner- und Pensionsstadt von vielen wohlhabenden Leuten zum Wohnsitz für ihren Lebensabend gewählt wurde. Nahezu alle Personen aus diesen Kreisen, die ihr Vermögen fast durchweg in Reichsanleihen oder sonstigen festverzinslichen Papieren angelegt hatten, sind durch die Inflation verarmt und der öffentlichen Wohlfahrtspflege anheimgefallen. Gleichzeitig hat das Sinken der Kaufkraft dieser verarmten Kreise wiederum die bisher von diesen lebenden Schichten in Mitleidenschaft gezogen und letztere ebenfalls hilfsbedürftig gemacht.

Wohl am meisten gelitten hat Karlsruhe dadurch, daß es zur Grenzstadt wurde. Baden wurde als Grenzland von den Folgen der Nachkriegszeit besonders schwer betroffen, da die Industrieunternehmungen in sehr großem Umfange abwanderten und die großen Konzerne ihre Betriebe ebenfalls von den Grenzstädten wegverlegten oder eingehen ließen. Versuche, Industrieunternehmungen neu hierher zu ziehen, sind, mit einer einzigen Ausnahme, gerade wegen des Charakters von Karlsruhe als Grenzstadt erfolglos geblieben. Die unsinnige Grenzziehung brachte es mit sich, daß das badisch-elsässische Wirtschaftsgebiet, das seiner Struktur nach eine Einheit bildete und sich gegenseitig ergänzte, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Zusammenhänge zerissen wurde. Der badischen Wirtschaft ging das gesamte Absatzgebiet und Hinterland auf der linken Seite des Rheins verloren. Als Folge davon kam ein wesentlicher Teil der badischen Industrie, insbesondere des Maschinenbaus, die in Karlsruhe stark vertreten war, zum Erliegen. Die öffentliche Wohlfahrtspflege muß daher eine sehr erhebliche Anzahl von arbeitsfähigen Kräften öffentlich unterstützen, die schon seit mehreren Jahren arbeitslos sind. Solange alle diese arbeitsfähigen Kräfte als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt wurden, konnte die Stadt Karlsruhe wenigstens einen teilweisen finanziellen Ausgleich durch Überweisung verstärkter Mittel aus der Reichswohlfahrtspflege sich sichern. Es war sogar möglich, für über 9000 Wohlfahrtserwerbslose (gegenüber z. Z. nur 6000) Zuschüsse zu erhalten. Auf Grund der neuen, allgemein einschränkenden Richtlinien für die Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose können jedoch alle arbeitsfähigen Hilfsbedürftige, die seit mehr als 3 Jahren arbeitslos sind, bei der Verteilung der Reichswohlfahrtshilfe nicht mehr berücksichtigt werden. Wie ungünstig sich dieses System der Ausscheidung langfristiger Arbeitsloser nach der finanziellen Seite hin auswirkt, beweist die Tatsache, daß Städte mit einer erst vor kurzer Zeit niedergegangenen Industrie Mittel aus der Reichswohlfahrtshilfe für ihre (kurzfristigen) Arbeitslosen in größerem Umfange erhalten als Städte, die schon seit Jahren stark mit Wohlfahrtserwerbslosen belastet sind. Städte mit frühzeitig geschlossenen Industrien, wie Karlsruhe, sind finanziell auch deshalb besonders belastet, weil durch die langanhaltende Beschäftigungslosigkeit in solchen Städten die Arbeitslosen zum großen Teil ausgesteuert und in die Wohlfahrtspflege überführt sind, was im Hinblick auf die z. Z. eingestellte Aussteuerung ebenfalls von großer Bedeutung ist.

Als Grenzstadt mit armer Umgebung und wenig günstigem Hinterland hat Karlsruhe weiterhin durch den Zuzug von auswärtigen Hilfsbedürftigen eine erhebliche Belastung der Wohlfahrtspflege erfahren. Hingewiesen sei nur auf die zahlreichen aus dem Ausland (vor allem Elsaß-Lothringen) freiwillig oder gezwungen hier zugezogenen Personen. Soweit diese Personen nicht bereits innerhalb eines Monats nach ihrem Grenzüberschritt hilfsbedürftig wurden, müssen sie bei späterer Hilfsbedürftigkeit gemäß den fürsorgerechtlichen Bestimmungen auf städtische Kosten unterstützt werden. Die Zahl der Personen, die aus dem Ausland oder der näheren und weiteren Umgebung von Karlsruhe trotz aller Abwehrmaßnahmen zugezogen sind und laufend unterstützt werden müssen, ist sehr erheblich. Auf Grund von statistischen Erhebungen über die Bewährung des Aufenthaltsprinzips in der Wohlfahrtspflege konnte festgestellt werden, daß allein in der ersten Hälfte des Jahres 1931 nicht weniger als 538 zugezogene Parteien mit 791 Köpfen inner-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

halb einer Aufenthaltsdauer bis zu einem Jahr hilfsbedürftig geworden sind. Auch heute ist der Zugang solcher Personen nicht gering (da die abwandernden Personen größtenteils nicht hilfsbedürftig sind) und belastet die öffentliche Fürsorge weiterhin erheblich.

Im einzelnen machte sich das anhaltende Steigen der Wirtschaftskrise zahlenmäßig wie folgt bemerkbar:

Am Schlusse des Berichtsjahres standen insgesamt 16 090 Fälle (ohne 460 Fälle der Mütterfürsorge) in laufender Unterstützung gegenüber 14 153 im Vorjahr. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ist auf 6 430 gegenüber 4 956 gestiegen.

In der allgemeinen Fürsorge wurden am Schluß des Berichtsjahres 8 456 laufende Fälle gezählt gegenüber 6 801 im März 1932.

Die Zahl der in der gehobenen Fürsorge stehenden laufenden Fälle war Schwankungen in diesem Umfange nicht unterworfen. Es wurden am Ende des Berichtsjahres unterstützt: 805 Kriegsbeschädigte gegen 926 zu dessen Beginn, 409 Kriegshinterbliebene gegen 432 zu Beginn des Berichtsjahres, 1877 Sozialrentner gegen 1861 zu Beginn des Berichtsjahres, 996 Kleinrentner gegen 1007 zu Beginn des Berichtsjahres, 3549 Minderjährige (ohne 460 Fälle der Mütterfürsorge) gegen 2666 zu Beginn des Berichtsjahres, zusammen 7636 Parteien gegen 6892 zu Beginn des Berichtsjahres. Die erhebliche Steigerung in der Minderjährigenfürsorge ist auf die vom Stadtrat beschlossene Erweiterung der Schülerspeisung zurückzuführen.

Einmalige Unterstützungsfälle wurden im Wirtschaftsjahr 1932 in der allgemeinen Fürsorge 2132, in der gehobenen Fürsorge 861, zusammen also 2993 gezählt.

Entsprechend der vermehrten Zahl laufender Unterstützungsfälle stieg auch der Unterstützungsaufwand. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre in der allgemeinen Fürsorge von 4 034 821 *RM* auf 5 292 953 *RM*, in der Kriegsbeschädigtenfürsorge von 499 946 *RM* auf 527 822 *RM*, in der Jugendfürsorge von 886 997 *RM* auf 999 570 *RM*, somit zusammen um 1 398 581 *RM*. Ermäßigungen traten ein in der Sozialrentnerfürsorge von 1 011 352 *RM* auf 889 526 *RM*, in der Kleinrentnerfürsorge von 907 714 *RM* auf 658 030 *RM*, in der Kriegshinterbliebenenfürsorge von 146 355 *RM* auf 122 277 *RM*, somit insgesamt um 395 588 *RM*. Der gesamte Unterstützungsaufwand in der allgemeinen und gehobenen Fürsorge zusammen betrug im Berichtsjahr 8 490 178 (1931: 7 487 185) *RM*, der Verwaltungsaufwand beim Fürsorgeamt 509 689 (1931: 528 018) *RM*, beim Jugendamt 178 933 (1931: 225 165) *RM*. Im Voranschlag für 1932 war an das Fürsorgeamt einschließlich Nebenanstalten ein Zuschuß in Höhe von 7 148 950 (1931: 5 244 500) *RM* (ohne Arbeitsfürsorge) vorgesehen. Nach dem Rechnungsergebnis war jedoch ein Zuschuß von 7 637 728 (1931: 6 444 557) *RM* erforderlich. Der Voranschlag wurde somit um 488 778 *RM* gegen 1 200 057 *RM* im Vorjahre überschritten.

Für die Arbeitsfürsorge entstand ein weiterer, durch Zuschußleistungen zu deckender Aufwand von 279 442 (1931: 175 846) *RM*.

Ferner mußte als Anteil der Stadt an der Krisenfürsorge ein Betrag von 358 546,02 (1931: 357 401) *RM* an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung abgeführt und aus Mitteln der Gebäudesondersteuer Mietbeihilfen in Höhe von 229 954,87 (1931: 430 558) *RM* gewährt werden.

Der Umsatz aller der Wohlfahrtshilfe angeschlossenen Verrechnungen betrug 24 550 000 (1931: 22 153 000) *RM*. Hiervon wurden 13 610 000 (1931: 12 633 000) *RM* im bargeldlosen Verkehr und 10 940 000 (1931: 9 520 000) *RM* im Wege der Barzahlung umgesetzt. Barunterstützungen wurden 163 000 Einzelempfängern im Betrage von 5 470 000 (1931: 4 760 000) *RM* an der Kasse ausbezahlt, im bargeldlosen Wege an 144 000 Einzelempfänger 6 805 000 (1931: 6 316 500) *RM*.

Die verwaltungstechnische Gliederung des Amtes war die gleiche wie in den Vorjahreen. Die Zahl der Arbeitskräfte, die am 31. März 1932 135 Beamte und Angestellte einschließlich Beamtenanwärter und 1 Arbeiter betragen hatte, belief sich am 31. März 1933 auf 148 Beamte und Angestellte und 1 Arbeiter. Im Außendienst waren 17 (1931: 13) weibliche und 16 (1931: 12) männliche Personen beschäftigt. Die Steigerung des Außendienstes war verursacht durch die Durchführung der Notverordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, in der in Kapitel I, Artikel 1, Ziffer 2 bestimmt wurde, daß die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung von einer bestimmten Bezugsdauer an von der Hilfsbedürftigkeit abhängig zu

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

machen ist. Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung wurde den Bezirksfürsorgeverbänden ohne Gewährung von Vergütung übertragen.

Es ergibt sich daraus, daß trotz der erhöhten Tätigkeit des Fürsorgeamts nur eine geringe Steigerung und im Innendienst sogar eine Verminderung des Personals eingetreten ist. Daß eine wesentliche Vermehrung des Personals nicht notwendig wurde, ist in erster Linie dem verständnisvollen, aufopfernden Zusammenarbeiten der Beamten und Angestellten des Amtes zuzuschreiben.

Der zur Beratung und Entscheidung wichtiger Fürsorgeangelegenheiten gebildete Fürsorgeausschuß trat im Berichtsjahr 2 mal zusammen, und zwar das erste Mal zur Beratung des Voranschlags und der Richtlinien für die Zusammensetzung der Fürsorgerichtsätze, in seiner zweiten Sitzung zur Neufestsetzung der Richtsätze auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932, in der bestimmt war, daß an der Wohlfahrtshilfe nur diejenigen Bezirksfürsorgeverbände beteiligt werden, in denen u. a. die laufenden Unterstützungen in der allgemeinen Fürsorge einschließlich der zusätzlich gewährten Leistungen, auf die einzelne Partei gerechnet, das Maß des Erforderlichen und Angemessenen nicht überschreiten.

Die übrigen gebildeten Ausschüsse für die einzelnen Sondergebiete, die gleichzeitig als Einspruchausschüsse gelten, waren im Berichtsjahr die gleichen wie bisher und hatten die gleichen Aufgaben.

Durch Verordnung des Bad. Ministers des Innern vom 23. August 1932 (GVBl. 1932, Seite 191) wurde auf Grund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung des ersten Teils, Kapitel I, Artikel 2, Ziffer 3 der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 ein Einspruchausschuß für das Verfahren bei der Begutachtung der Hilfsbedürftigkeit der Arbeitslosen gebildet. Der Ausschuß, mit dessen Vorsitz der Direktor des Fürsorgeamts beauftragt wurde, war mit zwei Stadträten, von denen einer aus der Zahl der ortsansässigen Arbeitnehmer entnommen war, besetzt. Er trat im Berichtsjahr 6 mal zur Begutachtung von 21 Fällen zusammen.

Der sich allgemein immer mehr als notwendig zeigende Ausbau der Wohlfahrtsstatistiken führte zu einer Zusammenfassung dieser Arbeiten in einer Statistischen Abteilung. Diese Abteilung wurde auf den 1. Juli 1932 errichtet und der Direktion des Amtes angegliedert. Sie dient in der Hauptsache zur einheitlichen Erfassung sämtlicher beim Fürsorgeamt in Unterstützung stehender Personen.

Auf Grund der von dieser Abteilung geführten einheitlichen Unterlagen war es möglich, alle gewünschten Statistiken des Reiches, des Landes, des Städtetages und dergl. einschließlich der von der Stadtverwaltung selbst geforderten Angaben rasch nach einheitlichen Gesichtspunkten und zuverlässig zu liefern und über den jeweiligen Stand der gesamten Unterstützungsempfänger laufend Auskunft zu geben.

Die Einrichtung der statistischen Abteilung machte auch die Erfassung und Zählung der Wohlfahrtserwerbslosen nach einheitlichen Gesichtspunkten möglich. Es konnte dabei allmählich eine ganze Anzahl bisher nicht als Wohlfahrtserwerbslose geführter Personen der Anerkennung durch das Arbeitsamt zugeführt und dadurch eine Erhöhung der Zuschüsse der Wohlfahrtshilfe für die Stadt erreicht werden. Vor allem wurde der Verkehr zwischen Arbeitsamt und Fürsorgeamt durch die Bearbeitung aller Wohlfahrtserwerbslosen-Fragen in einer Abteilung vereinfacht.

b. Zentralaufgaben.

Die Direktion des Fürsorgeamts bearbeitete alle die Wohlfahrtspflege allgemein betreffenden Angelegenheiten. Weiterhin oblagen ihr die Leitung des Außendienstes, die allgemeine Aufsicht über die städtischen Fürsorgeanstalten, die Führung der Statistik, die Dienstgeschäfte der Zentralauskunftsstelle, der Rechtsauskunftsstelle, der Arbeitsfürsorge, der Lagerverwaltung, die allgemeine Verwaltung von Stiftungen und Schenkungen sowie die Behandlung von Rechtsfragen.

Die Fürsorgerichtsätze betrugen ab 1. November 1931 in der allgemeinen Fürsorge für alleinstehende Personen 35 *RM*, für Ehepaare 47 *RM*, für jedes weitere unterstützungsbedürftige Familienmitglied 12 *RM*; in der gehobenen Fürsorge für alleinstehende Personen 44 *RM*, für Ehepaare 58 *RM*, für jedes weitere unterstützungsbedürftige Familienmitglied 14 *RM*.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Durch Beschluß des Fürsorgeausschusses vom 27. Juni 1932 wurden in Durchführung der bereits erwähnten Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 die Richtsätze wie folgt festgesetzt: In der allgemeinen Fürsorge für alleinstehende Personen auf 34 RM, für Familienangehörige auf je 11 RM; in der gehobenen Fürsorge für alleinstehende Personen auf 40 RM, für Familienangehörige auf je 12 RM.

Zur Herstellung eines tragbaren Verhältnisses zwischen den gesunkenen Arbeitslöhnen und den Richtsätzen und auch zur Anpassung der Karlsruher Richtsätze an diejenigen anderer Verbände machte sich eine nochmalige Senkung notwendig. Mit Wirkung vom 1. Juli 1932 traten daher folgende Richtsätze in Kraft: In der allgemeinen Fürsorge für alleinstehende Personen 32 RM, Familienzuschläge für vorschulpflichtige Kinder 9 RM, für schulpflichtige Kinder 10 RM, für Ehefrauen und erwachsene Angehörige 10,50 RM; in der gehobenen Fürsorge für Sozialrentner 34 RM, für Angehörige der übrigen gehobenen Fürsorge 36 RM, Familienzuschläge 11 RM.

Außer den Unterstützungssätzen wurden den Fürsorgeempfängern wie bisher im Bedarfsfalle noch weitere Leistungen bewilligt, wie ärztliche Behandlung, Zahnbehandlung, Arzneien, Bäder und Krankenhauspflege. Zur Behebung besonderer Notstände wurden in zahlreichen Fällen Mietunterstützungen sowie Kleider, Schuhe, Schuhreparaturen, Hausrat und Lebensmittel zuerkannt.

Zur Erzielung einer möglichst gleichmäßigen Anwendung der Fürsorgerichtsätze wurden in der Sitzung des Fürsorgeausschusses vom 13. April 1932 auch „Richtlinien für die Zusammensetzung der Fürsorgerichtsätze" in der von der Direktion des Fürsorgeamts vorgeschlagenen Fassung aufgestellt.

Dem Grundsatz der individuellen Behandlung des Einzelfalles entsprechend wurden, wie schon früher, arbeitsscheue, trunksüchtige, sittenlose und andere asoziale Fürsorgeempfänger auf die zum Leben unbedingt notwendige Unterstützung beschränkt. In der Trinkerfürsorge sowie in Fällen unzweckmäßig verbrauchter Geldunterstützungen wurde reine Naturalverpflegung sowie geschlossene Fürsorge durchgeführt.

Die unterernährten schulpflichtigen Kinder nahmen nach Vorschlag der Schule an dem Schülerfrühstück teil. Es wurden hierfür im Laufe des Berichtsjahres insgesamt 249788 Portionen an 236 Tagen ausgegeben.

Rechtsauskunftsstelle.

Die Rechtsauskunftsstelle wurde im Berichtsjahr von 1301 (1931: 1048) Besuchern in Anspruch genommen. Es wurden insgesamt 1345 Auskünfte erteilt, die hauptsächlich Mietstreitigkeiten, Dienst- und Werkvertrag, Familien- und Erbrecht sowie Fragen aus dem Zivilprozeß- und Strafrecht, ferner der sozialen Versicherung betrafen.

Zentralauskunftsstelle.

Der Kartei, die sämtliche beim Fürsorgeamt oder Jugendamt wirtschaftlich oder pflegerisch behandelten Fälle umfaßt, waren bis 31. März 1933 insgesamt 31338 (1931: 25973) Fälle gemeldet. Abgemeldet wurden 13892 Fälle, sodaß die Gesamtzahl der am 31. März 1933 beim Fürsorgeamt und Jugendamt während des Jahres geführten Fälle 17446 (1931: 16639) betrug. In der ruhenden Kartei der Zentralauskunftsstelle wurden 16447 (1931: 12069) Fälle am Ende der Berichtszeit nachgewiesen.

An Auskünften wurden insgesamt 3144 auf Grund schriftlicher Ersuchen gegeben, von denen 1944 für städtische Stellen und 1200 für hiesige und auswärtige Behörden, insbesondere auswärtige Fürsorgeverbände, bestimmt waren. Außerdem wurden 14797 Ersuchen nach Erledigung bei der Kartei den zuständigen Abteilungen weitergeleitet.

Als Prüfungsstelle der Minderbemittelten hat die Zentralauskunftsstelle während des Berichtsjahres 5918 (1931: 5349) Bedürftigkeitsbescheinigungen ausgestellt. Hiervon betrafen 1928 Vermögenszeugnisse zur Prozeßführung im Armenrecht, 577 Bescheinigungen für Nachlaß und Ermäßigung von Gebühren, Schulgeld und Erhalt von Stipendien, 1987 Leseholzscheine, 1426 Bescheinigungen zum Empfang von ermäßigten Stadtgartenkarten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Vorzugsrentenstelle.

Bei der Vorzugsrentenstelle gingen im Berichtsjahr insgesamt 31 Neuanträge ein. Die Gesamtzahl der vorbereitenden Vorzugsrentenfälle beträgt nunmehr 1727 (1931: 1696). Der Ausschuß für Vorzugsrenten Karlsruhe-Stadt hielt im Berichtsjahr 4 Sitzungen ab, in denen bei 29 Anträgen die Voraussetzungen anerkannt, in 2 dagegen verneint wurden. Unter den bewilligten Anträgen befanden sich 3 Personen, die in öffentlicher Fürsorge standen.

Lagerverwaltung.

Am 1. April 1932 betrug der Wert des Lagers 5461 *RM*. Im Laufe des Berichtsjahres wurden Waren im Betrage von 83476 (1931: 64570) *RM* beschafft. Der Wert der abgegebenen Waren betrug 83437 (1931: 75257) *RM*. Der Warenwert des Lagers am 31. März 1933 war demnach 5500 *RM*.

Insgesamt wurden 10146 (1931: 7941) Weisungen über Abgabe von Lagerwaren, somit im Durchschnitt bei 240 Abgabetagen 42 Weisungen täglich erledigt.

Ausgegeben wurden im Laufe des Jahres (ohne die Lieferungen an Fürsorgeanstalten): 2918 Kleidungsstücke, 6356 Wäschestücke, 6006 Paar Schuhwerk, 1530 Strang Wolle, 2265 m Anzugs- und Kleidungsstoffe, 6353 m Wäschestoffe, 68 Wolldecken, 115 Stück Gummistoffe und 383 Spendestücke.

Wäschestücke, auch Kinderwäsche, Frauenkleider und Mäntel wurden zum größten Teil im Wege der Pflichtarbeit in den Nähkursen hergestellt. Alle Waren wurden, wie auch in früheren Jahren, grundsätzlich nur bei Karlsruher Firmen eingekauft.

Arbeitsfürsorge.

An Fürsorgearbeiten wurden im Wirtschaftsjahr 1932 die Sanierung des Waldfeldes, die Uferregulierung des Hauptsammelkanals (Reinigungsanlage Neureut) und die Auffüllung des Federbach-Vorlandes durchgeführt. Außerdem wurde das Gelände für das neue Wasserwerk Mörsch hergerichtet.

Bei all diesen Arbeiten fanden wieder in erster Linie solche Fürsorgeempfänger Berücksichtigung, die schon mehrere Jahre außer Arbeit waren oder kinderreiche Familien besaßen und solche, die nicht als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt waren.

Im Wege der Notstandsarbeit wurde die Erweiterung des Stichkanals in Angriff genommen. Bei dieser Arbeit wurden mit Einverständnis des Landesarbeitsamtes 45 v. H. Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützungsempfänger, 45 v. H. Fürsorgeempfänger und 10 v. H. Stammarbeiter der betr. Unternehmer beschäftigt.

Mit Pflichtarbeit waren wöchentlich durchschnittlich 225 Personen beschäftigt. Die Arbeitsleistung erstreckte sich in der Regel auf 6 Wochen bei einer Arbeitsdauer von 16 Stunden wöchentlich. Arbeitsstellen für Pflichtarbeit waren in der Hauptsache das städtische Gartenamt (Instandsetzung von Gehwegen in der Albsiedlung, Neuanlage des alten Friedhofes, Anlegen von Gehwegen im Dammerstockgebiet längs der Alb und Geländeveränderung im Buschwiesenweg), die Vogelwarte auf der Insel Rappenwört (Verbesserung der Wege und Schnakenbekämpfung), das Strandbad Rappenwört mit den anschließenden Parkanlagen (Verschönerung und Erweiterung der Anlagen), das städtische Tiefbauamt (Anlegen und Ausheben von Entwässerungsgräben auf Kastenwört-Ost — Gemarkung Karlsruhe, Herstellung eines Gehweges am Scheibenhardter-Weg und Entfernung von Gras, Müll usw. auf den Gehwegen des Dammerstocks), die Friedhofverwaltung und das städtische Krankenhaus (Reinigung der Wege usw.) sowie die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle (Holzzerkleinerungsarbeiten), insbesondere durch die in der Wandererherberge aufgenommenen Durchwanderer. Weiter wurden im Hardtwald und Fasanengarten von der Forstverwaltung Reinigungsarbeiten leichterer Art im Wege der Pflichtarbeit vorgenommen.

Für die weiblichen Pflichtarbeiter wurden wieder Nähkurse durchgeführt. In diesen wurden neue Wäsche- und Kleidungsstücke für das Lager des Fürsorgeamts angefertigt, außerdem getragene Kleider instandgesetzt. Auch wurde ein Teil der weiblichen Pflichtarbeiterinnen mit Putz- und Reinigungsarbeiten beim städtischen Altersheim, Kinder- und Säuglingsheim, Krankenhaus, Fürsorgeamt und Luisenhaus beschäftigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In Lohnarbeit wurden im Berichtsjahr zugewiesen: An städtische Betriebe 199 männliche und 59 weibliche Arbeitskräfte, an die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle 48 männliche und 121 weibliche Arbeitskräfte, an die Privatindustrie 178 männliche und 60 weibliche Arbeitskräfte, zusammen 425 männliche und 240 weibliche Arbeitskräfte. Ferner wurden zu Notstandsarbeiten 36 männliche Unterstützungsempfänger, zur Fürsorgearbeit 696 männliche und 15 weibliche Unterstützungsempfänger herangezogen, insgesamt 1157 (1931: 772) männliche und 255 (1931: 400) weibliche Arbeitskräfte in Arbeit gewiesen.

Wegen Nichtantritt oder unbegründeter Niederlegung der Arbeit wurden aus der Unterstützung 217 männliche und 103 weibliche Fürsorgeempfänger ausgeschlossen.

Durch die Maßnahmen der Arbeitsfürsorge konnten 335 Personen nach Beendigung ihrer Arbeit in die Arbeitslosenunterstützung überführt werden.

Ärztliche Betreuung und vertrauensärztliche Untersuchungen.

Vertrauensärztliche Untersuchungen und Begutachtungen hielt das Fürsorgeamt bei 5548 (1931: 4481) Personen für angebracht. Leistungen irgendwelcher Art (Kur- und Erholungsaufenthalte, Anstalts- und Krankenhauseinweisungen, Zahnersatz, orthopädische Schuhe und Apparate sowie sonstige Leistungen) wurden in 3435 Fällen befürwortet und in 958 Fällen abgelehnt.

Krankenscheine wurden im Berichtsjahr 24 336 (1931: 16 075) angefordert.

1177 (1931: 793) Personen wurden auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht. Von diesen wurden 35 für Arbeiten jeglicher Art, 431 für leichte, 265 für mittelschwere Arbeiten, 44 für Arbeiten im eigenen Haushalt, 181 für schonungsbedürftig und 221 für arbeitsunfähig befunden.

Die erhöhte Zahl der Fürsorgeempfänger hat dazu geführt, daß die Gewährung von Behandlungsscheinen noch mehr als früher den Abteilungen überlassen werden mußte. Nur in Zweifelsfällen wurde die Begutachtung seitens des Vertrauensarztes in Anspruch genommen. Auf Grund neuer gesetzlicher Bestimmungen, die die Untersuchung von Personen, insbesondere auch von Frauen auf ihre Eigenschaft als Wohlfahrtserwerbslose notwendig machten, hat dagegen die Zahl der vertrauensärztlichen Untersuchungen auf Arbeitsfähigkeit im Vergleich zum Vorjahr wesentlich zugenommen.

Durch Benützung der Einrichtung örtlicher Müttererholungskuren im Haus der Gesundheit konnte 32 Frauen ein Ersatz für teuere auswärtige Erholungsaufenthalte geboten werden.

Die Krankenscheingebühr wurde nach Verhandlungen mit der Vertragskommission des Vereins Karlsruher Ärzte, e. V., ab 1. April 1932 von 7 *RM* auf 6 *RM* vierteljährlich gesenkt.

Ab 1. Oktober 1932 trat ein neuer Vertrag mit den Zahnärzten in Kraft, der wesentliche Ersparnisse erreichte.

Die Durchführung der Rezeptprüfung bzgl. des Abzuges an Kosten von vertragswidrig verordneten bzw. abgegebenen Arzneien und Stärkungsmitteln am Honorar der Ärzte und Apotheken ergab vorläufig einen Betrag von etwa 3000 *RM*.

Trinkerfürsorge.

In der Berichtszeit wurden der Trinkerfürsorge 275 (1931: 296) Fälle neu gemeldet, darunter 22 weibliche. Mit diesen Neumeldungen betrug die Zahl der Fälle insgesamt 3330 (1931: 3055). In laufender Fürsorge standen hiervon im Berichtsjahr 1077 (1931: 1054). Die Betreuung erforderte 2045 Trinkerbesuche, 5444 Rücksprachen mit Angehörigen, Behörden usw. und 9038 Sprechstundenbesuche. Ein wichtiger Teil der Tätigkeit bestand in der Unterstützungsfürsorge der Trinker und ihrer Familien, die nur in Sachleistungen ausgeübt wurde. Im vergangenen Jahr wurden rund 220 Fälle in dieser Weise betreut.

Der Ausschuß der Trinkerfürsorge trat im Berichtsjahr nur 4 mal zusammen, um 34 besonders wichtige Fälle zu entscheiden. Gesteigerter Wert wurde diesmal auf eingehende ärztliche Untersuchungen gelegt, die in 78 Fällen veranlaßt wurden. Heilverfahren in der Heilstätte für Alkoholkranke in Renchen wurden bei 10 Personen durchgeführt. In der geschlossenen Trinkerheilstätte Reichenau wurden 3 Personen, zum Teil freiwillig, untergebracht. 7 Personen wurden in Kreispflegeanstalten und 2 in das Arbeitshaus bzw. das Heim für entmündigte Trinker in Brauweiler eingewiesen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Von dem Mittel der Entmündigung mußte im Berichtsjahr leider wieder ausgiebig Gebrauch gemacht werden. Neu übernommen wurden 7 Vormundschaften und 3 Pflegschaften.

Die ausschließliche Gewährung von Sachleistungen an Trinkerfamilien hat sich auch im abgelaufenen Jahr als erfolgreich erwiesen. Bei einzelnen Trinkern trat Einsicht und Besserung ein, die es ermöglichte, mehrere Fälle aus der Betreuung durch die Trinkerfürsorge herauszunehmen und den ständigen Abteilungen zuzuführen.

Wandererfürsorge.

Die Wandererbewegung ist im Jahre 1932 weiter zurückgegangen. Wandererquartiere wurden 30050 (1931: 37793) abgegeben. Auf städtische Kosten wurden 22986 (1931: 24338) Quartiere verabfolgt, wobei für 19444 (1931: 20296) Quartiere Pflichtarbeit geleistet wurde.

Bekämpfung des Bettelunwesens.

Die Bekämpfung des Bettelunwesens in Karlsruhe ist dem Verein gegen Haus- und Straßenbettel, e. V., übertragen. Der Tätigkeit des Vereins ist es zu verdanken, daß das Bettelunwesen auch im Berichtsjahr wenigstens in erträglichen Grenzen gehalten wurde, wenn auch die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage eine Verschärfung der Hausbettelei zur Folge hatte.

Für die Unterstützung hiesiger Wandereinrichtungen wurden vom Verein im Berichtsjahr 2000 (1931: 2250) *RM* aufgewandt. Hiervon erhielten die Wandererherberge 1400 *RM*, das St. Notburgaheim, das die weiblichen Obdachlosen beherbergt, 150 *RM*, das Haus „Daheim" 100 *RM*, die Bahnhofsmission 300 *RM* und die „Herberge zur Heimat" 50 *RM*.

Erziehungsberatungsstelle.

Im Berichtsjahr war wiederum auffallend, daß die Zahl derer, die von sich aus um Rat und Hilfe bei der Erziehungsberatungsstelle nachsuchten, zugenommen hat. Die Arbeitsgebiete der Erziehungsberatungsstelle sowie des ihr angegliederten Jugendhortes haben insofern eine Erweiterung erfahren, als die Erziehungsberatungsstelle auch die seelische Betreuung von volljährigen Hilfsbedürftigen übernommen hat. Die durch Überlastung des Personals des Fürsorgeamts entstandene Lücke konnte so durch die Erziehungsberatungsstelle ausgefüllt werden. Die weltanschauliche Zerrissenheit unseres Volkes in den verflossenen Jahrzehnten und die langfristige Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen wirtschaftlicher und familiärer Natur hatten in weiten Kreisen der Hilfsbedürftigen den Willen zur Selbsthilfe gelähmt, der in vielen Fällen durch heilpädagogische Aussprachen wieder neu erweckt werden konnte. In zermürbten Seelen konnte der Glaube an die eigene Kraft und der Wille zur Selbsthilfe wieder entfacht werden. In ihrer Arbeit wesentlich unterstützt wurde die Erziehungsberatungsstelle durch die Zusammenarbeit mit dem Gericht, den Abteilungen des Fürsorgeamts, den caritativen Verbänden, den Ärzten und den Geistlichen.

Die Betreuung der Jugendlichen wurde wesentlich erleichtert durch die Möglichkeit der Eingliederung derselben in den freiwilligen Arbeitsdienst. Selbst in Fällen drohender Verwahrlosung konnte durch ihn wiederholt ein überraschender Erziehungserfolg erreicht werden. Wertvollste Hilfe erfuhr die heilpädagogische Arbeit der Erziehungsberatungsstelle in ihrer Erziehungsarbeit durch die Hitlerjugend und den neu erwachten Glauben unserer Jugend an die Notwendigkeit der Disziplin und der Unter- und Einordnung des Einzelnen unter das Gesamtwohl des Volkes. Über die Kinder konnte wiederum Einfluß auf die Eltern und ihre müde Hoffnungslosigkeit gewonnen werden. Die Beschäftigungstherapie im Jugendhort, die bestrebt ist, durch die Kinder aus wertlosem Material allerhand Nützliches und Schönes für den Haushalt entstehen zu lassen, hat vielfach mitgeholfen, die Gleichgültigkeit ermatteter erwerbsloser Familien aufzurütteln. Beweise rührender Dankbarkeit lohnten vielfach diese Arbeit. Wenn auch die Liebe zum Mitmenschen und der Wille, unverdientes Elend zu lindern, die Gründung der Erziehungsberatungsstelle veranlaßt hatten, so war ihre Arbeit doch immer darauf eingestellt, möglichste Sparsamkeit und schärfste Beschränkung auf das Einfachste und Notwendigste walten zu lassen. Sie ging dabei von der Erkenntnis aus, daß soziale Fürsorge niemals verwöhnen und verzärteln darf oder Bequemlichkeit unterstützen soll, sondern daß sie zur Volksertüchtigung nur beitragen kann, indem sie in allen ihren Maßnahmen den Willen zur Selbsthilfe bei ihren Schutzbefohlenen weckt und pflegt. Eine besonders schwere Aufgabe der Erziehungsberatungsstelle war es, über Erziehungsschwierigkeiten,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Fehlentwicklungen, Pubertätsstörungen und vorübergehende Krankheitserscheinungen hinweg zu entscheiden, ob für den Hilfsbedürftigen, trotz des Prinzips größter Sparsamkeit, mit Rücksicht auf seine zukünftige Entwicklung zur Selbständigkeit und Selbsterhaltung besondere Fürsorgemaßnahmen angeregt und befürwortet werden durften oder ob die Fürsorge für den Betreffenden wegen Aussichtslosigkeit auf Besserung auf ein letztes Minimum beschränkt werden mußte. Mit Rücksicht auf die bestehende Wirtschaftsnot traf die Erziehungsberatungsstelle ihre Maßnahmen stets so, daß möglichst wenig Anstaltsfürsorge durchgeführt wurde. Auch schränkte sie die Dauer der Anstaltsfürsorge durch Zusammenarbeit mit den Anstaltsleitern vor, während und nach der Anstaltsunterbringung ein. So konnte mancher Zögling vorzeitig entlassen und von der offenen Fürsorge der Erziehungsberatungsstelle übernommen werden. In der Zusammenarbeit mit der Schule wurde sie dabei in der verständnisvollsten Weise von dem Lehrkörper unterstützt, ebenso von den caritativen Verbänden. Durch die heilpädagogische Arbeit im Jugendhort konnten so wesentliche Einsparungen an Fürsorgeerziehungskosten gemacht werden. Die Jugendabende für schulentlassene junge Mädchen setzten die Erziehungsberatungsstelle in die Lage, die Charakterführung ihrer Schützlinge auch über die Schulentlassung hinaus in der Hand zu behalten.

Gegen Ende des Berichtsjahres konnte die Erziehungsberatungsstelle mit Genugtuung feststellen, daß in den Kreisen ihrer Schutzbefohlenen neuer Lebensmut erwacht war, der ihr die Arbeit wesentlich erleichterte. Ein neu erregter Gemeinschaftssinn unterstützte die Erziehungsarbeit zu Opfersinn und Pflichterfüllung.

Im Berichtsjahr wurde die Erziehungsberatungsstelle für 371 Kinder und Jugendliche in Anspruch genommen. Davon waren 195 Minderjährige männlichen Geschlechts, 176 Minderjährige weiblichen Geschlechts. 278 waren unter 14 Jahren und 93 über 14 Jahren. Über 21 Jahre waren 30 Personen.

In dauernder heilpädagogischer Überwachung und Beratung standen 272 Kinder und Jugendliche.

Die fachärztliche Diagnose lautete: bei 68 Fällen auf Neurasthenie, bei 131 Fällen auf Psychopathie, bei 6 Fällen auf Epilepsie, bei 60 Fällen auf Schwachsinn, bei 9 Fällen auf Imbezillität, bei 39 Fällen auf Pubertätsstörungen, bei 43 Fällen auf auffallende Sexualität, bei 10 Fällen auf Nervenkrankheiten, bei 1 Fall auf Chorea, bei 2 Fällen auf postencephalitische Störungen, bei 1 Fall auf Schizophrenie, bei 1 Fall auf Drüsenstörung, bei 1 Fall auf Paralyse, bei 276 Fällen auf Erziehungs- und Entwicklungskrisen (Schulschwierigkeiten), bei 66 Fällen auf Verwahrlosung. Bei den Erwachsenen handelte es sich um Trinkerfamilien, zerrüttete Ehen und Beratung von Angehörigen seelisch Kranker.

Zur Behebung festgestellter Schwierigkeiten wurde vorgeschlagen und durchgeführt: bei 267 Fällen psychologische Beobachtung in der Erziehungsberatungsstelle, bei 117 Fällen psychologische Analyse, bei 334 Fällen fortlaufende heilpädagogische Beratung und Überwachung, bei 87 Fällen Hortaufnahme, bei 334 Fällen Beratung der Eltern und Erzieher, bei 218 Fällen Zusammenarbeit mit der Schule, bei 96 Fällen Beratung des Gerichtes, bei 20 Fällen Anstaltsbeobachtung, bei 44 Fällen Erholungsaufenthalt, bei 45 Fällen Anstaltserziehung, bei 94 Fällen Umgebungswechsel oder Lehrstellenunterbringung, bei 24 Fällen Überweisung in die Hilfsschule, bei 28 Fällen Überweisung in ärztliche oder fachärztliche Behandlung.

Fürsorgestelle für Nerven- und Geisteskranke.

Der im Herbst 1931 mit Genehmigung des Ministeriums des Innern eingerichtete vorläufige Notbetrieb der seit 1926 bestehenden Fürsorgestelle wurde auch in den ersten 4 Monaten des Jahres 1932 weitergeführt. In den von der Stadt Karlsruhe überlassenen Fürsorgeräumen hielt die in Karlsruhe gebliebene Fürsorgeschwester weiterhin Beratungsstunden ab, während der Fürsorgearzt zwei- bis dreimal im Monat zur Sprechstunde nach Karlsruhe kam.

Nachdem die Direktorenkonferenz vom 8. April 1932 die Notwendigkeit der Wiederaufnahme einer regelrechten, wenn auch im Anfang tunlichst beschränkten Außenfürsorge festgestellt hatte, und deren Durchführung durch den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. April 1932 genehmigt worden war, konnte vom Mai 1932 an die ärztliche Fürsorgetätigkeit in der Weise geregelt werden, daß allwöchentlich am Freitag Nachmittag Sprechstunden stattfanden und ein- bis zweimal im Monat am Vormittag der Sprechstundentage wieder Kranke aufgesucht wurden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Natürlich mußten infolge dieser Einschränkung die ärztlichen Besuche auf die dringendsten Fälle beschränkt werden, während die Frequenz der Sprechstunde wesentlich anstieg. Vom Oktober an wurde die ärztliche Sprechstunde aus technischen Gründen auf den Donnerstag Nachmittag verlegt.

Der Dienst des Fürsorgearztes wurde wie im Vorjahre durch Frau Dr. Liguori versehen.

In Behandlung der Fürsorgestelle befanden sich am 31. Dezember 1931 284 Männer und 235 Frauen, zusammen 519 Personen. Bis zum 31. März 1933 war ein Zugang von 116 Männern und 102 Frauen, ein Abgang von 107 Männern und 72 Frauen zu verzeichnen, sodaß am Ende des Berichtsjahres noch 293 Männer und 265 Frauen, zusammen 558 Personen in Betreuung der Fürsorgestelle standen. Die Psychosenformen der am Ende des Berichtsjahres in Pflege befindlichen waren: Manisch-depressiver Formenkreis 66, schizophrener Formenkreis 166, Epilepsie 11, angeborener Schwachsinn 22, Alkoholismus 78, andere Rauschgiftsuchten 11, Psychopathie und psychopatische Reaktionen 112, Hysterie und Neurose 31, Neurasthenie 6, Arteriosklerose und senile Geistesstörungen 23, Paralyse und andere metaluische Erkrankungen 26, postencephalitische Zustände 5, andere organische Gehirnkrankheiten 5, Sonstiges 3, zusammen 565.

Der Krankenstand in der Anstalt betrug am Ende des Berichtsjahres 628 Kranke (329 Männer und 299 Frauen).

In der nachgehenden Fürsorge wurden 2 Besuche vom Arzt allein und 94 Besuche zusammen mit der Fürsorgeschwester ausgeführt. Die Fürsorgeschwester erledigte allein 1313 Besuche. Sonstige dienstliche Gänge wurden vom Arzt 5, von der Fürsorgeschwester 113 besorgt. Die Gesamtzahl aller Besuche belief sich auf 1527.

Die ärztliche Sprechstunde wurde von 791 Personen, die der Fürsorgeschwester von 1073 Personen besucht.

Noch mehr als im Vorjahre stand die Fürsorgestelle des Berichtsjahres im Zeichen der Auswirkung der wirtschaftlichen Not und Arbeitslosigkeit. Besonders äußerte sich dies durch den Anstieg der Frühentlassungen. Durch die Betreuung der ungeheilt, manchmal noch in bedenklichem Zustand Entlassenen erwuchs der Fürsorgeschwester eine erheblich vermehrte Arbeit. Immerhin war es im Hinblick auf die Fürsorgestelle möglich, in zahlreiche, durch die wirtschaftliche Not erzwungene Entlassungsversuche einzuwilligen, zu denen ohne das Vorhandensein der Fürsorgestelle aus ärztlichen Gründen mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit die Zustimmung des Fürsorgeamts hätte versagt werden müssen.

Relativ nur geringen Erfolg hatten auch im Wirtschaftszahr 1932 die Bemühungen der Fürsorgestelle, den von der Arbeitslosigkeit seelisch Bedrohten eine Beschäftigung zu vermitteln; es gelang dies nur in einzelnen Fällen. 80 Personen, die sorgfältig auf ihre Bedürftigkeit ausgewählt wurden, erhielten zu Weihnachten neue Wäsche im Gesamtwert von etwa 300 *RM*; außerdem wurde Geld in Höhe von 200 *RM* in kleinen Gaben ausgeteilt. Insgesamt wurden an Weihnachten 130 Fälle bedacht.

Bei dem Ansteigen der Hilfsbedürftigkeit und der Verringerung der zur Verfügung stehenden Mittel mußten leider im Laufe des Jahres zahlreiche um Unterstützung Nachsuchende abgewiesen oder auf später vertröstet werden; im ganzen wurden während des Berichtsjahres 728,60 *RM* in 481 einzelnen Fällen zur Linderung augenblicklicher Not ausgegeben. In zahlreichen Fällen wurden auch getragene Kleidungs- und Wäschestücke abgegeben, die der Fürsorgestelle zu diesem Zwecke überlassen worden waren.

Auch im Jahre 1932 erfreute sich die Fürsorgestelle der wohlwollenden Mitarbeit von Ärzten, Ämtern und Behörden.

Da der Fürsorgearzt in der Sprechstunde durchschnittlich 20—30 Fälle zu erledigen hat und die Zahl der Fürsorgebedürftigen noch immer im Anwachsen ist, stellt die im Berichtsjahre durchgeführte Beschränkung der fürsorgeärztlichen Tätigkeit das äußerste Maß dessen dar, was für eine sachgemäße Durchführung der Fürsorge eben vertreten werden kann. Denn es bedarf keiner weiteren Begründung, daß die verantwortungsvollen Entscheidungen, wie sie die psychiatrische Fürsorge tagtäglich erfordert, nicht in noch weiterem Umfange als bisher der Fürsorgeschwester zugemutet werden können.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

c. Allgemeine Fürsorge (Fürsorgeamt A).

Der Aufgabenkreis der allgemeinen Fürsorge war im Berichtsjahr der gleiche wie im Vorjahr. Die gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnende starke Vermehrung der Wohlfahrtserwerbslosen bewirkte eine wesentliche Steigerung der Zahl der zu bearbeitenden Fälle.

Die Zahl der vom Fürsorgeamt in der allgemeinen Fürsorge laufend betreuten Parteien betrug am Anfang des Berichtsjahres 6801. Sie stieg bis Ende des Berichtsjahres auf 8456. Während des Berichtsjahres war somit eine Zunahme von 1655 Fällen zu verzeichnen. Die Zahl der vorübergehenden Fälle betrug 2132, im Durchschnitt monatlich 177,66.

Die Erhöhung der Zahl der Unterstützungsfälle bedingte ebenfalls ein Anwachsen des Gesamtaufwandes, der in der allgemeinen Fürsorge von 4043821 *RM* auf 5292953 *RM* stieg.

Die Hilfsbedürftigkeit war wie in den Vorjahren in den meisten Fällen vor allem durch Arbeitslosigkeit, weiterhin auch durch Alter und Krankheit verursacht. In sehr zahlreichen Fällen mußten Mietunterstützungen zur Bestreitung des Wohnbedarfs gewährt werden . Insbesondere waren zahlreiche Kleinhandwerker nicht in der Lage, für ihre Miete ganz aufzukommen.

Wiederholt mußten leider abermals Hausverbote und Anzeigen wegen Beamtenbeleidigungen und tätlicher Angriffe ergehen.

Offene Fürsorge.

Der Kreis der in der offenen Fürsorge Unterstützten war im wesentlichen der gleiche wie im Vorjahr.

Am Ende des Berichtsjahres mußten täglich durchschnittlich 629 Fälle, von denen jede der 7 Abteilungen rund 90 Fälle betreute, abgefertigt werden. Monatlich waren durchschnittlich 6675 Poststücke und 10880 Rechnungen von Geschäftsleuten, Anstalten, Krankenhäusern, Ärzten und Apotheken zu bearbeiten. In den auf den Vierteljahresabschluß folgenden Monaten steigerte sich die Zahl der Rechnungen bis auf 15000.

Der Einspruchsausschuß hatte in 26 Sitzungen 578 Einzelfälle zu behandeln. Im Beschwerdeausschuß sind 102 Fälle der allgemeinen Fürsorge entschieden worden. 57 Beschwerden wurden zurückgewiesen, 45 teils genehmigt, teils geändert.

Blindenfürsorge (Friedensblinde).

Im Berichtsjahr standen 10 (1931: 8) Blinde in laufender Unterstützung. Der gesamte Unterstützungsaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr von 5121 *RM* auf 6248 *RM*. Der Aufwand für die Gewährung freier Straßenbahnfahrt an die in Arbeit stehenden Blinden betrug 4043 *RM*.

Tuberkulosefürsorge.

Die Tätigkeit der Tuberkulosefürsorge bestand auch im Berichtsjahr im wesentlichen in der ausreichenden Versorgung von tuberkulös gefährdeten Familien, die in allen erforderlichen Fällen über die normalen Richtlinien hinaus Lebens- und Stärkungsmittel, Milch usw. erhielten. Ferner wurde auf die Besserung ungünstiger Wohnungsverhältnisse hingewirkt, in geeigneten Fällen die hierfür erforderliche Miete übernommen. Vielfach mußte auch zur Ergänzung und Beschaffung von Wohnungseinrichtungen beigetragen und nötigenfalls die Desinfektion von Räumen veranlaßt werden. Die Erfolge der im Einvernehmen mit dem Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose durchgeführten Heilkuren waren gut.

Anstaltsfürsorge.

Für die Versorgung Hilfsbedürftiger in Anstalten (geschlossene Fürsorge) wurden im Berichtsjahr 275318 (1931: 383200) *RM* aufgewendet. Im ganzen waren 337 (1931: 382) Personen untergebracht, und zwar in der Kreispflegeanstalt Hub 118, in Irrenanstalten 149 (74 Personen in der Illenau, 54 Personen in Emmendingen, 13 in Wiesloch, 8 in Konstanz) und im Frauenheim Bretten 10. Ferner fanden 4 Personen aus dem Kreise der allgemeinen Fürsorge in hiesigen privaten Altersheimen Aufnahme, und zwar 2 in dem Karl-Friedrich-Leopold- und Sofien-Stift und 2 in der Offensandt-Berckholtz-Stiftung. Der Heilanstalt für Epileptiker in Kork wurden 14, den beiden Blindenanstalten in Freiburg und Mannheim 4, den beiden Anstalten für schwachsinnige

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kinder Mosbach und Herten 11 Fürsorgeempfänger zugeführt. Die Zahl der in den sonstigen Anstalten untergebrachten Hilfsbedürftigen belief sich auf 27 Personen.

Die Verpflegungssätze habeen sich im allgemeinen gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Städtisches Altersheim.

Zu Anfang des Berichtsjahres betrug die Zahl der Insassen 35 Männer und 45 Frauen, zusammen 80 Personen. Während im Laufe des Jahres 9 Männer und 9 Frauen zugegangen sind, waren durch Tod 9 Männer und 9 Frauen und durch freiwilligen Austritt 1 Mann und 4 Frauen als Abgang zu verzeichnen, sodaß am Schlusse des Berichtsjahres im Heim 34 Männer und 41 Frauen, zusammen 75 Insassen in Verpflegung standen. Hiervon waren 43 Sozialrentner, 15 Kleinrentner und 17 sonstige Hilfsbedürftige.

Beschäftigt waren beim Altersheim 1 Oberschwester, 3 Schwestern und 6 Dienstmädchen. Der Aufwand betrug 16729,56 *RM* für Gebäude und Einrichtung, 52500,13 RM für Betriebs- und Verwaltungskosten, zusammen 69229,69 (1931: 74677) *RM*. An Ersatzleistungen und sonstigen Einnahmen wurden 69610,03 (1931: 75862) *RM* erzielt. Das Altersheim schloß mit einem Überschuß von 380,34 (1931: 1185) *RM* ab.

Ergänzende Erwerbslosenfürsorge.

Als ergänzende Erwerbslosenfürsorge, die grundsätzlich nur bei Vorliegen besonderer Bedürftigkeit, wie Krankheit, Kinderreichtum, hoher Miete usw. gewährt wird, mußten im Berichtsjahr seitens der Stadtverwaltung für 1760 (1931: 900) Fälle 715000 (1931: 203200) *RM* verausgabt werden. Die erhebliche Steigerung der Zahl der Fälle und des Aufwandes ist auf die Kürzung der Bezüge der Alu- und Kru-Empfänger zurückzuführen. Die hauptsächlichen Leistungen bestanden in Gewährung von Mietbeihilfen zur Verhütung drohender Wohnungsräumung, von Lebensmittelscheinen, Eßkarten für Volksküche, Milchbeihilfen, Kohlenbeihilfen, Medikamenten und Heilmitteln sowie von Kleidern, Schuhen, Wäsche und sonstigem Hausrat.

d. Kriegsfolgenfürsorge (Fürsorgeamt K).

Der Aufgabenkreis des Fürsorgeamts K (Kriegsfolgenfürsorge) umfaßte auch im Berichtsjahr sämtliche Zweige der gehobenen Fürsorge mit Ausnahme der hilfsbedürftigen Minderjährigen.

Am 31. März 1933 standen 4087 Fälle in laufender Unterstützung.

Beim Gesamtunterstützungsaufwand trat eine Ermäßigung von 2565367 *RM* um 377712 *RM* auf 2197655 *RM* ein.

Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Am Anfang des Berichtsjahres befanden sich 926 Kriegsbeschädigte in laufender Unterstützung; diese Zahl ermäßigte sich im Verlauf des Jahres auf 805 Fälle. Von diesen waren 260 Schwerbeschädigte, 497 Leichtbeschädigte, 23 Altrentner, 13 Altveteranen und 12 Angehörige der neuen Wehrmacht.

Die Zahl der Kriegshinterbliebenen hatte eine Abnahme von 432 auf 409 zu verzeichnen. Letztere setzten sich aus 80 Kriegerwitwen, 65 Halbwaisen, 25 Vollwaisen, 63 Elternpaaren, 153 Elternteilen, 23 Empfängern von Witwen- und Waisenbeihilfen zusammen.

Krankenbehandlungsscheine wurden 3284, Zahnbehandlungsscheine 393 ausgegeben. In Erholungs- (einschl. Tuberkulose-) Kuren befanden sich 35 Kriegsbeschädigte bzw. Kriegshinterbliebene; 104 Personen waren auf Kosten des Fürsorgeamts in geschlossener Fürsorge untergebracht. Kohlenbeihilfen wurden in 937 Fällen bewilligt.

An Fahrtvergünstigungen auf der städtischen Straßenbahn wurden an 2 Kriegsbeschädigte 8 Zwickkarten zum vollen Preis, an 91 Kriegsbeschädigte 872 Zwickkarten zum halben Preis, an 129 Kriegsbeschädigte 793 Zwickkarten bzw. an 77 Kriegsbeschädigte 308 Marken für Dauerausweise unentgeltlich gewährt. Der Gesamtaufwand für die Stadt betrug 22880 *RM*.

Der Einspruchsausschuß für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge erledigte während des Berichtsjahres in 13 Sitzungen 230 Einsprüche usw., während vom Beschwerdeausschuß 32 Fälle des Fürsorgeamts K behandelt wurden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zusatzrente.

Auch im Berichtsjahr wurden auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes und dessen Ausführungsbestimmungen Zusatzrenten aus Mitteln des Reiches an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Fällen der Bedürftigkeit bezahlt. Monatlich wurden durchschnittlich 1590 Fälle mit 2214 Personen betreut. Der Gesamtaufwand hierfür belief sich auf 514 289,90 *RM* gegen 558 394 *RM* im Vorjahr. Der Rückgang des Aufwandes und der Personenzahl ist auf Abgang von Kriegerwaisen und Kindern von Kriegsbeschädigten infolge Herabsetzung der Altersgrenze vom 18. auf das 15. Lebensjahr zurückzuführen.

Kapitalabfindungen, Darlehen, Rentenvorschüsse.

Auch im Berichtsjahr kamen unter Berücksichtigung der Knappheit der Mittel nur wenig Kapitalabfindungen zur Auszahlung. Dagegen mußten in einer Reihe von Fällen Nachprüfungen in erheblichem Umfange wegen drohender Gefahr der Zwangsversteigerung vorgenommen werden.

In Verfolg dieser Tatsachen wurden auch noch gegen Schluß des Rechnungsjahres durch den Reichsarbeitsminister besondere Unterstützungsmittel zur Verfügung gestellt. Die hierauf in größerer Anzahl einlaufenden Anträge mußten geprüft und mit entsprechendem Bericht weitergeleitet werden. Zum Abschluß kam im Berichtsjahr keiner dieser Fälle mehr.

Die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage brachte es mit sich, daß Darlehen aus Reichsmitteln durch den Landeskommissär im Berichtsjahr nicht mehr bewilligt werden konnten; in der Hauptsache dürfte die Geldknappheit auch der Grund dafür sein, daß die Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen in Berlin bei der Entscheidung von Darlehensanträgen schärfere Bedingungen als bisher stellte. In 8 Fällen wurden mit der genannten Gesellschaft Verhandlungen aufgenommen, von denen 6 Fälle, ohne zum Ziele zu führen, zum Abschluß kamen; 2 Fälle waren am Ende des Berichtsjahres noch im Lauf.

Vom Fürsorgeamt wurde wegen besonderer Notlage in zahlreichen Fällen durch Gewährung von Rentenvorschüssen Hilfe geleistet.

Hindenburg - Spende.

Nach den Vorschlägen des Fürsorgeamts erhielten aus der Hindenburgspende 4 Kriegsbeschädigte sowie 5 Kriegshinterbliebene Zuwendungen in Höhe von je 150 *RM*; in einem weiteren Falle wurde eine Kriegshinterbliebene mit 100 *RM* aus der Ottway-Robinson-Stiftung bedacht.

Schwerbeschädigtenabteilung.

Der Geschäftskreis der Schwerbeschädigtenabteilung umfaßt neben der Stadt Karlsruhe auch die Gemeinden des Landeskommissariatsbezirks Karlsruhe.

Ihre Aufgabe bestand nach wie vor darin, die Schwerbeschädigten und Gleichgestellten, die Schwererwerbsbeschränkten und Schwerunfallbeschädigten, die infolge ihrer Beschädigungsleiden im freien Wettbewerb nicht mehr in Arbeit vermittelt werden können, mit Hilfe des Schwerbeschädigtengesetzes vom 12. Januar 1923 in Arbeitsstellen unterzubringen, sie zu überwachen und vor ungerechtfertigter Entlassung zu schützen.

Zu diesem Zweck werden die einstellungspflichtigen Betriebe in regelmäßigen Kontrollen festgestellt und geeignete Arbeitsplätze freigemacht, worauf die Zuweisungen, nötigenfalls zwangsweise, erfolgen. Weiter ist erforderlich die Überwachung der zweckmäßigen Beschäftigung der Schwerbeschädigten in den Betrieben, die Schlichtung von Streitigkeiten mit Arbeitgebern, die Nachprüfung bei Kündigungen, Entlassungen usw.

Im Berichtsjahr wurde die Schwerbeschädigtenabteilung von insgesamt 1286 Schwerbeschädigten in Anspruch genommen, davon wegen Arbeitsvermittlung laufend von 616 Schwerbeschädigten. Trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse konnten 71 Schwerbeschädigte, davon 2 außerhalb des Bezirkes, in Arbeit gebracht werden. Die Zurücknahme der Kündigung wurde durch Verhandlungen bei 52 Schwerbeschädigten erreicht, sodaß die Bemühungen der Schwerbeschädigtenabteilung in 123 Fällen erfolgreich waren.

Wegen Wegzug, Krankheit und Tod schieden aus der Vermittlung insgesamt 59 Schwerbeschädigte aus.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In fortlaufender Überwachung standen 845 Betriebe; unbesetzte Pflichtplätze waren 119 vorhanden, wovon die meisten auf die Zigarrenherstellungsbetriebe des Bezirks Bruchsal-Land, ferner auf die Steinbrüche und Sägewerke, für welche geeignete Schwerbeschädigte nicht zur Verfügung standen, entfielen.

Wegen Einstellung und Kündigung von Schwerbeschädigten waren im Berichtsjahr in insgesamt 279 Fällen persönliche Verhandlungen notwendig; hiervon waren 138 Fälle erfolgreich. Die Verhandlungen waren wegen der meist sehr ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Firmen im letzten Geschäftsjahre besonders schwierig und zeitraubend. Bei der Vermittlung von Schwerbeschädigten oder gleichgestellten Kriegsbeschädigten und Erwerbsbeschränkten wurden zuerst die Kinderreichen ohne sonstiges Einkommen bei der Zuweisung an einstellungspflichtige Betriebe berücksichtigt und dadurch der Unterstützungsaufwand der Fürsorgeverbände entlastet.

Berufsberatung.

Im vergangenen Jahr hielt die der Schwerbeschädigtenabteilung angegliederte Berufsberatungskommission, der ärztliche und berufliche Sachverständige angehören, 5 Sitzungen ab, in denen 42 Fälle behandelt wurden. Davon betrafen 31 Anträge Gleichstellung mit Schwerbeschädigten gemäß § 8 des Schwerbeschädigtengesetzes, 6 Fälle Prüfung über die Verwendungsfähigkeit im Beruf und 5 Fälle Berufsumschulung. Ferner wurde bei 12 Kriegerwaisen die Berufseignung geprüft und in 125 Fällen Auskunft über Berufsfragen erteilt.

Der Schriftverkehr der Schwerbeschädigtenabteilung mit Berufsberatung belief sich im Berichtsjahr auf 3700 Ein- und Ausgänge. Der Verwaltungsaufwand der Schwerbeschädigtenabteilung und der Berufsberatung betrug im Berichtsjahr 6007 *RM*. Dieser wurde im Verhältnis der Bevölkerungszahl auf die beteiligten Bezirksfürsorgeverbände umgelegt. Der Anteil von Karlsruhe belief sich auf 1621,88 *RM*.

Berufsausbildung von Kriegerwaisen.

Für Kriegerwaisen, die sich in Schul- und Berufsausbildung befanden, wurden von den Versorgungsämtern größere Beträge an Erziehungsbeihilfen zur Verfügung gestellt, die sich im Berichtsjahr zwischen 10 *RM* und 20 *RM* im Monat je Fall bewegten.

Vom Fürsorgeamt Karlsruhe wurden insgesamt 192 Anträge vorgelegt.

Vertretung vor dem Versorgungsgericht und Oberversicherungsamt Karlsruhe.

Der Geschäftskreis umfaßte, wie bei der Schwerbeschädigtenabteilung, den Landeskommissariatsbezirk Karlsruhe.

Im Wirtschaftsjahr 1932 kamen von insgesamt 60 aus dem Vorjahr übernommenen Fällen 54 Fälle zur Erledigung. Von diesen wurden 27 gewonnen, 19 verloren und 8 zurückgenommen bezw. die Vertretung niedergelegt. 42 Fälle waren vor dem Versorgungs- bzw. Reichsversorgungsgericht, 12 vor dem Versicherungs- bzw. Oberversicherungsamt anhängig. Neu hinzugekommen sind 49 Fälle, sodaß am Schluß des Berichtsjahres noch 55 Fälle unerledigt waren.

In den gewonnenen Fällen gelangten jeweils Rentennachzahlungen in verschiedener Höhe zur Auszahlung, die z. T. den Fürsorgebehörden als Ersatz für gewährte Vorschüsse zugute kamen, wie überhaupt durch die Gewährung der Renten jeweils Fürsorgemittel eingespart werden konnten.

Der Verwaltungsaufwand wurde im Verhältnis der Bevölkerungszahl auf die beteiligten Fürsorgeverbände umgelegt. Auf Karlsruhe entfielen 493,76 *RM*.

Rechtshilfe.

Wie in früheren Jahren mußten auch im Laufe des Wirtschaftsjahres 1932 für das Versorgungsamt bzw. Hauptversorgungsamt in Rentenangelegenheiten für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zum Teil recht umfangreiche Erhebungen und Begutachtungen verschiedenster Art in großer Zahl durchgeführt werden.. Insgesamt waren 554 solcher Fälle anhängig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Altveteranenfürsorge.

Die Zahl der unterstützten Altveteranen von 1866 und 1870 bzw. deren Witwen ging von 23 auf 20 Personen zurück.

Außer Beihilfen aus Altfondsmitteln des Reiches erhielten sie vom Fürsorgeamt laufende und einmalige Zuwendungen, Kleidungsstücke, Brennmaterial und an Weihnachten besondere Spenden.

Sozialrentnerfürsorge.

Die Zahl der Fälle in der Sozialrentnerfürsorge hat im Berichtsjahr eine bemerkenswerte Stetigkeit gezeigt. So belief sich die Zahl der in laufender Unterstützung stehenden Parteien zu Beginn des Berichtsjahres auf 1861, während am Ende des Jahres 1877 Parteien in Fürsorge standen. Von ihnen befanden sich 274 in geschlossener Fürsorge.

Der Fürsorgeaufwand ermäßigte sich im Berichtsjahr auf 889 526 (1931: 1 011 352) *RM*.

Die Zahl der abgegebenen Krankenbehandlungsscheine betrug 3048, die Zahl der ausgestellten Zahnbehandlungsscheine 244. In 7 Fällen mußte Hauspflege gewährt werden. In Erholungs- (einschl. Tuberkulose-) Kuren befanden sich 8 Sozialrentner mit insgesamt 385 Verpflegungstagen; in Krankenhäusern waren 311 Sozialrentner mit 13 275 Verpflegungstagen untergebracht.

Der Einspruchsausschuß für Sozialrentnerfürsorge tagte während des Berichtsjahres 9 mal und erledigte hierbei 303 Einsprüche. Vor dem Beschwerdeausschuß wurden 11 Fälle behandelt.

Kleinrentnerfürsorge.

Die Zahl der laufenden Unterstützungsfälle ist im Berichtsjahr von 1007 auf 996 zurückgegangen. Es mußten nach dem Stand vom 31. März 1933 in der offenen Fürsorge 341 Kleinrentner und 503 Gleichgestellte betreut werden; in der geschlossenen Fürsorge befanden sich zu gleicher Zeit 152 Kleinrentner und Gleichgestellte.

Aus dem vom Reich für die Beteiligung an der Kleinrentnerfürsorge im Berichtsjahr bereitgestellten Mitteln wurden der Stadt Karlsruhe in 7 Raten insgesamt 73 984 *RM* zugewiesen. Von diesem Betrag wurden 68 764 *RM* zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge verwendet. Es war hierdurch möglich, den in der Kleinrentnerfürsorge herrschenden besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen durch Überschreitung der Richtsätze in einer größeren Anzahl von Fällen und Bewilligung von Sonderbeihilfen. Der restliche Betrag (VI. Rate) der Reichsbeihilfe von 5220 *RM* wurde bestimmungsgemäß in Form einer einmaligen Sonderbeihilfe unmittelbar an die Kleinrentner verteilt. Die Ausschüttung wurde in der Weise durchgeführt, daß an Hauptunterstützungsempfänger 15 *RM*, an zuschlagsberechtigte Familienangehörige 5 *RM*, an Heiminsassen 2 *RM* ausbezahlt wurden. Insgesamt konnten 379 Kleinrentnerfälle bedacht werden.

Krankenbehandlungsscheine wurden 1154, Zahnbehandlungsscheine 126 ausgegeben. Da einer Anzahl von Kleinrentnern ein Erholungsaufenthalt im Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden aus Stiftungsmitteln bewilligt werden konnte, war nur in einem Falle die Gewährung eines Kuraufenthaltes aus Kleinrentnermitteln notwendig.

Die Zahl der in Krankenhäusern untergebrachten Personen ist auf 65 gestiegen. An Kohlenbeihilfen wurden 3782,53 *RM* ausgegeben. Außerdem wurden Kohlenvorschüsse im Gesamtbetrage von 1611 *RM* gewährt, die in Raten an der Monatsbeihilfe wieder einbehalten wurden.

Die Gesamtaufwendungen in der Berichtszeit betrugen 658 030 (1931: 907 714) *RM*. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Verminderung um 249 684 *RM* eingetreten.

In 8 Sitzungen hatte der Einspruchsausschuß für Kleinrentnerfürsorge 178 Fälle zu bearbeiten; durch den Stadtrat wurden 4 Beschwerdefälle entschieden.

e. Jugendfürsorge (Jugendamt).

Das Arbeitsgebiet des Jugendamts umfaßte im Berichtsjahr die durch die §§ 3 und 4 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt bestimmten Aufgabengebiete sowie die wirtschaftliche Betreuung der alleinstehenden Minderjährigen. Am Ende des Berichtsjahres standen insgesamt 3549 (1931: 2666) Minderjährige (ohne 460 Fälle der Mütterfürsorge) in Fürsorge des Jugendamtes. Die er-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

hebliche Steigerung um 983 Fälle ist auf die vom Stadtrat beschlossene Erweiterung der Schülerspeisung zurückzuführen. Der Aufwand für die Jugendfürsorge stieg auf 999570 (1931: 886997) RM an.

Im Berichtsjahr hielt der Beirat des Jugendamts 16 Sitzungen ab. Zur Besprechung kamen 320 (1931: 285) Einzelfälle, in denen über Fragen der Fürsorgeerziehung, Schutzaufsicht, Entziehung der Sorgerechte, Volljährigkeitserklärungen, Ehedispens u. a. m. Beschluß gefaßt wurde. Daneben behandelte der Beirat auch eingehend die Frage des Ausschankes von Alkohol auf Sportplätzen; bei allen vorliegenden Gesuchen wurde die Bedürfnisfrage einstimmig verneint. Der Ausschuß entschied ferner gemäß § 15 der badischen Ausführungsverordnung zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 9. Oktober 1931 über den Einspruch gegen die Festsetzung von Unterstützungen für hilfsbedürftige Minderjährige.

In Anbetracht der jeweils sehr stark besetzten Tagesordnungen wurde zur Entlastung des Beirats der Beschluß gefaßt, einfach gelagerte Fälle durch Offenlegung zu erledigen. Hiervon wurde in den letzten 5 Sitzungen des Berichtsjahres in 32 Fällen Gebrauch gemacht.

Pflegekinderwesen.

Auch im Berichtsjahre waren die Meldungen von Familien, die um die Genehmigung zum Halten eines Pflegekindes nachsuchten, recht zahlreich. Es konnte nur in 60 neuen Fällen die Erlaubnis auf Grund der Pflegekinderordnung erteilt werden, während 15 der geprüften Pflegestellen den Bedingungen nicht entsprachen. Am Schluß des Jahres waren insgesamt 646 Pflegestellen besetzt einschließlich der bei Großeltern untergebrachten Kinder. Bei den unehelichen Müttern waren 1156 Kinder untergebracht, sodaß insgesamt 1802 Kinder unter 14 Jahren in Überwachung standen. Die Zahlen haben sich gegen das Vorjahr nur unwesentlich verschoben.

Ärztliche Beratungsstellen für Säuglinge und Kleinkinder.

Bei den Besuchern der 8 ärztlichen Beratungsstellen fiel es auf, daß sich auch in diesem Berichtsjahr die Zahl der Beratungsfälle zugunsten der ehelichen Kinder verschoben hat. Es war eine Steigerung dieser Fälle um über 400 zu verzeichnen auf zusammen 5791, während die Beratungsfälle für uneheliche Kinder um rund 200 abgenommen haben und zusammen noch 1705 betrugen. Insgesamt wurden 7496 Beratungsfälle erledigt, die sich auf 5913 Kinder erstreckten.

Amtsvormundschaft.

Von den im vergangenen Jahr Lebendgeborenen 2225 (1931: 2550) Kindern waren 1827 ehelich (1931: 2084) und 398 unehelich (1931: 466). Von letzteren starben im ersten Lebensjahr 42. Nach weiterem Abzug der von den unehelichen Müttern an ihren außerhalb Karlsruhes liegenden Wohnort mitgenommenen Kinder kamen 249 neu in Amtsvormundschaft. Zuzüglich der 47 bestellten Vormundschaftsfälle und solcher, die von auswärtigen Jugendämtern übernommen wurden, war ein Zugang von 318 Fällen zu verzeichnen. Am Ende des Berichtsjahres standen 2277 (1931: 2096) Minderjährige in Amtsvormundschaft des Jugendamts, darunter 92 eheliche Kinder und 14 Kinder von Ausländern. Von der Möglichkeit der Übertragung von Vormundschaften an Jugendfürsorgeorganisationen wurde in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht.

Durch die Kasse des Jugendamts wurden 122009 RM an Unterhaltsrenten von den unehelichen Vätern vereinnahmt gegen 147831 RM im Vorjahr.

Es gelang im Berichtsjahr, 15 uneheliche Mündel des Jugendamts in gute Adoptionsstellen unterzubringen. Leider besteht nur bei wenigen kinderlosen Ehepaaren die Neigung, Knaben an Kindesstatt anzunehmen, sodaß eine größere Zahl noch auf Unterbringung wartet, während Mädchen im Säuglings- und Kleinkinderalter immer sofort an geeignete Adoptiveltern abgegeben werden konnten.

Gemeindewaisenrat.

Auf Ersuchen des Amtsgerichts wurden 182 Vormünder, 205 Pfleger und 2 Beistände vorgeschlagen. Die Unterbringung der Kinder aus Ehen, in denen die Scheidung beabsichtigt oder bereits vollzogen war, wurde in 200 Fällen nachgeprüft. Weitere Erhebungen fanden in 149 Fällen statt. Zu Volljährigkeitserklärungen nahm das Jugendamt in 29, zu Adoptionen, die nicht Mün-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

del des Jugendamtes betrafen, in 5 Fällen Stellung, zur Schätzung von Grundstücken in 2 Fällen, bezüglich der Ehelichkeitserklärungen, Ehedispens gemäß § 1312 BGB. in zusammen 7 Fällen, anläßlich von Konkursen ebenfalls in 7 Fällen. Nach den im vorjährigen Bericht veröffentlichten Richtlinien für den Vorschlag von Vormündern und Pflegern durch das Jugendamt, die sich gut bewährt haben, ist Sicherheit dafür geboten, daß geeignete Persönlichkeiten möglichst sorgfältig ausgewählt werden.

Schutzaufsicht.

Schutzaufsicht wurde in 229 (1931: 213) Fällen ausgeübt.

Fürsorgeerziehung und Jugendgerichtshilfe.

Im Vorjahr betrug die Zahl der in Bearbeitung stehenden Fürsorgeerziehungsfälle 235, im Berichtsjahr 217.

In der Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1933 wurden 48 Anträge auf Fürsorgeerziehung gestellt, wozu 14 unerledigte Fälle aus dem Vorjahr kamen. Durch Überweisung in Fürsorgeerziehung wurden 52 Fälle erledigt. Hiervon betrafen 21 solche Mädchen, die zumeist wegen sittlicher Verfehlungen in Fürsorgeerziehung genommen werden mußten.

Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 4. und 28. November 1932 brachten einige wesentliche Änderungen für die Bearbeitung der Fürsorgeerziehung. Bedeutungsvoll ist darin vor allem die Beschränkung der Fürsorgeerziehung auf diejenigen Fälle, in denen Aussicht auf Erfolg besteht. Eine weitere, in finanzieller Hinsicht wichtige Bestimmung ist die Begrenzung der Fürsorgeerziehung auf die Vollendung des 19. Lebensjahres. Entlassen aus Anstalten wurden nach § 72 Absatz 1 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes bis zum Schluß des Berichtsjahres insgesamt 11 Fürsorgezöglinge. In 17 Fällen wurde die Fürsorgeerziehung nach § 72 a des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes fortgeführt; betroffen wurden hiervon 11 männliche und 6 weibliche Minderjährige. Die Schwierigkeit geeigneter Arbeitsbeschaffung für Minderjährige war bei der Abkürzung der Fürsorgeerziehung von Nachteil. Minderjährige wurden grundsätzlich nur dann aus Anstalten entlassen, wenn sie einer Beschäftigung zugeführt werden konnten, um ihnen den Übergang vom geordneten Anstaltsaufenthalt ins freie Leben zu erleichtern. In mehreren Fällen wurden mit befriedigendem Erfolg Fürsorgezöglinge im freiwilligen Arbeitsdienst untergebracht. Die Fürsorgeerziehung verursachte im Berichtsjahr einen Aufwand von 89645 *RM*.

Bei der Jugendgerichtshilfe wurde die Erfahrung gemacht, daß es sich bei den weitaus meisten Vergehen jugendlicher um Eigentumsdelikte handelt; bei 112 straffälligen männlichen Jugendlichen in 71, bei 12 Mädchen in 10 Fällen.

Eine Abnahme der minderjährigen, über 18 Jahre alten Wanderer, die auf Grund der badischen Verordnung vom 25. November 1931 ein Wanderbuch führen müssen, konnte zwar nicht festgestellt werden, doch fiel auf, daß die Zahl der in der Wandererherberge im März 1933 aufgenommenen Wanderer sich gegen den gleichen Monat im Vorjahr um 212 ermäßigt hat. Es ist anzunehmen, daß diese Abnahme anhält. Im Berichtsjahr wurde 6947 minderjährigen Wanderern in der Wandererherberge Obdach gewährt.

Freiwillige Aufgaben.

Zu den vom Jugendamt durchgeführten freiwilligen Aufgaben gehören die bereits erwähnten ärztlichen Beratungsstellen für Säuglinge und Kleinkinder, die seit Jahren durchgeführte Abgabe von Schülerfrühstücken (im Berichtsjahr an 236 Speisungstagen 249788 Portionen) an die Kinder in den Volksschulen, Abgabe von Zusatznahrung für Schwangere und stillende Mütter (Milchscheine an 460 Personen). Ferner wirkte das Jugendamt bei der Überwachung der Lichtspielaufführungen mit, ebenso auch bei der Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes und des Jugendnotwerkes.

Die Schülerfrühstücke verursachten 40271 *RM* Kosten, die Schwangere- und Mütterfürsorge 5562 *RM*.

f. Kinder- und Säuglingsheim.

Im Berichtsjahr wurden im Kinder- und Säuglingsheim 455 (1931: 504) Kinder mit zusammen 59704 (1931: 60384) Verpflegungstagen beherbergt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Neuaufgenommen wurden 277 Kinder. Von den Kindern unter 14 Tagen wurden 15 zusammen mit den Müttern aufgenommen; die Mütter der übrigen kamen zum Stillen ins Haus.

Der Ernährungszustand bei der Aufnahme war bei 87 Kindern schlecht, bei 125 mittelmäßig, bei nur 65 Kindern gut.

Krankhafte Veränderungen verschiedenster Art wurden bei 108 Kindern festgestellt, darunter 24 mal positive Tuberkulinreaktion und 3 mal positive Wassermann'sche Reaktion; 1 Kind zeigte Verletzungen durch Mißhandlung.

An Kinderkrankheiten (Infektionskrankheiten) kamen zur Beobachtung: Masern 59 Fälle, Windpocken 73 Fälle, Keuchhusten 1 Fall, Diphtherie 5 Fälle, Röteln 2 Fälle, Mumps 3 Fälle, Genickstarre 1 Fall.

Sonstige Erkrankungen waren zu verzeichnen: Pseudocroup 8 Fälle, Grippe 82 Fälle, Angina 21 Fälle, Mundfäule 27 Fälle, Augenbindehautkatarrh 41 Fälle, Ohrenleiden 34 Fälle, Furunkulose 25 Fälle, Schnupfen mit Fieber 65 Fälle, Bronchitis 87 Fälle, Lungenentzündung 7 Fälle, Rippenfellentzündung 3 Fälle, Drüsenschwellungen 33 Fälle, Ernährungsstörung bei Säuglingen 66 Fälle, bei größeren Kindern 15 Fälle, Krämpfe 3 Fälle, Magenpförtnerkrampf 1 Fall, Nabel- und Leistenbruch 13 Fälle, Nieren- und Blasenerkrankung 13 Fälle, Tripper 1 Fall, Scheideausfluß (unspezifisch) 2 Fälle, Paraphimose 1 Fall, Exudative Diathese 14 Fälle, andere Hautausschläge 26 Fälle, Panaritium 4 Fälle, Anaemie 3 Fälle, Kollaps 3 Fälle; Verletzungen kamen bei 5 Kindern vor. Ferner wurde Psychopathie bei 11, Neuropathie bei 5, Schwachsinn bei 7 Kindern festgestellt. Bettnässer waren 17 Kinder.

Künstliche Höhensonne erhielten 82 Kinder. In orthopädischer Behandlung standen 3 Kinder. Krankenhausbehandlung war bei 8 Kindern erforderlich, und zwar wegen Diphtherie bei 4, Tuberkuloseverdacht bei 1, Genickstarre bei 1, Darmerkrankung bei 1, Paraphimose bei 1 Kind.

Todesfälle ereigneten sich 5, und zwar an Bronchepneumonie 2, Masernpneumonie 1, Atrophie 1, Kollaps 1.

Bei dem Pflegepersonal kamen 57 Erkrankungen vor und zwar: Blinddarmentzündung 1 Fall, Grippe 13 Fälle, Angina 13 Fälle, Tonsillarabszesse 2 Fälle, Halsentzündung 19 Fälle, Nieren- und Blasenleiden 2 Fälle, Rheumatismus 2 Fälle, Ohrenleiden 3 Fälle, nervöse Erschöpfung 1 Fall, Masern 1 Fall. Krankenhausbehandlung war 3 mal erforderlich, und zwar wegen Blinddarmentzündung 1 mal, Nieren- und Blasenleiden 1 mal, nervöser Erschöpfung 1 mal.

Das Staatsexamen legten 33 Schülerinnen mit der Note „sehr gut" ab.

Im Kinder- und Säuglingsheim waren im Berichtsjahr 1 Arzt (nebenamtlich), 5 Schwestern des Bad. Frauenvereins, 9 sonstige Schwestern, 40 Schülerinnen, 11 Hausangestellte und 1 Maschinenmeister beschäftigt.

Die Gebäude und Einrichtungen des Kinderheims erforderten im Wirtschaftsjahr 1932 einen Unterhaltungsaufwand (einschl. Kapitaldienst) von 90 679,68 (1931: 97 185) *RM*; die Betriebs- und Verwaltungsausgaben betrugen 142 698,76 (1931: 165 356) *RM*, die sonstigen Ausgaben 324,45 (1931: 335) *RM*, die gesamten Ausgaben 233 702,89 (1931: 262 876) *RM*. An Einnahmen wurden 234 694,98 (1931: 261 933) *RM* erzielt, sodaß das Berichtsjahr mit Mehreinnahmen von 992,09 (1931: mit Mindereinnahmen von 943) *RM* abschloß.

2. Tuberkulosefürsorgestelle.

In der Organisation und Arbeitsweise der Tuberkulosefürsorgestelle sind im Berichtsjahr wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Die Sprechstundenzeiten wurden etwas mehr zusammengelegt, die Zusammenarbeit mit der Schularztstelle wurde so geregelt, daß jede Doppelarbeit vermieden wurde. Dies war dadurch möglich, daß die tuberkulosegefährdeten Kinder in der Schularztstelle, die Kinder des Vorschulalters und die Schulentlassenen in der Tuberkulosefürsorgestelle überwacht wurden. Von jeder Schulkinderuntersuchung wurde das Ergebnis an die Schularztstelle gemeldet. Etwa wegen anderweitiger Krankheiten oder Krankheitsgefährdung nötig fallende Maßnahmen, wie Zahnbehandlung, Überweisung zu Ärzten, Beschaffung von Unterstützungen, Einleitung von Kuren, Schulbefreiung von Kindern und dergl. wurden zwecks Vereinfachung der Arbeit jeweils bei der Stelle veranlaßt, bei der die Notwendigkeit festgestellt wurde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Nach wie vor stand als Hauptaufgabe der Tuberkulosefürsorgestelle der Seuchenkampf im Mittelpunkt der Arbeit. Die angewandten Mittel waren Absonderung und Erziehung der ansteckenden Kranken und ihrer Familienangehörigen zu gesundheitlichem Verhalten (Hustendisziplin, Spuckdisziplin, Sprechdisziplin, Sauberkeit) und Früherfassung der Neuerkrankungen durch Umgebungsuntersuchung, Belehrung der Gefährdeten über die Anfangserscheinungen und Erziehung zur Gesundheitspflicht. Sehr umfangreich waren aber auch die Aufgaben pflegerischer und fürsorgerischer Natur, Beschaffung von ärztlicher Hilfe, Krankenhauspflege und Heilstättenkuren für die Kranken sowie Sorge für ausreichende Ernährung, Wohnung und Kleidung. Wenn die Zahl der auswärtigen Heilstättenkuren mit Rücksicht auf die finanzielle Lage weitgehend eingeschränkt werden mußte, so wurden desto mehr Kuren in hiesigen Krankenhäusern veranlaßt. Grundsätzlich stand die letzgenannte Möglichkeit jedem Kranken zur Verfügung. Die Zahlen sind weiter unten angeführt.

Der Stand der Tuberkuloseerkrankungen im Berichtsjahre war, wie die nachfolgende Statistik ergibt, ungefähr derselbe wie in den letzten Jahren, wobei aber gesagt werden kann, daß heute viele Fälle, die früher erst später gekommen wären, durch die Umgebungsuntersuchungen und die fortlaufende Belehrung und Erzeihung so zeitig erfaßt werden, daß sie noch der Heilung zugeführt werden können. Vor 10 Jahren hatte man es doch noch in den meisten Fäällen mit Spätformen in unheilbarem Stadium zu tun.

Die Tuberkulosesterblichkeit ist in Karlsruhe im Berichtsjahr erfreulicherweise trotz der schlechten Wirtschaftslage wieder etwas zurückgegangen, was als ein befriedigendes Ergebnis beurteilt werden muß. Die Möglichkeit aber, daß in den nächsten Jahren die Tuberkulosesterblichkeit doch wieder ansteigt, wenn die Ernährungsverhältnisse nicht besser werden, ist trotzdem nicht von der Hand zu weisen, weil die fortschreitende Tuberkulose bis zum Ende im Durchschnitt 4 Jahre dauert, sodaß die Auswirkung erst später beobachtet werden könnte. Auch ist zu bedenken, daß zunächst noch die Arbeitslosigkeit, die heute fast alle Tuberkulosekranken betrifft, nach übereinstimmender Ansicht der Fachleute für den Verlauf von günstigem Einfluß ist. Der Kranke kann sich durch Schonung trotz geringer Ernährung leichter ausheilen, als wenn er arbeitet. Wenn später wieder Arbeitsmöglichkeiten vorhanden wären, könnte hierin ein Wandel zum Schlechteren hin eintreten. Einen gewissen Einfluß hat auch im übrigen, wie man annehmen darf, die Verbesserung der Behandlungsmethoden, insbesondere die sogenannte aktive Therapie (künstlicher Pneumothorax, operative Behandlung).

An Tuberkulose aller Art starben in Karlsruhe ohne Ortsfremde: 1913 = 17,66, 1925 = 12,7, 1928 = 7,09, 1929 = 8,13, 1930 = 8,07, 1931 = 8,50, 1932 = 7,53 Personen auf je 1000 Einwohner bezogen.

An den badischen Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose, der sich zusammen mit der Landesversicherungsanstalt Baden und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an den Kosten der Fürsorgeleistungen beteiligt, sowie an die Reichsbahndirektion Karlsruhe wurden im Laufe des Jahres bei allen in Frage kommenden Fällen Anträge auf Kurkostenzuschüsse, Ernährungs-, Miet-, Wäsche- und Bettbeschaffungsbeihilfen gestellt.

Im Laufe des Jahres wurden durch den Badischen Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose für Heil- und Sanierungskuren 9 620,66 *RM*, für Ernährungsbeihilfen und sonstige Unterstützungen 14 185 *RM*, für Pneumothoraxfüllungen und Röntgenkosten 326,63 *RM*, zusammen 24 132,29 *RM* überwiesen gegen 29 520 *RM* im Vorjahre und 47 271 *RM* im Jahre 1930.

Die Beiträge der Reichsbahndirektion Karlsruhe für Zwecke der Tuberkulosefürsorge, die sehr beträchtlich waren, wurden nicht ausgezählt, weil die Gelder teilweise nicht durch die Kasse der Tuberkulosefürsorgestelle liefen. Die Leistungen des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Reichsbahndirektion Karlsruhe sind anzuerkennen.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 8 147 (1931: 7619) Sprechstundenberatungen durchgeführt; aus dem Vorjahr wurden übernommen: 4441 (1931: 3821) Fälle, Neuaufnahmen fanden 1254 (1931: 1089) statt. Abgänge im Laufe des Jahres ergaben sich 489 (1931: 469); die Zahl der Übernommenen und Neuaufnahmen nach Abzug des Abgangs betrug 5 206 (1931: 4441). Unter den Neuaufnahmen befanden sich 338 Männer, 331 Frauen und 585 Kinder. Von den Ärzten zugewiesen wurden 270 Personen, von der Stadtschularztstelle 378 Personen, von den Fürsorgeämtern 130 Personen, von Krankenkassen, der Landesversicherungsanstalt Baden und dem Polizeipräsidium 50 Personen, von Krankenhäusern und Heilstätten 12 Personen, von sonstigen Stellen 48 Personen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Durch die Fürsorgerinnen wurden 69 Fälle ermittelt, auf Einbestellung der Fürsorgestelle erschienen 62 Personen, selbst gemeldet hatten sich 235 Personen. Von den Neuaufnahmen wurdnen 836 Familien betroffen.

Die ärztlich-klinischen Leistungen betrafen 6034 körperliche Untersuchungen und Beratungen durch Ärzte, 900 Auswurf- und sonstige mikroskopische Untersuchungen, ca. 600 Röntgenaufnahmen, ca. 1800 Röntgendurchleuchtungen, 589 Blutuntersuchungen.

An Fürsorgemaßnahmen wurden erledigt: 2113 Beratungen durch Fürsorgerinnen (Erledigung von Anträgen auf Beihilfen, Geldbeschaffung, Heilkuren usw.), 4937 Hausbesuche der Sonderfürsorgerinnen, 21 Hausbesuche der Bezirksfürsorgerinnen, zusammen 4958 Hausbesuche. Von der Fürsorgestelle wurden in Heilstätten 77, in ländlichen Krankenhäusern 10, insgesamt 87 Kuren eingeleitet (1931: 102). Mit eingezählt sind einige Kuren, die von den Versicherungsanstalten durchgeführt wurden, zu denen aber wegen ungenügender Versicherung Fürsorgeamt und Badischer Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose auf Antrag der Fürsorgestelle Beiträge geleistet haben. Wohnungsverbesserungen und Erweiterungen wurden in 9 Fällen durchgeführt, 12 Betten und 36 Liegestühle ausgeliehen. Außerdem wurden auch im Berichtsjahre für alle Unterstützungsbedürftigen Lebensmittelunterstützungen, die über das Mindestmaß der allgemeinen Fürsorge hinausgingen, beim Fürsorgeamt verschafft. An Offentuberkulöse wurden Spuckflaschen und Spucknäpfe sowie Desinfektionsmittel abgegen. Auf Veranlassung der Fürsorgestelle hat das Fürsorgeamt in mehreren Fällen laufend Mietbeihilfen für die Ermietung einer größeren Wohnung bewilligt.

Am 1. April 1932 waren 426 Lungentuberkulosefälle mit nachgewiesenem positiven Bazillenbefund und noch nicht abgeheiltem Prozeß, 94 ansteckungsfähige Lungenkranke, zunächst ohne erbrachten Bazillennachweis, zusammen 520 Ansteckungsfähige bekannt, außerdem 48 aktive Tuberkulose anderer Organe einschließlich Lupus.

Am 31. März 1933 betrug die Zahl der erfaßten Offentuberkulösen wiederum 426, der ansteckungsfähigen Lungentuberkulosefälle ohne Bazillennachweis 94, die Zahl der Ansteckungsfähigen insgesamt 520, der aktiven Tuberkulose anderer Organe und Lupuskranken 59. Im Laufe des Jahres sind 175 ansteckungsfähige Fälle abgegangen und 175 neu zugegangen.

Von den 93 (1931: 109) vom 1. Januar 1932 bis 31. Dezember 1932 an Lungentuberkulose verstorbenen amtlich gemeldeten Ortsansässigen waren 89 = 96 (1931: 81,2) v. H. erfaßt.

In hiesigen Krankenanstalten waren laufend durchschnittlich 22,66, in auswärtigen 7,75, in Heilstätten 33,9, zusammen 64,31 Personen, d. s. 12,3 v. H. (1931: 10,97 v. H.) der ortsansässigen Ansteckungsfähigen, untergebracht (ausgezählt an jedem Monatsersten).

An Tuberkulose aller Art verstorben sind 118 (1931: 133) ortsansässige Personen, davon 67 = 56 v. H. in Krankenhäusern.

Von den an Tuberkulose aller Art Verstorbenen standen in einem Alter von unter 1 Jahr 3, von 1 bis unter 5 Jahren 6, von 5 bis unter 15 Jahren 4, von 15 bis unter 20 Jahren 6, von 20 bis unter 30 Jahren 30, von 30 bis unter 40 Jahren 25, von 40 bis unter 50 Jahren 15, von 50 bis unter 60 Jahren 19, von 60 und mehr Jahren 10; unter 30 Jahren zusammen 49, über 30 Jahren zusammen 69, insgesamt 118; davon waren 54 männlichen und 64 weiblichen Geschlechts.

Ohne Ortsfremde verstarben 93 Personen = 5,938 von 10 000 Einwohnern an Lungentuberkulose, 25 = 1,59 von 10 000 Einwohnern an sonstiger Tuberkulose (einschl. Miliartuberkulose), zusammen 118 Personen = 7,53 auf 10 000 Einwohner.

Mit den Ortsfremden entfielen auf Lungentuberkulose 100 Todesfälle = 6,39 auf 10 000 Einwohner, auf sonstige Tuberkulose (einschl. Miliartuberkulose) 27 Todesfälle = 1,717 auf 10 000 Einwohner, zusammen 127 Todesfälle = 8,109 auf 10 000 Einwohner.

Bei der Tuberkulosefürsorgestelle waren im Berichtsjahr 2 Ärzte (halbtägig), 3 Fürsorgerinnen und 2 Aushilfsangestellte beschäftigt.

Die Tuberkulosefürsorgestelle erforderte im Wirtschaftsjahr 1932 einen Zuschuß von 26 439,02 (1931: 30 569) *RM*.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Krankenhaus einschließlich Desinfektionsanstalt.

Allgemeines.

Auch im Wirtschaftsjahr 1932 waren 723 Betten zur Belegung mit Kranken verfügbar, die sich zahlenmäßig wie im Vorjahr auf die einzelnen Krankenabteilungen verteilten.

Zur Vervollständigung der ärztlichen Einrichtung wurden beschafft: ein subaqualer Darmbadapparat, ein transportabler Röntgenapparat, ein Hochfrequenzapparat mit dazu gehöriger Apparatur zur elektrischen Operation großer Krebsgeschwülste, ein Diathermieapparat für die gynäkologische Diathermie.

Die Verpflegungsgebühren wurden auf 1. April 1932 wie folgt festgesetzt: In der I. Klasse für große Einzelzimmer (Erwachsene und Kinder) auf 12 *RM*, für kleineres Einzelzimmer auf 10 *RM*. In der II. Klasse für Einzelzimmer auf 8,50 *RM*, für Zimmer mit 2 bis 3 Betten auf 7,50 *RM*. In der III. Klasse für Selbstzahler — Erwachsene — in Sälen auf 4,50 *RM*, in Zimmern mit 2 bis 3 Betten auf 5 *RM*, für Kinder bis zu 10 Jahren in Sälen auf 3,50 *RM*; für Krankenkassen und sonstige öffentliche Kassen in Sälen — Erwachsene — auf 4,80 *RM*, für Kinder auf 3,80 *RM*. Daneben werden berechnet in der I. und II. Klasse: Allgemeine Operationsauslagen je nach Größe der Operation I. Klasse 25—30 *RM*, II. Klasse 20—25 *RM*. Für Benützung des Geburtszimmers einschließlich der Hebammengebühr I. Klasse 20 *RM*, II. Klasse 10 *RM*. Für Wartung gesunder Säuglinge für den Tag I. Klasse 2,50 *RM*, II. Klasse 1,50 *RM*. Röntgendiagnostik und -Therapie, Radiumbehandlung, Diathermie, Höhensonne, Zahn- und Kieferbehandlung, besonders teuere Medikamente und Heilmittel, besonders zeitraubende und teuere Untersuchungen (Elektrocargiogramme, Gasstoffwechselversuche usw.), Getränke, Desinfektionen, vernichtete und beschädigte Gegenstände, Nachtwachen, Benützung von Leibwäsche des Krankenhauses, die ärztliche Behandlung. In der III. Klasse werden besonders erhoben: Allgemeine Operationsauslagen je nach Größe der Operation 5 bis 20 *RM*. Für Benützung des Geburtszimmers einschließlich der Hebammengebühr 7 *RM*. Für Wartung gesunder Säuglinge für den Tag 1 *RM*. Röntgendiagnostik und -Therapie, Radiumbehandlung, Diathermie, Höhensonne, Zahn- und Kieferbehandlung, besonders teuere Medikamente und Heilmittel, besonders zeitraubende und teuere Untersuchungen (Elektrocardiogramme, Gasstoffwechselversuche usw.), Getränke, Desinfektionen, vernichtete und beschädigte Gegenstände. Die auswärtigen Selbstzahler der III. Klasse haben die ärztliche Behandlung unmittelbar an den Arzt zu zahlen, ebenso die hiesigen Selbstzahler der III. Klasse, die privatversichert sind, soweit die Versicherung nach ihren Satzungen bzw. Tarifen verpflichtet ist, die ärztlichen Behandlungskosten neben den Verpflegungskosten der III. Klasse zu ersetzen.

Seit dem Bezug des Krankenhauses im Jahre 1907 sind an den Gebäuden und Einrichtungen nennenswerte Veränderungen und Erneuerungen nicht vorgenommen worden. Lediglich in den Jahren 1927/28 wurde ein Stockwerkaufbau auf das Absonderungsgebäude für Scharlach- und Diphtheriekranke ausgeführt.

Ein in den letzten Jahren aufgestelltes Gesamtprogramm der dringend notwendigen Veränderungen umfaßt drei Teile: die Erweiterung des Operationsgebäudes und der dazu gehörigen Einrichtungen, die Erweiterung der medizinischen Röntgenabteilung und die Einrichtung einer Diätküche.

Für die besonders dringliche Erweiterung und Ausstattung des Operationsgebäudes wurden die erforderlichen Mittel mit 153300 *RM* vom Stadtrat und Bürgerausschuß unterm 22./29. September bzw. 11. Oktober 1932 genehmigt. Der Umbau wurde noch im Berichtsjahre begonnen.

Verwaltung und Betrieb.

Am Ende des Berichtsjahres waren beim Krankenhaus 31 Beamte, 24 Angestellte, 119 Schwestern und Schülerinnen und 82 Arbeiter, zusammen 256 (1931: 257) Personen beschäftigt. Von diesen waren 23 Ärzte und Apotheker, 134 Warte-, Pflege- und Laboratoriumspersonal, 2 Desinfektionspersonal, 10 Verwaltungspersonal und 87 Haus- und Wirtschaftspersonal.

Krankenbewegung und Sterblichkeit.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden im ganzen 6573 (1931: 6328) Personen an 168444 (1931: 169266) Tagen im Hause verpflegt. Im Laufe des Jahres wurden 6104 Personen neu aufgenom-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

men, 6089 Personen entlassen. Der Zugang war am höchsten im Monat Januar 1933 mit 596, am geringsten im Monat Mai 1932 mit 420 Patienten. Der Abgang war am stärksten im Monat Februar 1933 mit 603, am schwächsten im Monat Januar 1933 mit 445 Personen. Der durchschnittliche Krankenstand in den einzelnen Monaten des Wirtschaftsjahres bewegte sich zwischen 419 im Juni 1932 und 543 im Februar 1933. Der tägliche durchschnittliche Krankenstand betrug 461 (1931: 462). Der Krankenstand war am höchsten am 13. Februar 1933 mit 574 (1931: 589), am niedersten am 31. Dezember 1932 mit 373 (1931: 409) Kranken. Im Durchschnitt waren 63,7 (1931: 63,9) v. H., zur Zeit des höchsten Standes 79,3 (1931: 81,4) v. H. der 723 Krankenbetten belegt.

Verpflegt wurden in der I. Klasse 38 (1931: 46) Personen mit 1026 (1931: 803) Verpflegungstagen, in der II. Klasse 369 (1931: 385) Personen mit 8004 (1931: 8112) Verpflegungstagen, in der III. Klasse 6166 (1931: 5897) Personen mit 159414 (1931: 160351) Verpflegungstagen, zusammen 6573 (1931: 6328) Personen mit 168444 (1931: 169266) Verpflegungstagen. Unter den verpflegten Patienten befanden sich in der I. Klasse 9 (1931: 21) Auswärtige mit 168 (1931: 301) Verpflegungstagen, in der II. Klasse 41 (1931: 103) Auswärtige mit 847 (1931: 2019) Verpflegungstagen, in der III. Klasse 832 (1931: 1226) Auswärtige mit 15884 (1931: 29999) Verpflegungstagen, zusammen 882 (1931: 1350) Auswärtige mit 16899 (1931: 32319) Verpflegungstagen.

Die Kosten wurden bezahlt für 2663 (1931: 2070) Patienten mit 82886 (1931: 67485) Verpflegungstagen von Fürsorgeämtern, für 2940 (1931: 3223) Patienten mit 64736 (1931: 82007) Verpflegungstagen von Kranken- und sonstigen Kassen, für 970 (1931: 1035) Patienten mit 20822 (1931: 19774) Verpflegungstagen von diesen selbst. Inbegriffen sind hierbei 194 (1931: 231) auswärtige Personen mit 4858 (1931: 6047) Verpflegungstagen, für die die Kosten von Fürsorgeämtern bezahlt wurden, 598 (1931: 807) Auswärtige mit 10343 (1931: 20418) Verpflegungstagen, für die Kranken- und sonstige Kassen die Verpflegungsgebühren entrichteten, 90 (1931: 312) Auswärtige mit 1698 (1931: 5854) Verpflegungstagen, die Selbstzahler waren.

Der Zahl der Patienten nach betrug der Anteil der Fürsorgeämter 40,51 (1931: 32,71) v. H., der Kranken- und sonstigen Kassen 44,72 (1931: 50,93) v. H., der Selbstzahler 14,77 (1931: 16,36) v. H. Von den Verpflegungstagen entfielen 49,19 (1931: 39,87) v. H. auf Fürsorgeempfänger, 38,46 (1931: 48,45) v. H. auf Kranken- und sonstige Kassen, 12,35 (1931: 11,68) v. H. auf Selbstzahler. Auch im Wirtschaftsjahr 1932 setzte sich wie in den letzten Jahren die Steigerung des Anteils der Fürsorgeämter als Kostenzahler sowohl hinsichtlich der Zahl der Verpflegten als auch hinsichtlich der Verpflegungstage weiter fort.

Unter den 369 (1931: 385) in der II. Klasse Verpflegten befanden sich 45 (1931: 41) Kassenmitglieder mit 1048 (1931: 1078) Verpflegungstagen, welche den Unterschied zwischen der Gebühr der III. und II. Verpflegungsklasse selbst aufbezahlt haben. Unter den 2663 (1931: 2070) von Fürsorgeämtern eingewiesenen Kranken waren nur 61 (1931: 58) mit 1449 (1931: 2208) Verpflegungstagen enthalten, für welche das hiesige städtische Fürsorgeamt nicht aufzukommen hatte.

Von den 6089 (1931: 5859) im Jahr 1932 abgegangenen Kranken sind 443 (1931: 371) gestorben, 5646 (1931: 5488) wurden entlassen und zwar als geheilt 1910 (1931: 1815) Erwachsene und 120 (1931: 112) Kinder, gebessert 3320 (1931: 3271) Erwachsene und 96 (1931: 85) Kinder. Ungeheilt wurden 200 (1931: 205) Personen entlassen, die zum Teil in andere Anstalten überführt wurden, zum Teil das Haus gegen ärztlichen Rat verlassen haben.

Von den Verstorbenen waren 244 männlichen und 199 weiblichen Geschlechts. Im Alter unter 2 Jahren verstarben 24 Personen, im Alter von 2 bis 5 Jahren 2 Personen, im Alter von 5 bis 15 Jahren 8 Personen, im Alter von 15 bis 20 Jahren 11 Personen, im Alter von 20 bis 30 Jahren 38 Personen, im Alter von 30 bis 40 Jahren 48 Personen, im Alter von 40 bis 50 Jahren 51 Personen, im Alter von 50 bis 60 Jahren 106 Personen, im Alter von 60 bis 70 Jahren 80 Personen, im Alter von 70 bis 80 Jahren 65 Personen, im Alter über 80 Jahren 10 Personen.

In der medizinischen Abteilung verstarben 137 Männer, 114 Frauen, 11 Kinder, zusammen 262 Personen, in der chirurgischen Abteilung 99 Männer, 61 Frauen, 21 Kinder, zusammen 181 Personen. Die höchste Sterblichkeit mit je 48 Todesopfern hatten der August und der Februar aufzuweisen, die geringste Sterblichkeit der November mit 27 Verstorbenen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Betriebsergebnisse.

Im Wirtschaftsjahr 1932 ergaben sich an Einnahmen aus der Verpflegung 878 171,55 (1931: 926 232,40) RM, aus der Röntgen-, Radium-, Diathermie- und Höhensonnenbehandlung 108 810,65 (1931: 118 429,82) RM, aus der ambulanten Behandlung 32 819,72 (1931: 30 534,68) RM, an sonstigen Einnahmen wurden 71 132,44 (1931: 80 089,45) RM erzielt. Die gesamten Wirtschaftseinnahmen beliefen sich auf 1 090 934,36 (1931: 1 155 286,35) RM. Die Ausgaben betrugen 467 495,06 (1931: 524 736) RM für Gebäude und Einrichtungen, 495 032,17 (1931: 547 895) RM für das Personal, 359 552,00 (1931: 366 841) RM für Verpflegung u. Heilung, 29 382,89 (1931: 32 108) RM für Sonstiges, zusammen 1 351 462,12 (1931: 1 471 850) RM. Zum Betrieb des Krankenhauses war ein Zuschuß von 260 527,76 (1931: 316 293) RM erforderlich, von dem 218 600 RM auf den Mietzins angerechnet, 41 927,76 RM bar geleistet wurden.

Als persönlicher Aufwand sind nur die baren Ausgaben ohne den Wert der freien Station des im Hause wohnenden Personals angegeben. Der Wertanschlag der freien Station betrug 1932 121 289,26 (1931: 126 723) RM. Unter Einrechnung des Wertanschlags der freien Station betrugen die Gesamteinnahmen 1 212 223,62 (1931: 1 282 010) RM, die Gesamtausgaben 1 472 751,38 (1931: 1 598 303) RM.

Die Ausgaben für einen Krankenverpflegungstag betrugen 8,02 (1931: 8,68) RM. Nach Abzug der wieder zum Ersatz gelangten Ausgaben und der Röntgen- und Ambulanzgebühren mit 1,27 (1931: 1,36) RM verblieben 6,75 (1931: 7,32) RM. Die reinen Betriebsausgaben ohne Berechnung des Nutzungswertes beliefen sich auf 5,45 (1931: 6,00) RM. An reinen Verpflegungsgebühren gingen ein für den Kopf und Tag eines Kranken 5,21 (1931: 5,47) RM. Der Barzuschuß der Stadthauptkasse betrug für jeden Kranken durchschnittlich täglich 0,25 (1931: 0,53) RM.

Für den Ankauf der Lebensmittel wurden 298 142 (1931: 310 880) RM ausgegeben. Auf Fleisch- und Wurstwaren entfielen 64 311 RM = 27,2 Rpf je Verpflegungstag einschließlich Personal, auf Fisch, Geflügel, Wildbret 9238 RM = 3,9 Rpf, auf Fett, Oel, Essig 11 604 RM = 4,9 Rpf, auf Brot, Wecke, Zwieback 38 994 RM = 16,4 Rpf, auf Eier 16 703 RM = 7,1 Rpf, auf Gemüse, Kartoffeln, Kolonialwaren 37 443 RM = 15,8 Rpf, auf Teigwaren, Mehl 7215 RM = 3,0 Rpf, auf Milch 47 379 RM = 20,0 Rpf, auf Zucker 13 728 RM = 5,8 Rpf, auf Obst 19 714 RM = 8,3 Rpf, auf Kaffee, Tee, Kakao 16 941 RM = 7,1 Rpf, auf Wein und Bier 5816 RM = 2,5 Rpf, auf Sonstiges 9056 RM = 3,8 Rpf je Verpflegungstag einschließlich Personal. Ein Verpflegungstag einschließlich Personal kostete 125,8 (1931: 134,1) Rpf.

An sachlichen Kosten für die Krankenhausapotheke entstanden für Drogen und Chemikalien 11 496 RM, für Spezialitäten und neue Spezialmittel 22 469 RM, für Mineralwasser 1275 RM, für Weinbrand und Krankenweine 587 RM, für Gläser, Korke, Standgefäße, Gebrauchsgegenstände 1358 RM.

Ordinationen wurden 40 903 (1931: 36 714) angefertigt und zwar durchschnittlich im Monat 3414 (1931: 3059), im Tag 112 (1931: 100) Rezepte. Auf einen Kranken fallen im Durchschnitt von den für das Krankenhaus gefertigten Ordinationen 6,22 (1931: 5,8) und auf einen Krankenverpflegungstag 0,24 (1931: 0,2).

Der Gesamtaufwand für den Apothekenbetrieb betrug einschließlich der Gehalte aber ohne Aufrechnung des Mietzinses und der Kosten für Heizung und Beleuchtung 52 465 (1931: 52 987) RM = 31,1 (1931: 31,3) Rpf für einen Kranken-Verpflegungstag. Von diesem Betrag gehen die Einnahmen der Apotheke mit 17 886 (1931: 20 941) RM noch ab, sodaß die der Krankenhauskasse verbleibenden Ausgaben sich auf 34 579 (1931: 32 046) RM oder für den Kranken-Verpflegungstag auf 20,5 (1931: 18,93) Rpf beliefen.

In der Waschküche wurden 703 624 (1931: 636 925) Wäschestücke gereinigt oder bei 303 Arbeitstagen tägl. 2322 (1931: 2102) Stück. Auf Kinder entfielen 95 862 Stück, auf Erwachsene 477 384 Stück, auf den ärztlichen und den Wirtschaftsgebrauch 104 249 Stück, auf Personal 26 129 Stück, zusammen 703 624 Stück. Für die Krankenpflege und den Wirtschaftsdienst wurden zusammen 677 495 (1931: 613 620) Stück Wäsche gereinigt. Auf einen Kranken kamen für den Kopf und Tag 4,02 (1931: 3,5) Stück.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ärztlicher Bericht.

Es wurden behandelt:

	Krankheitsfälle 1932 männl.	1932 weibl.	1931 männl.	1931 weibl.
1. Entwicklungskrankheiten	16	11	17	17
2. Infektions- und parasitäre Krankheiten	346	434	316	428
3. Sonstige allgemeine Krankheiten	255	260	227	233
4. Oertliche Krankheiten:				
a) Krankheiten des Nervensystems	285	257	384	326
b) Krankheiten der Atmungsorgane	172	187	142	93
c) Krankheiten der Kreislauforgane	215	206	173	139
d) Krankheiten der Verdauungsorgane	738	580	789	562
e) Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	221	588	179	429
f) Krankheiten der äußeren Bedeckungen	312	140	327	176
g) Krankheiten der Bewegungsorgane	214	122	206	91
h) Krankheiten des Ohres	42	26	26	19
i) Krankheiten der Augen	1	5	1	1
k) Verletzungen	483	166	508	134
(zusammen örtliche Krankheiten	2683	2277	2735	1970)
5. Anderweitige Krankheiten und unbestimmte Diagnosen	—	—	22	13
Wöchnerinnen	—	291	—	350
Summe der behandelten Krankheiten	3300	3273	3317	3011
	6573		6328	

Röntgenuntersuchungen fanden bei 8353 (1931: 9326) Kranken statt. Davon wurden 3443 (1931: 2782) Röntgenuntersuchungen bei stationären Kranken, 4910 (1931:6544) bei ambulanten Kranken vorgenommen. Von den Untersuchungen betrafen 6557 (1931: 7844) die medizinische, 1796 (1931: 1482) die chirurgische Abteilung. Außerdem wurden auf der medizinischen Abteilung für die städt. Tuberkulosefürsorgestelle noch 2029 (1931: 1991) Lungendurchleuchtungen besorgt.

Röntgenbestrahlungen wurden 450 (1931: 552) vorgenommen, davon 119 (1931: 123) bei stationären, 331 (1931: 429) bei ambulanten Kranken.

Ferner fanden 1350 (1931: 1752) Diathermiesitzungen, und zwar 585 (1931: 782) stationär, 765 (1931: 970) ambulant, 612 (1931: 385) Höhensonnebestrahlungen, und zwar 437 (1931: 215) stationär, 175 (1931: 170) ambulant, 101 (1931: 21) Radiumbestrahlungen, und zwar 86 (1931: 21) stationär, 15 (1931: —) ambulant, statt.

Medizinische Bäder, Inhalationen usw. wurden 16313 (1931: 11720) verabreicht.

An Personen aus der Stadt, die in Behandlung der Chefärzte standen, aber nicht im Krankenhaus untergebracht waren, wurden 257 (1931: 371) Bäder abgegeben.

Prosektur.

Die Gesamtzahl der im Jahre 1932 ausgeführten Sektionen betrug 218 (1931: 235). Davon entfielen auf die chirurgische Abteilung 51 (1931: 54), auf die medizinische Abteilung 115 (1931: 123), auf außerhalb Verstorbene 52 (1931: 58).

Die Todesursache bei den 1932 sezierten Verstorbenen waren Infektionskrankheiten in 27, äußere Einwirkungen in 15, bösartige Neubildungen in 33, Erkrankungen des Nervensystems in 7, des Gefäßsystems in 37, der Atmungsorgane in 26, der Verdauungsorgane in 23, der Harn- und Geschlechtsorgane in 30, allgemeine Ernährungsstörungen und Verschiedenes in 20 Fällen.

Für die klinischen Abteilungen des Krankenhauses, sonstige städtische Stellen (Tuberkulosefürsorgestelle, Stadtschularztstelle, Jugendamt, Gesundheitsbehörde usw.) sowie für die Ärzte der Stadt und Umgebung wurden im ganzen 11899 (1931: 9633) Untersuchungen ausgeführt. Diese betrafen 1862 (1931: 1434) histologische und mikroskopische Untersuchungen, 4971 (1931: 3908) bakte-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

riologische und 5066 (1931: 4291) serologische Untersuchungen. Darunter befanden sich für die Tuberkulosefürsorgestelle im ganzen 1683, für die Stadtschularztstelle 354 Untersuchungen.

Städtische Desinfektionsanstalt.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden 554 (1931: 494) Desinfektionen vorgenommen, wovon 486 (1931: 425) amtlich vorgeschrieben waren. Die übrigen 69 (1931: 69) wurden von Privatpersonen beantragt.

Die Desinfektionen für Stadtbewohner wurden wegen Diphtherie in 198, wegen Genickstarre in 1, wegen Krebs in 3, wegen Kindbettfieber in 1, wegen Ruhr in 3, wegen Kinderlähmung in 2, wegen Scharlach in 71, wegen Tuberkulose in 193, wegen Typhus in 15, wegen Paratyphus in 1, aus unbekannter Ursache in 66 Fällen durchgeführt.

Zur Vornahme der Desinfektionen wurde der große Dampfapparat 249 mal und das Dampfkochfaß 39 mal beschickt.

Für das Krankenhaus selbst wurden außer den in den Apparaten desinfizierten Betten und Kleidungsstücken, welche nicht verzeichnet wurden, 60 (1931: 31) Zimmer und Säle mit zusammen 6144,8 (1931: 4853,9) cbm Inhalt desinfiziert.

An Ausgaben für die Desinfektionsanstalt entstanden insgesamt 9148,56 (1931: 10 426,52) *RM*, welchen 3698,10 (1931: 3626) *RM* angesetzte Gebühren gegenüberstehen, von denen jedoch in 206 (1931: 182) Fällen zusammen 1590,50 (1931: 1225,85) *RM* auf die Stadthauptkasse übernommen wurden.

4. Erholungsheim Baden-Baden.

Das Erholungsheim in Baden-Baden wurde am 2. Mai 1932 wieder eröffnet und am 13. Oktober 1932 für den Winter geschlossen. Im ganzen fanden 214 (1931: 227) Personen Aufnahme, die an zusammen 3686 (1931: 4058) Tagen verpflegt wurden. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Pfleglings betrug 17,22 (1931: 17,8) Tage, wobei Aufnahme- und Entlassungstag zusammen als 1 Tag gerechnet sind.

Der höchste Stand verpflegter Personen war 40 im August, der niederste 3 im Mai. Die durchschnittliche monatliche Belegung schwankte zwischen 9 Personen im Mai und 35 im August. Von den 214 (1931: 227) Pfleglingen waren 72 ledig, 98 verheiratet und 44 verwitwet. 200 (1931: 200) Pfleglinge waren von Karlsruhe, 14 von auswärts. Unter den Pfleglingen befanden sich 28 Ehepaare.

Die Verpflegungsgebühren betrugen im Wirtschaftsjahr 1932 für die bei der Stadt beschäftigten Schwestern des Badischen Frauenvereins 2,50 *RM*, für hiesige Selbstzahler in Einzelzimmern im I. und II. Stock täglich 4,20 *RM*, in Zimmern mit 2 belegten Betten im I. und II. Stock täglich 4 *RM*, in allen Zimmern im III. Stock täglich 3,80 *RM*, für Auswärtige und Kassen in Einzelzimmern auf allen Stockwerken täglich 4,80 *RM*, in Zimmern mit 2 belegten Betten auf allen Stockwerken täglich 4,60 *RM*. Die Gebühren wurden von 199 (1931: 222) Pfleglingen selbst, für 1 (1931: 5) Pfleglingen vom Fürsorgeamt, für 14 (1931: —) Pfleglinge von sonstigen Kassen bezahlt.

An Ausgaben entstanden im Wirtschaftsjahr 1932 21 324,49 (1931: 22 576) *RM*. Durch die Einnahmen aus den Verpflegungsgebühren und sonstige Einnahmen wurden 18 421,10 (1931: 21 991) *RM* gedeckt. Ein Zuschuß der Stadthauptkasse war erforderlich in Höhe von 2908,48 (1931: 585) *RM*. Bei 4878 (1931: 5015) Verpflegungstagen, davon 3686 (1931: 4058) für Pfleglinge und 1192 (1931: 957) für Personal, entfallen an Ausgaben für den Ankauf der Lebensmittel auf den Kopf und Tag 1,84 (1931: 2,09) *RM*.

Für den Verpflegungstag der Pfleglinge betrugen die Gesamtausgaben 5,79 (1931: 5,97) *RM*, die Gesamteinnahmen (ohne Zuschuß) 5,00 (1931: 5,83) *RM*; der Zuschuß der Stadt belief sich auf 0,79 (1931: 0,14) *RM* je Verpflegungstag der Pfleglinge.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5. Förderung der Leibesübungen und der Jugendpflege.

Zur Förderung der Leibesübungen und der Jugendpflege in Vereinen waren im Berichtsjahr insgesamt 65870 (1931: 81240) RM im Voranschlag vorgesehen. Hiervon entfielen auf Zuschüsse an Vereine und Verbände 10700 RM einschließlich des Mietwertes der als Jugendheim und Jugendherberge im Luisenhaus zur Verfügung gestellten Räume. Für die sportärztliche Beratungsstelle waren 1000 RM eingesetzt. Der Wertanschlag für die unentgeltliche Überlassung von Turnhallen und sonstigen Räumlichkeiten an Vereine einschließlich Beleuchtung wurde mit 14360 RM angegeben. Für Preisermäßigung an Schüler und Schwimmvereine beim Besuch der städt. Hallenbäder wurden 16630 RM aufgewendet. An Pacht für stadteigenes Gelände, das zu Sportplatzzwecken Verwendung findet, wurden 22980 RM nachgelassen.

Außer diesen Summen wurden zur Förderung der Leibesübungen in den Schulen insgesamt 36630 RM in die Schulvoranschläge eingestellt. Hiervon entfielen auf den unentgeltlichen Schwimmunterricht für Schüler 31700 RM.

Durch die Auflösung der marxistischen Turn-, Sport- und Jugendpflegevereine wurde gegen Ende des Berichtsjahres die Städtische Sportkommission einer Umbildung unterzogen. Die von dieser Kommission betriebene sportärztliche Beratungsstelle wurde beibehalten.

6. Gesundheitsbehörde.

Wie im Vorjahr so war auch im Wirtschaftsjahr 1932 eine Erhöhung der Zahl der Prostituierten zu beobachten. Diese Tatsache findet in der wirtschaftlichen Notlage ihre Begründung. Auch die Zahl derer, die verdächtig sind, der Prostitution nachzugehen, hat sich entsprechend erhöht.

In fortlaufender Überwachung der Gesundheitsbehörde standen am 1. April 1932 169 weibliche Personen; dazu kamen bis 31. März 1933 113 Personen, während im gleichen Zeitraum 90 ausschieden. Es standen mithin am 31. März 1933 192 weibliche Personen in fortlaufender Überwachung der Gesundheitsbehörde. Außerdem mußte die Gesundheitsbehörde im Berichtsjahr noch bei 197 weiblichen Personen tätig werden, welche verdächtig waren, häufig wechselnden Geschlechtsverkehr auszuüben.

In vorübergehender Überwachung der Gesundheitsbehörde befanden sich am 1. April 1932 17 weibliche und 36 männliche Personen. Der Zugang im Berichtsjahr betrug 43 weibliche und 78 männliche Personen, der Abgang 35 weibliche und 96 männliche Personen, sodaß am 31. März 1933 noch 25 weibliche und 18 männliche Personen in vorübergehender Überwachung standen.

Neu aufgenommen wurden im Berichtsjahr noch Hausbesuche, von denen 1083 ausgeführt wurden. Die Gesundheitsbehörde erforderte im Wirtschaftsjahr 1932 einen Aufwand von 5113,91 (1931: 4760) RM.

7. Wohnungswesen.

a. Förderung des Wohnungsbaues.

Da das Land Baden bereits im Jahre 1931 den für Wohnungsbauzwecke bestimmten Betrag des Gemeindeanteils an dem Gebäudesondersteueraufkommen an sich gezogen hat, standen der Stadt im Wirtschaftsjahr 1932 keine eigenen Mittel zur Förderung neuer Wohnungsbauten zur Verfügung. Auf Grund der Verordnung des Staatsministeriums vom 21. März 1932 wurden an das Land Baden vom Gemeindeanteil am Gebäudesondersteueraufkommen 456632,15 (1931: 821790) RM zur Förderung des Wohnungsbaues abgeführt. Aus diesem gemeindlichen Wohnungsbauanteil hat die Stadt als Darlehen den Betrag von 179200 RM und als verlorenen Zuschuß den Betrag von 101660 RM rückempfangen; beide Zuteilungen stellen aber Restauszahlungen auf Zusagen des Landes vom Jahre 1931 dar, über die von der Stadt zur Förderung von Neubauten des Jahres 1931 bereits verfügt war. Da die ungünstige Wirtschaftslage auch eine

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Baufinanzierung ausschließlich aus privaten Mitteln unmöglich machte, ist im Berichtsjahre eine Neubautätigkeit so gut wie ganz unterblieben. Hemmend für die Inangriffnahme neuer Bauten wirkte insbesondere auch der Umstand, daß als Folge der Bankenkrise des Jahres 1931 eine starke Versteifung des Kapitalmarktes eingetreten und erststelliges Baugeld nicht mehr zu erlangen war; vor allem fielen in dieser Beziehung die öffentlichen Sparkassen aus, die in früheren Jahren für den größten Teil der Neubauten die erste Hypothek gegeben hatten. Schließlich bildete auch das starke Überangebot an Neubauwohnungen keinen Anreiz für Private zur Schaffung neuer Wohnungen. Als Ausnahme ist erwähnenswert, daß der Mieter- und Bauverein Karlsruhe, e. G. m. b. H., zur Vervollständigung des Wohnblocks auf dem ehemaligen Gottesauer Exerzierplatz im Wirtschaftsjahr 1932 mit der Erstellung von 4 neuen Wohngebäuden mit 24 Zweizimmer- und 8 Dreizimmerwohnungen begonnen hat. Für 2 Wohngebäude, die ausgesprochene Kleinwohnungen mit höchstens jeweils 60 qm Wohnfläche enthalten, wurde vom Reich durch Vermittlung der Stadt ein vorläufig mit 1 v. H. verzinsliches Reichsbaudarlehen von 30 000 RM gewährt; die beiden anderen Wohngebäude konnten eine Förderung aus öffentlichen Mitteln nicht erhalten. Alle 4 Bauten erfuhren ihre Fertigstellung erst im Wirtschaftsjahre 1933.

Gegen Ende des Berichtsjahres 1932 schaltete sich das Reich zur Förderung des Baues von Eigenheimen unmittelbar ein, indem es für die Rechnungsjahre 1933 und 1934 Mittel zur Gewährung von zweitstelligen Reichsbaudarlehen für die Errichtung neuer Eigenheime bereitstellte. Es ist zu hoffen, daß diesem Ansatz zu einer stärkeren Berücksichtigung des Eigenheimbaues auch in der städtischen Siedlungspolitik weitere Schritte folgen werden. Als Eigenheime gelten Einfamilienhäuser mit einem Höchstbauaufwand von 10 000 RM, die allenfalls noch mit einer zweiten Wohnung ausgestattet werden können. Die Höhe des Darlehens für ein Eigenheim bewegt sich zwischen 1500 RM und 2000 RM. Die Stadt wirkt bei der Darlehensgewährung nur durch Vorprüfung des Bauvorhabens in technischer und wirtschaftlicher Beziehung mit; die Darlehenszusage erfolgt für das Reich durch das badische Ministerium des Innern, die Darlehensauszahlung durch die Deutsche Bau- und Bodenbank, für die auch die Hypothek zu bestellen ist. Obwohl die Darlehenszuteilung sich erst auf das Rechnungsjahr 1933 bezieht, konnte doch in einigen Fällen mit dem Bau des Eigenheims noch im laufenden Wirtschaftsjahr begonnen werden.

Eine neue und bedeutsame Aufgabe ist der städtischen Siedlungspolitik erwachsen durch die erstmals im Jahr 1932 in Angriff genommene und auf die Initiative des Reichs zurückgehende Schaffung halbländlicher Siedlungen am Stadtrand, sogen. Vorstädtischer Kleinsiedlungen. Das Endziel dieser durch die 3. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931 eingeleiteten Siedlungsform ist, den erwerbstätigen städtischen Industriearbeiter krisenfest zu machen, ihm die Erarbeitung eines Nebenerwerbs zu ermöglichen und ihm ein eigenes Besitztum zu verschaffen. Der erste Bauabschnitt mit 100 Siedlerstellen kam auf städtischem Gelände südlich der Fabrikanlagen von Junker & Ruh zwischen den Vororten Bulach und Grünwinkel zur Durchführung. Die Siedlung wurde unter Trägerschaft der Stadt mit Hilfe eines über die Deutsche Bau- und Bodenbank gewährten Reichsdarlehens von 250 000 RM und unter möglichst weitgehender Einschaltung von Eigenhandleistungen der Siedler erstellt. Die Stellen wurden im Spätherbst 1932 bezogen. Der Höchstbetrag des auf eine Stelle entfallenden Reichsdarlehens ist auf 2500 RM festgesetzt. Die Siedlerstellen sind für die ersten 3 Jahre den Siedlern in Pacht überlassen; dies gilt auch für die zunächst noch im Eigentum der Stadt sich befindlichen Siedlungsgrundstücke, die ein Ausmaß von rund 900 qm je Stelle haben. Der Pachtzins setzt sich während der dreijährigen Pachtzeit zusammen aus der Verzinsung des Reichsdarlehens zu 3 v. H. sowie dem Pachtbetrag für den Grund und Boden mit 3 Rpf/qm, sodaß die Gesamtbelastung des Siedlers während dieser Zeit monatlich den Betrag von 8—9 RM erreicht; dazu treten noch die Kosten der Unterhaltung, der Feuerversicherung und der Kaminreinigung. Nach Ablauf von 3 Jahren ist die Selle dem Siedler zu Eigentum zu übergeben, sofern sich seine Eignung zum Siedler erwiesen hat. Die Jahresbelastung setzt sich dann zusammen aus der Annuität für das Reichsbaudarlehen mit 5 v. H. (darunter 4 v. H. Zins) und einer gleichhohen Annuität für den Grundstückskaufpreis von rund 900 RM (1 RM/qm) = rund 170 RM zuzüglich der Unterhaltungskosten und der schon genannten Nebenkosten. Die Bauleitung der Karlsruher Stadtrandsiedlung lag in den Händen des städt. Hochbauamts; näheres über die technischen Einzelheiten siehe daher unter Abschnitt IV, 1. „Hochbauamt".

Über den Zu- und Abgang neuer Wohnungen in Karlsruhe während des Wirtschaftsjahres 1932 gibt nachfolgende Tabelle Aufschluß:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	Wohnungen mit								Wohnungen insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8 u. mehr	
	Zimmern								
Rohzugang durch:									
a) Neubau	7	109	25	2	1	2	—	—	146
b) Um-, Auf- und Anbau	7	17	25	8	2	1	—	—	60
Rohzugang	14	126	50	10	3	3	—	—	206
Abgang	2	22	8	3	6	5	1	3	50
Reinzugang	12	104	42	7	— 3	— 2	— 1	— 3	156
Rohzugang der Neubauwohnungen in v. H.	7,7	66,7	26,9	4,5	— 1,9	— 1,3	— 0,7	— 1,9	

Infolge der kaum nennenswerten Neubautätigkeit im laufenden Jahr liegt die Zahl der durch Neubau gewonnenen Wohnungen (146) ganz gewaltig unter der gleichen Ziffer des Vorjahres (708). Dabei sind in dieser Zahl die vorerwähnten 100 Stadtrandsiedlerstellen bereits enthalten. Der darüber hinausgehende Zugang betrifft im übrigen zum größten Teil Bauten des Jahres 1931, die erst im Berichtsjahr bezugsfertig geworden sind. Durch Um-, Auf- und Anbau sind insgesamt 60 Wohnungen neu geschaffen gegenüber nur 32 im Vorjahre; es sind hier bereits die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reiches ersichtlich, das für die Teilung von Großwohnungen in Mittel- und Kleinwohnungen verlorene Zuschüsse gewährte (hierüber siehe näheres noch weiter unten).

Den Gesamtbestand an Karlsruher Familienwohnungen zeigt folgende Tabelle, in die zum Vergleich auch der Wohnungsbestand vom 1. Januar 1931 und 1. Januar 1932 aufgenommen ist:

	Wohnungen mit								Wohnungen insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8 u. mehr	
	Zimmern								
1. 1. 1931	2 047	12 458	14 602	6 896	2 779	1 318	735	752	41 577
1. 1. 1932	2 059	12 712	15 083	6 954	2 790	1 317	734	752	42 401
1. 1. 1933	2 059	12 828	15 124	6 958	2 787	1 316	734	750	42 556
in v. H.	4,8	30,2	35,5	16,3	6,6	3,1	1,7	1,8	100,0

Einen besonderen Raum nahmen im Berichtsjahr die Maßnahmen zur Stützung des Neuhausbesitzes sowie die Arbeiten für die Einziehung des Zinsen- und Tilgungsdienstes für die in den Nachkriegsjahren ausgeliehenen Baudarlehen aller Art ein. Die Notwendigkeit zu Stützungsmaßnahmen und die Vermehrung der Betreibungsarbeiten ergaben sich aus der Notlage, in die der Neuhausbesitz durch das Zusammentreffen von Deflation und Wirtschaftskrise gekommen ist. Die Mieten in Neubauwohnungen sind im Jahre 1932 noch weiter gesunken, und zwar einerseits durch den ganz außerordentlichen Rückgang der Baukosten (Reichsbaukostenindex in den Jahren 1925 bis 1930 im Durchschnitt 1,70, im Jahre 1932 nur noch rund 1,20), andererseits durch die weitere Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage und die weiter fortgeschrittene Einkommens-Schrumpfung, welche Tatsachen in verstärktem Umfang zur Zusammenlegung von Haushaltungen und zur Abwanderung von Familien in Altwohnungen führten. Das Abgleiten der Mieten ging so weit, daß gegen Ende des Wirtschaftsjahres kein wesentlicher Unterschied mehr zwischen der Miethöhe gleichwertiger Alt- und Neubauwohnungen bestand. Der durchschnittliche Mietindex in den Neubauwohnungen sank auf etwa 120 v. H. der Friedensmiete herab gegen 110 v. H. gesetzliche Miete in den Altwohnungen. Immerhin konnte der aus der Mietsenkung herrührende Ausfall durch die im Berichtsjahr häufig sich noch fortsetzende Hypothekenzinssenkung (siehe unten) einigermaßen abgefangen werden. Gleichzeitig begann gegen Ende des Wirtschaftsjahres die Vermietbarkeit der Neubauwohnungen sich wieder zu heben, sodaß die Lage des Neuhausbesitzes bei Beginn des Rechnungsjahres 1933 ihren Tiefstand erreicht haben dürfte. Die Lage des Neuhausbesitzes wird trotzdem insofern ernst bleiben, als die Kaufkraft des im Nominalbetrag unverändert gebliebenen in den Neubauten festgelegten Fremdkapitals ganz außerordentlich gestiegen ist, während die Baukosten, wie oben angegeben, erheblich zurückgegangen sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Infolge der geschilderten Entwicklung gestaltete sich die Einziehung der Zins- und Tilgungsforderungen der Stadt für die ausgeliehenen Baudarlehen und die Restkaufpreisforderungen sehr schwierig. Es wurde versucht, die Zins- und Tilgungsleistungen nach Möglichkeit im Wege der Vereinbarung, durch Mietzinsabtretungen oder Stundungen, sicherzustellen. Gegen Ende des Rechnungsjahres wurden auf Grund treuhänderischer Mietabtretungen zur Abdeckung der Baudarlehensverpflichtungen von der Stadt rund 240 Mieten aus nahezu 100 Neubauten eingezogen, wobei die Stadt vielfach die laufende Abdeckung der Zinsen für die erste Hypothek mitbesorgte. Die im Berichtszeitraum erteilten Stundungen umfassen gegen 400 Fälle. Zu Zwangsmaßnahmen wurde nur in Notfällen geschritten; neben Mietzinspfändungen kam nur noch die Einleitung der Grundstückszwangsverwaltung in Betracht, die erfreulicherweise auf nur 4 Fälle beschränkt werden konnte. Von der Durchführung von Zwangsversteigerungen wurde Abstand genommen, was auch dem Sinn der reichsrechtlichen Grundstücks-Vollstreckungsschutzbestimmungen entsprach.

Die Maßnahmen der Stadt zur Stützung des Neuhausbesitzes mußten sich infolge der angespannten Finanzlage leider in bescheidenem Umfang halten. Eine gewisse Entlastung erfuhr der Neuhausbesitz zunächst schon durch die im Berichtsjahr eingetretene weitere Zinssenkung. Die Zinsen für die erststelligen Hypotheken sind durch die Gläubiger im Rechnungsjahr 1932 in den meisten Fällen um etwa 1 v. H. ermäßigt worden. Die städtische Sparkasse Karlsruhe, die für die große Mehrzahl der in Karlsruhe erstellten Neubauten das erststellige Baugeld zur Verfügung gestellt hat, hat z. B. den Zinsfuß für erststellige Hypotheken ab 1. Oktober 1932 von 6,5 v. H. auf 5,5 v. H. gesenkt. Die eigentlichen Stützungsmaßnahmen der Stadt wurden für die mit zu 3½ v. H. verzinslichen Baudarlehen 1924 bis 1927 geförderten Neubauten in der Form durchgeführt, daß allen Schuldnern dieser Darlehen eine einmalige Beihilfe (Zinsnachlaß) von ¼ v. H. des Darlehensrestes gewährt wurde. Der Gesamtaufwand hierfür mit nahezu 42000 *RM* wurde einer vom Bad. Staat u. a. auch zur Stützung des Neuhausbesitzes zugeteilten Rücküberweisung aus dem gemeindlichen Wohnungsbauanteil von 50000 *RM* entnommen. Die Hilfeleistung für die in den Jahren 1928 bis 1931 erstellten Neubauten, für welche neben der normalverzinslichen Bauhypothek zur Zinsverbilligung noch eine laufende Zinsbeihilfe gewährt wurde, erfolgte durch Belassung dieser Zinsbeihilfe auf einem übervertragsmäßigem Satz. Die Zinsbeihilfe errechnet sich nach vertraglicher Bestimmung zu dem um die Zahl 4¼ verminderten jeweiligen Zinssatz der städtischen Sparkasse, hier, für deren erststellige Hypotheken aus einem gedachten, nach der Wohnungsgröße bemessenen Kapitalbetrag, dem sogenannten „Förderungsbetrag", der im Durchschnitt für eine Wohnung 9500 *RM* beträgt. Die Zinsbeihilfe wäre demnach innerhalb des Rechnungsjahres 1932 zu bemessen gewesen: Für die Zeit vor dem 1. Oktober 1932 bei einem Sparkassenhypothekenzinsfuß von 6,5 v. H. auf (6,5 — 4,25 v. H. =) 2,25 v. H. und für die Zeit nach dem 1. Oktober 1932 bei einem Sparkassenhypothekenzinsfuß von 5,5 v. H. auf (5,5 — 4,25 v. H. =) 1,25 v. H. Tatsächlich wurde der Zinsbeihilfesatz aber unter Berücksichtigung der Notlage der Neuhauseigentümer auf 2¾ v. H. während des ganzen Rechnungsjahres belassen. Schwerkriegsbeschädigte und kinderreiche Familien, die ein unter Zuhilfenahme eines städtischen Baudarlehens erstelltes Eigenheim besitzen, erhielten außerdem einen einmaligen besonderen Zinsnachlaß.

Für den Althausbesitz wurden im Jahre 1932 vom Reich besondere Maßnahmen in der Weise getroffen, daß durch Gewährung verlorener Zuschüsse die Instandsetzung von Wohngebäuden gefördert wurde. Das Reich verfolgte damit gleichzeitig das Ziel der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe. Zuerst wurde ein Versuch in der Art gemacht, daß das Reich für Darlehen von mindestens 1000 *RM*, die zur Durchführung solcher Instandsetzungsarbeiten aufgenommen wurden, einen einmaligen 10 v. H. betragenden Zinszuschuß gewährte. Diese Maßnahme bewährte sich jedoch nicht. Das Reich stellte daraufhin im September 1932 erneut einen Kredit von 50 Millionen *RM* zur Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Altwohngebäuden, für die Teilung von Großwohnungen sowie für Wohnungsumbauten bereit. Die bezeichneten Arbeiten wurden wiederum durch Gewährung verlorener Zuschüsse gefördert, wobei aber die Aufnahme eines Anlehens durch den Bauherrn nicht Bedingung war. Der Zuschuß wurde nunmehr auf 20 v. H. der Kosten für Instandsetzungsarbeiten und auf 50 v. H. der Teilungs- und Umbauarbeiten, in den letzteren beiden Fällen höchstens jedoch auf 600 *RM* je Wohnung, bemessen. Ein gleichhoher Betrag von 50 Millionen *RM* wurde vom Reich nochmals und zwar im Februar 1933 bewilligt. Die Stadt erhielt aus beiden Reichskrediten noch im Laufe des Berichtsjahres über das Land Baden insgesamt 256400 *RM* zugeteilt (eine weitere Zuteilung fand später im Rechnungsjahr 1933 statt). Mit den Mitteln des Jahres 1932 konnten in Karlsruhe 1170 Fälle von Instandsetzungen mit einem Gesamtzuschuß von

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

187 400 RM, 58 Fälle von Wohnungsteilungen mit einem Gesamtzuschuß von 38 000 RM und 55 Fälle von Umbauten mit einem Gesamtzuschuß von 31 000 RM bedacht werden. Der durchschittliche Zuschuß für eine Instandsetzungsarbeit errechnet sich sonach auf 160 RM, für eine Wohnungsteilung auf rund 655 RM und für einen Umbau auf rund 560 RM. Der Gesamtkostenaufwand für die mit Zuschüssen bedachten Arbeiten ist mit etwa 1,2 Millionen RM anzunehmen, Die Auswirkung auf den Arbeitsmarkt trat allerdings in der Hauptsache erst im Rechnungsjahr 1933 in Erscheinung; die mit den Zuschüssen geförderten Arbeiten konnten in der Hauptsache erst mit Eintritt besserer Witterung ausgeführt werden. Die Anträge auf Zuschußgewährung waren bei der Stadt zu stellen, die eine technische Vorprüfung vorzunehmen, über die Zuschußfähigkeit jeder Arbeit Entscheidung zu treffen, für jeden Zuschuß einen Vorbescheid zu erteilen und nach Beendigung der Arbeiten auf Grund der vorzulegenden Rechnungen eine Nachprüfung durchzuführen und einen endgültigen Bescheid zu fertigen hatte. Die Mittel wurden nach Maßgabe der endgültigen Bescheide über das badische Ministerium des Innern beim Reich abgerufen und nach Überweisung auf diesem Wege durch die Stadthauptkasse ausbezahlt. Für die außerordentlich umfangreiche Verwaltungsarbeit wurde der Sadt kein Ersatz geleistet.

b. Wohnungsmangelbekämpfung.

In der Handhabung der Wohnungsmangelvorschriften ist im Berichtsjahr eine Änderung nicht eingetreten. Der Verzicht auf die Kontrolle über die anderweitige Vermietung der Wohnungen hat eine weitere Entlastung gebracht und die Überleitung in den neuen Rechtszustand, nachdem das Wohnungsmangelgesetz mit dem 31. März 1933 außer Kraft getreten ist, wesentlich erleichtert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

IX. Finanzverwaltung.

1. Finanzwesen.

a. Voranschlag und Rechnung.

Die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Wirtschaftsjahr 1932 bereitete nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten. Vor allem war es das erneute Anwachsen der Wohlfahrtslasten, das die kritische Lage des städtischen Haushalts bestimmte. Der Zuschußbedarf des Fürsorgeamts (einschließlich Jugendamts und Nebenanstalten), der 1929 noch voranschlagsmäßig 4 494 820 RM betragen hatte, im Rechnungsjahr 1930 sich voranschlagsmäßig auf 4 879 320 RM erhöhte, 1931 eine weitere Steigerung auf 5 644 500 RM erfuhr, mußte im Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1932 trotz Herabsetzung der Fürsorgerichtsätze in Höhe von 7 548 950 RM vorgesehen werden. Während in den Vorjahren die jährliche Steigerung des Zuschußbedarfs des Fürsorgewesens rund ½ Million Reichsmark betragen hatte, schwellte sie im Voranschlag 1932 gegenüber 1931 um rund 2 Millionen Reichsmark an. Eine teilweise Entlastung brachte zwar die Reichshilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten, die für 1932 mit 1 286 680 RM angesetzt wurde, sodaß sich der zu Lasten der Stadt gehende Zuschußbedarf des Fürsorgewesens auf 6 262 270 RM belief.

Als weitere erhebliche Verschlechterung, ebenfalls auf der Ausgabenseite des Voranschlags, ist der Lehrerbeitrag zu nennen, der für Karlsruhe im Rechnungsjahr 1932 329 500 RM betrug. Dieser wurde vom badischen Staat zur Ermöglichung des Ausgleichs seines eigenen Haushalts durch das Notgesetz vom 9. Juli 1931 den Gemeinden auferlegt. Obwohl er bereits für das Rechnungsjahr 1931 zahlbar war, trat er doch erstmals im Voranschlag für 1932 in Erscheinung.

Auf der Einnahme-Seite ergaben sich ganz erschreckende Rückgänge. Allein die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe hatten eine Verminderung ihrer Einnahmen von 2 551 450 RM zu verzeichnen, von denen nicht weniger als 674 500 RM die Folge der von der Reichsregierung geforderten Tarifsenkungen waren. Die Überweisungen aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer waren nur mit 2 220 000 RM statt 3 137 000 RM im Vorjahr einzustellen. Unter Beibehaltung der Steuersätze des Jahres 1931, also beispielsweise bei der Grundsteuer für Gebäude mit 51 Rpf und der Bürgersteuer mit dem dreifachen Satz, hätte sich für das Jahr 1932 ein Herabsinken der Reineinnahmen aus Steuern und Abgaben ergeben von zuletzt 10 541 460 RM auf 8 290 297 RM = um 2 251 163 RM oder 21,36 v. H.

Solch gewaltige Verschlechterungen konnten durch neue Drosselungen der Ausgaben allein nicht mehr ausgeglichen werden. Eine ganz wesentliche Erleichterung brachte zwar der Rückgang der Personalausgaben als Folge der im Laufe des Jahres 1931 angeordneten Gehalts- und Lohnkürzungen und der Einsparung von Beamten- und Arbeiterstellen. Der gesamte Personalaufwand (Gehalte, Löhne, Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung, Zuleistungen zu den Polizei- und Lehrerbesoldungen des Staates) ging von 15 987 122 RM auf 12 352 341 RM = um 3 634 781 RM oder 22,73 v. H. zurück. Auch die andern Ausgaben hatten eine weitere starke Verminderung durch schonungslose Streichungen erfahren. Beispielsweise wurde der Bauunterhaltungsaufwand, der im Jahre 1929 noch 1 511 700 RM betragen hatte und schon im Jahre 1931 auf 1 007 310 RM herabgesetzt worden war, erneut auf nur etwa die Hälfte des vorjährigen Betrages, nämlich auf 535 040 RM ermäßigt. In gleicher Weise mußte der Aufwand für die Unterhaltung der Straßen, Wege und Brücken nochmals beschnitten werden: 1929 waren für diese Zwecke 1 218 920 RM vorgesehen, im Jahre 1931 noch 958 550 RM, während für 1932 nur 492 060 RM übrig blieben. Der gesamte Schulaufwand ermäßigte sich von den 3 807 850 RM des Voranschlags 1931 auf 3 103 130 RM; er würde ohne den darin enthaltenen, neu eingeführten Lehrerbeitrag von 329 500 RM sogar nur noch 2 773 630 RM, also 1 034 220 RM weniger als im Vorjahr, betragen haben.

Trotz dieser erheblichen Ausgabenverkürzungen blieb, wenn man die bisherigen Steuersätze für die Gemeindesteuern zugrunde legte und die Reichswohlfahrtshilfe außer Acht ließ, zwischen den so veringerten Ausgaben und den zur Verfügung stehenden Einnahmen noch eine Lücke von 2 416 080 RM, obwohl man einen Sonderzuschlag von 2 Rpf je kWh für den in den Haushaltungen verbrauchten Strom und die Wiedereinführung des vor der Tarifsenkung vom Januar

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1932 in Geltung gewesenen Gaspreises vorgesehen hatte. Der Abmangel wurde mit einem Teilbetrag von 1 286 680 RM durch die bereits erwähnte Wohlfahrtshilfe des Reiches ausgeglichen. Damit ermäßigte sich der Zuschußbedarf auf 1 129 400 RM. Als Mittel zu seiner Deckung blieb nur die Erhöhung der gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer und der Bürgersteuer übrig. Für die bebauten Grundstücke wurde notgedrungenermaßen der Steuersatz von 51 Rpf auf 70 Rpf erhöht, in ähnlichem Ausmaß auch für die übrigen, der Gemeindesteuer unterworfenen Steuergruppen. Einschließlich der durch das badische Gesetz vom 3. Mai 1932 eingeführten Filialsteuer ergab sich hierdurch eine Mehreinnahme von 829 400 RM. Der restliche Zuschußbedarf von 300 000 RM wurde durch die Erhöhung der Bürgersteuer vom dreifachen Satz auf das vierfache der Landessätze gedeckt. Im ganzen erbrachten die Steuern und Abgaben nach Abzug der Abgänge und der Anteile des Staats trotz der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer und der Bürgersteuer nur 9 419 700 RM gegen 10 541 460 RM im Jahr 1931 und 12 412 280 RM im Rechnungsjahr 1930; ihr voranschlagsmäßiges Aufkommen blieb somit hinter dem von 1931 um 1 121 760 RM und hinter dem von 1930 um 2 992 580 RM zurück.

Der Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1932 schloß in Einnahmen und Ausgaben mit 58 157 590 (1931: 66 730 310) RM ab. Auf durchlaufende Posten entfielen 17 592 090 (1931: 15 554 570) RM, der bereinigte Bruttovoranschlag ergab 40 565 500 (1931: 51 175 740) RM.

Da der Stadtrat den Entwurf des Voranschlags ablehnte, hat der Oberbürgermeister gemäß Artikel 10 und 11 der badischen Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 den Voranschlag durch Entschließung vom 14. Juli 1932 festgestellt.

In der Mitte des Voranschlagsjahres 1932, nachdem durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 die Erhebung der Bürgersteuer 1932 auf das letzte Kalendervierteljahr beschränkt und außerdem der Steuersatz auf die Hälfte des bisherigen Satzes ermäßigt worden war, konnte das Bürgersteuererträgnis 1932 nur noch mit 320 000 RM angenommen werden, während im Voranschlag mit einem Ertrag von 1 150 000 RM gerechnet worden war. Zum Ausgleich des Ausfalls mußte die Bürgersteuer 1933, deren Ertrag für das 1. Kalendervierteljahr ohne weiteres in das Rechnungsjahr 1932 fällt, und von der ein weiterer Anteil bis zu einem Viertel des Jahresaufkommens zur Deckung in das Rechnungsjahr 1932 übernommen werden konnte, auf das sechsfache des Landessatzes erhöht werden. Auch diese Erhöhung hat der Oberbürgermeister aus eigener Entschließung unterm 13. Oktober 1932 verfügt.

Die tatsächlichen Einnahmen auf Grund der Rechnung blieben um 1 475 768 RM hinter dem Voranschlag zurück; bei den Betrieben und Unternehmungen betrugen die Mindereinnahmen 714 420 RM, bei den Steuern und Abgaben 1 006 108 RM. An den Ausgaben konnten zwar 1 974 853 RM, in der Hauptsache bei der Bauverwaltung, den Betrieben und der Finanzverwaltung gegenüber dem Voranschlag eingespart werden, gleichzeitig mußte jedoch auch der Voranschlag um 917 979 RM überschritten werden, davon allein bei der Wohlfahrtspflege um 826 953 RM. Die Einnahmen auf Grund des Rechnungs-Solls betrugen 56 681 822 (1931: 62 164 913) RM, die Ausgaben 57 100 716 (1931: 62 133 413) RM. Das Wirtschaftsjahr 1932 ergab daher einen Fehlbetrag von 418 894 (1931: Überschuß von 31 500) RM.

b. Steuern.

Reichsüberweisungssteuern.

Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer.

Die weitere Verschlechterung, die das Jahr 1932 der deutschen Wirtschaft brachte und die, wie bereits erwähnt, bei der Haushaltsaufstellung ernste Schwierigkeiten bereitete, wirkte sich verständlicherweise bei den Reichssteuereinnahmen besonders nachteilig aus.

So waren ausweislich der Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums die sog. Überweisungssteuern, d. s. Steuern, die vom Reich vereinnahmt und zum Teil den Ländern für sich und ihre Gemeinden überwiesen werden, im Jahre 1932 gegenüber dem Vorjahre wie folgt gesunken: Die Steuern aus Lohnbezügen von 1 031 192 600 RM auf 748 501 800 RM = um 27,41 v. H., aus Kapitalerträgen von 68 571 700 RM auf 40 949 400 RM = um 40,28 v. H., aus veranlagtem Einkommen von 1 043 211 400 RM auf 543 150 200 RM = um 47,93 v. H., aus Körperschaften von 304 109 100 RM auf 105 807 900 RM = um 65,20 v. H., zusammen von

2 447 084 800 RM auf 1 438 409 300 RM = um 41,26 v. H. Es wurden hiernach von dem Rückgang die Steuern aus veranlagtem Einkommen und die Körperschaftssteuer am härtesten betroffen. Die Umsatzsteuer dagegen, deren Ertrag in den letzten beiden Vorjahren ziemlich gleich geblieben ist, hat im Jahre 1932 einen Mehrertrag von rund 360 250 000 RM erbracht (1932: 1 354 404 100 RM gegen 1931: 994 150 100 RM). Dieses Mehr ist aber nicht auf die Betätigung größerer Umsätze zurückzuführen, sondern ist lediglich eine Folge der Erhöhung des Steuersatzes. Daß mengenmäßig auch die Umsätze stark zurückgegangen sind, nachdem die Warenpreise im Jahre 1932 ziemlich unbeweglich blieben, beweist die Tatsache, daß das Reich in seinem Haushaltsplan einen Betrag von 1 820 000 000 RM vorsah, während tatsächlich nur 1 354 400 000 RM aufkamen, sodaß gegenüber den voranschlagsmäßigen Erwartungen ein Fehlbetrag von 465 600 000 RM am Jahresschluß verblieb. Gleichwohl konnte das Reich durch die gegenüber dem Vorjahre mehr aufgekommene Umsatzsteuer seine Verluste bei den übrigen Überweisungssteuern ziemlich ausgleichen, während für Länder und Gemeinden infolge ihrer geringeren Beteiligung an der Umsatzsteuer eine solche Möglichkeit nicht bestand.

Als Überweisungen des Reichs erhielt das Land Baden im Rechnungsjahr 1932 aus der Einkommensteuer 28 877 316,20 RM, aus der Körperschaftssteuer 2 456 189,98 RM, aus der Umsatzsteuer 14 903 790,67 RM, zusammen 46 237 296,85 (1931: 62 056 275) RM. Gegenüber dem Vorjahr betrugen die Anteile des Landes Baden aus diesen drei Reichssteuern 15 818 978 RM = 25,49 v. H. weniger, während die gesamten Überweisungen an die Länder aus den genannten Steuern nur um 340 900 000 RM = 19,46 v. H. zurückgingen. Da auch im Vorjahr der Anteil Badens sich um 5,40 v. H. stärker vermindert hatte als die Überweisungen an die Länder zusammen, ist gerade aus diesen Ziffern, ähnlich wie aus jenen über die Fürsorgeempfänger, die besondere Grenzlandnotlage Badens zu erkennen: Verminderten Steuereinnahmen stehen erhöhte Leistungen und Ausgaben gegenüber.

Von den gesamten Überweisungen an das Land Baden stand den Gemeinden einschließlich der Kreise gemäß § 18 des Steuerverteilungsgesetzes ein Anteil von 35 v. H. = 16 183 053,90 (1931: 21 719 696) RM zu, von denen 3,5 v. H. mit 566 406,89 (1931: 760 189) RM den Kreisen und 500 000 (1931: 500 000) RM dem Gemeindeausgleichsstock zuflossen. Die restliche Gemeindemasse mit 15 116 647,01 (1931: 20 459 507) RM verteilte sich mit 66,9606 v. H. = 10 122 197,54 (1931: 13 699 808) RM auf die Gemeinden mit mehr als 9000 Einwohnern, mit 11,1965 v. H. = 1 692 535,38 (1931: 2 290 749) RM auf die Gemeinden von mehr als 3000 bis 9000 Einwohnern, mit 21,8429 v. H. = 3 301 914,09 (1931: 4 468 950) RM auf die Gemeinden mit nicht mehr als 3000 Einwohnern. Aus dem Anteil der Gemeinden mit über 9000 Einwohnern entfielen auf Karlsruhe 1 744 299,50 (1931: 2 352 098) RM Anteil an der Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer. Die Überweisungen des Reichs an die Länder insgesamt gingen im Rechnungsjahr 1932 gegenüber dem Vorjahr um 19,46 v. H. die an das Land Baden um 25,49 v. H., die an die Stadt Karlsruhe sogar um 26,03 v. H. zurück.

Grunderwerbsteuer.

Die Zahl der Steuerfälle nahm im Jahre 1932 wiederum merklich ab, gleichzeitig machte sich auch ein weiteres Absinken der Kaufpreise bemerkbar. Die Überweisung an die Stadt aus dem Aufkommen der Grunderwerbsteuer einschließlich Gemeindezuschlags mit 151 318 (1931: 193 244) RM machte nur noch rund $^2/_5$ des Ertrages von 1930 aus.

Anteile an Landessteuern.

Gebäudesondersteuer.

Im Wirtschaftsjahr 1932 erfuhr das Gebäudesondersteuergesetz verschiedene, zum Teil sehr wesentliche Änderungen. Durch das Gesetz vom 18. März 1932 wurden die einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb dauernd und vorwiegend dienenden Gebäude mit einem Steuerwert von 60 000 RM und weniger vom 1. April 1932 ab ganz von der Gebäudesondersteuer befreit. Der Steuersatz für die nicht befreiten Gebäude und die in diesen selbständig vermieteten Wohnungen wurde von bisher monatlich 18 Rpf auf monatlich 10 Rpf für je 100 RM Steuerwert ermäßigt. Durch das gleiche Gesetz kam außerdem die Erhebung der erhöhten Gebäudesondersteuer, die durch Artikel 16 des Bad. Finanzgesetzes vom 16. April 1930 angeordnet worden war, mit Wirkung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

vom 1. April 1932 an in Wegfall. Während die völlige Freistellung der kleinbäuerlichen Betriebe von der Gebäudesondersteuer für die Stadt Karlsruhe mit ihren Dororten nur von geringer Bedeutung war, brachte die Aufhebung der erhöhten Gebäudesondersteuer ab 1. April 1932 für die Stadt einen Einnahmeausfall von 188 000 RM.

Durch Verordnung des Bad. Staatsministeriums vom 21. März 1932 wurde auf Grund der dritten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 eine Ermäßigung der allgemeinen Gebäudesondersteuer um 20 v. H. mit Wirkung vom 1. April 1932 an verfügt. Für das Wirtschaftsjahr 1932 waren an allgemeiner Gebäudesondersteuer noch zu erheben: In Steuergruppe A 14,4 (statt 18) Rpf von 100 RM Steuerwert, in Steuergruppe B 8 (statt 18) Rpf von 100 RM Steuerwert, in Steuergruppe C 11,2 (statt 14) Rpf von 100 RM Steuerwert.

Ferner brachte die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. März 1932 erneut eine Änderung in der Verwendung des Steueraufkommens. Nach dem Notgesetz vom 9. Juli 1931 waren im Vorjahre vom Gemeindeanteil noch 26,3 v. H. des Aufkommens der Steuergruppen A und B und 23,7 v. H. des Aufkommens der Steuergruppe C für die Förderung der Bautätigkeit an das Land abzuführen. Die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. März 1932 beschränkte den für die Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens zu verwendenden und an das Land abzuliefernden Betrag auf ein Fünftel des Anteils der Gemeinden am Aufkommen der Gebäudesondersteuer nach Abzug des Fürsorgeanteils. Für die Umschuldung kurzfristiger Schulden der Gemeinden war ferner ein Betrag, der 8 v. H. des Gesamtsteueraufkommens des Rechnungsjahres 1930 abzüglich des Aufkommens der Steuergruppe B und der erhöhten Gebäudesondersteuer entspricht, an einen beim Land zu bildenden Umschuldungsfonds abzuführen. Der Restbetrag diente dem allgemeinen Finanzbedarf.

Eine wesentliche Neuerung ergab sich weiterhin aus den Bestimmungen der Verordnung des Staatsministeriums vom 21. März 1932 über die Ablösung der Gebäudesondersteuer. Auf Grund der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 wurde den gebäudesondersteuerpflichtigen Grundstückseigentümern die Möglichkeit gegeben, die für die Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1940 zu entrichtende Gebäudesondersteuer durch Zahlung eines einmaligen Betrages abzulösen. Die Ablösungsmöglichkeit wurde bis zum 31. März 1934 beschränkt. Entrichtete der Steuerpflichtige den Ablösungsbetrag vor dem 30. September 1932, so hatte er das Dreifache, später das Dreieinhalbfache des Jahresbetrages der Steuer für 1932 als Ablösung zu bezahlen. Dabei durften im ersteren Falle noch die in der Zeit vom 1. April 1932 bis 30. September 1932 fällig gewordenen Gebäudesondersteuerraten zur Hälfte auf die Ablösungssumme angerechnet werden. Um einen Anreiz zur weiteren Ablösung zu bieten, wurde auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. September 1932 durch Verordnung des Staatsministeriums vom 12. Oktober 1932 der Endtermin für die Ablösung der Steuer mit dem dreifachen Jahresbetrag auf 31. März 1933 festgesetzt und außerdem noch die weitere Vergünstigung eingeräumt, daß auch in diesem Falle die in der Zeit vom 1. April 1932 bis 30. September 1932 erhobene Gebäudesondersteuer zur Hälfte auf den Ablösungsbetrag anzurechnen war.

Das Aufkommen aus der Ablösung der Gebäudesondersteuer war zwischen Land und Gemeinden im gleichen Verhältnis wie die allgemeine Gebäudesondersteuer, mit 47 v. H. für das Land, 53 v. H. für die Gemeinden, jedoch ohne Vornahme von Abzügen, zu verteilen. Als Verwaltungsentschädigung erhielten die Gemeinden 4 v. H. des Landesanteils. Der Gemeindeanteil war nach näher bestimmtem Schlüssel für die Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens, und den allgemeinen Finanzbedarf der Rechnungsjahre 1932 und 1933 und die Umschuldung zu verwenden.

Der allgemeinen Gebäudesondersteuer unterlagen im Rechnungsjahr 1932 in hiesiger Stadt 6850 (1931: 6955) Gebäude mit einem Gesamtsteuerwert von 409 543 000 (1931: 415 062 200) RM und einem Steuersoll von 6 815 586,96 (1931: 8 617 754) RM. Hieran ging für die im Laufe des Rechnungsjahres abgelösten 361 Gebäude der Steuerbetrag mit 406 308,14 RM ab, sodaß ein Reststeuersoll von 6 409 278,82 RM verblieb. Von dieser Steuerschuld entfielen nach Abzug der gewährten Ermäßigungen und Erstattungen von zusammen 1 352 639,45 (1931: 1 698 538) RM und nach Abzug von 5 v. H. Fürsorgeanteil für die Bewilligung von Mietunterstützungen mit 222 223,67 (1931: 347 500) RM auf das Land 47 v. H. = 2 257 789,48 RM (1931: 3 089 430) RM und auf die Stadt 53 v. H. = 2 576 626,22 (1931: 3 482 286) RM. Hiervon waren auf Grund der Verordnung vom 21. März 1932 an das Land abzuführen: Für die Förderung des Wohnungs-

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und Siedlungswesens 456 632,15 RM, für die Umschuldung kurzfristiger Schulden der Gemeinden 513 278,43 RM.

Auf Grund der Vorschriften des Gebäudesondersteuergesetzes mußten im Wirtschaftsjahre 1932 für das laufende Rechnungsjahr 3362 Steuerpflichtigen Ermäßigungen an Gebäudesondersteuer aus Rechtsgründen im Betrage von 1 153 535,53 RM und 1339 Steuerpflichtigen Steuernachlässe aus Billigkeitsgründen im Betrage von 199 103,92 RM zugestanden werden

Die Nachveranlagung aus früheren Jahren betrug im Berichtsjahr 9404,72 RM, Steuernachlässe für frühere Jahre wurden in 1318 Fällen im Gesamtbetrage von 372 072,02 RM bewilligt.

Von der Möglichkeit der Ablösung der Gebäudesondersteuer haben bis zum Ende des Berichtsjahres 361 Gebäudeeigentümer Gebrauch gemacht. Eingegangen sind hieraus bis 31. März 1932 87 036,84 RM, im Laufe des Rechnungsjahres 1932 weitere 1 022 772,46 RM, zusammen 1 109 809,30 RM. Hiervon erhielten das Land 47 v. H. = 521 610,36 RM und die Stadt 53 v. H. = 588 198,94 RM. Aus dem Anteil der Stadt waren abzuführen: Für die Förderung des Wohnungsbaues und Siedlungswesens in den Rechnungsjahren 1932 und 1933 71 550,02 RM, für die Umschuldung 232 320,34 RM; auf den allgemeinen Finanzbedarf der Rechnungsjahre 1932 und 1933 entfielen 284 328,58 RM. Hiervon wurde bestimmungsgemäß die Hälfte mit 142 164,30 RM in der Wirtschaftsrechnung für 1932 vereinnahmt. Als Einnahmen aus der Gebäudesondersteuer erscheinen insgesamt im Wirtschaftsjahr 1932: Aus der Veranlagung für 1932 6 409 278,82 RM, Zugänge aus früheren Jahren 9404,72 RM, Anteil zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs 1932 aus der Gebäudesondersteuerablösung 142 164,30 RM, zusammen 6 560 847,84 RM.

Der nach der Verordnung vom 21. März 1932 bzw. dem Vollzugserlaß vom 26. März 1932 für die Umschuldung zu verwendende Betrag des Gemeindeanteils mit 513 278,43 RM aus der allgemeinen Gebäudesondersteuer 1932 und mit 232 320,34 RM aus der Gebäudesondersteuerablösung wurde nicht dem Umschuldungsfonds des Landes Baden zugeführt, sondern unmittelbar zur Tilgung kurzfristiger Schulden benützt.

Hundesteuer.

Auch im Berichtsjahr trat in den Steuersätzen der Hundesteuer keine Änderung ein. Die Hundesteuer wurde mit dem staatlichen Steuersatz von 12 RM und einem Gemeindezuschlag von 24 RM für jeden ersten Hund erhoben. Für jeden weiteren Hund waren besondere Zuschläge zu entrichten.

Im Steuerjahr 1932 wurden 2847 (1931: 3464) Hunde steuerlich erfaßt. Hierunter befanden sich 378 Neuanmeldungen, während 2469 Hunde vom Vorjahr übernommen wurden. Steuerfrei kraft Gesetzes blieben 74 Hunde, aus Billigkeitsgründen 39. Steuerermäßigungen wurden infolge der durch § 5 der Verordnung vom 29. Juni 1932 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 166) erfolgten Erweiterung der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen für 97 Wachhunde und aus Billigkeitsgründen für 39 Hunde bewilligt. In 71 Fällen wurde Steuerschuldnern, die wegen ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse im Laufe des Steuerjahres ihren Hund abgeschafft haben, teilweise Steuernachlässe oder Steuererstattungen gewährt.

Das Aufkommen der Hundesteuer betrug 100 751 (1931: 118 983) RM. Auf den Staatsanteil (die Hälfte der staatlichen Hundesteuer und 1/4 des Gemeindezuschlags) entfielen 31 910 RM, der Stadt verblieben 68 481 RM. Im Voranschlag waren für 3000 Hunde 108 000 RM Aufkommen an Hundesteuer vorgesehen. Diese Summe konnte infolge weiteren Rückgangs in der Hundehaltung nicht erreicht werden. Die Zahl der hier gehaltenen Hunde ist aber immer noch größer als in der Vorkriegszeit.

Wandergewerbesteuer.

Die rückläufige Bewegung im Ertrag der Wandergewerbesteuer hielt auch im Wirtschaftsjahr 1932 an. Der Gemeindeanteil betrug nur noch 4461 (1931: 6462) RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gemeindesteuern.

Grund- und Gewerbesteuer.

Der endgültigen Veranlagung zur gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer für 1932 unterlagen:

	Steuerwert:
Unbebaute Grundstücke	14 518 800 RM,
Gebäude	327 650 400 RM,
Betriebsvermögen	115 816 800 RM,
Gewerbeertrag bis zu 10 000 RM . . .	3 948 100 RM,
Gewerbeertrag über 10 000 RM	12 109 600 RM.
Zur Filialsteuer waren heranzuziehen:	
Betriebsvermögen	4 286 200 RM,
Gewerbeertrag bis zu 10 000 RM	117 500 RM,
Gewerbeertrag über 10 000 RM	415 200 RM.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich sämtliche Arten der Steuerkapitalien vermindert. Am empfindlichsten war der Rückgang der Gewerbeerträge, und zwar beim Gewerbeertrag über 10 000 RM um 37,95 v. H., beim Gewerbeertrag bis zu 10 000 RM um 33,87 v. H. Die Steuerwerte des Betriebsvermögens waren um 13,85 v. H. niegriger als im Vorjahr, die der unbebauten Grundstücke um 10,45 v. H. und diejenigen der Gebäude um 0,63 v. H. Der nun schon seit Jahren anhaltende Rückgang der Steuerkapitalien, insbesondere des Gewerbeertrags und des Betriebsvermögens, ist eine Folge der verschlechterten Wirtschaftslage.

Durch die Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vom 3. Mai 1932 (GVBl. S. 107) wurden die Gemeinden verpflichtet, für Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmungen, die in einer Gemeinde eine Betriebsstätte unterhalten, ohne in dieser Gemeinde ihre Betriebsleitung zu haben, hinsichtlich der in dieser Gemeinde belegenen Betriebsstätte eine höhere Gewerbesteuer vom Betriebsvermögen und vom Gewerbeertrag (Filialsteuer) zu erheben. Die Filialsteuer beträgt 20 v. H. der für die übrigen Gewerbe festgesetzten Hundertteile.

Für das Wirtschaftsjahr 1932 ließen sich, wie bereits bei der Behandlung des Voranschlags erwähnt, die Steuersätze des Wirtschaftsjahres 1931 nicht beibehalten. Auch die Steuergrundbeträge und die Hundertteile, mit denen die Steuergrundbeträge zu erheben waren, erfuhren eine Neufestsetzung.

Die Steuergrundbeträge wurden für bebaute Grundstücke auf 47 (1931: 40) Rpf, für unbebaute Grundstücke auf 60 (1931: 58,5) Rpf, für Wald auf 40 (1931: 40) Rpf, für Betriebsvermögen auf 22,5 (1931: 23,5) Rpf, für Gewerbeertrag bis zu 10 000 RM auf 300 (1931: 300) Rpf, für Gewerbeertrag über 10 000 RM auf 330 (1931: 350) Rpf je 100 RM Steuerwert festgesetzt. Die Steuergrundbeträge waren einheitlich mit 150 Hundertteilen zur Steuer heranzuziehen. Die Steuersätze berechneten sich hiernach für bebaute Grundstücke auf 70 (1931:51) Rpf, für unbebaute Grundstücke auf 90 (1931: 75) Rpf, für Wald auf 60 (1931: 51) Rpf, für Betriebsvermögen auf 34 (1931: 29) Rpf, für Gewerbeertrag bis zu 10 000 RM auf 450 (1931: 366) RM, für Gewerbeertrag über 10 000 RM auf 495 (1931: 427) Rpf je 100 RM Steuerwert. Die Filialsteuer betrug für Betriebsvermögen 7 Rpf, für Gewerbeertrag bis zu 10 000 RM 90 Rpf, für Gewerbeertrag über 10 000 RM 99 Rpf je 100 RM Steuerwert. Das Steuersoll ergab bei 10 487 (1931: 11 140) Pflichtigen 3 609 798,06 (1931: 3 244 830) RM. Steuernachträge zur Grund- und Gewerbesteuer wurden weiterhin im Wirtschaftsjahr 1932 in Höhe von 185 767,54 (1931: 234 181) RM festgesetzt.

Auf die Grund- und Gewerbesteuer wurden im Berichtsjahr Abgänge und Nachlässe in Höhe von 311 280,91 RM bewilligt. Eingegangen sind bis zum Ende des Wirtschaftsjahres (einschließlich der Abgänge) an der laufenden Gemeindesteuer 3 029 621,85 RM, an den Zugängen 90 548,12 RM, im Rückstand befanden sich am Ende des Berichtsjahres 580 176,21 RM der laufenden Steuer und 95 219,42 RM der Zugänge.

Bürgersteuer.

Im Wirtschaftsjahr 1932 gelangte in den Monaten April, Mai und Juni noch die Bürgersteuer 1931 der Arbeitnehmer durch Lohnabzug zur Erhebung. Der Erlös im Gesamtbetrag von

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

397 801,32 RM, ebenso wie die Eingänge an Rückständen der Veranlagten, wurde ganz zugunsten des Wirtschaftsjahres 1931 in der Rückstandsrechnung vereinnahmt.

Die Bürgersteuer 1932 wurde durch den Voranschlag für 1932 auf das Vierfache der Landessätze festgesetzt. Ihr Ertrag wurde mit 1 150 000 RM veranschlagt. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 war die Bürgersteuer 1932 nur in Höhe von 3/8 der Sätze der Bürgersteuer 1931 (nach Abzug des Ehefrauenzuschlags) zu erheben. Fällig war die Bürgersteuer jeweils am 10. der Monate Oktober, November und Dezember 1932. Das Gesamtsoll der Bürgersteuer 1932 betrug 387 828,68 RM. Am Arbeitslohn einbehalten und durch die Arbeitgeber abgeführt wurden 252 774,54 RM, am Arbeitslohn der städtischen Bediensteten wurden 27 551,19 RM abgezogen, die Bürgersteuerschuld der einzelnen Veranlagten belief sich auf 107 502,95 RM. Von letzterem Betrag gingen 89 625,91 RM ein, 16 725,95 RM wurden abgängig verrechnet, am Ende des Wirtschaftsjahres befanden sich noch 1151,09 RM im Rest.

Die Bürgersteuer 1933 war nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 für das Kalenderjahr nach Maßgabe der Verhältnisse vom 10. Oktober 1932 zu erheben. Da der Stadtrat die Erhebung der Bürgersteuer 1933 im fünf- oder mehrfachen Betrag ablehnte, ordnete der Oberbürgermeister unterm 13. Oktober 1932 auf Grund des Artikels 11 der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 die Erhebung der Bürgersteuer 1933 in Höhe von 600 v. H. des Landessatzes an. Die Bürgersteuer der Arbeitnehmer war in 12 Teilbeträgen fällig, und zwar am 10. der Monate Januar bis Dezember 1933, die der übrigen Steuerpflichtigen in 4 Teilbeträgen auf den 10. der Monate Februar, Mai, August und November 1933. Von der Bürgersteuer 1933 fielen somit 3 Erhebungsmonate in das Wirtschaftsjahr 1932 mit einem Sollbetrag von 443 414,50 RM.

Am Arbeitslohn einbehalten und durch die Arbeitgeber abgeführt wurden im ersten Vierteljahr 1933 277 743,78 RM, die Bürgersteuer der städt. Bediensteten (Lohnabzug) betrug 34 659,22 RM, für die übrigen Steuerpflichtigen (einzeln Veranlagte)ergab sich ein Sollbetrag von 131 011,50 RM. Eingegangen sind von letzterer Schuldigkeit 88 072,27 RM, abgänglich verrechnet wurden 14 969,71 RM, der Restt betrug 27 969,52 RM.

An Bürgersteuer für 1930 und 1931 wurden im Berichtsjahr nachträglich 245,99 RM beigebracht. Das Gesamtsoll der zugunsten des Wirtschaftsjahres 1932 zu erhebenden Beürgersteuer betrug 831 489,17 RM.

Biersteuer.

Die Steuersätze sind im Berichtsjahr entsprechend der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 19. März 1932 unverändert geblieben (6 RM je hl Lager- und Exportbier, 9 RM je hl Starkbier).

Weil die erwähnte Verordnung die früheren Steuersätze herabgesetzt und somit einen Ertragsausfall gebracht hat, ist für das Wirtschaftsjahr 1932 aus Reichsmitteln eine Entschädigung von 81 554,50 RM bezahlt worden. Der Ausfall belief sich dagegen auf rund 345 656 RM.

Zur Versteuerung gelangten 88 312,75 hl Lager- und Exportbier und 525,03 hl Starkbier, zusammen 88 837,78 (1931: 108 956) hl mit einem Steuerertrag von 545 346,74 (1931: 640 310) RM. Steuer und Entschädigung zusammen erbrachten 626 901,24 RM. Im Voranschlag waren 661 340 RM vorgesehen. Die in den letzten Jahren beobachtete Einschränkung im Bierkonsum hat angehalten.

Getränkesteuer.

Die gesetzliche Grundlage für Erhebung der Getränkesteuer hat sich nicht geändert. Bei einem Steuersatz von 10 v. H. des Kleinhandelspreises der an Ort und Stelle zum Verzehr kommenden Getränke wurden 218 593,77 RM vereinnahmt. Zurückhaltung im Genuß der hier in Frage kommenden Getränke dürfte die Ursache sein, daß die im Voranschlag vorgesehene Summe von 260 000 RM nicht erreicht wurde.

Vergnügungssteuer.

Die Vorschriften über die Erhebung der Vergnügungssteuer erfuhren im Wirtschaftsjahr 1932 keine Änderung. An Steuern gingen 153 148,40 (1931: 176 175) RM ein. Hiervon entfielen auf

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Theatervorstellungen 499,89 RM, Vorträge 181,41 RM, Konzertveranstaltungen 4842,18 RM, Zirkusvorstellungen 2453,46 RM, Gabenverlosungen 282,39 RM, Veranstaltungen auf der Messe usw. 1647,44 RM, Konzerte in Kaffeehäusern und Wirtschaften 29768,80 RM, Musikautomaten, Radioanlagen usw. 3840 RM, Varieté-Vorstellungen 5753,71 RM, Tanzveranstaltungen 17206,85 RM, Unterhaltungen ohne Tanz 4395,19 RM, sportliche Veranstaltungen 1409,27 RM, Lichtspieltheater 80867,81 RM.

Während gegenüber dem Voranschlag der Ausfall nur rund 6800 RM beträgt, bleibt das Erträgnis im Vergleich zum Vorjahr um rund 23000 RM zurück. Diese Summe verteilt sich — unter Berücksichtigung einer Mehreinnahme aus Theater- und Konzertveranstaltungen in Höhe von 1000 RM — auf Veranstaltungen auf der Messe mit 1500 RM, Konzerte in Kaffeehäusern etc. mit 3000 RM, Varieté-Vorstellungen mit 4400 RM, Lichtspieltheater mit 15200 RM.

Wertzuwachssteuer.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden die Vorschriften über die Wertzuwachssteuer insoweit geändert, als vom 1. April 1932 ab die Verwaltung und Erhebung dieser Steuer gemäß Verordnung des Ministers des Innern vom 29. März 1932 dem Finanzamt Karlsruhe-Stadt übertragen wurde. Letzteres hat im Berichtsjahr als Steuerertrag — nach Abzug einer Hebgebühr von 4 v. H. — 8810,05 (1931: 30359) RM abgeliefert. Der schon niedrig gehaltene Voranschlagssatz von 20000 RM wurde nicht einmal erreicht.

c. Vermögen und Schulden.

Am 31. März 1933 hatte die Stadt Karlsruhe folgende Vermögenswerte: Verwaltungsvermögen 23107662 RM, Werksvermögen 39203577 RM, Finanzvermögen 53320802 RM, Vermögen der Fondskasse, des Rebguts Istein und der Schenkungskasse 5729373 RM, zusammen 121361414 (31. März 1932: 125734016) RM. Dem Vermögen standen Schulden gegenüber, und zwar: 5184197 RM Aufwertungsschulden, 13164762 RM Valutaschulden, zusammen 18348959 RM Altverschuldung, 20945210 RM Kapitalschulden der Kämmereiverwaltung, 19177942 RM Kapitalschulden des Wohnungsbaues, 998693 RM Kapitalschulden der Fondskasse, 24142 RM Kapitalschulden des Rebguts Istein, zusammen 59494946 RM Kapitalschulden, Ausgaberückstände 2112114 RM, insgesamt 61607060 (31. März 1932: 63387777) RM Schulden. Das Reinvermögen betrug am 31. März 1933 59754354 (31. März 1932: 62346239) RM. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Vermögensverminderung von 2591885 RM eingetreten, die in erster Linie auf eine Änderung in der Bewertung der seit 1924 erworbenen privatwirtschaftlich verwendeten Gemeindegebäude und der Lagerplätze, ferner auf Abschreibungen am Anlagewert der Betriebe, den Gebäuden des Verwaltungsvermögens und den Fahrnisgegenständen zurückzuführen ist.

In den gesamten Kapitalschulden mit 59494946 RM (1931: 58390288) RM sind 18348959 (1931: 18808938) RM Altverschuldung inbegriffen. Die Neuverschuldung auf Ende des Berichtsjahres betrug daher 41145987 (1931: 39581350) RM. Die Vermehrung gegenüber dem Vorjahre ist nur eine scheinbare, da im Laufe des Berichtsjahres 1772611 RM Kassenkredite, die im Vorjahre unter den Ausgaberückständen geführt wurden, in die Schuldenrechnung übertragen wurden. Nach Abzug der Kapitalschulden der Stadthauptkasse an die Fondskasse mit 3891775 (1931: 2620397) RM und des Rebguts Istein an die Stadtkasse mit 24142 (1931: 24143) RM verblieb eine Neuverschuldung an fremde Gläubiger in Höhe von 37230070 (1931: 36936810) RM, von denen 24074580 (1931: 24654315) RM langfristig, 3499707 (1931: 3613750) RM mittelfristig und 9417034 (1931: 8360196) RM kurzfristig waren. 238749 (1931: 308549) RM wurden als Restkaufpreise von Grundstücken und Gebäuden nachgewiesen.

Aufgenommen wurden in den Jahren 1924 bis 1931 insgesamt 42953298 RM Kapitalschulden (einschl. der internen Schulden), davon 41645983 RM von der Stadthauptkasse, 1283173 RM von der Fondskasse, 24142 RM von der Kasse des Rebguts Istein. In das Wirtschaftsjahr 1932 fällt eine weitere Darlehensaufnahme der Stadthauptkasse von 2733145 RM, wovon, wie bereits bemerkt, 1772611 RM die Übertragungen der Kassenkredite aus der Vorschußrechnung in die Schuldenrechnung betreffen, während nur 960534 RM Neuaufnahmen darstellen. Die gesamte Schuldenaufnahme bis 31. März 1933 beträgt 44379128 RM in der Stadtkasse, 1283173 RM in der Fondskasse, 24142 RM in der Kasse des Rebguts Istein, zus. 45686443 RM. Davon wurden 31142542 RM der Stadthauptkasse und 1210950 RM der Fondskasse, zusammen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

32 353 492 RM lang- oder mittelfristig, 13 236 586 RM der Stadthauptkasse, 72 223 RM der Fondsktsse und 24 142 RM der Kasse des Rebguts Istein, zusammen 13 332 951 RM kurzfristig aufgenommen.

In den Wirtschaftsjahren 1924 bis 1931 wurden insgesamt 44 424 833 RM Anlehensmittel verwendet. Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden weiterhin 550 584 RM Anlehensmittel verausgabt und zwar für die Kämmereiverwaltung 266 358 RM, für die Betriebsverwaltungen 50 239 RM, für den Wohnungsbau 233 987 RM. Die gesamte Anlehensmittelverwendung bis 31. März 1933 beläuft sich somit auf 44 975 417 RM, davon kommen 9 839 937 RM (9 743 572 RM der Stadthauptkasse, 72 223 RM der Fondskasse, 24 142 RM der Kasse des Rebguts Istein) auf die Kämmereiverwaltung, 14 036 062 RM (12 825 112 RM der Stadthauptkasse, 1 210 950 RM der Fondskasse) auf die Betriebsverwaltungen, 21 099 418 RM (der Stadthauptkasse) auf den Wohnungsbau.

Da die gesamten Anlehensaufnahmen bis 31. März 1933 45 686 443 RM betrugen, Anlehensmittel im gleichen Zeitraum nur 44 975 417 RM verwendet wurden, waren am Ende des Berichtsjahres 711 026 RM aufgenommene Anlehensmittel noch unverwendet.

In dem Gesamtvermögen inbegriffen ist das Vermögen der städtischen Fondskasse mit 5 303 081,94 (31. März 1932: 4 845 611) RM. Am Ende des Wirtschaftsjahres 1932 betrug der Stand der in der Fondskasse verwalteten Erneuerungsfonds 4 862 300,48 (1931: 4 039 327) RM, der Stand der Rücklagen 280 011,57 (1931: 726 800) RM, der Erneuerungsfonds und Rücklagen zusammen 5 142 312,05 (1931: 4 766 127) RM. Die Verminderung der Rücklagen erklärt sich in der Hauptsache aus der zu Beginn des Wirtschaftsjahres durchgeführten Auflösung der Schuldentilgungsrücklage im Betrag von 454 571,02 RM. Der Betrag wurde bestimmungsgemäß zur teilweisen Tilgung der Darlehensschuld der Stadthauptkasse an die Fondskasse verwendet. Schulden der Fondskasse bestanden in Höhe von 160 769,89 (1931: 79 484) RM, ferner eine Schuld des Erneuerungsfonds des Gaswerks in Höhe von 926 470 (1931: 1 030 056) RM.

Im Wirtschaftsjahr 1932 wurden den Erneuerungsfonds 1 108 293 (1931: 1 189 548) RM und den Rücklagen 3000 (1931: 44 043) RM zugeführt. Das Vermögen erbrachte 221 643 (1931: 225 310) RM. Entnommen wurden aus den Erneuerungsfonds im Berichtsjahr für Fondszwecke 480 629 (1931: 553 937), aus den Rücklagen 462 893 (1931: 240 365) RM. Vermögenslasten und Verwaltungskosten verursachten einen Aufwand von 6416 (1931: 2241) RM.

2. Rechnungsamt.

Dem Rechnungsamt oblag auch im Berichtsjahr die Bearbeitung aller die laufende Wirtschaft oder das Vermögen berührenden Fragen auf finanziellem Gebiet, die allgemeine Kontrolle über das Kassen- und Rechnungswesen einschl. der Vorprüfung aller ergehender Kassenanweisungen und die Aufstellung des Haushaltsplans. Die letztere Arbeit war im Berichtsjahr wesentlich umfangreicher als sonst, weil der Haushaltsplan für 1933 in einer gegenüber dem Vorjahr geänderten Form aufgestellt werden mußte. Veranlassung dazu gaben die vom Deutschen Städtetage herausgegebenen neuen Richtlinien, die zur besseren Vergleichbarkeit einen möglichst einheitlichen Aufbau der Haushaltspläne der deutschen Städte erstreben und zugleich eine vollkommenere Anpassung an die Reichsfinanzstatistik bezwecken.

Im Rahmen der allgemeinen Aufsichts- und Kontrolltätigkeit wurden im Laufe des Wirtschaftsjahres 65 unvermutete Kassenstürze und Dienstprüfungen sowie die vorgeschriebenen Kassenstürze anläßlich des Jahresabschlusses vorgenommen. Zu Prüfungszwecken wurden auf Antrag des Rechnungsamts 7 Kassenbeamte vorübergehend versetzt. Die Zahl der vom Rechnungsamt im Laufe des Wirtschaftsjahres geprüften Kassenanweisungen und Belege belief sich auf rund 200 000 Stück.

Eine umfangreiche Arbeit bildete die Ergänzung des Stadtlagerbuchs hinsichtlich der Erwerbspreise für die seit 1924 erworbenen Grundstücke und Gebäude. Diese Ermittlungen waren notwendig, um eine Vorstellung über das Verhältnis der Erwerbspreise zu den Steuerwerten der neu erworbenen Liegenschaften und damit eine Unterlage für die Vermögensbewertung zu erhalten.

Im Dezember 1932 fand im Auftrage des Oberbürgermeisters durch den Revisionsverband Badischer Städte und Stadtgemeinden in Mannheim eine Überprüfung der Organisation des

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesens der Landeshauptstadt Karlsruhe statt. Wesentliche Mängel, die eine Änderung der bisherigen Organisation zur Folge gehabt hätten, haben sich dabei nicht herausgestellt.

Von der Abteilung Gebäudesondersteuer wurde zu Anfang des Berichtsjahres die Gebäudesondersteuer für 1932 veranlagt, die Gebäudesondersteuerliste aufgestellt und die Forderungszettel ausgegeben. Zu dem Aufgabenkreis der Abteilung gehörte auch die Bearbeitung der Anträge auf Steuerermäßigungen aus Rechts- und aus Billigkeitsgründen, die Verrechnung der gewährten Nachlässe mit der Stadthauptkasse sowie die Abrechnung der dem Land aus dem Steueraufkommen der einzelnen Jahre zukommenden Anteile. Die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage verursachte eine weitere Zunahme der Befreiungsanträge. Im Rechnungsjahre 1932 mußten ca. 6700 Steuernachlaßgesuche bearbeitet werden; eine weitere Geschäftsvermehrung brachte die Bearbeitung der Anträge auf Ablösung der Gebäudesondersteuer.

In der Gewährung von Mietunterstützungen an hilfsbedürftige Mieter ist im Berichtsjahre eine Änderung eingetreten. Soweit Hilfsbedürftige bereits vom Fürsorgeamt betreut werden, erhalten dieselben nunmehr die Mietunterstützung aus Mitteln der Gebäudesondersteuer gleichzeitig mit jener Unterstützung. Die Überleitung hat sich gut bewährt. Auf Ende des Berichtsjahres wurde dann auch noch die restliche bei der Abteilung Gebäudesondersteuer bestehende Mietunterstützungsabteilung dem Fürsorgeamt angegliedert. Neben der dadurch eingetretenen Verwaltungsvereinfachung konnte mit dieser Vereinigung noch eine wesentliche Ersparnis erzielt werden.

Beschwerden an den Landeskommissär gegen die Veranlagung und Erhebung der Gebäudesondersteuer waren im Wirtschaftsjahre 1932 in 60 Fällen zu bearbeiten. Außerdem wurde von 6 Gebäudeeigentümern Klage wegen der Pflicht zur Entrichtung der Gebäudesondersteuer beim Bezirksrat erhoben; in einem Falle wurde gegen das Urteil des Bezirksrats Berufung beim Badischen Verwaltungsgerichtshof eingelegt.

Das Rechnungsamt einschließlich der Abteilung Gebäudesondersteuer war am 31. März 1933 mit 27 Beamten, 4 Anwärtern und Lehrlingen, 6 satzungsmäßigen Angestellten und 1 Aushelfer, zusammen mit 38 Personen besetzt.

3. Stadthauptkasse.

Der Stadthauptkasse oblag auch im Berichtsjahr der Vollzug der Einnahmen und Ausgaben der Stadtverwaltung, soweit diese nicht durch Nebenkassen getätigt werden, die Betreibung der Einnahme-Rückstände, die Rechnungslegung, die Veranlagung der Gemeindesteuer und der Bürgersteuer und die Bearbeitung der Geld- und Kapitalanlagen und der Schuldenverwaltung.

Organisatorische Änderungen sind gegenüber dem Vorjahr nicht eingetreten.

Der Gesamtumsatz der Stadthauptkasse einschließlich der Nebenkassen belief sich im Wirtschaftsjahr 1932 auf 257 470 070 (1931: 292 352 060) *RM*. Bei Kreditanstalten wurden 64 808 129 (1931: 76 103 961) *RM* umgesetzt, und zwar 18 635 120 *RM* bei der Bad. Bank, 22 644 898 *RM* bei der Städt. Sparkasse, 2 874 132 *RM* bei der Reichsbank, 19 017 932 beim Postscheckamt, 1 016 047 *RM* bei der Girozentrale, 620 000 *RM* bei der Bau- und Bodenbank.

Von der Gebührenkasse der Stadthauptkasse wurden an Gebühren, Miet- und Pachtzinsen, Holzgeldern, Schulgeldern usw. insgesamt 1 724 670 *RM* in 50 909 Posten vereinnahmt.

Der Betreibungsabteilung oblag wie bisher Einzug und Betreibung der Gemeinde-, Kreis-, Gebäudesondersteuer und der Bürgersteuer.

Zur Gemeinde- und Kreissteuer waren rund 11 000 Pflichtige veranlagt, die zu Beginn des Wirtschaftsjahres endgültige Abrechnung für das Rechnungsjahr 1931 und Vorauszahlungsforderungszettel für 1932 erhielten. Insgesamt waren rund 22 000 Forderungszettel zu berechnen, auszufertigen und zum Versand zu bringen. Zur Gebäudesondersteuer waren 6 600 Pflichtige veranlagt. Einschließlich der Buchungen für Zinsen und Gebühren, deren Betrag sich auf 21 180,60 *RM* belief, waren über 90 000 Buchungen im Gesamtbetrag von 8 793 079 *RM* abzuwickeln. Im Berichtsjahr mußten bezüglich der Gemeinde-, Kreis- und Gebäudesondersteuer rund 18 600 Postein-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gänge bearbeitet werden. In eigener Zuständigkeit hat die Abteilung 3000 Stundungen erteilt und in 14700 Einzelfällen insgesamt rund 400000 RM an Gegenforderungen der Steuerpflichtigen aufgerechnet.

An auswärtige Finanzämter wurden durch 400 Mitteilungen steuergutscheinfähige Gemeinde- und Kreissteuerzahlungen über Beträge von zusammen rund 300000 RM gemeldet. Dem Finanzamt Karlsruhe-Stadt wurden in 10000 Fällen steuergutscheinfähige Zahlungen im Betrage von zusammen 1263790 RM bekanntgegeben.

Im Wirtschaftsjahr 1932 gelangten die restlichen 3 Raten der Bürgersteuer 1931 für Lohnempfänger, die Bürgersteuer 1932 und das 1. Viertel der Bürgersteuer 1933 zur Erhebung.

Die Bürgersteuer 1932 umfaßte 11245 veranlagte Steuerpflichtige, die Bürgersteuer 1933 12254 veranlagte Steuerpflichtige; im übrigen wurde die Bürgersteuer im Lohnabzugsverfahren erhoben und an die Stadthauptkasse abgeliefert. Im Laufe des Rechnungsjahres wurden in 1500 Fällen Nachlässe aus Billigkeitsgründen gewährt und nach vorausgegangener fruchtloser Betreibung die Steuerforderung in 2850 Fällen wegen Unbeibringlichkeit in Abgang verrechnet. Auf Grund gesetzlicher Vorschrift mußten wegen Arbeitslosigkeit, Rentenbezug, Wegfall der Steuerpflicht usw. 3583 Steuerpflichtige von der Entrichtung der Bürgersteuer freigestellt werden.

In 2280 Fällen wurde von der Möglichkeit, Bürgersteuerforderungen durch Aufrechnung von Gegenforderungen der Steuerpflichtigen (aus Arbeitsleistungen und Lieferungen) abzudecken, Gebrauch gemacht, wodurch rund 21500 RM eingingen.

Die Arbeitgeberkartei wurde anhand der Haushaltungslisten und Betriebsblätter vervollständigt und umfaßt nunmehr 11077 Konten. Hierunter ist die Arbeitgeberkartei für Hausangestellte mit 2825 Konten enthalten. In der Zeit vom 29. September bis 14. November 1932 wurde die Außenkontrolle hinsichtlich der Bürgersteuer 1931 bezüglich der Hausangestellten durchgeführt. Hierbei wurden 1785 Fälle einer Nachprüfung unterzogen und auf Grund der Feststellungen ein Bürgersteuerbetrag von rund 3800 RM nachgefordert und eingezogen. Hinsichtlich der Bügersteuer 1932 wurden in der Zeit vom 25. bis 31. März 1933 437 Arbeitgeber kontrolliert und insgesamt rund 1500 RM Bürgersteuer nachgefordert.

Beim Einzug der Bürgersteuerrückstände und der laufenden Bürgersteuer 1932 und 1933 wurden rund 37100 Buchungen getätigt. An Gebühren, Zinsen und Kosten gelangten rund 2400 RM zum Einzug.

Die der Stadthauptkasse angegliederte Gemeindevollzieherei erhielt im Wirtschaftsjahr 1932 folgende Vollstreckungsaufträge in das bewegliche Vermögen:

3517 Aufträge über Gemeinde-, Kreis- und Gebäudesondersteuer im Gesamtbetrag von 718476 RM. Hierwegen wurden 214 Pfändungen erforderlich; 676 Pfändungsversuche verliefen fruchtlos.

3690 Aufträge über Schulgelder, Handwerkskammerbeiträge und Gebühren im Gesamtbetrag von 149128 RM. Gepfändet wurde in 141 Fällen, fruchtlose Pfändungen ergaben sich in 711 Fällen.

Durch die Gemeindevollzieherei wurden im Betreibungswege einschließlich des Einzugs gepfändeter Mieten 166092,54 RM an Gemeinde-, Kreis-, Gebäudesondersteuer, Schulgeld, Handwerkskammerbeiträgen und Gebühren eingebracht.

11561 Aufträge über Bürgersteuer; Pfändungen wurden in 81 Fällen vorgenommen, fruchtlos verliefen 2202 Pfändungsversuche (letztere waren meistens Fürsorgeempfänger und Arbeitslose). An Bürgersteuer wurden durch die Gemeindevollzieherei 58370,30 RM abgeliefert. Erhebungen über Vermögens- und Familienverhältnisse der Zahlungspflichtigen, Mietzinsfeststellungen usw. wurden in 1778 Fällen erledigt.

Von auswärtigen Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts gingen der Betreibungsabteilung der Stadthauptkasse 1241 Vollstreckungsaufträge zu. Beigetrieben wurden für auswärtige Behörden 28394 RM. Pfändungen wurden in 48 Fällen, fruchtlose Pfändungen in 284 Fällen vollzogen. Erhebungen über Vermögensverhältnisse usw. waren in 36 Fällen anzustellen. Auch hier wurde als Folge des Betreibungsverfahrens in einer Anzahl von Fällen unmittelbar an die Gläubiger bezahlt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Wirtschaftsjahr 1930 und 1931 war die Zahl der Betreibungsfälle an Gemeinde-, Kreis-, Gebäudesondersteuer, Bürgersteuer und Gebühren, in der Hauptsache wegen der gesteigerten Zahl der Bürgersteuerfälle um einige Tausend höher als 1932.

Die Stadthauptkasse war am Ende des Berichtsjahres mit 49 planmäßigen und 11 außerplanmäßigen Beamten, 7 Anwärtern und Lehrlingen, 5 satzungsmäßigen Angestellten und 2 sonstigen Angestellten, zusammen mit 74 Beschäftigten besetzt.

4. Steueramt.

Der Aufgabenkreis des Steueramts hat sich im Berichtsjahr nur insoweit geändert, als die Verwaltung und Erhebung der Wertzuwachssteuer vom 1. April 1932 ab dem Finanzamt Karlsruhe-Stadt übertragen wurde (Verordnung des Ministers des Innern vom 29. März 1932). Dem Steueramt oblag noch neben dem Einzug der Wertzuwachssteuer-Rückstände aus früheren Jahren die Veranlagung, Erhebung und Betreibung der Hundesteuer, Biersteuer, Vergnügungssteuer und Getränkesteuer.

Von den 2847 steuerlich erfaßten Hunden gelangten 80 erst nach durchgeführter Kontrolle zur Anmeldung. Überhaupt nicht angemeldet und daher zwangsweise zur Steuer veranlagt wurden 27 Fälle. Der wesentliche Rückgang dieser Fälle im Vergleich zu früheren Jahren ist wieder auf das im Verwaltungsbericht für 1931 dargelegte vereinfachte Veranlagungsverfahren zurückzuführen. Infolge der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse mußten in erhöhtem Maße Stundungen und Teilzahlungen bewilligt werden. Trotz dieser besonderen, gesetzlich nicht vorgesehenen Maßnahmen gelang es nicht in allen Fällen, den Steuerbetrag voll hereinzubekommen. Von 273 Pfändungen sind 45 fruchtlos verlaufen. Soweit nicht durch sonstige Maßnahmen noch Zahlung erlangt werden konnte, gab der größte Teil der in Betracht kommenden Schuldner die Hundehaltung auf. Bei 47 Anordnungen war die gesetzlich vorgesehene Wegnahme der Hunde in 7 Fällen durchzuführen.

Zur Biersteuer wurden 43 Steuerpflichtige in 331 Fällen veranlagt. Hierbei mußte in 68 Fällen an die Abgabe der Steuerklärung erinnert werden. Nach Wiederausfuhr von hier eingeführtem Bier wurde in 24 Fällen die Biersteuer mit insgesamt 737,92 *RM* rückerstattet. Der Steuereinzug erforderte 158 Mahnungen. In 56 Fällen wurden die Schuldbeträge gebührenpflichtig eingezogen. Pfändungsanordnung erging in 5 Fällen, worauf in 4 Fällen Zahlung erfolgte, während in einem Fall die Pfändung fruchtlos verlaufen ist. Abgängig zu verrechnen waren 591,66 *RM*. Der Steuereinzug verursachte keine besonderen Schwierigkeiten, da die Biersteuer in der Hauptsache von den Brauereien aufgebracht wird; die Zahl der sonstigen Steuerschuldner ist gering.

Zur Vergnügungssteuer wurden 5500 Fälle veranlagt. Soweit hierbei die Kartensteuer zu erheben war, sind von den Steuerpflichtigen rund 500000 Eintrittsausweise (Karten, Programme usw.) zur steuerlichen Behandlung vorgelegt worden, während das Steueramt aus eigenen Beständen in 500 Fällen rund 175000 Karten gegen Kostenberechnung verabfolgte. Infolge Rückgabe nicht abgesetzter Karten waren 685 Steuerberichtigungen (Abgänge, Rückerstattungen) erforderlich. An die Lichtspieltheater wurden aus ihren beim Steueramt aufbewahrten Vorräten in 1056 Fällen rund 800000 Karten ausgehändigt, wobei die Vergnügungssteuer nicht sofort, vielmehr periodisch, immer für die jeweilige Anzahl der abgesetzten Karten, berechnet wurde (750 Fälle). Die unterlassene Anmeldung vergnügungssteuerpflichtiger Veranstaltungen wurde in 76 Fällen festgestellt. Bei der Nachveranlagung sind in 13 Fällen Zuschläge erhoben worden. 164 Veranstaltungen wurden kontrolliert, wobei verschiedentlich Anlaß zu Beanstandungen gegeben war. Steuerbefreiung wurde aus Rechtsgründen in 121 Fällen und aus Billigkeitsgründen in 175 Fällen (durchweg Vorträge wissenschaftlicher und belehrender Art) zugestanden. Steuerermäßigung wurde gewährt für 105 Veranstaltungen mit überwiegend künstlerischem oder volksbildendem Charakter, ferner für 36 Veranstaltungen, deren Reinerlös mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken zugeflossen ist. Beim Steuereinzug waren zahlreiche Mahnungen erforderlich. In 708 Fällen wurden die Schuldbeträge gebührenpflichtig eingezogen, wodurch die Pfändungen auf 7 beschränkt blieben; 2 hiervon sind fruchtlos verlaufen. Wegen Unbeibringlichkeit waren 1497,94 *RM* in Abgang zu stellen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das in Karlsruhe seit Einführung der Getränkesteuer übliche einfache Erhebungsverfahren hat sich, in Verbindung mit der auch bei jeder anderen Erhebungsweise unerläßlichen Kontrolle, bewährt. Die Steuer, die natürlich schon allgemein als Betriebsbelastung unbeliebt ist, wird im besonderen noch deshalb bekämpft, weil sie einseitig nur das Wirtsgewerbe trifft, den Ladenverkauf dagegen frei läßt. Es ist daher umso mehr erklärlich, daß Veranlagung und Einzug dieser Steuer in jedem Monat Schwierigkeiten begegneten. Zur Getränkesteuer veranlagt wurden 655 Steuerpflichtige in 6033 Fällen. An Abgabe der Steuererklärung mußte in 960 Fällen erinnert werden. Zur Bestrafung ließen es 3 Steuerpflichtige kommen, wobei die verhängte Geldstrafe noch in Haftstrafe umgewandelt wurde; erst dann ist der Strafbetrag bezahlt worden. Der Steuereinzug erforderte 1402 Mahnungen. In 1080 Fällen wurden die Schuldbeträge gebührenpflichtig eingezogen. Von 58 Pfändungen verliefen 44 fruchtlos. Trotzdem gelang es — durch persönliche Einwirkung auf die Schuldner — teilweise noch, die Steuerbeträge hereinzubringen. Insgesamt mußten 6033,11 *RM* abgängig verrechnet werden bei einer Veranlagungssumme von 224626,88 *RM*. Als Ergebnis der in fast allen Betrieben einmal durchgeführten Kontrolle waren 3137,46 *RM* zu verzeichnen.

Nachdem die Verwaltung und Erhebung der Wertzuwachssteuer — trotz Einspruchs der Städte — im Verordnungswege durch den badischen Innenminister vom 1. April 1932 ab der Reichsfinanzbehörde (Finanzamt) übertragen worden ist, konnte lediglich die geordnete Ablieferung der erhobenen Steuerbeträge an die Stadt überwacht werden. An Rückständen aus früheren Jahren waren im Berichtsjahr noch 47 Fälle mit einer Steuersumme von 84989,28 *RM* zu behandeln. Von diesem Betrage wurden 11965,03 *RM*, meist in Teilzahlung, hereingebracht. 19323,90 *RM* kamen, teils aus Billigkeitsgründen, teils wegen Unbeibringlichkeit, in Abgang. 8 strittige Fälle mit einem Steuerbetrag von 25589 *RM* mußten an das Finanzamt abgegeben werden, weil im Falle einer Klageerhebung auch für die Wertzuwachssteuer-Rückstände nicht mehr die Verwaltungsgerichte, sondern die Finanzgerichte zuständig sind. Am Schluß des Berichtsjahrs waren noch 24 Fälle mit 28111,35 *RM* unerledigt. Soweit den betreffenden Steuerschuldnern nicht Stundung erteilt oder Ratenzahlung eingeräumt worden ist, handelt es sich um Forderungen, bei welchen der Ausgang längst anhängiger Konkursverfahren abzuwarten ist.

Das Steueramt war am Ende des Berichtsjahres mit 7 Beamten, 1 Anwärter und 1 satzungsmäßigen Angestellten besetzt. Die Verwaltung des Steueramts kostete im Wirtschaftsjahr 1932 52074 (1931: 51169) *RM*.

5. Rechnungsabhörbehörde der Stadtverordneten (Revision).

Der Bürgerausschuß hatte in seiner Sitzung vom 27. Januar 1932 der vom Prüfungsausschuß zur Beschleunigung der Abhör vorgeschlagenen abgekürzten Prüfung der städt. Rechnungen der Jahrgänge 1928 und 1929 zugestimmt. Demzufolge konnten im Wirtschaftsjahr 1932 alle Rechnungen der Jahrgänge 1928 und 1929 geprüft und die Bescheide vorbereitet werden. Am Schluß des Berichtsjahres standen nur noch eine Anzahl Beantwortungen der vollständig geprüften Hauptrechnung 1928 und der zum weitaus größten Teil geprüften Hauptrechnung für 1929 aus.

Sitzungen des Prüfungsausschusses fanden im Berichtsjahre nicht statt. Auch wurden vom Bürgerausschuß keine Bescheide erlassen, noch sonstige die Abhör betreffenden Fragen erledigt.

Die Rechnungsabhörbehörde der Stadtverordneten war am Ende des Berichtsjahres mit 7 Beamten und 1 setzungsmäßigen Angestellten besetzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

X. Sparkasse.

(Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember).

Auch das Jahr 1932, besonders sein Anfang und die Sommermonate, stand im Zeichen der schon im Mai 1931 fühlbar gewordenen und im Juli 1931 mit katastrophaler Macht ausgebrochenen Geld- und Kreditkrise. Erst gegen den Herbst 1932 trat eine wesentliche Beruhigung ein. Der Monat Oktober 1932 brachte seit April 1931 zum ersten Male wieder einen kleinen Zugang an Spareilagen, nachdem seit Mai 1931 bis Ende September 1932 im Spargeldverkehr — bei Außerachtlassung der Zinsgutschriften auf 31. Dezember 1931 mit rund 2,1 Millionen Reichsmark und der im Februar 1932 aus dem Giro- und dem Spargeldverkehr herübergenommenen Termingelder mit nahezu 3 Millionen Reichsmark — Mehrabhebungen in Höhe von 11 746 000 *RM* (= 29 v. H. des Spargeldeinlagebestandes am 1. Mai 1931) zu verzeichnen waren. Ihren höchsten Stand erreichten die Spargeldmehrabhebungen im Februar 1932 mit 1 480 000 *RM*; am günstigsten schnitt der folgende Monat, der März 1932, mit eier Mehrabhebung von nur rund 85 000 *RM* ab.

In der 120-jährigen Geschichte der Städt. Sparkasse stehen die Ereignisse der beiden verflossenen Geschäftsjahre sowohl ihrer Dauer als auch ihrem Ausmaße nach ohne Beispiel da. Schon im letztjährigen Verwaltungsbericht wurde darauf hingewiesen, daß vor allem eine allgemeine Vertrauenskrise zur Auslösung der Katastrophe führte, die durch viel zu lange dauernde Beschränkungen der Sparkassen in ihren Auszahlungen wesentlich verschärft wurde. Gerade die Zahlungseinschränkungen veranlaßten in der Folgezeit viele Spareinleger zu unnötigen Abhebungen und zur Hortung der abgehobenen Beträge. Daneben trug aber die bis zum Herbst 1932 stetig schlechter gewordene Wirtschaftslage, die einerseits den Kreis der Sparer, d. h. derjenigen, die noch Ersparnisse zurücklegen konnten, immer kleiner werden ließ, und andererseits viele Spareinleger, die früher sparen konnten, infolge Arbeitslosigkeit, Kürzung des Einkommens oder schlechten Geschäftsganges nötigte, zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes und zur Sicherung ihrer Existenz auf ihre Sparguthaben zurückzugreifen, wesentlich zum Rückgang der Spartätigkeit bei. Zeitweise war auch, besonders im Sommer 1932, das Bestreben vieler Sparer nach einer Anlage ihrer Gelder in Sachwerten festzustellen. Dazu kam ein durch die allgemeine Senkung der Habenzinssätze bedingter Abfluß von Spareinlagen zum Ankauf von Rentenpapieren und zur Anlage auf hochverzinsliche Hypotheken; auch das den Genossenschafts- und Kleinbanken zugestandene Zinsvoraus von ½ v. H. machte sich immer wieder unangenehm bemerkbar. Erst allmählich gelang es durch nachhaltigste Aufklärungsarbeit und durch Ausnutzung der Möglichkeit, im Wege der Vereinbarung längerer Kündigungsfristen einen über den normalen Sparkassenzins hinausgehenden Zinsfuß zu gewähren, dem Streben vieler Sparer, ihre Einlagen zur Erlangung eines höheren Zinssatzes abzuheben, erfolgreich entgegenzuwirken; jetzt darf auch diese Bewegung im wesentlichen als abgeschlossen gelten, wie ja erfreulicherweise ganz allgemein festgestellt werden kann, daß die im Oktober 1932 eingetretene günstige Entwicklung auch in der Folgezeit angehalten hat.

Das Geschäftsjahr eröffnete die Sparkasse im Januar 1932 mit einem Einlagenbestand von 45 301 326,57 *RM*, nachdem die Aufwertungsverpflichtungen mit 10 091 172 *RM* am Ende des Vorjahres in die ordentliche Bilanz überführt worden waren. Am 31. Dezember 1932 hatte die Sparkasse im Sparverkehr nach Gutschrift von 1 754 321,95 *RM* Zinsen einen Einlagenbestand von 44 768 807,82 *RM*. Der Rückgang des Einlagenstandes betrug nur 532 518,75 *RM*. Bei Beurteilung dieses Ergebnisses darf nicht außer Betracht gelassen werden, daß im Februar 1932 aus dem Giroverkehr 2 966 670 *RM* als Termingelder in den Sparverkehr übernommen wurden. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes und der auf 31. Dezember 1932 kapitalisierten Zinsen ergibt sich für das Berichtsjahr im gesamten Sparverkehr eine Mehrabhebung von 5 253 510,70 *RM*, wovon auf die Aufwertungsspareinlagen 464 077,36 *RM* und auf die sonstigen Einlagen 4 789 433,34 *RM* entfallen. Die Aufwertungsverbindlichkeiten betrugen nach dem Stand von Ende 1932 13 336 163,99 *RM*, von denen bis Ende 1932 bereits 3 273 986,67 *RM* = 24,55 v. H. zur Auszahlung gelangt sind. Von dem Rest mit 10 062 177,32 *RM* müssen in den Jahren 1933, 1934 und 1935 den Aufwertungsgläubigern mindestens 4 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden, während die Auszahlung des Restbetrages mit 6 Millionen Reichsmark erst für das Jahr 1940 in Aussicht genommen ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Berichtsjahr wurden im Reichsmarksparverkehr 125 604 Geschäftsvorfälle erledigt, und zwar 50 740 Einlageposten im Gesamtbetrag von 14 752 914,17 RM und 74 864 Rückzahlungsposten im Gesamtbetrag von 16 606 204,79 RM.

Die Zahl der Reichsmarksparbücher ging im Berichtsjahr von 46 455 um 345 auf 46 110 zurück. Durchschnittlich wurden monatlich 453 neue Sparbücher angelegt, 482 abgelöst. Die Zahl der Ablösungen war in den ersten 9 Monaten wesentlich größer, jedoch ab 1. Oktober 1932 trat ein starker Rückgang in Sparbuchablösungen und merklicher Zugang in der Neuanlage von Sparbüchern ein, wodurch die verhältnismäßig geringe Abnahme zu erklären ist. Das durchschnittliche Guthaben eines Reichsmarksparbuchs betrug im Berichtsjahr 752,52 (1931: 757,94) RM. Aufwertungssparbücher bestanden am 31. Dezember 1932 77 428 Stück.

Die Zinssätze für die Spareinlagen wurden vom Zentralen Kreditausschuß mit Zustimmung des Bankenkommissars einheitlich festgesetzt. Für gewöhnliche Spareinlagen konnten in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1932 4 v. H. und ab 1. Oktober 3½ v. H. vergütet werden; für Spareinlagen mit besonders vereinbarten Kündigungsfristen wurden etwas höhere, aber ebenfalls vom Zentralen Kreditinstitut festgesetzte Zinssätze gewährt. Nur bei Spareinlagen, deren Kündigungsfrist oder feste Laufzeit mindestens 365 Tage beträgt, war die Sparkasse in der Zinsfestsetzung frei von Bindungen.

Auch in der Zahl der Schulsparbücher und Höhe der Einlagen trat im Berichtsjahr ein Rückgang ein. Während am Ende des Vorjahres 1 254 Schulsparbücher mit einem Einlagenbestand von 21 902 RM vorhanden waren, verminderte sich deren Zahl auf 1 093 mit einem Guthaben von 19 383,41 RM.

Heimsparbüchsen waren am Ende des Berichtsjahres 3 069 im Verkehr. Durch 1 349 Entleerungen wurden der Sparkasse 37 613,05 RM Einlagen zugeführt.

Die Giro- und Kontokorrenteinlagen verminderten sich buchmäßig gegen den 31. Dezember 1931 um 2 232 346,74 RM auf 3 174 403,46 RM. Da jedoch im Februar 1932, wie bereits angeführt, Termingelder in Höhe von 2 966 670 RM aus dem Giroverkehr in den Sparverkehr abgewandert sind, ist in Wirklichkeit eine Erhöhung der eigentlichen Giro- und Kontokorrenteinlagen um 734 323,26 RM eingetreten. Während sich die Zahl der Girokonten von 4 556 um 200 auf 4 756 erhöhte, zeigen die Kontokorrentkonten eine Abnahme von 1 070 um 44 auf 1 026; die Gesamtkontenzahl belief sich auf 5 782. Von dem Gesamteinlagenbestand mit 3 174 403,46 RM entfielen auf die Girokonten 2 909 332,55 RM und auf die 187 Kontokorrentkonten 265 070,91 RM.

Auch der Zinssatz für die Giroeinlagen unterlag der Festsetzung durch den Zentralen Kreditausschuß. Er wurde von 4 v. H. am 8. Februar 1932 auf 3¾ v. H., am 12. März 1932 auf 3 v. H., am 11. April 1932 auf 2½ v. H., am 3. Mai 1932 auf 2 v. H. und schließlich am 1. Oktober 1932 auf 1 v. H. gesenkt.

Die Ausleihungen im Kontokorrentverkehr (ohne die Girokontenüberziehungen mit 32 065,91 RM) beliefen sich Ende 1931 auf 6 343 611,62 RM, Ende 1932 auf 6 060 326,86 RM.

Im Laufe des Jahres 1932 wurden im Giro- und Kontokorrentverkehr insgesamt 530 562 (1931: 497 079) Geschäftsvorfälle erledigt, und zwar 372 845 Einlagen im Gesamtbetrag von 114 559 955,30 RM, 512 206 Rückzahlungen im Gesamtbetrag von 125 927 959,08 RM. Bargeldlos erledigt wurden 147 827 Einzahlungen im Gesamtbetrag von 47 515 565,66 RM, 206 617 Rückzahlungen im Gesamtbetrag von 57 046 304,96 RM.

Wie in den Vorjahren war auch 1930 das Wechselgeschäft sehr gering. Diskontiert wurden 1 247 Abschnitte mit 220 996,85 RM, zum Einzug wurden hereingenommen 916 Abschnitte mit 138 821,83 RM und 4 Abschnitte mit 1 090,21 ffrcs.

Der Scheckeinzug ist infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage stark zurückgegangen. 1932 wurden nur 18 544 Schecks mit 3 282 798,24 RM eingezogen gegen 28 162 Stück mit 6 843 628,89 RM im Vorjahre.

Reisekreditbriefe wurden im Berichtsjahre 62 über 22 810 RM ausgestellt.

Die Zahl der Teilnehmer an der Nachtschalter-Anlage stieg um 10. Im Laufe des Jahres wurden 2 194 (1931: 2 272) Kästchen mit 940 762,29 (1931: 1 388 263) RM eingeworfen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In der Stahlkammer waren 156 Fächer verschiedener Größe vermietet. Außerdem fand die Anlage in der Urlaubszeit zur vorübergehenden Hinterlegung von Wertsachen lebhaften Zuspruch. Im ganzen wurden die Schließfächer im Berichtsjahre in 1557 (1931: 1179) Fällen benutzt.

In der Verwaltung der Sparkasse befanden sich am Ende des Berichtsjahres 2610 Posten hinterlegter Wertpapiere im Nennwert von 592347,33 RM und 5146 hinterlegte Sparbücher.

Die Hypothekendarlehen (einschließlich der Aufwertungshypotheken) haben sich im Berichtsjahre von 38363489,29 RM um 1798341,81 RM auf 36565147,48 RM vermindert. Diese Abnahme ist im wesentlichen eine Folge der mit fast allen Hypothekenschuldnern geführten Verhandlungen wegen einer teilweisen Heimzahlung ihrer Darlehen, insbesondere der auf 1. April 1933 zur Rückzahlung gekündigten Aufwertungshypotheken.

Ausgeliehen waren an selbständige Handwerker und Kleingewerbetreibende 431 Posten mit 7633431,18 RM, Kaufleute, Händler und Gastwirte 268 Posten mit 5095203,54 RM, Landwirte und landwirtschaftliche Berufe 62 Posten mit 391158,23 RM, Beamte und Angestellte 285 Posten mit 3201744,97 RM, Arbeiter, Hausangestellte und sonstige Personen 464 Posten mit 2859320,96 RM, freie Berufe, Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten usw. 182 Posten mit 4114067,60 RM, Baugenossenschaften, Bauvereine und sonstige Genossenschaften 488 Posten mit 8493832,85 RM, Gesellschaften, öffentliche Körperschaften, Vereine, Stiftungen 109 Posten mit 4776388,15 RM, zusammen 2289 Posten mit 36565147,48 RM.

Die Zinsen für die seit dem 1. Januar 1924 begebenen Hypothekendarlehen wurden am 1. Januar 1932 auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 von 7½ v. H. auf 6 v. H. gesenkt; dazu kam ein Verwaltungskostenbeitrag von ½ v. H., sodaß die gesamte Zinsleistung sich auf 6½ v. H. stellte. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 an wurde dieser Zinssatz auf 5½ v. H. (einschließlich des Verwaltungskostenbeitrages) herabgesetzt.

In Anbetracht der 1932 weiterhin eingetretenen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind die Hypothekenzinsen verhältnismäßig gut eingegangen. Im Berichtsjahr war die Sparkasse an 36 Grundstückszwangsversteigerungen beteiligt, davon in 23 Fällen als betreibende Gläubigerin. 18 Verfahren kamen zur Durchführung. Ferner bestand eine Beteiligung an 20 Zwangsverwaltungen.

Bei der Pfandleihkasse betrug der Stand der Pfänder am 1. Januar 1932 = 15295 Stück mit 163472 RM. Im Laufe des Berichtsjahres wurden 35996 Pfänder mit 249379 RM neu beliehen, 4691 Pfänder mit 56893 RM erneuert. Eingelöst wurden 33349 Pfänder im Betrag von 258932 RM. Zur Versteigerung gelangten 2614 Pfänder mit einem Erlös von 20669 RM. Auf 31. Dezember waren noch 15328 Gegenstände zum Betrag von 133250 RM verpfändet.

Trotz des starken Entzuges von Spareinlagen war es bis zum Schlusse des Berichtsjahres möglich, die Bankschulden gegenüber dem Stand am 31. Dezember 1931 um 429045 RM auf 4228202,56 RM herabzumindern, obwohl sie Anfang September eine Höhe von 5479000 RM erreicht hatten. Dieses günstige Ergebnis ist vor allem dem Umstande zu verdanken, daß es gelungen ist, Heimzahlungen auf ausgeliehene Darlehen in einer Höhe von 2145000 RM hereinzubekommen; der Rest der Mehrabhebungen konnte durch stehengebliebene (kapitalisierte) Passivzinsen und durch Giromehreinlagen ausgeglichen werden.

Der Gesamtumsatz der Sparkasse betrug im Jahre 1932 auf der einen Seite des Hauptbuchs 133026164 (1931: 248272330) RM. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr mit 46,5 v. H. ist eine Folge der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse.

Zufolge der Verordnung des Bad. Staatsministeriums vom 26. Oktober 1932 über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Sparkassen und der Bad. Kommunalen Landesbank mußte der Verwaltungsrat der Städt. Sparkasse in der Weise umgebildet werden, daß neben die vom Stadtrat ernannten Mitglieder noch zwei Verwaltungsratsmitglieder, die von der Staatsaufsichtsbehörde bestimmt wurden, traten.

Der bisherige Geschäftsleiter der Sparkasse, Direktor Dr. Karl Freyburger, schied nach achtjähriger Tätigkeit am 25. April 1932 aus dem Dienst der Sparkasse aus. Die Stelle des Geschäftsleiters der Sparkasse wurde durch den Verwaltungsrat dem Stadtoberrechnungsrat Franz Zoller übertragen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Vermögensstandsdarstellung der Städt Sparkasse auf 31. Dezember 1932 schloß mit 53 755 673,36 (1931: 56 857 747) *RM* ab. Die Vermögenswerte setzten sich zusammen aus 73 685,35 *RM* Kassenbestand, 120 024,41 *RM* Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postscheckamt; 3 005 603,00 *RM* Wertpapieren, 921,79 *RM* Wechseln, 36 565 147,48 *RM* Hypothekendarlehen, 6 092 392,77 *RM* Darlehen in laufender Rechnung an Private, 964 708,71 *RM* Darlehen auf Schuldscheine, 5 378 077,56 *RM* Darlehen an Gemeinden, 1 100 900 *RM* Beteiligungen, 352 210,29 *RM* Einnahmerückständen, 102 001 *RM* Grundstücke und Gebäude, 1,00 Gerätschaften. Die Verbindlichkeiten betrugen 53 633 541,31 (1931: 56 823 577) *RM* und zwar 44 768 807,82 *RM* Spareinlagen, 3 174 403,46 *RM* Giro- und Kontokorrenteinlagen, 19 383,41 *RM* sonstige Einlagen, 1,00 *RM* aufzuwertende Anteilscheine zu den Kriegsanleihen, 4 228 202,56 *RM* Bankschulden, 350 337,94 *RM* Ausgaberückstände, 550 000 *RM* Sonderrücklagen für zweifelhafte Forderungen, 542 405,12 *RM* Reservefonds. Ein Reingewinn wurde erzielt in Höhe von 122 132,05 (1931: 34 170) *RM*.

Das Personal der Sparkasse bestand am 31. Dezember 1932 aus 38 Beamten, 62 Angestellten und 8 Lehrlingen, zusammen aus 108 (1931: 109) Personen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg